

**P. b. b.** Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40

# Stenographisches Protokoll

## 14. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 21. Juni 1966

### Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966  
Spezialdebatte  
Gruppe IX: Handel und Bauten  
Gruppe III: Äußeres

### Inhalt

#### Personalien

Krankmeldungen (S. 921)  
Ordnungsrufe (S. 945)

#### Ausschüsse

Zuweisung der Vorlagen 76 und 90 (S. 921)

#### Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 d. B.)

#### Spezialdebatte

Gruppe IX: Handel und Bauten  
Spezialberichterstatter: Ing. Helbich (S. 922)

#### Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie

Redner: Meißl (S. 923), Mitterer (S. 927), Dr. Kreisky (S. 938), Dr. Mussil (S. 947), Pay (S. 953), Robert Graf (S. 959), Josef Schläger (S. 963), Tödling (S. 966) und Thalhammer (S. 967)

#### Kapitel 21: Bauten, und Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung

Redner: Weikhart (S. 971), Prinke (S. 975), Dr. van Tongel (S. 983 u. S. 1007), Dr. Bassetti (S. 988 u. 1012), Horr (S. 993), Dr. Weißmann (S. 999), Meißl (S. 1000), Wielandner (S. 1003), Franz Pichler (S. 1007) und Skritek (S. 1010)

Entschließungsantrag Dr. Weißmann, Frühbauer und Dr. Scrinzi, betreffend künftige Tauernschnellstraße (S. 1000) — Annahme (S. 1013)  
Annahme der Gruppe IX (S. 1012)

Gruppe III: Kapitel 8: Äußeres  
Spezialberichterstatter: Dipl.-Ing. Hämmerle (S. 1013)  
Redner: Peter (S. 1014), Dr. Kranzlmaier (S. 1019), Czernetz (S. 1024), Dr. Scrinzi (S. 1032), Horejs (S. 1043), Mondl (S. 1046) und Dr. Leitner (S. 1047)  
Annahme der Gruppe III (S. 1052)

### Eingebracht wurden

#### Anträge der Abgeordneten

Pay und Genossen, betreffend Verlängerung und gleichzeitige Novellierung des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1963 zur Sicherung des Bestandes des Bergbaues (23/A)

Libal und Genossen, betreffend Änderung und Dynamisierung der Kriegsopfersversorgung (24/A)

Reich und Genossen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz abgeändert wird (18. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz) (25/A)

#### Anfragen der Abgeordneten

Frühbauer und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend vorläufige Einstellung des Güterverkehrs auf der Strecke Rechberg—Eisenkappel (48/J)

Frühbauer und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Ausbau der Eisenkappler Bundesstraße (82) (49/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Tull, Scherrer und Gabriele.

Die in der gestrigen Sitzung eingelangten Vorlagen weise ich zu wie folgt:

76 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII — Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen neuerlich abgeändert wird, dem Zollausschuß;

90 der Beilagen: Bundesgesetz über die Erhöhung von Bezügen der Bediensteten des Dorotheums, dem Finanz- und Budgetausschuß.

**1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage 15 der Beilagen: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 der Beilagen)**

**Spezialdebatte**

**Gruppe IX**

**Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie**

**Kapitel 21: Bauten und Technik**

**Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Bundesfinanzgesetz für 1966, Spezialdebatte über die Gruppe IX.

Spezialberichterstatter zu Gruppe IX ist der Herr Abgeordnete Ing. Helbich.

Bevor ich ihm das Wort erteile, gebe ich bekannt, daß im Einvernehmen mit den Parteien die Debatte über die Gruppe IX geteilt durchgeführt wird, und zwar zuerst über Kapitel 20, das ist Handel, Gewerbe und Industrie, und sodann zusammen über Kapitel 21: Bauten und Technik, und Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung. (*Abg. Dr. van Tongel: Mit uns ist das Einvernehmen nicht hergestellt worden!*) Gestern, Herr Abgeordneter ... (*Abg. Dr. van Tongel: Wir halten uns daher nicht daran!*) Also stellen Sie einen Antrag, dann lasse ich darüber abstimmen, ob die Debatte gemeinsam oder getrennt durchgeführt werden soll. (*Abg. Dr. van Tongel: Zur formellen Geschäftsbehandlung wünsche ich das Wort!*) Bitte, Herr Abgeordneter Dr. van Tongel.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Regierung nicht einmal in der Lage war, für uns Abgeordnete die Gruppe IX aufzuliedern, so sehe ich nicht im mindesten ein, warum wir uns bei der Debatte über dieses hier gemeinsam angeführte Kapitel getrennt äußern sollen.

Ich brauche keinen Antrag zu stellen, sondern teile nur mir, daß wir uns nicht daran halten werden.

**Präsident:** Ich stelle nochmals fest, daß ich überrascht bin, denn es war gestern in der Präsidialsitzung eine sehr eingehende Aussprache. Ich werde aber darüber abstimmen lassen. Die Damen und Herren, die für die getrennte Debatte sind, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Die Abstimmung über die gesamte Gruppe IX, das sind die Kapitel 20, 21 und 22, erfolgt unter einem.

Ich ersuche nunmehr den Spezialberichterstatter um seinen Bericht über die gesamte Gruppe.

Spezialberichterstatter Ing. Helbich: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe über die Gruppe IX, Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, Kapitel 21: Bauten und Technik, Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung, zu berichten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung vom 6. Juni 1966 die in der Gruppe IX zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966 der Vorberatung unterzogen. Unter den Kapiteln 20, 21 und 22 sind im Jahre 1966 letztmalig die Kredite veranschlagt, die dem bisherigen Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau zur Verfügung standen, vom Beginn der Wirksamkeit des Kompetenzgesetzes 1966 aber von den neu zu errichtenden Bundesministerien für Handel, Gewerbe, Industrie sowie Bauten und Technik verwaltet werden. Im Grunde genommen ist von der neuen Kompetenzregelung nur das Kapitel 20 betroffen. Dieses weist Kredite auf, über die in Hinkunft zu rund 46 Prozent das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und zu 38 Prozent das Bundesministerium für Bauten und Technik anweisungsberechtigt sein werden, während rund 16 Prozent für die gemeinsame Zentralleitung verfügbar sind. Im einzelnen ist zu bemerken, daß folgende Ausgabenansätze zur Verfügung stehen werden:

In der ordentlichen Gebarung: bei Kapitel 20 594,925.000 S, bei Kapitel 21 4.048,354.000 S, bei Kapitel 22 110,250.000 S, zusammen 4.753,529.000 S.

In der außerordentlichen Gebarung: bei Kapitel 21 852,898.000 S, bei Kapitel 22 107,710.000 S, zusammen 960,608.000 S, sodaß sich eine Gesamtsumme von 5.714,137.000 S ergibt.

Vergleichsweise sah der Voranschlag für das Jahr 1965 (Kapitel 20 bis 22) in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung eine Gesamtsumme von 5.343,712.000 S vor. Demnach werden im Jahr 1966 insgesamt 370,425.000 S mehr zur Verfügung stehen.

Die Gesamteinnahmen wurden 1965 mit insgesamt 543,852.000 S veranschlagt, 1966 hingegen mit 582,765.000 S, sodaß sich Mehr-einnahmen in Höhe von 38,913.000 S ergeben.

Die bei Kapitel 20, Handel, Gewerbe, Industrie, veranschlagten Ausgaben betragen insgesamt 594,925.000 S, die zur Gänze auf die ordentliche Gebarung entfallen.

Der Personalaufwand wird mit 256,995.000 S und der Sachaufwand mit 337,930.000 S veranschlagt.

Die Einnahmen sind mit 405,739.000 S veranschlagt; sie sind gegenüber 1965 um 18,502.000 S höher geschätzt.

**Ing. Helbich**

Die bei Kapitel 21, Bauten und Technik, veranschlagten Ausgaben betragen insgesamt 4.901.252.000 S.

Davon entfallen auf die ordentliche Gebarung 4.048.354.000 S und auf die außerordentliche Gebarung 852.898.000 S.

Der Personalaufwand ist mit 212.850.000 S und der Sachaufwand mit 4.688.402.000 S veranschlagt.

Gegenüber 1965 ist ein Mehrerfordernis von 354.531.000 S zu verzeichnen, das sich auf den Personalaufwand mit 21.983.000 S und auf den Sachaufwand mit 332.548.000 S verteilt.

Die Einnahmen sind mit 174.116.000 S angenommen. Sie sind gegenüber 1965 um 17.622.000 S höher geschätzt.

Die bei Kapitel 22, Bauten für die Landesverteidigung, veranschlagten Ausgaben betragen in der ordentlichen Gebarung 110.250.000 S, in der außerordentlichen Gebarung 107.710.000 S, sodaß sich ein Gesamtbetrag von 217.960.000 S ergibt.

Gegenüber 1965, in welchem Jahr 200.000.000 S veranschlagt waren, ist Kapitel 22 nunmehr um 17.960.000 S höher dotiert.

Die Einnahmen sind mit 2.910.000 S angenommen.

In der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß wurde zunächst über die Ansätze des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie die Diskussion eröffnet. Vizekanzler Dr. Bock nahm ausführlich zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung. Sodann behandelte der Ausschuß die Ansätze des Bundesministeriums für Bauten und Technik. Bundesminister Dr. Kotzina beantwortete die im Laufe der Debatte gestellten Fragen.

Bei der Abstimmung am 13. Juni 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der in der Gruppe IX zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages gemäß der Regierungsvorlage mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie,

dem Kapitel 21: Bauten und Technik sowie

dem Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966 in der Fassung der Regierungsvorlage (15 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters bitte ich, die Druckfehlerberichtigungen I in Verhandlung zu ziehen und zu berücksichtigen.

Ich stelle den Antrag, in die Spezialdebatte einzugehen.

**Präsident:** Wir gehen nun in die Spezialdebatte ein.

Wir kommen zuerst zur Debatte über Kapitel 20: Handel, Gewerbe und Industrie.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Meißl (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um fast 4,5 Milliarden Schilling ist der Bundesvoranschlag größer geworden, das heißt, wir können um diese Summe mehr ausgeben.

Auf der Strecke geblieben sind vor allem, wie ich schon einmal sagte, die beiden großen Gruppen der Selbständigen, das sind Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr einerseits und die Landwirtschaft auf der anderen Seite.

Beim Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, sind rund 595 Millionen Schilling — gegenüber 597 Millionen Schilling im Voranschlag 1965 — vorgesehen. Das bedeutet schon eine geringere Dotierung; nicht berücksichtigt ist die allgemeine Erhöhung des Budgets. Dies zeigt, daß man auch in diesem Budget keine andere und keine neue Einstellung zu den Gruppen der kleinen und mittleren Wirtschaftstreibenden gefunden hat. Wir Freiheitlichen werden daher auch dieses Kapitel 20 ablehnen.

**Meine Damen und Herren!** Ich habe schon in meinen Ausführungen in der Debatte über das Budget 1965 im Herbst 1964 darauf hingewiesen, daß die Steuerpolitik unserer Regierung — damals der Koalitionsregierung — leistungsfeindlich ist und daß den Gruppen Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr ernste Gefahren drohen. Ich sprach damals von der steigenden Flucht aus der Selbständigkeit in die Unselbständigkeit als Folge dieser Politik.

Zwei Statistiken mögen aufzeigen, daß auch durch dieses Budget keine steuerliche Entlastung eingetreten ist und daß auch keine entsprechenden Förderungsmaßnahmen vor allem bei der Gruppe Fremdenverkehr sichtbar werden. Die Steuerstatistik zeigt das sehr unerbittlich. Vergleichen wir nur die Zahlen der Einkommensteuer und der Lohnsteuer. Sie alle wissen: Die größte Säule unserer Steueraufbringung ist die Umsatzsteuer. Aber bisher war noch die Einkommensteuer die größere von den beiden nächsten Gruppen, der Einkommensteuer und der Lohnsteuer. Sehen wir uns nun die Zahlen an. 1964 betrug der Eingang an Einkommensteuer noch 5172 Millionen Schilling, der Lohnsteuereingang machte 4637 Millionen Schilling aus. Im Voranschlag 1965 ist die Einkommensteuer noch mit 6 Milliarden vorgesehen, die Lohnsteuer mit 5,7 Milliarden Schilling. Der Eingang im

**Meißl**

Jahr 1965: Einkommensteuer 5705 Millionen Schilling, Lohnsteuer 5732 Millionen Schilling.

Erstmals hat somit im Jahr 1965 die Lohnsteuer die Einkommensteuer überflügelt. Es wäre dagegen grundsätzlich nichts einzubinden, wenn nicht auf der anderen Seite mit dieser Steuerpolitik eine Fehlentwicklung Platz greifen würde.

Die zweite Zahl, die auch sehr, sehr interessant ist, zeigt klar, daß dem Fremdenverkehr auch nicht im genügenden Ausmaß Förderung zuteilt wird.

Es ist doch allgemein bekannt, daß wir nur mehr mit den Devisenüberschüssen aus dem Fremdenverkehr unser Handelsspassivum abdecken konnten; das war in den letzten Jahren noch in einem verhältnismäßig sehr hohen Prozentsatz der Fall, ja man konnte es fast ganz abdecken. Heuer beziehungsweise 1965 mußten wir feststellen, daß trotz einer impnierenden Steigerung auch auf diesem Gebiet dies nur mehr zu 84 Prozent der Fall ist. Sehen wir uns auch hier die Zahlen an, die eine eindeutige Sprache sprechen. Im Jahre 1962 war es noch zu 97 Prozent der Fall, 1963 zu 90 Prozent, 1964 — sogar eine kleine Steigerung — nochmals mit 92 Prozent und 1965 trotz der Steigerung des Überschusses auf 10.901 Millionen Schilling nur mehr, wie schon gesagt, zu 84 Prozent.

Was wäre zwingender gewesen, als zur Abdeckung des in unserem Staat nun einmal unvermeidlich gewordenen Passivums unserer Handelsbilanz den Fremdenverkehr zu fördern, um einen Ausgleich zu schaffen und die Chance zu nützen, die uns der Fremdenverkehr bietet? Hier müßte der Staat entsprechende Impulse geben, und eine stärkere Koordination wäre sicherlich angebracht.

Wir Freiheitlichen haben scharf Kritik geübt, als die ÖVP-Alleinregierung ihre fünf Staatssekretäre beibehalten hat. Diese „parteipolitischen Aufpasser“, wie sie immer genannt wurden, sind ja nicht mehr notwendig.

Es ist ein schlechtes Beispiel der Regierung gewesen, daß sie nicht ganz oben mit der Reform eingesetzt und zu sparen begonnen hat. Wenn aber vielleicht ein Staatssekretär irgendwo seine Berechtigung hätte, so wären wir Freiheitlichen der Meinung, daß im Interesse der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs ein für das ganze Fremdenverkehrswesen zuständiger Staatssekretär im Handelsministerium angebracht wäre. Das wäre eine Maßnahme, die man durchaus begrüßen hätte können. Man hätte die Staatssekretäre ja sonst einsparen können.

Meine Damen und Herren! Wir glauben, daß der gewerbliche Mittelstand — Handel, Ge-

werbe, Fremdenverkehr — im wesentlichen zwei Funktionen zu erfüllen hat: eine volkswirtschaftliche und eine gesellschaftspolitische.

Volkswirtschaftlich bekennen wir uns zur sozialen Marktwirtschaft. Der große Nationalökonom Professor Wilhelm Röpke war einer dieser Vorkämpfer und suchte zwischen den Extremen des ungebundenen Kapitalismus und der Staatsallmacht in allen ihren Formen einen gangbaren „Dritten Weg“. Er fand diesen Weg in einer durch eine staatliche Rangordnung gebundenen freien Marktwirtschaft. Für Röpke ist aber auch die wirtschaftliche Freiheit als Bedingung der allgemeinen Freiheit unersetztlich.

In dieser sozialen Marktwirtschaft ist das Vorhandensein der Selbständigen, dieser Gruppe der kleinen und mittleren Wirtschaftstreibern eine wesentliche Voraussetzung, eine Voraussetzung schon aus Gründen der Konkurrenz und letztlich auch unter Bedachtnahme auf den Konsumenten.

Große privilegierte Gruppen bedrohen diesen gewerblichen Mittelstand. Es sind das — auch gestern wurde davon gesprochen — der Konsum auf der einen Seite und die über ihr eigentliches Ziel hinausgehenden Genossenschaften auf der anderen Seite. Unsere Landwirtschaft und unser Bauernstand wären schlecht beraten, wenn sie glauben, daß sie allein mit diesen Genossenschaften ihr Auslangen finden könnten. Wenn einmal der Handel als Regulativ und als Konkurrenz nicht mehr vorhanden wäre, dann würden sie wahrscheinlich erst sehen, wie schlecht verschiedene Sparten durch diese Genossenschaften vertreten werden.

Es gibt aber auch eine andere Gefahr, die ich hier aufzeigen möchte, nämlich die Diskonters, die vielfach vor allem für den Kleinhandel existenzbedrohend geworden sind. Ein Beispiel mag auch dies zeigen.

In der Fachzeitung „Der Neue Kaufmann“ wird unter anderem sehr richtig gesagt, daß 50 Kleine dem Staat mehr Steuern bringen als ein Großer. Diese Rechnung wird auch bewiesen, ich zitiere das hier Gesagte: „Der Steuerrückgang auf dem Gebiete der drei angeführten Steuern“ — vorher wird davon gesprochen — „beweist weniger eine Konjunkturverflachung als vielmehr eine Absatzverschiebung auf dem Gebiete der Konsum- und Massenartikel nach der Richtung des Groß- und Diskonthandels.“

Ein Diskonter mit einem Jahresumsatz von rund 50 Millionen Schilling entrichtet unter Zugrundelegung von 2 Prozent Gewinn rund 450.000 S Einkommen- und 165.000 S Gewerbesteuer. 50 Familienbetriebe hingegen mit je 1 Million Schilling Jahresumsatz

**Meißl**

entrichten unter Zugrundelegung von 8 Prozent Gewinn je 17.000 S an Einkommen- und 12.000 S an Gewerbesteuer.

Die klare Rechnung sagt: Für einen Jahresumsatz von 50 Millionen Schilling erlegt der Diskonter unter Zugrundelegung seiner Kalkulation an Einkommen- und Gewerbesteuer rund 615.000 S, während hingegen 50 Familienbetriebe für den gleichen Umsatz rund 1.465.000 S dem Staat zu erlegen haben.“

Das ist eine Rechnung, die man sich auch im Finanzministerium sehr wohl überlegen sollte.

In diesem Zusammenhang ist aber auch die Frage zu stellen, ob überhaupt — und diese Frage wurde schon wiederholt gestellt — diese mittelständischen Betriebe in unserer heute hochindustrialisierten Welt noch eine Chance haben. Die Frage kann heute positiv beantwortet werden. Nach den Erfahrungen, die man in den Vereinigten Staaten, in den Industriestaaten des Westens und in der Bundesrepublik gemacht hat, weiß man, daß sich diesen Klein- und Mittelbetrieben, ob es Gewerbe- oder Handelsbetriebe sind, auch in der modernen Massengesellschaft, in der Industriegesellschaft, sehr wohl eine Chance bietet. Nur werden sie sich anpassen müssen, werden sich modernisieren müssen, werden sich rationalisieren müssen und werden sich auch umstellen müssen. Hier wäre es wohl am Platz, wenn auch der Staat eine Hilfestellung einnehmen würde. Aus eigenem können es diese Betriebe nicht tun, denn durch die Steuergesetzgebung hat der Staat bisher eine Vermögensbildung dieser Gruppen verhindert.

Ich darf dazu noch sagen, daß auch viele Fehlentwicklungen stattgefunden haben, daß viele dieser Betriebe ausweichen wollten und durch schlechte Beratung von fachlicher Seite her Fehlinvestitionen gemacht haben. Denken Sie nur: Man hat geglaubt, das Alleinseligmachende sei ein Espresso, seien Tankstellen oder jetzt Sportkegelbahnen. Wie viele dieser Betriebe müßten dann aber feststellen, daß die Investition, die sie ja zum Großteil nur mit Krediten machen konnten, sich nicht lohnte.

Wir Freiheitlichen fordern daher von dieser Regierung die Einhaltung bereits gegebener Versprechen. Wir begrüßen wohl die kleinen Schritte, die getan werden und die noch kommen sollen — sie sind ja groß angekündigt —, lassen aber keinen Zweifel daran, daß eine wirkliche Entlastung nur eintreten kann, wenn erstens eine echte Reform der Umsatzsteuer, und zwar im Sinne einer Mehrwertsteuer, stattfindet. Ich darf hiezu auch sagen, daß man allen Grund hätte, hier bereits jetzt zu beginnen, wenn man weiß, daß im EWG-Raum — wir hoffen, und wir Frei-

heitlichen hoffen es vor allem, daß wir sehr bald in diesen gemeinsamen Raum kommen, in einer für uns noch interessanten Form — 1970 beispielsweise die Einführung des gemeinsamen Mehrwertsteuersystems zunächst ohne einheitliche Sätze in allen EWG-Staaten und 1972 die Aufhebung der Steuergrenzen zwischen den EWG-Staaten und gleiche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EWG vorgesehen sind.

Wir hätten allen Grund, zu versuchen, schon jetzt die Voraussetzungen zu schaffen. Der Herr Finanzminister hat auch schon Erklärungen abgegeben. Er sagte zum Beispiel, oder das wird kommentiert: „Das österreichische Finanzministerium sollte daher nicht mehr, wie es Dr. Schmitz angekündigt hat, die Umsatzsteuerpolitik der EWG-Staaten „beobachten“, sondern rasch dafür sorgen, daß unsere Bestimmungen denen der EWG angepaßt werden. Dieses Vorhaben wird mit jedem Tag schwieriger, den man ungenutzt verstreichen läßt.“

Zweitens kann aber, meine Damen und Herren, eine wirkliche Entlastung nur durch die von uns und von mir schon im Namen der Freiheitlichen geforderte Änderung der Steuerrichtung bei der Einkommensteuer und bei der Lohnsteuer eintreten.

Es wird jetzt von der Erhöhung der Freibeträge gesprochen, es kommt eine Vorlage der Gewerbesteuer ins Parlament, der wir gerne die Zustimmung gegeben haben und beigetreten sind. Wir begrüßen alle diese Schritte, aber dabei allein darf es nicht bleiben. Echte Hilfe werden nur die von mir aufgezeigten Generalreformen, die Umsatzsteuerreform und die Änderung der Progression, bringen.

Der Herr Finanzminister gibt auch verschiedene Versprechungen bei Tagungen und so weiter ab. Wir Freiheitlichen werden hier sehr genau darauf sehen und unangenehme Mahner sein, daß diese Versprechungen auch eingehalten werden. So sagte er beispielsweise auf einer Tagung des oberösterreichischen Handels: „Die Forderungen des Handels seien jedoch nicht nur an sich gerechtfertigt, sondern entsprechen auch einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit. Erst durch ein wettbewerbsneutrales Umsatzsteuersystem ist die Gewähr für eine optimale Entwicklung der Verteilungswirtschaft gegeben.“ Sehr schöne Worte, denen nur auch die Taten folgen müssen.

Mein Klubkollege, der Abgeordnete Peter, wird beim Kapitel Finanzen die von uns wiederholt gestellten Anträge in Hinsicht der „kleinen Schritte“, wie ich sie bezeichnen möchte, einbringen. Ich darf nur zwei davon nennen: Herabsetzung der Umsatzsteuer für Küchenbetriebe auf 1,7 Prozent und Erhöhung

926

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Meißl**

des Freibetrages für die mittägige Ehegattin von 16.000 auf 24.000 S. Abgeordneter Peter wird diese Anträge stellen und unseren wiederholten Forderungen auf diesem Gebiet neuerlich Nachdruck verleihen.

Hier wäre vielleicht auch folgendes notwendig, und ich greife eine Anregung auf, die ich in einer Fachpresse bezüglich der Umsatzsteuer der schwierigen Küchenwirtschaft auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs gelesen habe. Es wurde gesagt: Vielleicht wäre es möglich, daß sich die Kollegen dieser Berufsparte zusammentun. Es wurde angeregt, der Kollege Marberger und der Kollege Graf — und jetzt haben wir einen neuen Kollegen, den Kollegen Leimböck — sollten sich mit dem Vertreter der FPÖ auf diesem Gebiet zusammentun und versuchen, in ihren Fraktionen diese Fragen durchzubringen und ein gemeinsames Vorgehen im allgemeinen sicherstellen. Ich bin jedenfalls dazu jederzeit bereit und greife diesen Vorschlag gerne auf.

Meine Damen und Herren! Der in der freien Wirtschaft Tätige ist sehr harten Gesetzen unterworfen. Er kann nicht hoffen, vom Staat saniert zu werden, wenn er in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommt, wenn er nicht mehr weiterkann. Er haftet mit seinem ganzen Vermögen dafür und muß es einsetzen. Er kennt keinen Kollektivvertrag, er muß mehr leisten als so mancher andere. Aber der Handel, das Gewerbe nimmt diese Anforderungen auf sich, selbstverständlich. Nur möchten sie auch vom Staat korrekt und loyal behandelt werden. Und hier ist die Forderung an den Staat zu stellen, daß man diesen Funktionen, die Handel, Gewerbe und Fremdenverkehr nun einmal für die Gesamtwirtschaft ausüben, ebenso wie der volkswirtschaftlichen und auch der gesellschaftspolitischen Funktion mehr Rechnung trägt und sie anerkennt.

Es ist ein echtes Anliegen von uns Freiheitlichen, in diesen Fragen aktiv mitzuarbeiten. Wir verstehen es deshalb nicht, daß die rechte Seite dieses Hauses, die ÖVP, der Wirtschaftsbund, einem Antrag von uns die Zustimmung versagt hat, einem Antrag — in dem es nur darum ging, unsere Mitarbeit anzubieten — auf Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Handelsausschusses von 21 auf 27. Wäre die ÖVP damals dem Antrag beigetreten, so hätte heute auch ein Freiheitlicher die Möglichkeit, im Handelsausschuß aktiv mitzuarbeiten. Wir werden aber nicht aufhören, diese Forderung zu stellen. Ich darf sie auch heute hier an dieser Stelle erneut vorbringen und vor allem an die Abgeordneten des Wirtschaftsbundes die Aufforderung richten, daß hier eine Änderung herbeigeführt wird.

Eine zweite Forderung der Freiheitlichen darf ich hier deponieren. Es ist eine sehr,

alte Forderung, und zwar die Forderung auf Demokratisierung der Wahlordnung der Kammern. Hier wurde bisher immer von beiden Seiten die Ausrede gebraucht: Ja, wir möchten schon die Handelskammer-Wahlordnung ändern, aber dann müßte die Wahlordnung der Arbeiterkammer auch geändert werden, und umgekehrt genauso. Dieses Spiel wurde doch jahrelang in unserem Hause getrieben.

Wir haben dem immer wieder entgegen gehalten, daß eine echte Demokratisierung nur dann möglich wäre, wenn auch hier der amtliche Stimmzettel eingeführt wird. Ich darf deshalb einen Antrag der Freiheitlichen einbringen, der die Voraussetzung schaffen soll, daß in der Handelskammer-Wahlordnung eine entsprechende Vorsorge getroffen wird, den amtlichen Stimmzettel einzuführen. Ich darf an die beiden anderen Fraktionen die Bitte richten, diesem Antrag beizutreten. Ich darf auch den Appell an den Herrn Handelsminister Vizekanzler Dr. Bock richten, hier mit gutem Beispiel voranzugehen und im Bereiche der Handelskammer mit dieser Demokratisierung zu beginnen.

Es ist ein Antrag des Abgeordneten Meißl:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehe baldigst den Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, durch den § 46 des Bundesgesetzes vom 24. Juli 1946, BGBl. Nr. 182, betreffend die Errichtung von Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Handelskammergesetz), dahin gehend noveliert wird, daß die Wahl der Organe der nach dem Handelskammergesetz gebildeten Körperschaften auf Grund eines eigenen Bundesgesetzes über die Wahlen in die Handelskammern (Handelskammer-Wahlordnung) durchgeführt wird. Gleichzeitig wird die Bundesregierung ersucht, dem Nationalrat den Entwurf eines solchen Bundesgesetzes (Handelskammer-Wahlordnung) vorzulegen, der unter anderem auch die Einführung des amtlichen Stimmzettels für alle Wahlen in die Kammern der gewerblichen Wirtschaft vorsieht.

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, diesen Antrag mit in Verhandlung zu nehmen, und möchte an beide Fraktionen dieses Hauses hinsichtlich der Unterstützungsfrage noch einmal den Appell richten, diesem Antrag, der ein erster Schritt auf dem Wege zu einer Demokratisierung der Kammerwahlordnung wäre, beizutreten.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich nun noch einer anderen Frage zuwenden, und zwar der Frage des so notwendigen und auch in der Regierungserklärung versprochenen Energieplanes. Wir haben hier im Hause im Zusammenhang mit der drohenden Schließung

**Meißl**

eines Bergwerksbetriebes eine Debatte abgeführt, wir haben auch schon früher Debatten über Grünbach und so weiter gehabt. Wir wissen alle, daß in dieser Frage der Energieträger, in diesem speziellen Fall des Energieträgers Kohle, noch keine Lösungen sichtbar sind. Es ist dies auch eine alte Forderung von uns Freiheitlichen, und mein Klubkollege Dr. Kos hat das in diesem Haus wiederholt vorgebracht.

Wir Freiheitlichen möchten vor allem wissen, wie man diese Frage kompetenzmäßig lösen wird. Ich habe auch schon im Ausschuß eine diesbezügliche Frage gestellt. Wir möchten wissen, wie die Erstellung dieses Energieplanes vor sich gehen soll, ob der Herr Handelsminister, der Bautenminister oder der Verkehrsminister zuständig ist oder ob vielleicht diese Fragen auch in die Kompetenz anderer Ministerien fallen. Wer wird die Federführung haben, wird vielleicht ein Ministerkomitee eingesetzt werden? Von Ministerkomitees haben wir im übrigen eine sehr, sehr schlechte Meinung. In der letzten Periode der Koalition wurden uns 27 Ministerkomitees beschert, die immer dann zusammentreten sollten, wenn sich Regierung und Koalition nicht mehr einigen konnten. Aber diese Ministerkomitees sind, wenn überhaupt, nur zusammengetreten, um sich darüber einig zu werden, daß man sich nicht einigen kann. Das war die ganze Funktion, die diese Ministerkomitees in der Vergangenheit hatten. Vielleicht wäre es aber möglich, jetzt einmal eine positive Tat zu setzen. Vielleicht könnte ein solches Ministerkomitee, natürlich unter Beziehung von Fachleuten, einen Energieplan ausarbeiten, den wir wirklich dringend notwendig brauchen, und in der nächsten Zeit dem Hohen Haus präsentieren. Ich möchte auch den Herrn Handelsminister Vizekanzler Dr. Bock fragen, ob er uns darüber Auskunft geben kann. (Abg. Dr. Gorbach: Sicher!)

Ich nehme die freundlichen Worte des Herrn Altbundeskanzlers gern zur Kenntnis. Er hat seinen Parteikollegen damit präjudiziert. (Abg. Dr. Gorbach: So ist es nicht! Er ist sicher bereit, Auskunft zu geben!) Sie sagten doch „sicher“, Herr Bundeskanzler! (Vizekanzler Dr. Bock: Vielleicht kann der Abgeordnete Gorbach einspringen!) Das wäre auch eine nette Geste, Herr Altbundeskanzler.

Meine Damen und Herren! Wie die vorhergehende Abstimmung gezeigt hat, ist eine Trennung der beiden Gebiete Handel und Bauten erfolgt. Ich beuge mich natürlich der Mehrheitsentscheidung dieses Hauses und werde die Fragen des Straßenbaues, die mich vor allem interessieren, in der späteren Debatte zur Kenntnis bringen.

Ich darf abschließend sagen, meine Damen und Herren: Wir Freiheitlichen sind der Meinung — und das ist ein echtes Anliegen von uns —, daß, wenn nicht bald wirklich entscheidende Maßnahmen für alle Gruppen der Selbständigen, auch für die Landwirtschaft gesetzt werden — wir werden morgen darüber sprechen —, dann letzten Endes der Staat der Zuhörer dieser Zeche sein wird. Aus all den vorher angeführten Gründen ist es uns, wie ich schon am Anfang ausgeführt habe, nicht möglich, diesem Kapitel 20 die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident:** Es liegt mir der Antrag der Abgeordneten Meißl und Genossen vor, den der Antragsteller soeben verlesen hat. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage und bitte alle jene Damen und Herren, die den Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Wir gehen in der Rednerliste weiter. Der nächste ist der Abgeordnete Mitterer. Ich erteile ihm das Wort. (Abg. Horr: Was ist mit den Kartoffeln?)

Abgeordneter Mitterer (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Was mit den Kartoffeln ist, habe ich Ihnen gestern beantwortet. Ich glaube, das war deutlich genug. (Abg. Horr: Sie kosten 3,60 S!) 3 S, das ist möglich. Sie haben als Produzentenpreis 60 Groschen genannt, das sind also 500 Prozent. Nun wurde mir bezüglich des Konsums gesagt, es sei ein Irrtum des Verkäufers, es sind nur 500 Prozent statt 600. Ich nehme das zur Kenntnis. (Abg. Peter: Geht die Kartoffeldebatte weiter?) Nein, die geht nicht weiter. (Abg. Dr. Gorbach: Jetzt wartet er auf die Ribisel!)

**Präsident:** Die Kartoffeln sind gestern schon eingezogen worden, also bitte bleiben wir beim Handel.

Abgeordneter Mitterer (fortsetzend): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte, bevor ich auf dieses Kapitel eingehe, feststellen, daß es sehr merkwürdig scheint — und ich möchte das deutlich und klar sagen —, daß das Fernsehen deshalb nicht erscheinen kann, weil es keine Filme hat. Vielleicht sorgt das Fernsehen doch in Zukunft vor, daß es genügend Filme hat. Sie zu beschaffen, dürfte wohl nicht auf große Schwierigkeiten stoßen. Ich würde sehr erfreut sein, wenn solche Pannen nicht mehr passieren, denn sie sind zumindest sehr eigenartig. Ich glaube, daß das Hohe Haus doch ein Anrecht darauf hat, daß die Öffentlichkeit aus den Debatten entsprechend informiert wird und nicht Filme

928

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Mitterer**

plötzlich ausgehen. Vielleicht sind es auch andere Gründe, die ich aber nicht kenne. (*Abg. Rosa Jochmann: Wir sind auch sehr interessiert daran!*) Ja eben, ich sage es ja nicht gegen Sie, ich sage es dem Fernsehen. Sie brauchen sich ja nicht betroffen zu fühlen, gnädige Frau, ich habe das jetzt für das Fernsehen gesagt und nicht als Angriff; das ist ja keine politische Frage, nehme ich wenigstens an. (*Abg. Rosa Weber: Vielleicht können Sie es der Parlamentsdirektion sagen!*) Nein, es ist nicht Aufgabe der Parlamentsdirektion, dem Fernsehen die Filme bereitzulegen, sondern es ist Aufgabe des Fernsehens, Filme beizuhalten. Das muß ich deutlich sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß wir bei diesem Kapitel einige grundsätzliche Fragen über die Wirtschaftspolitik stellen müssen und auch die Probleme aufwerfen sollen, die in diesem Zusammenhang sehr aktuell sind. Die Wirtschaftspolitik ist, im großen gesehen, vom Grundsätzlichen her keine sehr populäre Angelegenheit, denn die Öffentlichkeit widmet diesen Fragen leider kein sehr großes Interesse. Sie interessiert sich bestenfalls für die Auswirkungen, aber sie geht selten den Ursachen nach. Dennoch hängen Lebensstandard, Sozialpolitik, Arbeitsplatz, ja alle materiellen Bereiche untrennbar mit der Wirtschaftspolitik zusammen und sind engstens mit ihr verknüpft. Ich glaube, alle hier im Hause vertretenen Parteien ohne Unterschied wollen eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, bloß die Wege hiezu sind selbstverständlich verschieden. Ich glaube, es wird gut sein, nüchtern und sachlich von allen Seiten her unsere Standpunkte zu beleuchten. Sie werden nicht gleich sein, wir sollen sie gegenseitig anhören und uns ein Bild darüber machen, welche Argumente die richtigeren sind.

Tatsache ist jedenfalls, daß in allen rein marxistischen Ländern des Ostens, also in den kommunistischen Ländern, der Lebensstandard am tiefsten und im freien Westen am höchsten ist. Das ist eine Tatsache, die wir, glaube ich, alle selber registrieren können und die heute gar nicht mehr bestritten ist.

Wenn nun bei den Marxisten das Prinzip auf die Neu- und Umverteilung gelegt wird, so hat sich die westliche Wirtschaft zu dem Bekenntnis und zu der Erkenntnis durchgerungen, daß zuerst Werte geschaffen werden müssen und dann erst die Frage der Um- oder Neuverteilung aktuell wird. Hier scheiden sich sicher in vielen Belangen die Geister. Während auf der einen Seite die Steuern primär eine gesellschaftspolitische Frage sind und die Steuerpolitik vom Gesellschaftspolitischen her beurteilt wird, hat der Westen erkannt, daß der

moderne Staat heute natürlich mehr Geld braucht und daher auch relativ hohe Steuern einheben muß, aber niemals leistungsfeindliche Steuern einheben darf, weil damit eines der entscheidenden Fakten, nämlich die Leistung, zurückgeht.

Ich möchte anschließen an das, was mein Herr Vorredner von der Freiheitlichen Partei mit Recht gesagt hat, daß es eine ganz große Gruppe von steuerlichen Forderungen gibt, die nicht von diesem oder jenem Block oder von dieser oder jener Gruppe gestellt wird, sondern daß wir das von einer höheren Warte aus sehen müssen, daß die Leistung des einzelnen entscheidend davon beeinflußt wird, was ihm letzten Endes bleibt. Denn, meine Damen und Herren, es hat einmal Röpke sehr richtig gesagt: Am Ende der Planwirtschaft steht der Scharfrichter und am Ende der Marktwirtschaft der Konkursrichter. Es gibt keine anderen treibenden Faktoren als das materielle Verlangen, besser zu verdienen, mehr zu haben und mehr aufzubringen. Das ist in jedem Menschen drinnen. Nicht einmal in den kommunistischen Staaten konnte man das verhindern, und deshalb geht es auch heute langsam zu Entwicklungen hin, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Wenn auf der einen Seite die Planung des Staates und die Obrigkeit als Idol dargestellt werden, so halte ich eine planvolle Wirtschaft durch den Betrieb für den richtigeren Weg. Auch hier sehen wir, daß der Osten selbst wieder langsam zu dieser Überlegung zurückkehrt, denn er hat ja nun auch dem Zentralismus abgeschworen und geht auf die Direktverantwortung der im Betrieb tätigen Menschen zurück. Wenn das Idol auf der einen Seite die Planungskommission ist, bei der, wie ich schon öfters gesagt habe, sich alle zuständig fühlen, aber niemand verantwortlich ist, so hat man im freien Westen die Entscheidung der Einzelverantwortung überlassen. Wer von uns allen, ganz egal, in welchem Lager er stehen möge, versteht beispielsweise von den Geschäften, sei es der VÖEST oder eines Privatbetriebes, mehr als derjenige, der in diesem Betrieb steht und der diesen Betrieb bis in seine letzten Gliederungen und Phasen kennt? Ich glaube daher, wir sollen erkennen, daß man nicht von einer anonymen Kommission her Wirtschaftspolitik machen und wirtschaftliche Entscheidungen treffen kann und soll, sondern daß der jeweilige maßgebende Mann und die maßgebenden Personen in den Betrieben, seien sie nun verstaatlicht oder privat, besser wissen und besser entscheiden können, welche Wirtschaftspolitik sie in ihrem Betrieb einschlagen wollen.

Die Dynamik kommt niemals von der Kommission, sondern die Dynamik kommt vom

**Mitterer**

einzelnen her, sei es wieder ein verstaatlichter oder ein privater Betrieb. Dort ist die Dynamik daheim, aber nicht in einer namenlosen Kommission. Wenn auch der Staat gewisse Rahmen stecken und gewisse Hilfen geben kann, die entscheidenden Taten erfolgen in den Betrieben. Wie wäre es, meine Damen und Herren, anders möglich gewesen, daß aus dem Nichts heraus, also praktisch von überhaupt nichts im Jahre Null ein gigantischer Wiederaufbau erfolgt ist! Er ist nicht erfolgt durch die Planungskommissionen, sondern er ist erfolgt durch die Leistung aller: der Arbeiter, der Angestellten und der leitenden Leute in diesen Betrieben, ganz egal, wem sie nun gehören mögen. Wo die Obrigkeit am stärksten ist, dort ist die Leistung am schwächsten. Wir haben das in vielen Fällen erkannt und gesehen, und wir können es heute noch in einzelnen Staaten der Welt, die noch immer vom Obrigkeitssdenken beherrscht sind, immer wieder feststellen.

Hier gleich ein heißes Eisen, das sicherlich auch einmal angepackt werden soll. Meine Damen und Herren! Die Leistung — ich habe das schon gesagt und komme mit Absicht darauf zurück — entsteht weder durch Zureden noch durch eine Streichelmethode, sondern entsteht durch materielle Anreize. Daher wird mit Recht die Forderung erhoben: Mehr Lohn, weniger Steuern! Soweit es der Staat kann, soll er diesem Rufe folgen, denn er wird damit die Leistung anspornen und wird erreichen, daß wir eine Leistungsgemeinschaft und nicht eine von Neidkomplexen dirigierte Gemeinschaft sind.

Noch eine zweite Feststellung möchte ich treffen, die, glaube ich, nicht oft genug wiederholt werden kann, auch wenn das vielleicht gewisse Widersprüche auslösen sollte: Das Gewinnstreben ist ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung! Es ist jetzt damit etwas besser geworden, offenbar in der Erkenntnis, daß auch in anderen Ländern, ja selbst in kommunistischen Ländern, Betriebe wieder zur Ertragswirtschaft zurückfinden müssen, weil man sie sonst gnadenlos zusperrt. Es ist immer wieder gesagt worden, dieser oder jener Betrieb lukriert Profite oder Gewinne; aber „Profit“ klingt besser, das macht mehr den Neidkomplex virulent. Aber ich muß dazu sagen: Ohne Gewinn gibt es in keinem Land der Erde, in keinem Betrieb eine wirklich konstruktive Aufbautätigkeit, denn auch der Betrieb, ganz egal, wer der Besitzer dieses Betriebes sein mag, braucht Gewinne, damit er investieren kann und damit er ausbauen kann. Daher sollen wir nicht immer den Gewinn und den Profit als etwas Suspektes ansehen. Im übrigen haben das selbst die

Volksdemokratien, wie ich gesagt habe, erkannt. Professor Liebermann hat darüber lange Abhandlungen geschrieben und lebt noch immer. Offenbar scheint es langsam auch dort zu dämmern. Auch die Gewerkschafter in den USA haben deutlich und klar zum Ausdruck gebracht, daß das Gewinnstreben schon deshalb notwendig ist, weil nur aus entsprechenden Gewinnen auch entsprechende Forderungen erfüllt werden können, und zwar in sehr weitgehendem Maße. Mehr Gewinn bedeutet mehr Möglichkeiten der Lohnsteigerungen, mehr Steuerleistung, mehr sozialen Fortschritt. Ohne Gewinne gibt es, ob man das hören will oder nicht, keinen wirtschaftlichen Fortschritt, denn von irgendwo her muß alles bezahlt werden.

Daher sollte man doch erkennen, daß man, wenn man heute im Osten dazu übergegangen ist, Defizitbetriebe entweder zu einer Rentabilität zurückzuführen oder zuzusperren, wenn im sozialistischen Schweden die letzte Kohlengrube zugesperrt worden ist, weil sie nicht mehr zu halten war, in Österreich nicht grundsätzlich sagen darf: Alle Betriebe, auch jene, von denen man weiß, daß man sie nicht erhalten und nicht retten kann, müssen offenbleiben, nur weil das irgendein Dogma vorsieht.

Das bedeutet nicht, daß man jetzt sofort sagen wird: Zusperren ist die einzige Lösung. Davon ist keine Rede! Aber das Offthalten von Betrieben, die sich in einer hoffnungslosen Situation befinden, ist wirtschaftlich nicht vertretbar und hat gar nichts zu tun mit irgendeiner konstruktiven Sozialpolitik. Millionen für produktive Maßnahmen zur Überleitung, zur Strukturveränderung, zur Um- schulung der Arbeiter, zur Hilfe für die Arbeiter, die in einem solchen Betrieb tätig sind, das kann man bejahren, aber hunderte Millionen in Betriebe zu pulvern, die eines Tages doch zugesperrt werden müssen, sodaß sie praktisch verlorenes Geld darstellen, das, glaube ich, ist keine Methode.

Ich erinnere nochmals an jenen Rechnungshofbericht, der dargetan hat — ich möchte die Firma nicht noch einmal nennen, damit sie nicht in Mißkredit kommt —: Wenn ein Arbeitsplatz über dieses System defizitärer Betriebe dem Staaate 250.000 S im Jahr kostet, weil er das Defizit bezahlt, aber der Arbeitnehmer davon an Lohn oder Gehalt nur 40.000 S bekommt, dann ist das nicht konstruktiv, weder für den Arbeitnehmer, noch für den Betrieb, noch für den Staat. Das ist eine völlig verkehrte Politik, der man nicht immer wieder Raum geben sollte.

Vor einigen Tagen hat man in einem anderen Zusammenhang hinsichtlich des Rax-Werkes sehr große Dinge gesagt. Meine Damen und

930

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Mitterer**

Herren! In Wahrheit wurden dort ganze 60 Arbeiter durch das Arbeitsamt neu vermittelt und 7 stehen knapp vor der Beendigung. Alle anderen sind nicht einen einzigen Tag arbeitslos gewesen. Ja im Gegenteil, es sind täglich Leute ins Rax-Werk geführt worden, haben also dieses Pendlerdasein geführt; sie wurden wieder zurückgeführt. In jenem Raum Wien-Süd, woher sie stammen, hat man um Arbeitskräfte gebettelt, aber leider diese Arbeitskräfte nicht bekommen. Man sollte also die Dinge gar nicht so darstellen, als sei das völlig verkehrt gewesen, man soll das nicht dramatisieren. Es ist bitter und traurig, wenn jemand seinen Arbeitsplatz wechseln muß, weil es kein Vergnügen für den Arbeitnehmer darstellt, wieder einen anderen Platz zu beziehen. Aber wir müssen erkennen, daß das Dogma der unkündbaren Arbeitsplätze, wie Professor Klenner, ein sicherlich unverdächtiger Zeuge gesagt hat, nicht aufrechterhalten werden kann, sondern daß eine gewisse Flexibilität einziehen muß, die in jeder modernen westlichen Wirtschaft heute schon lange vorhanden ist und die gar nicht etwas Böses darstellt, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

Wenn bei Simmering-Graz-Pauker 1000 Mann weniger beschäftigt sind und der Erfolg erhöht, also der Umsatz vergrößert werden konnte, so zeigt das, daß dieses System der still gehorteten Arbeitskräfte auch ein Unikum in Österreich ist. Die Weltkonkurrenz wird dazu zwingen, zu einer rentabilitätskonformen Wirtschaft überzugehen. Niemand von uns — ich betone es nochmals, und ich werde es immer wieder sagen, damit solche Erklärungen nicht als wahr angesehen werden — verneint die verstaatlichte Wirtschaft! Jedes Kind weiß, daß es heute gar nicht anders geht. Aber wir sollten doch erkennen, daß es besser ist, einen Betrieb, von dem jeder weiß, daß er nicht mehr erhalten werden kann, lieber früher als später zu liquidieren, um den Arbeitern durch direkte Hilfen einen Übergang in andere Betriebe zu ermöglichen, nicht aber den Betrieb jahrelang mit Millionen zu füttern und das Defizit vom Staat zu bezahlen. (*Abg. Wodica: Herr Abgeordneter Mitterer! Warum hat man das früher nicht gesagt, sondern dem Pittermann die Schuld gegeben?*) Herr Kollege, ich glaube, mir können Sie nicht den Vorwurf machen, daß ich das nicht seit Jahren gesagt habe. Im übrigen wurde es vom Rechnungshof gesagt, der damals noch einen Präsidenten Ihrer Couleur gehabt hat, der klar und deutlich gesagt hat: 250.000 S für jeden Arbeitsplatz, das ist zuviel des Guten, ein solcher Betrieb gehört gesperrt. Hat man die Konsequenz gezogen? Nein! Also ist es nicht unsere Schuld, wenn das nicht gemacht

wurde. (*Abg. Wodica: Ich danke! Damit haben Sie die Ausführungen des Abgeordneten Marwan-Schlosser Lügen gestraft! Ich danke sehr für diese Feststellung!*) Bitte, gern. (*Abg. Marwan-Schlosser: Reden Sie doch keinen Unsinn, das ist eine Frechheit sondergleichen!*) — (*Abg. Wodica: Das sind Tatsachen!*) Das steht im Rechnungshofbericht, Sie können es nachlesen über eine andere Firma, nicht jene vielleicht, die Sie meinen, ich möchte es aber nicht nochmals erwähnen.

Meine Damen und Herren! Die Wettbewerbswirtschaft zwingt zur Rentabilität. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Redner!

Abgeordneter **Mitterer** (*fortsetzend*): Es geht nur darum, das Sie den Arbeitsplatz praktisch aufrechterhalten, selbst wenn keine Aufträge mehr vorliegen und der Betrieb nicht in der Lage ist — bei vorübergehenden Schwierigkeiten ist es etwas ganz anderes —, auf die Dauer zu bestehen.

Viele verstaatlichte Betriebe sind absolut gesund. Es ist ja nicht so, daß dieser Zustand überall ist. Aber die wenigen Betriebe, wo die Rentabilität nicht gegeben ist, bei denen muß man eine echte Sanierung vornehmen. Die bedeutet aber nicht, daß aus einem ohnedies mehr als angespannten Budget wieder Hunderte von Millionen freigesetzt werden, sondern die bedeutet, daß man dort eine entsprechende Änderung eintreten läßt, weil das wirtschaftlich in keinem Land der Erde anders gemacht wird und jetzt — um es nochmals zu wiederholen — selbst in den Volksdemokratien so gehandhabt wird.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie das Budget anschauen, finden Sie, daß es mit über 90 Prozent durch feste Kosten, also durch gesetzliche Ausgabenverpflichtungen, belastet ist. Mit den kaum 9 Prozent, die nun an variablen Möglichkeiten übrig gelassen sind, kann man nicht auf die Dauer Hunderte von Millionen für solche Betriebe freimachen, weil sie ja außerdem nicht zu dem wirtschaftlich gewünschten Erfolg führen würden. Wir glauben daher, daß auch die verstaatlichte Wirtschaft auf den Kapitalmarkt gehen muß, ohne daß damit der Betrieb in die privaten Hände übergeht und, wie es immer wieder heißt, „verschachert“ wird, sondern daß der Betrieb sich bei voller Wahrung der staatlichen Majoritätsanteile Kapital auf jenem Weg beschafft, wie er auf der ganzen Welt üblich ist. Kein westliches Land macht das anders, auch jene nicht, wo seit Jahren sozialistische Regierungen am Werke sind. Ich glaube, daß ein solcher Naturschutzpark parteipolitischer Experimente auf die Dauer nicht aufrecht-

**Mitterer**

erhalten werden könnte. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann:* Wie war das mit dem Herrn Reichmann? Wer zahlt die Schulden?)

Wenn Herr Reichmann Kredite aufgenommen hat, haben das die Banken zu verantworten, die sie ihm gegeben haben. Darunter befindet sich auch die BAWAG in sehr großem Maße. Sie wird sicherlich wissen, warum sie es getan hat. (*Abg. Dr. Kreisky:* Über Intervention!) Man kann aber nicht verlangen, daß die Regierung ständig überprüft, ob die einzelne Bank den Kredit zu Recht oder zu Unrecht gibt. (*Abg. Dr. Pittermann:* Das kann man sehr wohl!) Nein! Das kann man nicht, Herr Vizekanzler. Wenn Sie eine sichere Methode kennen würden, zu verhindern, daß eine Bank nie Geld verliert, würden Sie der am besten bezahlte Bankdirektor der Welt sein. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann:* An einer Bankpleite ist Österreich schon einmal zugrunde gegangen! Die Aufsicht hat der Finanzminister!) — *Abg. Dr. Kreisky:* Die Herren der ÖVP in Kärnten haben interveniert!) Ja, die Aufsicht hat der Herr Finanzminister, aber er kann dort nicht die Geschäfte führen. Das wissen Sie ganz genau, Herr Vizekanzler, ich brauche darüber gerade Ihnen keine Vorträge zu halten. Bei Ihnen waren ja auch Betriebe, die gewaltige Verluste ausgelöst haben. Hätten Sie Ihr Patentrezept angewendet, dann hätten wir nichts aus dem ERP-Fonds abbuchen müssen und hunderte Millionen davon weggenommen bekommen. Das ist also keine Methode. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann:* Herr Abgeordneter, wenden Sie sich mit der Beschwerde an den Herrn Finanzminister, der es gemacht hat!) Was heißt: der hat es gemacht? Er hat ja nicht den Kredit gegeben. Sie können ja nicht ununterbrochen dem Staat Dinge aufbinden, die die einzelnen Wirtschaftskörper zu vertreten haben! Wo kommen wir da hin, wenn die Regierung für jeden einzelnen Kredit zuständig sein wird! Das ist doch unmöglich. Das sind Ihre Auffassungen über eine zentral gelenkte staatskapitalistische Einführung. (*Abg. Dr. Pittermann:* O nein!) Natürlich! (*Abg. Dr. Pittermann:* Das sind Auffassungen über die Aufsicht!) Nein, das liegt nicht bei der Aufsicht. Die Aufsicht kann sich nur in genereller Weise beziehen, aber nicht für jedes einzelne Geschäft, Herr Vizekanzler.

Ich wiederhole nochmals: Wenn dem so wäre, dann hätte es in der verstaatlichten Wirtschaft nie einen Verlust geben können, denn Sie haben die Aufsicht gehabt, und offenbar haben Sie sie nicht entsprechend aus-

geübt. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Pittermann:* Im Kapitel 18 ist die Aufsicht des Finanzministers festgelegt, das sollten Sie als Abgeordneter wissen!) Ich rede von den Verlusten in der verstaatlichten Wirtschaft. (*Abg. Dr. Pittermann:* Da sollten Sie wissen, daß das Sache des Vorstandes ist!) Aha! Jetzt ist es Sache des Vorstandes, und bei der Bank, die eine Aktiengesellschaft ist, ist es Sache des Finanzministers. So leicht kann man es sich nicht machen. (*Abg. Dr. Pittermann:* Der Herr Finanzminister hat dort die Aufsicht gehabt!) Ich weiß sehr genau, was es dort gibt und was es nicht gibt. Ich glaube, soviel Kenntnisse werden Sie mir schon zutrauen. Ich weiß, daß wir ständig belehrt werden, aber ich glaube, daß wir auch ein bissel was über die Nationalökonomie wissen und über die üblichen Einrichtungen einer Aktiengesellschaft in der ganzen Welt. (*Abg. Rosa Weber:* Sie belehren uns jetzt seit einer halben Stunde!) Offenbar ist es notwendig. Sie sehen ja, wie notwendig es ist, denn es ist ja wieder anders dargelegt worden, als es den Tatsachen entspricht. (*Abg. Dr. Pittermann:* Es wäre besser gewesen, Sie hätten den Reichmann belehrt!) Vielleicht hätten Sie einige Ihrer anderen Kollegen belehren können, da hat es ja eine ganze Reihe gegeben. Die wären dafür sehr dankbar gewesen, oder vielleicht auch nicht. Aber jedenfalls hätten wir weniger verloren auf dem ERP-Sektor. (*Abg. Dr. Pittermann:* Der Herr Rieger hat sich von mir nichts sagen lassen!) Das ist sehr bedauerlich. Ich bin kein Vertreter vom Herrn Rieger und ich habe ihn auch nicht zu vertreten. (*Abg. Dr. Kreisky:* Jetzt auf einmal! — *Abg. Sekanina:* Der Herr Rieger war damals für dieses Problem zuständig! Sie können nicht auf einmal behaupten, daß Rieger nichts damit zu tun gehabt hat!) Ja, ganz gewiß. Es waren alle jene zuständig. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, wenn Sie meinen, daß man wieder darauf zurückkommen muß, daß das in der Aktiengesellschaft eingetragene Vorstandsmitglied und der Aufsichtsrat verantwortlich sind und nicht eine zentral gelenkte Bürokratie. (*Abg. Weikhart:* Den Rieger hat aber die ÖVP in Schutz genommen!) Ja, aber Sie haben genauso andere gehabt. Ich nehme ihn nicht in Schutz. Ich habe nicht gesagt, daß das gut ist, was hier gemacht wird. Wir haben ja auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen. (*Abg. Weikhart:* Er konnte nicht abgesetzt werden, weil er unter dem Schutz der ÖVP stand!) Er konnte nicht abgesetzt werden! Wenn man Sie jetzt hört, möchte man meinen, Herr Staatssekretär: Sie waren lauter Waserln und haben überhaupt nichts zu reden gehabt! (*Abg. Steiner:* Hascherln san's eh!)

932

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Mitterer**

Während die Lohnsteigerungen in der Bauwirtschaft nun eine sehr böse Entwicklung andeuten, weil hier die Lohnsteigerungen durch Kostenauftriebselemente auf den Preis überwälzt werden und wir alle zusammen höhere Baupreise werden bezahlen müssen, sind die Lohnsteigerungen auf dem chemischen Sektor sicher eine ernste Gefahr. (Abg. Horr: *Lassen Sie doch die Bauarbeiterlöhne!*) Sie werden dann genauso, Herr Kollege Horr, sich aufregen, wenn anstatt 40.000 Wohnungen um 10 Prozent weniger gebaut werden können, weil ja aus dem Sack nicht mehr herauskommt. Und was es an höheren Preisen in der Bauwirtschaft gibt, reduziert das Bauniveau. Das ist doch ganz klar. (Abg. Horr: *Schaun Sie sich einmal die Löhne in der Bauwirtschaft an! Dann sprechen Sie nicht so einen Unsinn!*) Die Löhne in der Bauwirtschaft brauche ich mir nicht erst anzuschauen, die kenne ich leider zur Genüge. (Abg. Horr: *Das ist so, wie wenn ich einen Juwelier nehme und sage: Das verdient jeder!*) Herr Kollege, werden Sie nicht persönlich, sonst müßte ich es auch werden. Ich möchte bitten, daß man soviel Geschmack aufbringt, nicht immer persönliche Angriffe zu starten. (Abg. Horr: *Sind Sie ein Juwelier? Das weiß ich gar nicht!*) Sie wissen manches nicht, aber Sie reden darüber. Das ist das Traurige! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Auf dem Chemiesektor sind jene ernsten Gefahren zweifellos nicht wegzudiskutieren . . . (Abg. Dr. Pittermann: *Der Herr Obergescheite! Das Manuskript ist vom Kammersekretär aufgesetzt, und er liest es herunter!* — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Herr Vizekanzler! Ich möchte diese Verdächtigung zurückweisen. Ich brauche keinen Kammersekretär, vielleicht brauchen das Sie, aber ich brauche das nicht! (Abg. Horr: *Greifen Sie nicht die Löhne der Bauarbeiter an!* — Der Präsident gibt neuerlich das Glockenzeichen.) Ich habe mir noch nie von einem Kammersekretär eine Rede aufsetzen lassen. Offenbar ist das bei Ihnen üblich. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Der Redner zeigt seine handschriftlichen Aufzeichnungen vor.) Sie können meine Schriftprobe haben. (Abg. Dr. Pittermann: *Sprechen Sie keine Verdächtigungen aus!*) Wer hat hier Verdächtigungen ausgesprochen? (Abg. Dr. Pittermann: *Belehren Sie nicht Leute, die Arbeiter vertreten!* — Abg. Horr: *Sie haben keine Ahnung!* — Abg. Dr. Pittermann: *Beschimpfen Sie nicht Arbeiterverteilte, wie Herrn Horr!* Sagen Sie nicht, daß er nichts versteht!) Sie haben Verdächtigungen ausgesprochen, indem Sie gesagt haben . . . (Abg. Horr: *Wir werden Sie zu einer Bauarbeiterversammlung einladen!* — Abg. Dr. Pittermann: *Was ist das für ein Ton?*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Vielleicht lassen wir wieder den Redner zu Wort kommen.

Abgeordneter Mitterer (*fortsetzend*): Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Sie haben die Erklärung abgegeben, ich ließe mir von einem Sekretär die Rede machen, und dann sagen Sie: Verdächtigen Sie niemanden! Das ist doch lächerlich! (Abg. Dr. Pittermann: *Sie haben einen Arbeiterverteilte beschimpft!*) Ich habe niemanden beschimpft! Sie haben eine Verdächtigung ausgesprochen, und die lasse ich mir nicht gefallen. (Abg. Dr. Pittermann: *Sie haben zu Horr gesagt, er soll gescheiter werden!*) Nein, nein! Lesen Sie das Protokoll nach, und hören Sie besser zu. (Abg. Horr: *Er soll zu einer Bauarbeiterversammlung kommen!* — Abg. Dr. Pittermann: *Da traut er sich nicht hin!*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Lassen Sie doch den Redner zu Wort kommen, Herr Abgeordneter Horr! Jeder hat hier das Recht, am Rednerpult seine Meinung zu sagen. Bitte lassen Sie jetzt den Redner zu Wort kommen. (Abg. Horr: *Auch wenn es nicht wahr ist! — Heiterkeit.*)

Abgeordneter Mitterer (*fortsetzend*): Ich hab' gar nicht gewußt, daß Sie sich zu Wort gemeldet haben!

Im Chemiesektor, meine Damen und Herren, sind die Lohnerhöhungen aber sicher eine Gefahr, weil es hier um exportorientierte Teile geht, bei denen diese Preisentwicklung nicht mitgemacht werden kann. Die Lage auf dem Chemiesektor ist also durchaus nicht ungefährlich, und ich glaube, daß hier die Überforderungen, die letzten Endes zu Betriebseinschränkungen führen, sehr gefährlich sein könnten. Man soll erkennen, daß es in den Grenzkostenbetrieben nicht so einfach ist, nur die Forderungen durchzusetzen, und man muß sich auch überlegen, welche Konsequenzen diese Forderungen haben könnten. Die Produktivität ist gerade auf diesem Sektor nicht annähernd so gestiegen, wie die Unkostensteigerungen ausgemacht haben, und ich sehe darin eine schwere Exportgefährdung. Wir werden im Herbst feststellen, ob meine Befürchtungen richtig sind. Ich hoffe, daß sie nicht richtig sind.

Die bedenkliche Entwicklung, die der Außenhandel in den letzten Monaten genommen hat, indem die Importe höher geworden sind, aber der Export fast nicht gefolgt ist und auf einem Niveau stagniert, das zwar sehr hoch ist, aber das immerhin keine ansteigende oder eine kaum ansteigende Tendenz zeigt, bringt eine zunehmende Passivierung der Handelsbilanz mit sich.

**Mitterer**

Es ist richtig, daß der Devisenschatz der Nationalbank groß genug ist, um solche übergangsweisen Stöße auszuhalten und aufzufangen. Wir haben etwa 1 Milliarde an Devisen zusätzlich abgegeben. Zugleich sind Bestrebungen eingetreten, die Auslandsanleihen zu reduzieren, sodaß ein weiterer Zufluß aus diesem Titel nicht gekommen ist. Ich gebe zu, daß daher ein Vergleich der Devisenentwicklung nicht ganz leicht ist, weil eben früher außergewöhnliche Transaktionen vorgenommen wurden.

Aber dennoch, meine Damen und Herren, müssen wir erkennen, daß die Entwicklung des Außenhandels uns Sorge zu machen beginnt, denn der Fremdenverkehr, der bisher in weitgehendem Ausmaß die defizitäre Handelsbilanz durch eine aktive Zahlungsbilanz ausgleichen konnte, kann keine Wunder wirken. Was der Fremdenverkehr an Forderungen hat, wird sicherlich noch heute zur Sprache kommen. Ich möchte mich nur darauf beschränken, jetzt festzustellen, daß dieser Fremdenverkehr nicht alles ausgleichen kann und daß wir uns sehr ernst mit der Situation des Außenhandels zu befassen haben werden.

Der Kreditapparat, meine Damen und Herren, hat durch diese Entwicklung ebenfalls an Liquidität eingebüßt. Der Präsident des Bankenverbandes hat vor einigen Tagen sehr ernste Worte in dieser Richtung gesprochen, daß heute auch bei bester und unbestrittener Bonität die Kredite leider sehr schwer zu erhalten sind und daß daher die Kreditsumme, die zur Verfügung steht, immer kleiner wird. Das hat eine Schwierigkeit auf dem Kreditsektor ausgelöst, die wir nur mit Sorge verfolgen können, weil ja letzten Endes ein Teil der Investitionen über den Kreditsektor finanziert werden muß. Die zunehmende Wichtigkeit der damit verbundenen Selbstfinanzierung wird daher umso augenscheinlicher, und ich würde bitten, daß Sie alle sich überlegen, daß es unmöglich sein wird, auf die Dauer nur mit dem Bankkredit zu arbeiten, und wir daher der Selbstfinanzierung ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen.

Aus diesem Grund erscheinen uns die Wirtschaftswachstumsgesetze um so dringender, da das wirtschaftliche Wachstum 1963/65 noch dem Wachstum der OECD-Staaten im Durchschnitt gefolgt ist, aber das Wachstum 1965/66 zweifellos dieser Entwicklung nicht mehr folgen wird. Wir sind daher gegenüber dem Durchschnitt der OECD-Staaten zurückgefallen, und ich glaube, daß dies Grund genug sein müßte, um alles zu tun, das Wachstum zu fördern.

Wir sind wohl über die Notwendigkeit, das Wachstum zu fördern, alle einer Meinung,

Auch hier ist es ja nur die Frage der Methode. Ich glaube, wir sollten erkennen, daß gewisse Ziffern einfach untrüglich sind. Wenn die Brutto-Anlageinvestitionen je Einwohner im Durchschnitt 1963/65 in Österreich 7700 S, in der Bundesrepublik 12.000 S, in der Schweiz 16.300 S, in Großbritannien nur 7600 S und in den USA 14.700 S betragen, dann muß das doch zu denken geben! Wenn die Statistik dazu noch aussagt, daß im Gegensatz zu den fünfziger Jahren in Zukunft von einer Vermehrung der Arbeitsplätze keine Impulse ausgehen werden — der Beirat für Sozial- und Wirtschaftsfragen rechnet bis 1970 mit leicht fallendem Einsatz —, so daß die künftige Produktion ausschließlich durch Steigerung der Produktivität erreicht werden muß, dann gibt eine solche Tatsache doch jedem, der die Dinge mit Ernst verfolgt, zu denken. Wir sollten nicht unüberlegt über das hinwegsehen und sagen: Es wird schon irgendwie gehen. Irgendwie wird es sicher gehen, es ist nur die Frage: wie.

Ich würde bitten, daß wir jedenfalls erkennen, daß die wachstumsfördernden Maßnahmen weder ein Geschenk für den einen noch für den anderen sind, weder einen Vorteil für den einen noch für den anderen bedeuten, sondern daß wir letzten Endes alle in einem Boot sitzen. Denn ein Betrieb, der kein Wachstum mehr aufweist, der keine Investitionen mehr tätigen kann, kann letzten Endes auch keine Arbeitsplätze mehr sichern. Ich bitte also, doch zu überlegen, bevor man über solche Dinge spricht, daß es hier um sehr wichtige und ernste Fragen nicht einer Gruppe geht, sondern um sehr ernste Fragen der gesamten Beschäftigungspolitik.

Je liberaler die Fremdarbeiterpolitik betrieben wird, desto mehr Chancen werden wir auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes haben, und trotz ausgeschöpftem inländischem Arbeitspotential könnte die Produktion gesteigert werden. Auch eine Steigerung der Arbeitsmoral wird auf gewissen Gebieten notwendig sein; auf manchen Gebieten ist es sicherlich nicht so. Räumlich und branchenmäßig ist aber auch eine Mobilität der Arbeitskräfte notwendig. Wohin eine Wirtschaft führt, die in einigen sehr schwierigen Gebieten — ich möchte sagen: fast hoffnungslosen Gebieten — einerseits ein Arbeiterangebot, andererseits in anderen Räumen eine dringende Nachfrage nach Arbeitskräften hat, zeigt doch am besten die Schwierigkeit, in einem Land mit einer völlig betonierten Wohnraumpolitik eine moderne, flexible Wirtschaftspolitik zu betreiben. Es wurde mit Recht, ich glaube vom Herrn Abgeordneten Czettel, das letztemal gesagt, wie schwierig das Leben der Wanderarbeiter sei, dieser Arbeiter, die da täglich

**Mitterer**

hin und her pendeln müßten. Aber es gibt auch Pendler, die gar nicht hin und her pendeln müßten, die aber deshalb pendeln, weil sie im Ausland besser verdienen. (Abg. Dipl.-Ing. Häammerle: *Freiwillige Pendler!*) Denken Sie nur an Vorarlberg, wo tausende Arbeiter täglich ihren Pendelweg antreten. Ich glaube, auch das muß uns zu denken geben. Wir müßten hier eine Erleichterung des Steuerdrucks eintreten lassen, damit der Arbeiter nicht in das Ausland abwandert und wir auf der anderen Seite die Sorge haben, wie wir wieder Fremdarbeiter in das Inland hereinführen. (Abg. Rosa Weber: *Das ist doch eine Lohnfrage!*) Sicher ist das eine Lohnfrage! Aber, verehrte gnädige Frau, ein Hauptgrund ist, daß zwischen dem Brutto- und Nettolohn in der Schweiz ein wesentlich kleinerer Unterschied besteht als in Österreich — auch das muß man doch offen erkennen —, weil in der Schweiz der Arbeitnehmer vom ausgezahlten Nominal-Frankenlohn viel mehr Nettolohn erhält als in einem vergleichbaren Betrieb in Österreich. (Abg. Dr. Staribacher: *Da sind Sie hoffentlich für die Senkung der Lohnsteuer!*) Zweifellos! Wir werden Ihnen auch die Pläne vorlegen. Da treffen wir uns völlig auf einer Linie. Aber ich bitte doch zu verstehen, daß man nicht alles in zwei Monaten machen kann! (Abg. Eberhard: *Sie hätten die Lohnsteuersenkung vor die Preistreiberei stellen können!*) Wir werden einen sehr weitgehenden Vorschlag vorlegen, und wir werden Sie auch dazu einladen, diesen Vorschlag zu beraten. (Abg. Dipl.-Ing. Häammerle: *Die Schweiz hat 23 Prozent Soziallasten, wir haben bis zu 72!*)

Die Mobilität der Arbeitskräfte, die durch die derzeit gemauerte und betonierte Wohnraumpolitik leider zu registrieren ist, wird ebenfalls geändert werden müssen; nicht weil wir es sagen, sondern weil die moderne Wirtschaft es in der ganzen Welt erfordert. Man kann nicht Betriebe, die zufällig in einem schwierigen Landesteil liegen, einfach deswegen erhalten, weil es dort einen solchen Notstand gibt. Man wird also eine flexiblere Politik machen müssen, weil die ganze Welt es so macht und weil wir auch kein Eiland der Glückseligen sind.

Es wird immer schwieriger — ich komme damit auf ein sehr wichtiges Kapitel —, unsere Exportziffern in den EWG-Raum zu erhalten. Meine Damen und Herren! Es ist erstens die steigende Diskriminierung, der sich unsere Exporteure gegenübersehen, ob das nun die verstaatlichte Wirtschaft oder die private Wirtschaft ist. Wir stellen immer mehr fest, daß die Diskriminierung in dem EWG-Raum unsere Exporte in größte Gefahr bringt.

Die Ziffern der Handelsbilanz für das erste Quartal 1965 lauten wie folgt: Einfuhr 12,3 Milliarden, Ausfuhr 9,5 Milliarden, Saldo minus 2,8 Milliarden.

Die gleichen Ziffern für 1966 betragen aber: Einfuhr 14,7 Milliarden, Ausfuhr 10,1 Milliarden, Minussaldo 4,6 Milliarden.

Ich glaube, solche Ziffern geben doch einigermaßen zu denken. Ich würde meinen, daß wir uns speziell, was die Bundesrepublik betrifft, sehr darüber den Kopf zerbrechen müssen, was wir tun können, um unseren Export zu halten. Derzeit ist der Saldo im ersten Quartal gegenüber der Bundesrepublik mit 3,2 Milliarden passiv, gegenüber Frankreich mit 400 Millionen, gegenüber England mit 500 Millionen — hier insbesondere deshalb, weil England vertragswidrig, um nicht zu sagen -brüchig, eine Zusatztaxe eingeführt hat, die unseren Export in große Schwierigkeiten gebracht hat —, und gegenüber den USA beträgt der Minussaldo 300 Millionen.

Es geht also nicht nur — das möchte ich auch deutlich feststellen — um die Frage der Zölle, so wichtig diese sind, es geht um echte Verflechtungsercheinungen, wie wir sie in der Großraumwirtschaft heute überall haben. Jene Damen und Herren, die sich im Ausland umsehen, die sich die Betriebe ansehen und die die wirtschaftlichen Entwicklungen sehen, werden feststellen, daß die großräumige Wirtschaft einfach nicht aufzuhalten ist. Wir können nicht mehr die Frage stellen: Wollen wir, oder wollen wir nicht?, sondern wir müssen so rasch als möglich, sodaß jetzt nur mehr die Frage des Wie zur Debatte steht. Es ist also nicht eine besondere Vorliebe für diesen oder jenen Raum, den wir anstreben, sondern es ist die wirtschaftliche Notwendigkeit, uns in einem Raum zu assoziieren, der uns jene Exportmöglichkeiten, jene wirtschaftlichen Möglichkeiten gibt, die wir alle miteinander brauchen. Selbstverständlich müssen wir hier bei voller Wahrung unserer Neutralitätsverpflichtungen vorgehen.

Der wirtschaftliche Großraum ist ja heute auch schon im Osten erkannt worden. COMECON ist ja nichts anderes als eine großräumige Entwicklung, wenn man auch dort durch die planwirtschaftlichen Einrichtungen nicht mit jenen Erfolgen vorgehen konnte, wie es in der EWG der Fall war.

Im übrigen darf man deswegen doch nicht konstruieren, wir wollten unsere anderen Märkte vernachlässigen. Es ist doch nicht so, daß irgendein Exportbetrieb, ob das nun die verstaatlichte Wirtschaft betrifft oder einen privatwirtschaftlichen Exporteur, einen Markt aus Vergnügen vernachlässigt; er hat doch ein Interesse, einen Markt zu pflegen.

**Mitterer**

Wir werden daher auch unseren Osthandel pflegen und erhalten. Wir können aber dort nur nach gewissen Größenordnungen vorgehen, weil es durch den Bilateralismus, durch die bilateralen Verpflichtungen leider nicht anders möglich ist. Es sind also keine „ismen“, die wir hier vertreten, sondern das ist wirtschaftliche Realität, die letzten Endes entscheidend sein muß.

Es wird immer wieder — ich habe es schon im Ausschuß gesagt — die Schweiz als Vorbild angeführt. Ich kenne die Schweiz sehr, sehr gut, besser als alle anderen Länder, weil ich wirtschaftlich sehr viel mit diesem Land zu tun habe. Aber strukturell und positionsmäßig kann man sie mit Österreich nicht vergleichen. Sie hat zwar ungefähr den gleichen Charakter in bezug auf die Landschaft, aber sie hat Industrien, die eine Fast-Monopolstellung haben. Ihre Exporte sind weitgehend gefächert durch die besondere monopolartige Stellung dieser Industrien. Daher ist die Schweiz nicht auf einen Raum auf Gedeih und Verderb angewiesen, sondern die Schweizer Exporte sind aufgefächert auf fast alle Länder der Erde. Die Schweiz könnte, theoretisch gesehen, auch bei einer scharfen Reduktion aus dem EWG-Raum weiterhin ihre Existenz sichern. Wir haben eine Exportquote nach dem EWG-Raum von über 50 Prozent. Wenn daher diese Quote auch nur um 10 Prozent rückläufig ist, bedeutet das 5 Prozent der gesamten Exportsummen. Wenn aber bei der Schweiz der EWG-Export rückläufig ist, bedeutet das nur ein halbes Prozent. Wir sehen also, daß die Relationen, die man hier stellt, doch wesentlich verschieden sind. Ich bitte doch zu erkennen, daß die Schweiz, sosehr sie uns in vielen Belangen ein Vorbild ist, gerade was den Außenhandel anlangt, infolge ihrer anderen Struktur in vielen Fällen nicht vergleichbar sein kann.

In der EFTA-Präambel ist festgehalten, daß es sich um eine Übergangslösung handelt. Die Schwierigkeiten, die in der EWG dort und da immer wieder entstehen — vor einigen Monaten durch die Haltung Frankreichs —, sind sicherlich vorhanden. In jedem solchen Raum gibt es Schwierigkeiten, speziell Anfangsschwierigkeiten — das hat es bei der Gründung des amerikanischen Staatenbundes auch gegeben —, aber niemand sollte sich der Illusion hingeben, auch wenn er dies gerne möchte, daß diese EWG zerfallen wird. Meine Damen und Herren! Glauben Sie ja nicht, daß hier entstehende Schwierigkeiten zu einem Zerfall der EWG führen. Dazu sind die Verflechtungen zu stark, dazu ist das Zusammengewachsensein der Betriebe zu stark, dazu sind die reine Realität und der Egoismus der

daran teilhabenden Länder viel zu groß, als daß sie ein so großes und gutes Wirtschaftsgebilde opfern würden. Daher sollen wir uns in dieser Richtung keinen Illusionen hingeben.

Wenn wir aber erkennen und glauben, daß die EWG noch einen weiteren Ausbau und eine Verbreiterung erfahren wird, dann sollten wir doch alles tun, um die Anstrengungen noch zu forcieren, eine Assozierung in gangbarem Ausmaße herbeizuführen. Gerade das, was Frankreich in den letzten Monaten in der EWG geltend gemacht hat, könnte uns dabei vielleicht sogar etwas behilflich sein, weil die supranationalen Einrichtungen vielleicht doch etwas mehr in den Gedanken zurückgedrängt wurden und wir daher alle Chancen haben — diese Meinung wird auch von den Fachleuten, die dort verhandelt haben, geteilt —, in kürzester Zeit einen praktikablen und guten Vertrag mit der EWG herbeizuführen.

Der gegenwärtige Stand — er ist ja sehr vielen bekannt — lautet doch so, daß in Fragen der Harmonisierung und der Institutionen Berichte fertiggestellt worden sind, daß die „Arbeitsgruppe Österreich“, die vom Rat der ständigen Vertreter des Ministerrates zur Überprüfung der Berichte eingesetzt worden ist, aufgefordert wurde, die Überprüfung bis 10. Juli zu beenden.

Es wird also sicher noch manche Hürden und manche Schwierigkeiten geben. Aber wir werden alles daran setzen müssen, um eine Assozierung herbeizuführen zu können, denn die Ziffern der Exportwirtschaft, die wir in den letzten Monaten bekommen haben — wenn es noch irgendeines Beweises bedarf hätte —, haben gezeigt, daß es nun wirklich höchste Zeit ist, zu einer Lösung zu gelangen.

Ich möchte hier meinen Dank an den Herrn Bundesminister und Vizekanzler Dr. Bock für seine nimmermüde Arbeit und für seinständiges Eintreten in dieser Richtung aussprechen, denn er hat diesen Dank weiß Gott verdient. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Natürlich wird es Gefahren und Probleme geben. Ich vertrete nicht die Meinung, daß wir mit einem Hurra hineinstürzen werden und daß alles dann wunderbar gehen wird. Nein, es wird Übergangsschwierigkeiten geben und manche Sorge, manchen Kummer und manche Anpassungsschwierigkeiten. Es wäre ja lächerlich zu sagen, daß das nicht so ist; aber wo gibt es das bei einer Neuordnung nicht? Wenn man aber die Gesamtwirtschaft im Auge hat und nicht den einzelnen Betrieb in dieser oder jener Branche, für den es vielleicht sehr schwierig sein mag, so müssen wir doch erkennen: Ein Markt von 220 Millionen Menschen

936

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Mitterer**

eröffnet einem kleinen Land große Chancen. Es ist richtig, daß dieser Markt dann auch hereinströmt. Aber tut er es jetzt nicht? Sehen wir nicht, daß heute schon die EWG-Länder mit aller Macht hereintreten? Mehr, als die Bundesrepublik Deutschland heute hier durch Filialen und andere Betriebsgründungen Fuß gefaßt hat, wird sie es auch dann nicht tun. Es ist ja nicht so, daß uns bisher dieser Markt nicht Schwierigkeiten bereitet hätte. Es ist doch so, daß die Waren nach Österreich geströmt sind und eine scharfe Konkurrenz ausgelöst haben, daß aber für uns durch die Diskriminierung eine Gegenentwicklung äußerst schwierig war.

Ich glaube, wenn man 7 Millionen und 220 Millionen ins Auge faßt, so würde selbst die Erreichung eines kleinen Teiles dieser Bevölkerungszahl als potentielle Kunden Österreichs zweifellos eine gute Position für unsere Wirtschaft bringen. Daher soll man nicht so ängstlich sein und immer nur die Schwierigkeiten sehen, die es zweifellos gibt, sondern man soll erkennen, daß auch anläßlich der Liberalisierungswelle, und zwar der zweiten und der dritten, alle erklärt haben: Jetzt werden alle arbeitslos, jetzt wird eine Katastrophe hereinbrechen. — In Wahrheit ist eine wirtschaftliche Blüte entstanden wie noch nie.

Wenn wir es mit Österreich gut meinen und die Arbeitsplätze wirklich sichern wollen, aber nicht durch Atteste und Erklärungen, wodurch sie ja nicht gesichert werden, sondern dadurch, daß wir Beschäftigung für unsere Arbeitnehmer in großem Ausmaß schaffen, sollten wir uns daher alle bemühen, einen entsprechend guten und baldigen Abschluß mit der EWG herbeizuführen, wobei wir alle Verpflichtungen und Verträge, die wir eingegangen sind, selbstverständlich korrekt halten sollen.

Eine weitere Frage, die damit im Zusammenhang steht und die auch nicht einfach sein wird — ich möchte auch das betonen, ich will da gar keine Illusionen aufkommen lassen —, ist die steuerliche Harmonisierung auf dem ganzen EWG-Markt oder in Österreich mit dem ganzen EWG-Markt. Es wird notwendig sein, daß wir eine Reihe von Fragen in Angriff nehmen. So, mein Vorredner hat das ja schon gesagt, auf dem Umsatzsteuersektor. Ich habe vor einigen Jahren in einer Großversammlung unter großem Protest der dort Versammelten gesagt: Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, die Umsatzpauschalierung wieder einzuführen, wie sie vor dem Jahre 1938 einmal da war, wo der Satz viel kleiner war und wo dem Staat dadurch ein großer Betrag entgangen war, was er damals verkraften

konnte. Ich glaube vielmehr, daß die Mehrwertsteuer in ihrer adaptierten Form die einzige Möglichkeit darstellt, in Österreich eine gerechte Umsatzsteuer einzuführen.

Nun weiß ich und bestreite auch nicht, daß diese Umstellung auch nicht so leicht sein wird. Meine Damen und Herren, die derzeit steuerlich Privilegierten werden kein Freudengeul anstimmen, wenn sie dann viel mehr Umsatzsteuer werden zahlen müssen als bisher, weil sie ja bisher wirklich privilegiert waren. Solche Privilegierten gibt es in allen Lagern und in allen Größenordnungen, und man kann von ihnen nicht verlangen, daß sie dankbar anerkennen, wenn man ihnen die Privilegien nicht mehr beläßt. Ich sage absichtlich nicht „etwas wegnimmt“ oder „eine Strafsteuer diktiert“, sondern wenn man Steuerprivilegien, wie sie derzeit in der Kaskaden-Umsatzsteuer vor allem vorhanden sind, heute nicht mehr akzeptiert. Es wird auch sicherlich eine Lösung geben. Man hat gesagt — ich muß das einschieben —: Ja, aber diese Mehrwertsteuer ist ja für den kleinen und mittleren Betrieb so kompliziert. Es gibt auch hier Lösungen, indem man an den Endpunkten dieser Steuerform Pauschalierungen vornimmt und damit das ganze System wesentlich vereinfacht.

Wir werden aber in diese Richtung gehen müssen, und ich bin sehr froh, daß sowohl die Bundeskammer eine wissenschaftliche Kommission eingesetzt hat, die ihre Arbeit bereits beendet hat — wir werden in Kürze das Resultat zu Gesicht bekommen —, als auch im Finanzministerium eine entsprechende Kommission tätig ist, um die Voraussetzungen zu schaffen, so bald als möglich zu einer Änderung der Umsatzsteuer zu kommen. Denn wir fordern ja nicht eine soziale Maßnahme und nicht ein Privileg für diesen oder jenen, sondern nur gleiche Startbedingungen für alle wirtschaftlich tätigen Menschen.

Die Harmonisierungen auf steuerlichem Gebiet werden auch andere Dinge enthalten müssen: Gewerbesteuer, Einkommensteuer und anderes. Es wäre eine Utopie, zu glauben, daß wir bei völlig verschiedenen Steuergrundfragen einen Wettbewerb mit diesen Ländern aushalten können. Das gibt eine sehr große Arbeit, eine sehr große Verantwortung und wird auch sehr große Probleme aufwerfen. Dennoch müssen wir zu einer Großraumwirtschaft und zu einer solchen Ordnung kommen, weil die wirtschaftliche Entwicklung uns dazu zwingt. Kein Politikum und keine Partei, sondern ökonomische Fragen sind es, die heute auf der ganzen Welt zu dieser Entwicklung führen.

Nun sagt man immer, Österreich sei vielleicht dort und da nicht konkurrenzfähig. Ja,

**Mitterer**

ich gebe zu, das mag da und dort stimmen. Aber nehmen Sie einen großen Wirtschaftszweig — wir haben heute schon darüber gesprochen —, den Fremdenverkehr: Er ist gnadenlos in der ganzen Breite der Konkurrenz der Welt ausgesetzt, weil es dort ja überhaupt keine Schutzmaßnahmen gibt, und er hat bis jetzt weiß Gott gut bestanden, obwohl man ihn eigentlich steuerlich und auf anderen Gebieten sehr stiefmütterlich behandelt hat.

Wir sollten also nicht zu sehr das Licht unter den Scheffel stellen und immer glauben, wir bringen gar nichts zusammen, wir können das alles nicht. Die Österreicher werden immer wieder zeigen, daß sie, wenn es notwendig ist, tüchtig und fleißig sind, daß sie auch einer solchen Entwicklung standhalten können und daß sogar in diesen Entwicklungsphasen etwas begründet ist, das wir alle begrüßen sollten: daß dem Tüchtigen die Bahn geöffnet wird.

Der Mittel- und Kleinbetrieb, wie wir ihn in Österreich haben, würde — so sagt man — vielleicht besonders unter die Räder kommen. Ich darf auch hier darauf hinweisen, daß gerade für die Mittel- und Kleinbetriebe in den großräumigen Wirtschaften — so merkwürdig und so unfaßbar es klingen mag — sehr große Chancen begründet sind. Sehen Sie einmal nach Amerika, wo es Millionen kleiner Mittelbetriebe gibt. Als ich einen solchen Mittelbetrieb einmal besucht und dort gefragt habe: Wie können Sie als Vorlieferer eines so gigantischen Konzerns überhaupt leben ?, hat man mir sehr klar und ökonomisch dargelegt, wieso das möglich ist. Es ist also gar nicht so, daß der Klein- und Mittelbetrieb in der Großraumwirtschaft keine Chance hat. Selbstverständlich müssen wir ihn etwas pfleglicher behandeln.

Mein Vorredner hat von den „Discounter“ gesprochen, von jenen Firmen, die in preislicher Hinsicht immer „Wunder“ wirken, aber nur so lange, bis sie, wie das bei verschiedenen Firmen der Fall war, wieder in Konkurs gehen. Da war also eine solche „Wunderfirma“ in der Inneren Stadt — ich kann hier keinen Namen nennen, möchte das auch nicht, aber Sie werden vielleicht wissen, wen ich meine —, die so lange Wunder gewirkt hat, bis sie mit 22 Millionen in Konkurs gegangen ist. Wenn man die Konkursquote vorher schon kalkuliert, meine Damen und Herren, dann kann man Wunder wirken. Wenn man das aber nicht tut und seriös kalkuliert, kann man leider Gottes eben solche Wunder nicht wirken.

Wenn viele Discounter kommen und sich alle den Vorrabatt des Vorlieferers zunutze machen würden, würde es eines Tages aus sein damit, denn letzten Endes kann dieses Rad nur so lange funktionieren, solange

einige wenige große Umsätze machen und sich einen Umsatzbonus bei den Vorlieferanten beschaffen. Wenn aber alle in diese Umsatzentwicklung kommen und die Umsätze wieder kleiner würden, weil die Umsatzgröße vom Konsumenten her gesehen ein bestimmtes Limit hat, würden die Rabatte wesentlich kleiner werden, und das „Wunder“ würde plötzlich vorbei sein.

Ich bitte, nicht zu glauben — die Entwicklung zeigt es genau —, daß diese Discounter lauter Wunder wirken, sonst würde es in Amerika nur mehr Discounter geben. Ihre Herren Kollegen, die im Ausland gewesen sind, und der Herr Außenminister Kreisky werden es Ihnen bestätigen: Es gibt sehr, sehr viele Betriebe, die nicht zugrunde gegangen sind, weil es nicht jedermann Sache ist, in einem echten Discounter zu kaufen.

Ich möchte noch auf zwei Fragen speziell hinweisen, die mir im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und unserer Exporttätigkeit sehr wichtig erscheinen. Der Ausbau der Exportkredite scheint mir eine ganz große Notwendigkeit zu sein. Wir haben heute mit der Tatsache zu rechnen, daß das Ausland österreichische Waren nicht nur preislich konkurrenzieren, nicht nur anbotsmäßig und qualitätsmäßig, sondern durch einmalig lange Ziele, durch einmalig lange Kredite in die Bresche springt und uns damit oft Aufträge vor der Nase weg schnappt. Ich meine also, es wird notwendig sein, daß wir unsere Exportkredite ausbauen, auch wenn das sehr schwierig ist, weil wir nur dann auf dem internationalen Markt bestehen können. Meine Damen und Herren! Ich habe es auf meiner kleinen Weltreise gesehen, die ich so wie einige Ihrer Kollegen gemacht habe, daß Österreich ein solches Good will und einen solchen guten Ruf in der Welt hat, daß wir ihn mehr als bisher nützen sollten. Das wird aber nur möglich sein durch die Einschaltung der persönlichen Initiative und durch einen möglichsten Ausbau des Kreditapparates auf dem Exportsektor.

Ich komme zum Schluß und darf zusammenfassend sagen, daß überall dort, wo die Wirtschaft floriert, es auch allen Bürgern besser geht. Sie brauchen sich nur die Statistiken der ganzen Welt herzunehmen, um festzustellen, daß in jenen großen Räumen, in denen eine Wirtschaft nach westlicher Auffassung gut floriert, es auch allen Bürgern des Landes, ganz gleich, aus welchem Stand sie sein mögen, besser geht.

Wir haben volles Verständnis — ich kann das nicht oft genug wiederholen und betonen — für den Arbeitnehmer und seine Sorgen. Ich möchte mich aber meinem Vorredner anschlie-

938

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Mitterer**

ßen und bitten: Haben Sie auch Verständnis für unsere Sorgen, die wir auch haben, und trennen Sie nicht immer — das tut wirklich weh, glauben Sie, meine Damen und Herren, es ist so verletzend, nicht wie ein persönliches Wort, sondern das ist verletzend, weil es einen ganzen Stand oder mehrere Stände diskriminiert —, scheiden Sie nicht immer in die „arbeitenden Menschen“ und unausgesprochen in die, die nichts tun. Es ist jeder ein arbeitender Mensch, ganz gleich, auf welchem Posten er steht. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sagen Sie nicht immer: Das tun wir für den „arbeitenden Menschen“! Denn Sie haben ja selber einen Kollegen in Ihren Reihen, der aus der gewerblichen Wirtschaft kommt; es sind jetzt sogar schon mehrere geworden. Ja das sind ja nicht lauter Müßiggänger. Wir haben auch andere Gruppen. Die Bauern zum Beispiel führen heute ein weiß Gott schweres Leben, und bei dem heutigen Trend zur Fünftagewoche ist es nicht leicht, Viehwirtschaft zu betreiben. Sie sagen aber immer „der arbeitende Mensch“ und lassen im Raume stehen: „und alle anderen, die nichts tun“. Dagegen möchte ich mich wehren. Alle, die einen Beruf haben, sind arbeitende Menschen und verdienen eine gerechte Behandlung. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Erkennen wir endlich, daß wir die Mehrleistung und die harte Arbeit nicht nur nicht bestrafen, sondern belohnen sollen. Ich weiß, das ist in Österreich unpopulär, aber nur wenn wir mehr leisten und mehr arbeiten und mehr investieren und mehr für die Sache tun, werden wir auch besser leben.

Und noch eine Bitte an Sie: Versuchen wir nicht immer wieder, die alten Gespenster wachzurufen. Erkennen wir, daß die Jugend weder an den alten Gespensterjagden interessiert ist noch an Vergangenheitsfragen, sondern daß sie daran interessiert ist, eine moderne Wirtschaft zu bekommen, daß sie interessiert ist, in einem freien Europa zu leben, daß sie nicht an den verschiedenen „ismen“ interessiert ist, sondern daß sie letzten Endes das Kollektiv und den Staatskapitalismus ablehnt. Sie erkennt, daß nur in einer freien Welt und in einer freien Wirtschaft auch der Mensch frei bleiben kann.

Danken wir — ich werde das sehr oft noch tun, obwohl es in den letzten Jahren in anderen Ländern üblich geworden ist, über die Amerikaner Witze zu machen und zu spötteln — dem amerikanischen Volk, daß es durch seine große Hilfe einen noch nie dagewesenen Wiederaufstieg ermöglicht hat, daß es möglich war, den x-mal totgesagten europäischen Kontinent wieder zu einer ungeahnten Blüte zu bringen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Einem Wiederaufstieg nach westlicher Auffassung und nicht nach kollektivistischer Auffassung sollen wir unsere ganze Arbeit widmen, denn eine echte Freiheit des einzelnen Menschen kann nur in einem echten freien Raum gesichert sein. Eine neue Welt entsteht. Gehen wir mit Mut und Vertrauen und nicht mit Querulantum und Bedenken an die Arbeit, alle gemeinsam, damit wir durch eine bessere Wirtschaft allen Menschen ein besseres Leben ermöglichen können! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Mitterer war ein wenig ungehalten darüber, daß er heute nicht ins Fernsehen kommt. Er soll sich nicht kränken, ich kränke mich auch nicht, und im übrigen ist es so, daß nach dem, was ich gehört habe, die Fernsehteilnehmer auch keinen besonderen Anlaß haben werden, sich zu kränken. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Schließlich sind Sie im Unrecht, damit ich das auch hier sage, denn wir haben Erkundigungen eingezogen, daß mit dem Fernsehen für heute gar keine Übertragung vereinbart wurde und daß das mit dem Fernsehfilm nicht stimmt. Es ist jedenfalls heute hier Gelegenheit, das gleich Zug um Zug richtigzustellen. (*Ruf: Das steht in der Zeitung!*) Was in der Zeitung steht, ist ja nicht immer richtig. (*Abg. Mitterer: Der Herr Präsident wird das bestätigen!*)

**Präsident:** Ich bitte, das Präsidium aus dem Spiel zu lassen. Darüber wurde in der Präsidialkonferenz eingehend gesprochen.

Abgeordneter Dr. Kreisky (*fortsetzend*): Es ist für heute nichts vereinbart worden, sondern erst wieder für einen der nächsten Tage. Diese Auskunft wurde mir zuteil.

Der Herr Abgeordnete Mitterer hat seine Rede damit eingeleitet, daß er sich gegen den Marxismus gewendet hat und gegen das, was sich in den kommunistischen Staaten abspielt. Hier in Österreich ist er mir jedenfalls vorgekommen wie jener berühmte Ritter, der gegen Windmühlenflügel angekämpft hat. Vor allem hat er die Philosophie der freien Wirtschaft hier neuerdings verkündet und uns erzählt, wie großartig in der freien Wirtschaft das alles funktioniert. Man soll die Leute nur das machen lassen, was sie für vernünftig halten, und aus der Summe dieser individuellen Akte werde dann schon das Richtige herauskommen.

Ich könnte eine Menge dagegen einwenden, aber mir wird er es nicht glauben. So berufe ich mich hier auf einen, der zu den bedeutenderen Ökonomen in Österreich gehört, nämlich auf den Herrn Universitätsprofessor Dr. Stephan

**Dr. Kreisky**

Koren von der Innsbrucker Universität, der ja, wie ich glaube, lange Jahre im Wirtschaftsforschungsinstitut tätig war. Der hat nun der österreichischen freien Wirtschaft folgendes ins Stammbuch geschrieben, auch in einer Zeitung, die der freien Wirtschaft nicht direkt feindlich gegenübersteht, nämlich in der „Presse“. Es heißt dort — ich muß es leider ganz zitieren, weil es so schön ist —:

„Das marktwirtschaftliche System kann zweifellos ohne Konkurrenz nicht existieren. Daraus darf man aber noch nicht schließen, daß diejenigen, welche sich auf die Marktwirtschaft berufen“ — Herr Kollege Mitterer (*Ruf bei der SPÖ: Er ist hinausgegangen!*) — „und ihre Sicherung fordern, gleichzeitig auch für die Sicherung eines funktionsfähigen Wettbewerbs eintreten.“

Der Verfasser zitiert dann ein englisches Wort, das da heißt:

Schutz für mich und Konkurrenz für die anderen! — „drückt das Dilemma im Unterbewußtsein jedes Unternehmers aus. Ihm diese wohlverständliche Einstellung (die nicht nur im rein wirtschaftlichen Bereich gilt) vorzuwerfen, besteht kaum ein Grund.

In Österreich ist diese zutiefst menschliche Grundhaltung in den Wechselfällen der historischen Entwicklung nicht nur im unternehmerischen, sondern auch im politischen Denken zur bestimmenden Verhaltensmaxime geworden. Die Ursachen dieser Entwicklung können hier nicht näher analysiert werden. Das Ergebnis ist eine tief verwurzelte Abneigung, dynamisch zu denken, Anpassungen hinzunehmen, welche die übernommene Struktur verändern.

Die bedeutenden Strukturveränderungen der österreichischen Wirtschaft in der Nachkriegszeit sind leider kein Gegenbeweis, weil sie ohne Reibungsverluste — vielleicht sogar unbemerkt — aus der wirtschaftlichen Expansion von der Unter- zur Vollbeschäftigung resultierten.“

Daraus spricht jedenfalls nicht eine überwältigende Überzeugung für die freie Initiative, wie sie sich gerade in Österreich immer wieder manifestiert. (*Abg. Dr. Weißmann: Aber immerhin hat sich die Wirtschaft diesem freien Konkurrenzkampf gestellt, Herr Abgeordneter!*) Das hat sie in Österreich nicht mit großem Erfolg getan, zum Unterschied von anderen Ländern. Das kann Ihnen ein Blick auf die Preise jederzeit zeigen. Es ist nämlich so, daß es eine echte freie Konkurrenz in unseren Nachbarstaaten gibt, in der Schweiz, es gibt eine solche in weit höherem Maße auch in der Bundesrepublik Deutschland. Österreich gilt im westlichen Europa als das konkurrenzfeindlichste Land, das es überhaupt gibt. Immer

wieder bemerken wir, wie Leute, die etwas billiger verkaufen wollen, entweder — wenn es geht — zugrunde gerichtet werden, oder man sagt ihnen einen baldigen Untergang voraus.

Bezüglich dieser berühmten Schuldennachlässe kann ich aus eigener Erfahrung sagen, daß diese, jedenfalls was die Kontrollbankschulden betrifft — das sind hunderte Millionen, die wir von den Russen übernommen haben —, ungefähr im gleichen Ausmaße der Verstaatlichten und der privaten Wirtschaft nachgelassen worden sind. (*Abg. Dr. Mussil: Das waren ja damals die USIA-Betriebe, denen das nachgelassen wurde!*) Auch bei der Verstaatlichten waren es die USIA-Betriebe, jawohl, auch bei der Verstaatlichten. (*Abg. Dr. Mussil: Das hat mit dem übrigen Komplex der Privatwirtschaft überhaupt nichts zu tun!*) Auch bei der Verstaatlichten. Ich weiß nicht, was das für ein Unterschied ist. Herr Kollege Withalm, der sonst immer da ist, aber jetzt ausnahmsweise nicht hier ist, weiß das genau, denn er hat mit mir zusammen in der Regierung immer wieder dafür gewirkt, daß den Betrieben, die der Staat aus der Gruppe der übernommenen Betriebe verkauft hat, diese Schulden nachgesehen, also sozusagen geschenkt werden. Es ist das gleichermaßen für alle Betriebe geschehen. (*Zwischenruf bei der ÖVP: Ich verstehe Sie leider nicht, Sie müssen sich ... (Neuerliche Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich verstehe Sie nicht, es tut mir leid; Sie reden ja alle auf einmal.* — Aber das ist geschehen und ist bis vor kurzem der Fall gewesen. (*Abg. Horr: Leobersdorf!*))

Nun zu den Rax-Werken. Da ist doch etwas ganz anderes passiert. Ich möchte jetzt versuchen, das so leidenschaftslos wie möglich darzustellen. Bei den Rax-Werken ist folgendes passiert: Diese Werke verfügen über eine der größten Hallen Mitteleuropas, sie verfügen über eines der größten Industrieteritorien Österreichs. Dort, wo heute die Rax-Werke stehen, sind die größten Industriebetriebe Österreichs gestanden, und es gab noch vor ein paar Monaten, als die Rax-Werke noch einigermaßen existiert haben, dort Leute — ich war selber beinahe eine ganze Nacht mit dem Herrn Präsidenten Benya und dem Herrn Abgeordneten Czettel draußen — im Alter von 63 und 64 Jahren, die in diese Betriebe im ersten Weltkrieg hineingegangen sind, als dort noch Flugzeuge erzeugt wurden. Sie sind dann nach dem ersten Weltkrieg, in der Zwischenkriegszeit ... (*Abg. Marwan-Schlosser: Es sind nie Flugzeuge dort erzeugt worden!*) Als dort noch für die Rüstungsindustrie gearbeitet wurde, befanden sich in diesem Territorium, nicht im Rax-Werk selbst, die Flugzeugwerke. (*Abg. Ing.*

**Dr. Kreisky**

*K. Hofstetter: Nebenan!)* Nebenan, in diesem Territorium! Diese Menschen sind also noch als junge Leute dorthin gegangen und haben auf diesem gigantischen Industriegebiet gearbeitet. Darüber kann doch kein Zweifel bestehen. Dann kam es zum Zusammenbruch der Monarchie, sie mußten ihre Arbeitsplätze verlassen und sind dann wieder dadurch zu Arbeit gekommen, daß dort der Sitz einer sehr berühmten österreichischen Automobilfertigung, der Daimler-Werke, gewesen ist.

Im Gefolge der großen Krise sind sie wieder aus den Betrieben hinausgegangen, wurden durch die Krise aus den Betrieben getrieben und verjagt und kamen erst dann wieder in die Betriebe, als das Großdeutsche Reich dort wieder Rüstungsfabriken errichtet hat. Dann kamen manche von ihnen, weil sie einer Widerstandsbewegung angehört haben, ins Gefängnis. Dann kamen die Russen, und da mußten einige — gerade einige von den Älteren haben mir das erzählt, und wir wissen es ja — aus den Betrieben hinaus, weil sie sich nicht gebeugt und nicht mit den Kommunisten gehalten haben und nicht zu den Kommunisten gegangen sind. Sodann gingen die Russen weg. Da konnten sie wieder in den Betrieb hineingehen, in dem sie praktisch als junge Menschen zu arbeiten begonnen hatten. Und jetzt sollen sie wieder weggehen. Nun frage ich Sie, ob es eine solch leichte Sache ist, wenn sich ein 63jähriger nun um einen neuen Arbeitsplatz kümmern muß, der 30, 40, 50 und mehr Kilometer von Wiener Neustadt entfernt ist. Heute fahren Leute aus den Rax-Werken von Wiener Neustadt bis auf den Künigberg nach Wien in die Arbeit. Es sagt sich sehr leicht, Herr Kollege Mitterer: Umstellung ist eben Schicksal! Aber wenn jemand statt einer Arbeitszeit von 44, 45 Stunden plus 3, 4 Stunden Wegzeit in der Woche plötzlich eine nahezu 60stündige Arbeitszeit bekommt, so bedeutet das schon eine sehr arge Verschlechterung seiner Lebensbedingungen, und er hat allen Grund, darüber verbittert zu sein. (*Abg. Mitterer: Er fährt doch aus Brunn am Gebirge in die Rax-Werke und wieder zurück!*) Erstens ist der Weg von Brunn am Gebirge kürzer, und zweitens will ich Ihnen jetzt das Problem aufzeigen. Das gilt auch für die Niederösterreicher und im besonderen für Wiener Neustadt. In Niederösterreich gibt es zehntausende Pendler, die viele Stunden Anmarschzeit zu ihrem Arbeitsplatz haben, dies vor allem deshalb, weil für dieses einst so blühende Industriegebiet in Wiener Neustadt praktisch nichts geschehen ist, weil keine echte Regionalplanung vorgenommen war.

Ich will mich jetzt nicht darauf einlassen, ob man nicht etwas früher hätte eingreifen

müssen und ob es so notwendig war, sich auf den Unsinn mit den Flugzeugen einzulassen, zumal man doch heute weiß, daß die größten Flugzeugwerke der Welt ohne staatliche Unterstützung, ohne staatliche Aufträge nicht existieren können. Sogar ein so berühmtes Werk wie die Sud Aviation, das Werk, das die Caravelle erzeugt, muß in der einen oder anderen Weise mit der Unterstützung des Staates rechnen. (*Abg. Dr. Mussil: Wir hätten ein solches Abenteuer auch nie unternommen!*) Das war Herr Generaldirektor Rieger, der vom ÖAAB dort hineingeschickt und vom ÖAAB dort behalten wurde — ich habe das ja selber erlebt — und der dann mit Müh und Not überhaupt pensioniert werden konnte. (*Abg. Horr: Der Mussil weiß das genau!* — *Abg. Dr. Mussil: Selbstverständlich!* — *Heiterkeit.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Was nun die anderen Überlegungen betrifft, die der Herr Abgeordnete Mitterer über die Planung und die sonstigen Dinge angestellt hat, so möchte ich ihm sagen, daß es heute — er weiß es ja sicher auch — eine sehr bekannte Theorie gibt, über die viel diskutiert wird, die sogenannte Konvergenztheorie — ich halte sie gar nicht für so richtig —, die darin besteht, daß man sagt: Auf der einen Seite, zum Beispiel in den kommunistischen Staaten, ist man daraufgekommen, daß die generelle Planung nicht funktioniert, nicht funktionieren kann bei der Güterfülle, die es heute gibt, die man heute braucht, und daß man zur sogenannten indikativen Planung übergeht, daß man dem materiellen Erwerbsstreben, der Privatinstitution mehr Raum zu geben beginnt, und ähnliches. Auf der anderen Seite gibt es aber in der westlichen Industriegesellschaft heute auch eine Veränderung, die nicht übersehen werden darf, nämlich daß man auch im Westen immer stärker zu programmieren beginnt, wie man das in Frankreich nennt, daß es in immer stärkerem Maße die Rahmenplanung gibt, daß man über die Budgetpolitik sehr gründlich in die Wirtschaft des Staates eingreift.

Das, was ich unlängst über die Umverteilung des Einkommens im modernen Wohlfahrtsstaat gesagt habe, ist ja gar keine Erfindung von mir. Das ist ein Wort, das von den bekanntesten Finanzwissenschaftlern der westlichen Welt geprägt wurde. Im übrigen habe ich erst unlängst einen Artikel Ihres Staatssekretärs Dr. Taus gelesen, der im wesentlichen die gleichen Ansichten über den Sinn der Budgetpolitik vertreten hat, wie ich sie vertreten habe. Das ist ja auch heute so klar und so bekannt, daß man dazu gar nicht mehr viel sagen muß.

**Dr. Kreisky**

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Man hört immer wieder, daß jeder dritte Österreicher an der Exportwirtschaft interessiert oder direkt beteiligt ist. Solche statistischen Feststellungen sind ja immer etwas riskant, wahrscheinlich sind es ja viel mehr, weil ja die Bezogenheit, die es hier gibt, viel intensiver ist.

Dazu kommt aber, daß die Außenwirtschaft — darauf hat schon der Herr Abgeordnete Mitterer verwiesen — nicht nur deshalb so wichtig für uns ist, weil so viele Menschen direkt für den Export in Industrie und Gewerbe, in der Landwirtschaft, im Handel und Verkehr arbeiten, sondern weil aus den Ergebnissen der Außenwirtschaft auch sehr wesentliche Reflexe für die ganze Währungspolitik entstehen. Man warnt ja heute geradezu vor allem davor, daß dann, wenn man die Zahlungsbilanzsituation nicht entsprechend ernst nimmt und nicht bald genug ihre Bedeutung erkennt, die bösesten Konsequenzen für die Währung eines Staates entstehen können.

Deshalb möchte ich diese heutige Debatte dazu benützen, um die Regierung vor den Entwicklungen, die es heute in der Zahlungsbilanz gibt, aus einem Grund mehr zu warnen: Die tröstliche Vorstellung, daß uns die Touristen das alles wieder bringen werden, hat keine unbedingte Gültigkeit mehr, denn auch unser Fremdenverkehr bringt nicht mehr diese rasche Steigerung, wie das noch in den vergangenen Jahren der Fall war. Dazu kommt, daß auch die Österreicher freizügiger geworden sind und selber auch ins Ausland reisen. Man kann ja doch nicht erwarten, daß immer nur alle zu uns kommen müssen und unsere Leute nicht weg dürfen. Unsere Leute reisen auch, das ist natürlich auch eine Abzugspost in unserer Freundenverkehrsbilanz.

Ich bin also der Meinung, daß wir der Zahlungsbilanz viel mehr Beachtung schenken müssen, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Es ist hoch an der Zeit, die Regierung vor den Entwicklungen, die sich im ersten Vierteljahr in Österreich gezeigt haben, zu warnen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch eine Feststellung treffen: Wenn man zu der Erkenntnis kommt, daß die Zahlungsbilanz nicht nur vom Fremdenverkehr saniert werden kann, daß das mit der Steigerung des Fremdenverkehrs langsamer gehen wird, dann muß man sich auch in der Handelspolitik, Herr Handelsminister und Vizekanzler, etwas mehr um jene handelspolitischen Relationen kümmern, die nicht extrem passive Handelsbilanzen aufweisen. Und das ist in der Vergangenheit zuwenig geschehen! Man hat es seitens der heute allein regierenden Partei gerne gesehen, daß man dem damaligen Vizekanzler Ostanfäl-

ligkeit vorgeworfen hat, weil er sich bemühte, für die verstaatlichte Industrie und mit ihr auch für die private, die ja eine wesentliche Zulieferung an die verstaatlichte übernommen hat, Absatzmöglichkeiten in Osteuropa zu schaffen. (*Abg. Dr. Mussil: 30 Prozent Exportquote in die Ostblockländer ...!*) Aber das ist ja nicht richtig, es werden in die reinen Ostblockstaaten nur 14 Prozent exportiert! (*Abg. Marwan-Schlosser: Keine „Powidl“-Bezahlungen!*) Und auch nicht gegen Rubel, Herr Marwan-Schlosser. Ein Abgeordneter kann zwar alles tun, er ist immun. Aber wenn er Zwischenrufe macht, so können doch die Leute, die ihn gewählt haben, erwarten, daß er wenigstens, wenn er etwas Konkretes sagt, weiß, was er sagt. (*Beifall bei der SPÖ.*) Gegen Rubel haben wir nämlich nie verkauft, sondern es ist Ware gegen Ware getauscht worden, und die Abrechnung erfolgt in der Nationalbank. (*Abg. Dr. Pittermann: Verrechnungsdollar!*)

Wir haben geliefert und sind dafür mit Waren bezahlt worden. Wenn man will, kann man sagen: Wir haben unsere Waren nach dem Osten gegen Schilling verkauft. Das ist vielleicht noch das richtigste. (*Abg. Dipl.-Ing. Hämerle: Es waren Waren dabei, die wir selbst hätten machen können!*) Seien Sie vorsichtig, Herr Abgeordneter Hämerle! Das ist nämlich nicht so. Fragen Sie den Herrn Präsidenten Sallinger, der vor Ihnen sitzt. Das ist gar keine so einfache Sache.

Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem es zwei Großbetriebe gibt, die beide Ausländern gehören. Sie können ihre Betriebe überhaupt nur rentabel führen, wenn sie große Ostgeschäfte machen, weil sie die 30 bis 35 Prozent der Aufträge aus dem Osten dringend brauchen, um ihre Kapazität auszulasten, um auf diese Art im Westen in der grausamen Konkurrenz mithalten zu können, die es zum Beispiel gegenwärtig bei Papiermaschinen, bei Turbinen, bei Kunstseide und ähnlichem gibt.

Das ist also gar nicht so einfach, wie man das immer wieder in manchen Zeitungen liest. Man muß sich die Dinge ein bissel anschauen, man muß ja nicht einmal Bücher lesen, sondern es genügen schon gute Zeitungen (*Abg. Dr. Mussil: Die „Arbeiter-Zeitung“!*), die schlechten enthalten natürlich nur die Propaganda. In der „Arbeiter-Zeitung“ steht einiges drinnen, auch sie soll man lesen. (*Abg. Konir: Die „Niederösterreichische Volkspresse“!*) Ich sehe zu meiner großen Freude, daß hier im Hohen Hause auch auf der rechten Seite häufig die „Arbeiter-Zeitung“ gelesen wird. (*Abg. Mitterer: Man muß ja wissen, was die Konkurrenz bringt! — Dipl.-Ing. Präsident Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

**Dr. Kreisky**

Wir brauchen den Osthandel auch in Zukunft, nur wird es jetzt schwieriger, weil nämlich die Deutschen und die Franzosen, die Engländer und die Amerikaner unsere Konkurrenten geworden sind.

Herr Kollege Mitterer hatte ganz recht, als er gesagt hat: Wir brauchen ein besseres Exportkreditsystem, damit wir konkurrieren können. Wir bemerken nämlich immer wieder, daß wir nicht mehr so leicht große Aufträge aus dem europäischen Osten bekommen, weil die Bundesrepublik, die Franzosen, die Italiener und jetzt auch die Amerikaner bereit und auch in der Lage sind, bessere Bedingungen zu geben, als wir es können.

Ich habe vorhin gesagt, wir müssen uns mehr um jene handelspolitischen Relationen kümmern, die uns bessere Austauschmöglichkeiten, eine bessere Möglichkeit, unser Handelsbilanzpassivum auszugleichen, bieten. Und dabei ist es doch interessant, daß der EFTA-Handel — das darf man beinahe nicht mehr so sagen, das ist ja schon verpönt, wir gehören zwar noch zur EFTA, aber so widerwillig, daß man sich manchmal fragt, warum wir denn eigentlich unbedingt alle unsere Partner in der EFTA unausgesetzt beleidigen müssen — mit den USA im ersten Quartal 1966 gegenüber dem ersten Quartal 1965 um 37,7 Prozent zugenommen hat, der Handel mit den EWG-Ländern um 11,5 Prozent und jener mit der übrigen Welt um 5,4 Prozent; das beweist lediglich — ich will gar keine zu weittragenden Schlüsse ziehen —, daß es sich bei den anderen EFTA-Staaten und auch bei Österreich um blühende Welthandelsnationen handelt, nämlich um Staaten, die am Welthandel im steigenden Maße teilnehmen. Und wenn man weiß, daß unser Handel mit den EFTA-Staaten beinahe ausgeglichen ist, so versteht man eigentlich nicht, warum wir um jeden Preis, bei jeder Gelegenheit davon reden, wie rasch wir aus der EFTA heraus wollen und heraus müssen, um eine wirklich großartige Entwicklung, wie es sie in den letzten paar Jahren gegeben hat, einfach zu zerstören. Es ist doch in Wirklichkeit so, meine Damen und Herren des Hohen Hauses: Seinerzeit, als wir in die EFTA gegangen sind — und das war gar nicht mein Verdienst, sondern das Verdienst meiner Vorgänger, ich bin nur zum Unterschreiben zurechtgekommen —, hat der EFTA-Handel nur 11,5 Prozent betragen, während er im vergangenen Jahr über 18 Prozent ausgemacht hat von einem Export, der wesentlich größer ist als im Jahre 1959 respektive 1960, sodaß sich der tatsächliche Außenhandel mit den EFTA-Staaten sowohl der Menge als auch dem faktischen Wert nach verdoppelt hat.

Zu einer gewissen Stagnation ist es vor einiger Zeit gekommen, als die englische Regierung — ich gebe gerne zu, nicht in Übereinstimmung mit den EFTA-Bestimmungen — die Importtaxe eingeführt hat. Aber es ist halt so: Der Herr Kollege Mitterer — er ist nicht da, vielleicht kann man es ihm sagen, aber wenn nicht, spielt es auch keine große Rolle — war so nachsichtig, als die französische Regierung im Begriffe war, die ganze EWG in die Luft zu sprengen, was dann glücklicherweise nicht geschehen ist, und er war unendlich härter mit der britischen Regierung, als sie die Importtaxe eingeführt hat, die sie übrigens für den Herbst schon wieder aufgehoben hat. Sollte das andere als bloß objektive Gründe gehabt haben?

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch gern auf etwas aufmerksam machen. Hier wiederhole ich jetzt Ziffern, die schon genannt wurden, aber ich komme eben zu ein paar anderen Konklusionen als der Herr Kollege Mitterer. Wir hatten im Jahre 1965 einen Import — und das ist ein Rekord — von 54,6 Milliarden Schilling, das heißt um 12,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Wir hatten einen Export von zirka 41,6 Milliarden Schilling, das bedeutet eine Steigerung von 10,7 Prozent. Aber das Bedenkliche an dieser Entwicklung ist nun, daß das Handelsbilanzpassivum im vorigen Jahr schon 13 Milliarden ausgemacht hat und heuer wahrscheinlich höher sein wird, und noch bedenklicher ist dabei, daß wir sogar Handelspartnern in der EWG gegenüber, mit denen wir bisher einen hochaktiven Warenverkehr hatten, nun auch passiv geworden sind, nämlich Italien gegenüber. (*Abg. Dipl.-Ing. Hämerle: Das ist durch die Diskriminierung!*) Schauen Sie, ich greife jetzt gar nicht die Regierung an, sondern ich führe nur Ziffern an, um meine Konklusionen zu begründen. (*Abg. Dipl.-Ing. Hämerle: Das ist durch die Diskriminierung, habe ich gesagt!*) Nein, nein, unser Export nach Italien hat zugenommen, aber der Import aus Italien hat in einer Weise eine Erhöhung erfahren, die — das wissen wir doch — vielleicht sogar nicht einmal voraussehbar war. Ich will auf diese bedenkliche Entwicklung aufmerksam machen, damit man es nicht unterläßt, sich in guter Zeit mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Wir haben im Handel mit den EFTA-Staaten, vor allem in Skandinavien, Exportüberschüsse erreicht, und ich habe schon gesagt, daß unser Fremdenverkehr im letzten Jahr nur mehr ein Netto von 11 Milliarden gebracht hat, das heißt, daß er nicht mehr in der Lage war, unser Defizit zu decken, und es wird heuer noch schlechter sein, nach allem, was man weiß.

**Dr. Kreisky**

Und nun komme ich zu den Schlußfolgerungen, die sich von denen des Herrn Kollegen Mitterer unterscheiden. Hohes Haus! Wir haben trotz der Diskriminierung — die nicht unterschätzt werden darf, darüber bin ich mir vollkommen im klaren, die Diskriminierung auf den EWG-Märkten ist hart und empfindlich und reduziert die Gewinnmarge — eine wesentliche prozentuelle, aber vor allem mengenmäßige Steigerung unserer Exporte erreichen können. Ich behaupte nun: Wenn wir in der EWG wären, in der einen oder anderen Form, so wie das der Herr Altbundeskanzler Gorbach einmal genannt hat, wenn wir also irgendein Arrangement zustande brächten — das war ja so ein Wort, das plötzlich in der Verlegenheit unter dem Eindruck des Genius loci in Moskau entstanden ist —, dann wäre zwar die Diskriminierung kleiner, es könnte aber keine so besonders große Exportsteigerungen geben, weil wir die Märkte kennen, weil wir bereits auf den Märkten sind und weil man erfahrungsgemäß auf Märkten, auf denen man seit vielen Jahren und Jahrzehnten ist, nicht mehr wesentliche Ausweitungsmöglichkeiten besitzt. Hingegen würde Österreich — was auch schon gesagt wurde — in einer Weise aufgemacht werden für EWG-Waren, daß die Folgen nicht vorausgesehen werden können. Wenn wir wissen, daß wir heute schon das ganze Handelsbilanzdefizit von 13 Milliarden mit der EWG allein haben, so muß uns das doch zu denken geben.

Also aus der Zugehörigkeit zur EWG in der einen oder anderen Form wird es meiner Ansicht nach keine Erleichterungen für unsere Zahlungsbilanz geben, sondern nur ernste Verschlechterungen. Und trotzdem bin ich für ein Arrangement und werde auch gleich sagen, warum ich der Meinung bin, daß wir es brauchen. (*Abg. Mitterer: Woher erklären Sie sich den Riesenaufschwung in der EWG, wenn Ihre Theorie richtig wäre?*) Der Riesenauftschwung in der EWG hängt mit den Gründern zusammen, die Herr Professor Koren — mir werden Sie es ja nicht glauben, und übrigens steht das auf derselben Seite, auf der der Herr Präsident Sallinger mit dem Herrn Präsidenten Mayer-Gunthof abgebildet ist, was wahrscheinlich als Alibi gemacht worden ist, damit der „Presse“-Redaktion nichts geschieht — anführt. Es ist die wirtschaftliche Expansion, von der die ganze weltwirtschaftliche Entwicklung gekennzeichnet ist und die natürlich in der Hoffnung auf den großen Markt besonders forciert wurde.

Nun muß ich den Herrn Kollegen Mitterer leider berichtigen. Ich schätze ja immer eine gewisse Großzügigkeit, aber hier kann ich einfach nicht mit. Er spricht seit neuestem von

einem Markt von 220 Millionen; die EWG selber spricht nur von einem Markt von 180 Millionen. Wenn er da vielleicht die afrikanischen assoziierten Staaten dazurechnet: darüber ist man sich in der EWG schon klar, daß das keine extremen Märkte für hochwertige Exportprodukte sind. Es gibt nur 180 Millionen, und wir sollten gerade bei einer so entscheidenden Sache sehr genau sein, weil uns ja die Leute das glauben sollen, was wir ihnen sagen. Und wenn sie draufkommen, daß wir da sehr vage sind oder gar mit Ziffern — ich will mich zurückhalten — etwas leichtfertig umgehen, dann laufen wir Gefahr, daß wir auch das andere nicht so überzeugend darstellen können.

Es gibt in Europa zwei Handelssysteme, und dieser Tatsache sollte man doch Rechnung tragen. Am Ende dieses Jahres und am Anfang des nächsten Jahres wird es das zu Ende gebaute Handelssystem der EFTA-Staaten geben, eine echte Freihandelsassoziation, die einen großen europäischen Markt von 90 Millionen Konsumenten repräsentiert. Ich glaube, daß ich mit dieser Zahl ziemlich genau bin. Es wird ein Markt von 90 Millionen hochwertigen Konsumenten sein. Davon weiß gerade unsere Schuhindustrie, unsere Textilindustrie und unsere Maschinenindustrie einiges zu berichten. Dieser Markt ist in einem Jahr fertig.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen: Man soll sich keinen Illusionen hingeben, Herr Vizekanzler, daß die Sozialistische Partei bereit wäre, zuzustimmen, daß die letzte Zollrunde nicht mitgemacht wird. Man soll sich nicht durch unverbindliche Gespräche auf eine falsche Spur leiten lassen. Denn die Aussichten für einen sehr baldigen Abschluß einer Vereinbarung mit der EWG sind ja nicht so optimistisch zu beurteilen, wie es gerade der Herr Abgeordnete Mitterer getan hat. Der Herr Handelsminister ist ja viel vorsichtiger geworden, vor allem seit dem 6. März, und hat auch nicht mehr ganz den Optimismus, den er vorher so deutlich zur Schau getragen hat.

Es wird neben diesem fertigen Handelssystem der EFTA kurze Zeit darauf ein noch größeres fertiges Handelssystem geben, das der EWG mit 180 Millionen Konsumenten, also doppelt so vielen als in der EFTA. Ich leugne das nicht und will mich jetzt gar nicht darauf einlassen, ob der italienische Kleinbauer und Pächter ein genauso guter Konsument österreichischer Waren ist wie der schwedische Bauer, das will ich hier nicht diskutieren. (*Abg. Mitterer: Das ist sehr weit hergeholt!*) Ich weiß sehr genau, daß der italienische Kleinbauer das nicht ist, das wissen wir alle, aber ich will jetzt nicht prozentrechnen.

**Dr. Kreisky**

Es wird also in ein, zwei Jahren zwei ausgebauten Handelssysteme in Europa geben. (*Abg. Mitterer: Warum wollen dann die Engländer und die Dänen zur EWG, wenn es in der EFTA so herrlich ist, wie Sie sagen?*) Ich sage gar nicht, daß es so herrlich ist. Die Engländer und die Dänen wollen deshalb zur EWG — das ist sehr einfach —, weil sie ihre Butter und ihr Fleisch auch in der EWG gut verkaufen wollen und nicht nur in England, und die Engländer wollen immer wieder, so wie wir alle, zur EWG in ein Verhältnis treten, weil doch jeder exportieren und nicht diskriminiert sein will. Deshalb bin auch ich von allem Anfang an dafür gewesen, daß man sehr bald zu einer Zusammenfassung von EWG und EFTA kommt. Ich halte es nämlich für eine furchtbare Belastung auch der westeuropäischen Politik, der Politik der demokratischen Staaten, daß wir jetzt einer wirtschaftlichen Zweiteilung in Europa entgegengehen, die sehr ernste Konsequenzen für die Mitgliedstaaten in beiden Handelssystemen haben wird. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man spricht von der EWG manchmal in einer etwas sentimental Art, man sieht dieses Europa, das da heraufkommt, in einer sehr romantischen Weise und übersieht dabei, daß die EWG allein noch nicht Europa ist. Das soll man aber klar und deutlich sehen und auch sagen. Sagen soll man auch, daß es das Ziel aller derjenigen sein muß, die wirklich Europa haben wollen, die diese europäische Integration haben wollen, das ganze demokratische Europa zusammenzubringen. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Lola Solar: Wir sind doch ganz derselben Meinung!*)

Nun sage ich ganz offen: Ich bin in der Zeit der Koalition immer für ein Arrangement mit der EWG eingetreten und tue es auch heute. Über den Inhalt eines solchen Arrangements hat es zwischen dem damaligen Herrn Handelsminister und mir häufig verschiedene Auffassungen gegeben, nur haben wir diese Verschiedenheiten in der Auffassung — ich habe das schon einmal gesagt — immer wieder überbrückt, weil wir auf dem Standpunkt standen: Das soll die Sorge des Tages sein, an dem wir dazu direkt Stellung nehmen müssen; wir sollen uns nicht auseinanderreden und die Zusammenarbeit dadurch gefährden. Wie sich zeigt, war das eine richtige Methode, denn auch heute wissen wir noch nicht, was in Brüssel letzten Endes herauskommen wird. Wenn man sich einen Streit ersparen kann, dann soll man sich diesen nicht nur im Privatleben, sondern auch im öffentlichen Leben so lange ersparen, bis er unbedingt aufgenommen werden muß.

Ich möchte aber den Herrn Handelsminister doch auf einiges aufmerksam machen, worauf ich ihn immer aufmerksam gemacht habe und was ich heute als Abgeordneter der Opposition auch tun muß. Ich werfe dem Herrn Handelsminister vor, daß er als der zuständige Ressortminister bis heute nichts unternommen hat, um die österreichische Öffentlichkeit über die wirtschaftlichen Konsequenzen, deren Eintreten man annehmen muß, zu informieren. Ich weiß und höre immer wieder, daß es Untersuchungen gibt, die Bedenken haben. Ich kann mich sogar erinnern, daß mir ein verflossener Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, als er noch in der Regierung war, einmal auf meine Frage, warum man das nicht endlich diskutiert, gesagt hat: Schönes steht da nicht drin! Ich glaube, daß man auch dann, wenn man nicht alles voraussehen und die Dinge nicht bis ins letzte Detail voraussagen kann, doch zu einer gewissen Prognose berechtigt ist. Die österreichische Wirtschaft, die ja aus zwei Teilen besteht — Herr Abgeordneter Mitterer, das gebe ich gerne zu, und das ist wahrscheinlich eine Unterscheidung, die nicht angezweifelt werden kann —, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das ist ja die gängige Unterscheidung, hat in beiden Teilen das Recht, zu wissen, was das alles unter Umständen für sie bedeuten kann. Ich glaube, daß es die Pflicht der Regierung ist, immer war und jetzt auch ist und bleibt, die Öffentlichkeit zu informieren und im Hinblick auf die Strukturveränderungen, die sich daraus ergeben, Maßnahmen für den Fall zu treffen, daß es zu einer solchen Integration kommt.

Wieder möchte ich mich nicht auf meine eigenen Aufsätze stützen, sondern auf eine Veröffentlichung des Österreichischen Instituts für Raumplanung. Es ist die letzte Ausgabe, glaube ich. In ihr macht dieses Institut darauf aufmerksam, was wir schon oft getan haben, und ich freue mich, daß es diese Bestätigung nun in geradezu wissenschaftlicher Weise gibt, daß man sich allzuwenig mit den Fragen der Integration, mit den Konsequenzen der Integration auseinandergesetzt hat, zum Beispiel darüber, was das an Entwicklungstendenzen für Westösterreich und für Ostösterreich bringen wird, inwieweit das die zentrale Bedeutung Wiens abschwächen wird, inwieweit sich Notwendigkeiten ergeben werden, die dynamischen Wirtschaftsräume Süddeutschlands, Norditaliens und der Schweiz stärker zu berücksichtigen und so weiter.

Nun kommt das Institut zu dem Schluß, daß es um folgende Aufgaben geht:

„Erfassung der vom Integrationsprozeß für Österreich zu erwartenden regionalen Auswirkungen;

**Dr. Kreisky**

Klarstellung spezieller regionalpolitischer Interessen Österreichs gegenüber der EWG.“ Das ist bis jetzt nicht der Fall gewesen.

„Berücksichtigung der Integrationsauswirkungen bei der Erstellung regionaler Entwicklungsprogramme und, soweit erforderlich, bei Gemeindeplanungen.“ Das ist bis jetzt nicht geschehen. Die Regierung hat die Länder und Gemeinden auf alles das nicht aufmerksam gemacht.

„Berücksichtigung der Integrationsauswirkungen bei den raumordnungspolitischen Förderungsmaßnahmen des Bundes“ und so weiter.

Ich bitte also die Hohe Bundesregierung und vor allem die hiefür zuständigen Mitglieder der Bundesregierung, diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ich tue es insbesondere als Abgeordneter eines Wahlkreises und eines Bundeslandes, das von solchen Auswirkungen vermutlich ganz besonders hart betroffen sein wird.

Hohes Haus! Zum Schluß möchte ich noch ein Wort zur Verhandlungslage in Brüssel sagen. Ich bin jetzt auf andere Informationen als auf offizielle angewiesen. Seit wir nämlich in der Opposition sind, hat es der Herr Handelsminister kein einziges Mal für notwendig erachtet, uns über die Verhandlungssituation zu informieren. (Abg. Peter: Warum soll es Ihnen besser gehen als uns?) Ich stelle das lediglich fest. In der Zeit, in der ich Außenminister war, kann sich die FPÖ nicht beklagen, daß sie nicht informiert wurde über die Fragen der Außenpolitik. Ich bin nämlich der Meinung, daß es das Recht der Opposition ist, von der Regierung in außenpolitischen Fragen verlässliche Informationen zu bekommen, und habe mich immer daran gehalten (Beifall bei der SPÖ), obwohl das ganz am Anfang nicht ohne Überwindung gewisser Schwierigkeiten möglich gewesen ist. (Abg. Libal: Dazu ist der Herr Minister zu überheblich!) Ich möchte gern fragen, ob der Herr Minister vielleicht weiß... (Vizekanzler Dr. Bock begibt sich zum Präsidenten Dipl.-Ing. Waldburner.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten einen Ordnungsruf. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Wieso denn?)

Abgeordneter Dr. Kreisky (fortsetzend): Das war nicht der Herr Abgeordnete Peter. Sie waren nicht gemeint. (Abg. Zeillinger: Wem ist der Ordnungsruf zugekommen? Ich bitte um Aufklärung, Herr Präsident!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Dem Herrn Abgeordneten Libal. (Abg. Peter: Ist das einen Ordnungsruf wert, wenn man einem

Minister sagt, daß er arrogant ist? — Abg. Libal: Ich habe gesagt, er ist überheblich!)

Abgeordneter Dr. Kreisky (fortsetzend): Hohes Haus! Wir sind also nicht informiert, ob es in Brüssel weitergeht oder nicht weitergeht. Die Beamten, die der Abgeordnete Mitterer zitiert hat, ohne ihre Namen zu nennen, sind natürlich optimistisch. Aber das möchte ich mit einem französischen Wort als eine déformation professionnelle bezeichnen. Sie haben optimistisch zu sein wie der Chef, womöglich noch optimistischer, das ist eine gute Arbeitsteilung. Ich möchte aber hier sagen, daß man sich in Brüssel — und das weiß ich aber wirklich von Leuten, die dort etwas zu reden haben — sehr wohl Gedanken darüber macht, wie sich die Sozialistische Partei einmal, wenn diese Dinge in ein endgültigeres Stadium getreten sein werden, verhalten wird. Ich möchte den Herrn Handelsminister gern auf diese Überlegungen in Brüssel aufmerksam machen und ihn doch fragen, ob es nicht besser und zweckmäßiger wäre — ich bin sehr vorsichtig in meiner Ausdrucksweise —, in diesen Fragen mit der Opposition einen besseren und informativeren Kontakt zu halten, als das bisher der Fall ist.

Ich glaube, daß die großen Hoffnungen, die sich Herr Kollege Mitterer gemacht hat, durchaus nicht begründet sind. Ich glaube, daß das alles viel länger dauern wird, daß das Mandat wesentlich erweitert werden muß, das die Brüsseler Kommission geben muß. Ich glaube, daß sich sehr bald zeigen wird, daß das gar nicht eine so einfache Sache ist, wie das immer wieder und vor allem vor Wahlen dargestellt wird. (Abg. Peter: Wenn der Herr Minister so penibel ist, dann soll er aufpassen bei dem, was die Abgeordneten sagen!) — Vizekanzler Dr. Bock: Sie werden staunen, wie gut ich mir das alles gemerkt habe! — Abg. Zeillinger: Alles lassen wir uns von der Regierungsbank nicht gefallen!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Ich bitte die Appelle an den Präsidenten zu unterlassen. Am Wort ist der Redner.

Abgeordneter Dr. Kreisky (fortsetzend): Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals darauf aufmerksam machen, daß es verschiedene Möglichkeiten gibt, die man ins Auge fassen kann. (Abg. Zeillinger: Alles muß man sich als freigewählter Abgeordneter nicht gefallen lassen!)

Präsident Dipl.-Ing. Waldburner: Ich ertheile dem Herrn Abgeordneten Zeillinger den Ordnungsruf. (Abg. Zeillinger: Wofür, Herr Präsident?) Für Ihre dauernden Proteste gegen den Präsidenten. (Abg. Zeillinger: Wofür, Herr Präsident, für welche Worte? Ich bitte um Aufklärung!) Der Redner ist am Wort.

Abgeordneter Dr. Kreisky (*fortsetzend*): Hohes Haus! Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinweisen, daß es verschiedene Möglichkeiten gibt und auch geben muß in der Annäherung an Brüssel. Ich begehe durchaus keinen Vertrauensbruch, wenn ich sage, daß mir der französische Außenminister einmal gesagt hat, daß der Vertrag mit Österreich wesentlich einfacher sein müßte und sein sollte als der, der gegenwärtig anvisiert wird.

Ich bin dagegen, daß man sich der EFTA gegenüber immer wieder in einer etwas überheblichen Weise äußert. Ich bin dagegen, daß man einem Paktsystem gegenüber illoyal ist, dem man selbst angehört. Es ist nämlich nicht so, daß uns das nur guttut. Da sind schließlich auch kultivierte westeuropäische Demokratien, die auf uns gar nicht so gut zu sprechen sind, als das in der offiziellen Lesart immer steht. Im Gegenteil, sie sind sogar manchmal sehr erstaunt, und es war sogar notwendig, sehr energisch zu intervenieren, damit nicht daraus eine echte Verärgerung entsteht. (Abg. Mitterer: *Über die 15 Prozent Englands waren wir viel erstaunter!*) Herr Kollege Mitterer! Sie waren nicht da (Abg. Mitterer: *Ich habe es aber draußen gehört!*), als ich gesagt habe, daß das ohne Zweifel ein Bruch der EFTA-Bedingungen war, daß die Engländer aber nach einiger Zeit die 15 Prozent auf 10 Prozent senkten und sie für den Herbst ganz einstellen, aufheben werden. Es soll nur österreichischerseits immer so ein Verständnis gezeigt werden bei solchen Fragen. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Ausnahmsregelungen nennen, die nicht ganz im Einklang mit der EFTA-Satzung stehen, zum Beispiel im Verkehr mit der Schweiz.

Ich möchte wiederholen: Daß Sie so wohlwollend waren mit den Franzosen und so streng mit den Engländern, war wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß man auf Seite der ÖVP glaubt, daß man sich einer Arbeiterregierung gegenüber alles erlauben darf. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Solange man nämlich gedacht hat ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Weißmann.) Ich werde Ihnen das beweisen. Herr Dr. Weißmann, wenn ich so etwas scharf Formuliertes sage, so kann ich das sogar beweisen, weil ich immer wieder riskieren muß, daß man dann erstaunt ist, daß ich mich solcher Formulierungen bediene, und mich fragen wird: Na, was ist Ihnen da eingefallen? (Abg. Mitterer: *Den Vertrag haben wir mit der EFTA und nicht mit der EWG!*)

Sie haben ja das Verhältnis Frankreichs zur EWG hier angezogen, und ich habe gemeint, daß Sie sich hier anders geäußert hätten, aber das ist ganz uninteressant. Solange es nämlich so war, meine Damen und Herren, daß man

damit rechnen mußte, daß die Regierung Wilson den nächsten Tag nicht erleben wird, da hat man in einem Teil der Regierungspresse einen Ton geführt, der sehr erstaunlich war; aber jetzt — es tut mir leid — müssen Sie mindestens die nächsten fünf Jahre mit der Regierung Wilson rechnen. (*Ruf bei der ÖVP: Und Sie mit uns!*) Es wird gut sein, daß wir uns zu einem auch heute noch größten und uns gegenüber am freundschaftlichsten eingestellten Staat gut verhalten.

Ich bin auch der Meinung, daß man auch in verschiedenen Äußerungen vorsichtiger sein sollte. Ich habe mir unlängst erlaubt, etwas spaßhaft Folgendes zu schreiben. Da ich das in einer Zeitung getan habe, die nur einen begrenzten Leserkreis, in einem Bundesland vor allem, hat — ich hoffe, es wird bald anders werden —, so möchte ich das hier wiederholen: Ich habe darauf verwiesen, daß der Herr Bundesminister Dr. Tončić, als er den Herrn Bundespräsidenten nach London begleitete, im Kreise der dortigen Auslands presse eine Rede gehalten hat, die den Herren in Brüssel nicht gefallen hat. Er hat von den „Brüsseler Theologen“ gesprochen und vom Himmelreich der EWG, in das wir eigentlich nicht hineinwollen, und so weiter. Das hat sicherlich den Herren in London, die ihm zugehört haben, gut gefallen. Weniger gut, wie ich schon gesagt habe, in Brüssel. Aber für Brüssel haben wir ja den Herrn Vizekanzler Dr. Bock gehabt, der hat ihnen wieder attestiert, daß sie die allerbesten sind, daß die EFTA ja eigentlich gar nichts Richtiges ist, vor allem die Engländer sich dort sehr schlecht verhalten, und er hat gemeint, jetzt müssen wir erst recht uns rasch hineintummeln. Das hat doch sicher wieder den Herren in Moskau nicht sehr gefallen. Aber für die Herren in Moskau haben wir den ehemaligen Kabinettschef des Herrn Bundeskanzlers Dr. Karasek. Der hat denen sicher gesagt: Ich weiß, was ich rede, aber das ist alles ganz anders, das ist ja gar nicht so. Gleichzeitig damit hat wahrscheinlich der Herr Staatssekretär Bobleter seine gaullistischen Freunde der Nibelungentreue Österreichs dem Präsidenten de Gaulle gegenüber versichert. (Abg. Peter: *In der Koalition war es aber nicht viel anders!*) O ja, das war ganz anders. Wenn das jetzt den Amerikanern nicht gefallen sollte, für die haben wir ja den Herrn Staatssekretär Dr. Gruber, der ja Spezialist für die Amerikaner ist. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.* — Abg. Benya: *Für jeden etwas!*) Sehr richtig, Herr Präsident Benya. Der Herr Bundeskanzler hält das sicher für den Höhepunkt einer differenzierten Diplomatie, er hält sich an den Satz im „Faust“, der lautet: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen; und jeder geht zufrieden aus

**Dr. Kreisky**

dem Haus.“ Nur daß das im „Faust“ der Theaterdirektor und kein Regierungschef sagt und daß die Außenpolitik etwas anderes ist als eine Varietévorstellung. (*Starker anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Mussil das Wort.

**Abgeordneter Dr. Mussil (ÖVP):** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich eingangs mit einigen ordnungspolitischen Fragen beschäftigen, die unsere Wirtschaft angehen, weil der Abgeordnete Kreisky in die Rede des Kollegen Mitterer Dinge hineininterpretiert hat, die Mitterer durchaus nicht gesagt hat.

Der Abgeordnete Kreisky hat erwähnt, daß aus der Rede des Abgeordneten Mitterer hervorgegangen wäre, daß wir der Meinung sind, das Ideal der Wirtschaftspolitik, das Ideal in einer Wirtschaft wäre eine Summierung der Einzelentscheidungen, und das Laissez faire, das Laissez passer müsse groß geschrieben werden, daß wir also so in den dunklen Zeiten des Manchester-Liberalismus verfangen wären. Das hat, Herr Abgeordneter Kreisky, der Abgeordnete Mitterer durchaus nicht gesagt. Wir stehen, das dürfte sich herumgesprochen haben, auch in der Volkspartei auf dem Standpunkt der sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Staat ja Eingriffe in die Wirtschaft durchzuführen hat, aber generelle Eingriffe und nicht punktuelle Eingriffe. Wir stehen auf der Basis der sozialen Umverteilung, wir begrüßen das. Wir sind überzeugt, daß diese Dinge notwendig sind. Wir sind nur in einer Frage nicht zugänglich, und das ist die Frage der Programmierung, der indikativen Lenkung oder wie man immer diese Dinge nennen mag, weil wir der Meinung sind, daß die Investitionsentscheidung das Um und Auf des selbständigen Unternehmers ist. Wir sind auch der Meinung, daß die tausenden Investitionsentscheidungen der selbständigen Unternehmer besser und richtiger sind als die Entscheidungen einer zentralen Lenkungskommission, die sich wiederholt geirrt hat und die sich ständig immer wieder irrt. Wir wissen auch, daß das Wahlergebnis vom 6. März unsere Auffassung bestätigt hat und daß die österreichische Bevölkerung planwirtschaftliche Experimente aller Art ablehnt. Das wollte ich eingangs sagen.

Mein eigentliches Thema, das ich mir heute gestellt habe, ist die Regionalpolitik. Über diese Fragen haben in der vergangenen Woche einige Abgeordnete der Sozialistischen Partei gesprochen. Sie haben dabei vor allem ein regionalpolitisches Konzept verlangt. Ich

kann Ihnen sagen, daß wir in Niederösterreich unter Heranziehung wissenschaftlicher Institute die Grundlagen eines solchen Konzeptes bereits ausgearbeitet haben. Ich möchte mir jetzt erlauben, Ihnen den Aufbau eines solchen Konzeptes in groben Linien zu umreißen.

Zuerst, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige statistische Hinweise.

Vor kurzem sind erstmalig die Ziffern über das Volkseinkommen je Erwerbstägigen, und zwar aufgeschlüsselt nach Bundesländern und politischen Bezirken, veröffentlicht worden. Außerdem liegen uns eine Reihe von anderen Wohlstands- beziehungsweise Notstandsindikatoren vor, wie Steuerkraft, Sparquote, Stromverbrauch und so weiter, ebenfalls aufgeschlüsselt bis zu den Bezirken. Und was wir seit langem vermutet haben, hat sich leider bestätigt, daß die bisherigen Bemühungen des Bundes, der Länder, der Gemeinden und so weiter, die darauf abgezielt haben, diese regionalen Wohlstandsunterschiede zu beseitigen, nicht zu dem Erfolg geführt haben, den wir uns vorgestellt haben.

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang einige Ziffern über das Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung vor Augen führen. Wenn man den österreichischen Durchschnitt mit 100 annimmt, so beläuft sich das Pro-Kopf-Einkommen je Erwerbstägigen in Wien auf 129,9, in Vorarlberg auf 105,7, in der Steiermark auf 83,8, in Niederösterreich auf 83 und im Burgenland auf 63,8.

Einige politische Bezirke aus den Entwicklungsgebieten, meine sehr verehrten Damen und Herren, beleuchten die Situation noch deutlicher. Zwettl in meinem Wahlkreis hat ein Pro-Kopf-Einkommen von 44,2, Radkersburg von 39,5, Jennersdorf ein solches von 35,2. Also Unterschiede fast bis zum Vierfachen, meine Damen und Herren. Diese Ziffern beruhen außerdem auf Erhebungen aus dem Jahre 1961. Leider sprechen viele Anzeichen dafür, daß sich in der Zwischenzeit diese Unterschiede noch verschärft haben. (*Abg. Czettel: Das ist Ihre Politik gewesen! In Niederösterreich ist das Ihre Politik!*) Nein, das war die gemeinsame Politik. Ich komme auf das noch zu sprechen, Herr Czettel. (*Abg. Czettel: Regionalpolitik ist Landessache!*) Ich weiß, das ist ein Bundesanliegen, das ist nicht Landessache allein. Darauf komme ich wirklich später zu sprechen. Das ist also ein „falscher Irrtum“, wenn ich so sagen darf.

Ein Vergleich mit der Situation im EWG-Raum zeigt, daß auch dort die regionalen Wachstumsunterschiede zwischen den sogenannten Aktiv- und Passivzonen in den einzelnen Ländern etwa auch bis zum Dreি

**Dr. Mussil**

fachen gehen. Dies wäre in irgendeiner Form beruhigend. Wir könnten uns sagen, auch die im EWG-Raum haben es bis heute nicht geschafft. Bedenkt man aber, meine verehrten Damen und Herren, daß Österreich als Ganzes leider gegenüber dem EWG-Durchschnitt auch noch ein nicht unerhebliches Einkommens- und Lohngefälle aufweist, wird der Ernst der Situation in unseren sogenannten Problemgebieten doppelt deutlich.

Zu diesen rein wirtschaftlichen Aspekten kommen noch die starken Bevölkerungsabwanderungen, vor allem in unseren nördlichen Grenzgebieten. Die letzte Volkszählung hat ergeben, daß von 1951 bis 1961 in einzelnen Gemeinden ein Bevölkerungsschwund bis zu 30 Prozent zu beklagen ist. Ganze Häuserzeilen stehen in diesen Ortschaften leer; das ist, glaube ich, ein bevölkerungspolitisches Alarmzeichen. Die Bevölkerungsentwicklung an der geschlossenen Grenze zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Regionalpolitik keine wirtschaftliche Frage allein ist, die nur mit ökonomischen Maßstäben gemessen werden kann, sondern ein eminent staatspolitisches Problem, bei dem das absolute Rentabilitätsdenken zurückzutreten hat.

Wir begrüßen es daher außerordentlich, daß in der Regierungserklärung der Regionalpolitik ein breiter Raum gewidmet wurde, die regionale Strukturpolitik einschließlich der Reform der Fernverkehrssteuer sowohl im allgemeinen Teil als auch im 11-Punkte-Programm der neuen Regierung gebührend hervorgehoben wurde. In der ersten Sitzung der neuen Regierung wurde ein eigenes Ministerkomitee für Fragen der Raumordnung und der regionalen Regierungspolitik neu eingesetzt, dessen Hauptaufgabe die Koordinierung der einzelnen Maßnahmen der Ressorts und die Abstimmung der einzelnen Länder- und Gemeindebestrebungen sein wird.

Jetzt komme ich darauf, Herr Abgeordneter Czettel: Da immer wieder formalistische Stimmen laut werden, daß die Regionalpolitik überhaupt nicht Bundessache sei, sondern in die Landeskompétenz fällt, möchte ich eines klarstellen ... (Abg. Czettel: *Das haben nicht wir gesagt!*) Ja, aber ich zitiere Ihnen jetzt ein Verfassungsgerichtshof-erkenntnis, das für diese Dinge maßgebend ist. Raumordnungspolitik und Regionalpolitik sind komplexe Begriffe, für die auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahre 1954 für die Gesetzgebung und Vollziehung jene Behörden zuständig sind, welche die sachliche Grundkompetenz besitzen. Für die infrastrukturellen Planungen und Maßnahmen sind also in erster Linie das Bautenministerium, das Verkehrsministerium und das

Unterrichtsministerium zuständig, für agrarpolitische Maßnahmen das Landwirtschaftsministerium, für die industrielle Ansiedlung und den Fremdenverkehr das Handelsministerium, für die aktive Arbeitsmarktpolitik das Sozialministerium. Für alle anderen Dinge ist also eine subsidiäre Kompetenz der Länder gegeben.

In diesen Ministerien, die ich genannt habe, bestehen schon seit langem eigene Abteilungen, die sich ausschließlich mit regionalpolitischen Problemen beschäftigen, dem Bundeskanzleramt fällt die regionalpolitische Koordinierung zu.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Vorarbeiten, die wir in Niederösterreich getroffen haben. In unserem Bundesland besteht seit Jahren ein Verein zur Förderung der unterentwickelten Gebiete, wofür das Land, die Arbeiterkammer, der Gewerkschaftsbund, die Handelskammern (*Abg. Konir: Die alle zwei Jahre zu einer Sitzung zusammen-treten!*) sehr, sehr gute Vorarbeiten geleistet haben. Lieber Freund, wenn wir die nicht hätten, dann könnten wir jetzt auf diesen Dingen nicht aufbauen.

Ich darf also folgendes sagen: Dieser Entwicklungsverein hat vor Jahren das Institut für Raumplanung, das auch heute schon genannt worden ist, mit den regionalen Untersuchungen in den sogenannten Entwicklungsgebieten betraut und damit beauftragt, die Förderungsmöglichkeiten in diesen Gebieten aufzuzeigen. Auf Grund dieser Untersuchungsergebnisse wissen wir heute nach menschlichem Ermessen genau, wo Hoffnungsgebiete für den Fremdenverkehr aufzuschließen wären und welche Orte für Industrieansiedlungen und für welche Branchen geeignet sind. Dieses Ergebnis haben wir erst vor ungefähr drei oder vier Wochen bekommen. Das ist der Grund, warum der Entwicklungsverein auf diesen Ergebnissen bisher nicht aufbauen konnte. (*Zwischenruf bei der SPÖ:*) Ich möchte feststellen, daß das kein anderes Bundesland gemacht hat.

Dabei ist uns klar, daß es gebietsweise Unterschiede im Einkommen der Bevölkerung geben wird und daß das Nebeneinander bestehen von landwirtschaftlichen Landesteilen neben Fremdenverkehrszenen und Industrieräumen eine durchaus gesunde Raumverteilung darstellt. In den Gebieten mit vorwiegend kleinbäuerlicher Struktur, mit teilweise schlechten Böden, vor allem an den nördlichen Grenzen unseres Landes, kann aber die Bevölkerung nur gehalten werden, wenn durch Industrieansiedlung und durch Fremdenverkehrsbetriebe die Einkommensverhältnisse verbessert werden. Vor allem müssen die durch die Umstrukturierung der

**Dr. Mussil**

Landwirtschaft freiwerdenden Kräfte in neuen Industrie- und Fremdenverkehrsbetrieben haupt- und nebenberuflich Brot und Arbeit finden können, wenn die Abwanderung unterbunden werden soll.

Es ist nie daran gedacht, meine sehr Geehrten, in jedem Dorf einen eigenen Industriebetrieb anzusiedeln, sondern nur in verkehrsmäßig günstig gelegenen Zentralorten, die schon jetzt zum Teil die Standortvoraussetzungen für eine Betriebsansiedlung erfüllen. Diese Zentralorte sollen neue industrielle Schwerpunkte, Kristallisierungspunkte für die Wirtschaft überhaupt werden, die die erforderlichen Gewerbebetriebe, vor allem Dienstleistungsunternehmungen, induzieren sollen. Dabei sind mehrere kleine Betriebe viel günstiger als ein einziger größerer Betrieb, weil auch durch die sogenannten Kleinballungen, wenn man das so nennen darf, die Außenkosten der einzelnen Betriebe verringert werden. Auch wird die Gemeinde bei einem einzigen größeren Betrieb von dessen Entwicklung wirtschaftlich zu stark abhängen.

In den Randzonen, vor allem an der geschlossenen Grenze mit dünner Infrastruktur, sind die Standortvoraussetzungen der einzelnen Gemeinden nicht so umfassend gegeben wie in den Ballungsgebieten, sondern nur für einzelne Branchen.

Nach den von mir mehrmals erwähnten Untersuchungen des Österreichischen Instituts für Raumplanung wissen wir, welche Industriezweige in den einzelnen Gemeinden der Entwicklungsgebiete sofort ansiedelbar sind und bei welchen Industriezweigen erst ein Ausbau der Infrastruktur notwendig erscheint. Zum Glück sind unter den sofort ansiedelbaren Industriezweigen auch verhältnismäßig viele sogenannte zukunftsrechte Industrien, die auf der ganzen Welt expandieren, die also auch im Falle eines Arrangements mit der EWG, das Herr Abgeordneter Kreisky mit so düsteren Pinselstrichen gemalt hat, durchaus Zukunftschancen haben.

Sie sehen: Wir haben in Niederösterreich die erforderlichen Untersuchungen bereits durchgeführt, damit jetzt in der Praxis alle diese Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und der Gemeinden aufeinander abgestimmt werden können.

Meine verehrten Damen und Herren! Das wäre das allseits geforderte langfristige, gleitende regionalpolitische Konzept nicht nur in großen Zügen, sondern, was die Infrastruktur anlangt, bis zu den einzelnen Straßen und Bereichen aufgegliedert. Als ersten Probegalopp würde ich dem Ministerkomitee ein solches konkretes Entwicklungskonzept für das Waldviertel vorschlagen, für das — wie

erwähnt — die theoretischen Untersuchungen bereits zur Gänze vorliegen. Dieses Konzept hätte, nach Dringlichkeitsstufen gereiht, den Aufbau der Infrastruktur in und zu den einzelnen Zentralorten zu umfassen: Die Bestrebungen zur freiwilligen Gemeindezusammenlegung, die Festlegung von Schwerpunktorten in den einzelnen Gemeinden und die Maßnahmen auf dem Gebiete der Pflichtschulorganisation erfolgen in Niederösterreich bereits nach den Untersuchungsergebnissen des Raumplanungsinstitutes.

Und nun, meine sehr Geehrten, zu den einzelnen Maßnahmen: Sehr häufig wird die Straßenfrequenz als Begründung für eine Dringlichkeitsreihung der Straßenbauprogramme verwendet. Dieser Maßstab muß beim Ausbau der Straßen in den Entwicklungsgebieten zurücktreten. Denn mit dem Augenblick, wo uns der Ausbau der Straßen die Ansiedlung von Betrieben ermöglicht, wird die Frequenz automatisch steigen. Daher wäre die Beibehaltung dieses Maßstabes ein Teufelskreis, aus dem man nie herauskommen könnte. Ähnliche Gesichtspunkte gelten für die Einstellung unrentabler Eisenbahnnebenlinien und Bahnhöfe in den Entwicklungsgebieten. Von der Bahn muß grundsätzlich wie von jedem anderen Betrieb die Beachtung des Grundsatzes der Rentabilität gefordert werden. Wir begrüßen daher das Rationalisierungsprogramm der Bundesbahn. Dieses muß jedoch, soweit es sich auf die Linien und Bahnhöfe in den Entwicklungsgebieten bezieht, mit dem Entwicklungskonzept abgestimmt werden. In diesen Fragen gehe ich also durchaus konform mit dem, was die Kollegen der Sozialistischen Partei aus dem Waldviertel erklärt haben. Wo nach dem Entwicklungskonzept die Einstellung von Linien oder die Auflassung von Bahnhöfen vertretbar ist, soll das auch in den Entwicklungsgebieten geschehen. Wo aber die Auflassung mit dem Entwicklungskonzept in Widerspruch steht, müssen Rentabilitätserwägungen vorübergehend zurückgestellt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das Entwicklungsgebiet aufblüht, wird sich in einigen Jahren erweisen — die Zeitdauer hängt von der Wirksamkeit unserer Maßnahmen ab —, daß die Bahnfrequenz stärker wird und die Nebenlinien damit von sich aus rentabler werden.

Meine Verehrten! Der Ausbau der Infrastruktur ist nicht von heute auf morgen möglich. Wir müssen aber schon jetzt verstärkte Anreize zur Betriebsansiedlung in den Entwicklungsgebieten schaffen, wenn nicht das Wohlstandsgefälle noch stärker werden soll. Dazu gehören finanzielle Starthilfen,

**Dr. Mussil**

Grundbeschaffung und Grundaufschließung durch die Gemeinden. In einzelnen EWG-Ländern übernimmt der Staat die Errichtungskosten von Betrieben bis zu 30 Prozent als echte Subvention. Kredithilfen, Zinszuschüsse und Haftungsübernahmen durch den Staat — wir haben das im Land Niederösterreich seit Jahren praktiziert — und steuerliche Erleichterungen ergänzen das regionalpolitische Instrumentarium.

Dabei muß vorsichtig zu Werke gegangen werden, um mit unseren marktwirtschaftlichen Grundsätzen nicht in Widerspruch zu kommen. Vor allem gilt das für die unternehmerische Investitionsentscheidung, die auch hier unangetastet bleiben muß. Durch die Regionalpolitik soll nur das Investitionsklima in den Entwicklungsgebieten durch stärkere Investitionsanreize verbessert werden. Im Rahmen dieses Klimas muß die Investitionsentscheidung einzig und allein beim Unternehmer bleiben. Wenn der Betriebsgründer sich trotz einer entsprechenden Aufklärung über die Untersuchungsergebnisse nicht für den empfohlenen Zentralort oder eine standortgünstige Branche entschließt, muß auch er in einem solchen Ausnahmefall die allgemeinen Begünstigungen des Entwicklungsgebietes erhalten. Wir haben schon heute erlebt, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß gerade Unternehmer, die gegen den Strom schwimmen, trotz gegenteiliger Untersuchungsergebnisse Erfolg haben und reüssieren. Ich darf Ihnen ein Beispiel vor Augen führen.

Ich kenne einen Betrieb, der Anfang der fünfziger Jahre in der Nähe von Melk errichtet worden ist. Wenn man auf der Bundesstraße in Richtung Wien fährt, so sieht man ihn in schönster Umgebung liegen, man hat das Gefühl, es wäre ein Sanatorium oder ein Luxushotel. Der Betrieb erzeugt vor allem Autozubehör und -bestandteile; er beschäftigt zirka 140 Arbeitskräfte und steht außerordentlich stark im Export. Nach den theoretischen Erkenntnissen des Raumplanungsinstitutes (*Abg. Ing. Kunst: Also doch Planung!*) hat der betreffende Betrieb einen völlig falschen Standort gewählt und hätte schon vor Jahren zugrunde gehen müssen. Nach diesen Untersuchungen wäre das eine hundertprozentige Fehlinvestition. Ich möchte damit nur beweisen, daß diese Untersuchungsergebnisse sicher sehr, sehr wertvoll sind, daß es aber trotzdem einem initiativen Unternehmer immer wieder gelingt, entgegen diesen Untersuchungsergebnissen und entgegen dem allgemeinen Trend mit seinem Betrieb zu reüssieren. Ich könnte Ihnen eine Reihe von derartigen Beispielen aufzählen. (*Abg. Konir: Warum ist er dann nach Wieselburg gegangen?*)

Die Frage der Betriebsgründung in diesem Gebiet entgegen dem Untersuchungsergebnis des Raumplanungsinstitutes hat nichts mit Fragen des Landschaftsschutzes zu tun. Diese Dinge liegen auf einer anderen Ebene. Ich wollte damit nur dokumentieren, daß diese Dinge, die so ein Planungs- oder Untersuchungsinstitut mit bestem Willen und besten Kräften ausarbeitet, doch nicht ein hundertprozentiges Dogma für alle Zeiten und für alle Fälle sein können.

Wenn eine solche Gründung, die entgegen dem Untersuchungsergebnis erfolgt, dann nicht aufgeht, dann ist das eine Fehlinvestition, die wir außerordentlich bedauern. Aber jedenfalls kommt eine derartige Fehlinvestition noch immer wesentlich billiger, als wenn die Investitionsentscheidung durch eine punktuelle Lenkung der Begünstigungen de facto an eine staatliche Zentralstelle übertragen werden würde und sich diese staatliche Stelle irrt. Auch das soll schon vorgekommen sein. Dann sind nämlich sämtliche Einzelinvestitionen, die auf der zentralen Entscheidung der Kommission beruhen, Fehlinvestitionen, und das geht hundertfach mehr ins Geld. (*Abg. Horr: Haselgruber!*) — Der Haselgruber hat mit der Frage nichts zu tun. Damals hat es kein Raumplanungsinstitut gegeben, den konnten wir also nicht beraten. Wenn wir ihn damals hätten beraten können, wäre er vielleicht woanders hingegangen, oder er hätte ein anderes Unternehmen angefangen.

Außerdem müssen wir darüber wachen, daß die finanziellen Vorteile grundsätzlich nicht die Standortvoraussetzungen ausgleichen sollen. Das wären nämlich auch auf längere Sicht Fehlinvestitionen. Ausgeglichen soll vor allem der Mangel an der Infrastruktur werden, und daraus ergibt sich, daß diese Begünstigungen grundsätzlich keinen Dauercharakter haben sollen.

Meine Damen und Herren! Eines der Ziele der sozialen Marktwirtschaft — es ist heute schon mehrmals erwähnt worden — ist es, zu starke Einkommensunterschiede in der Bevölkerung durch Umverteilung von Einkommen zugunsten der sozial Schwachen auszugleichen. Für den sozialen Ausgleich ist in den letzten Jahrzehnten sehr viel geschehen, sicherlich nicht genug, für den regionalen Ausgleich jedenfalls zuwenig. Es liegt daher ganz auf der Linie der sozialen Marktwirtschaft, wenn jetzt zugunsten der wirtschaftlich schwachen Gebiete in stärkerem Ausmaße auch eine regionale Umverteilung erfolgt.

Meine Damen und Herren! Die Entwicklungshilfe nach dem Finanzausgleichsgesetz war ursprünglich mit 100 Millionen beziffert, sie ist im Laufe der Zeit heruntergeschrumpft

**Dr. Mussil**

auf 36 Millionen Schilling, wenn wir diesen Ausdruck gebrauchen können. Trotzdem konnte damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Erhaltung bestehender, zur Verwirklichung agrarpolitischer Maßnahmen und zum Ausbau des Fremdenverkehrs gemeinsam mit den finanziellen Anstrengungen der Länder und Gemeinden sehr viel beigetragen werden. Über Sinn und Zweck dieser Entwicklungshilfe ist in der letzten Zeit viel diskutiert worden. Die bisherigen Beträge sind, aufgeteilt auf die Länder und Bezirke und dort wieder auf Agrarsektor, Betriebsansiedlung, Fremdenverkehr und so weiter, völlig unzureichend.

Ich möchte daher heute schon an den Herrn Finanzminister die Bitte richten (*Ruf bei der SPÖ: Er ist nicht hier!*) — ich werde ihm das schon sagen, das wird er schon erfahren, machen Sie sich darüber kein Kopfzerbrechen —, diese Post im Budget 1967 stärker zu dotieren; auch der Aufteilungsschlüssel müßte entsprechend geändert werden.

Das nächste ist eine uralte Forderung von uns, nämlich die Schaffung eines Sonderzinsatzes bei ERP-Krediten für die Entwicklungsgebiete. Die von mir erwähnte Studie über die Entwicklungsmaßnahmen im EWG-Raum zeigt, daß dort neben echten Subventionen starke Zinsbegünstigungen mit Sätzen bis zu einem Prozent pro anno zugestanden werden. Ich bin der Meinung, daß der ERP-Zinsfuß von 5 Prozent für die Entwicklungsgebiete jedenfalls zu hoch ist und eine Herabsetzung auf 3,5 Prozent, wie er bis zum Jahr 1955 für ganz Österreich gegolten hat, durchaus gerechtfertigt wäre. Ich möchte an den Herrn Bundeskanzler — auch ihm werde ich das mitteilen — die Bitte richten, unsere Bemühungen in dieser Richtung zu unterstützen.

An steuerlichen Begünstigungen besteht derzeit die erhöhte vorzeitige Abschreibung für die ehemals russisch besetzten Gebiete. Dazu ein ernstes Wort. Meine sehr verehrten Kollegen der Sozialistischen Partei aus Niederösterreich! Ich darf Ihnen eines sagen: Die Begünstigung in dieser Form ist sachlich nicht mehr vertretbar. Die wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals russisch besetzten Gebieten hat sich in den letzten 10 Jahren vollkommen verschoben. In Niederösterreich liegen nach der Volkseinkommenstatistik 6 politische Bezirke über dem Bundesdurchschnitt und 11 Bezirke, also fast die Hälfte des Landes, weniger als 10 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. (*Abg. Müller: Und was ist mit dem Burgenland? Das gehört auch noch zu Österreich!*) Ich komme noch darauf zu sprechen. Auch das Burgenland kommt zur Geltung. Ich habe ja Jennersdorf erwähnt, Herr Kollege! Das Burgenland nie vergessen!

Ich habe ausdrücklich erklärt: Ich erlaube mir, heute diese Dinge mit dem Schwerpunkt auf Niederösterreich auseinanderzusetzen. Ich habe auch die Oststeiermark und das Burgenland erwähnt. (*Abg. Horr: Er ist ja ein Waldviertler Abgeordneter!*) Selbstverständlich! Ich bin glücklich und stolz darauf, ein Waldviertler Abgeordneter sein zu können!

Meine sehr Verehrten! Bei allem Lokalpatriotismus für Niederösterreich kann man daher heute nicht mehr für das ganze Bundesland begünstigte Abschreibungssätze verlangen. Dafür fehlt — Gott sei Dank! — jede sachliche Begründung. Diese Forderung hat allerdings die „Arbeiter-Zeitung“ am 28. Mai und der niederösterreichische Landesparteitag der Sozialistischen Partei am 5. Juni aufgestellt.

Derartige Beschlüsse sind nichts als unsachliche Stimmungsmache und werden Ihnen von der Bevölkerung nicht abgekauft. Man kann diese Dinge nur nach objektiven Kriterien, wie Pro-Kopf-Einkommen, Steuerkraft und so weiter, messen. Wenn wir sechs Bezirke haben, die über dem Bundesdurchschnitt liegen, so können wir nicht für ganz Niederösterreich eine Ausnahmeregelung verlangen. (*Abg. Czettel: Sind Sie also gegen die Begünstigung für Niederösterreich?*) Ich bin gegen die Begünstigung für ganz Niederösterreich, weil sie nicht haltbar ist, Herr Abgeordneter Czettel; ich bin aber nicht zufrieden mit dem, was Sie für die wirklichen Entwicklungsgebiete vorgeschlagen haben. Für diese ist nämlich das, was Sie vorgeschlagen haben, viel zuwenig. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Man kann diese Dinge eben nur nach objektiven Kriterien, wie Pro-Kopf-Einkommen, Steuerkraft und so weiter, abgrenzen. (*Zwischenruf des Abgeordneten Czettel.*) In diesen Entwicklungsgebieten, Herr Abgeordneter Czettel, genügt aber nicht eine 5prozentige Sonderbegünstigung, die Sie verlangt haben, der Anreiz muß massiver sein. Wir haben daher den Herrn Finanzminister gebeten, den Abschreibungssatz bei den beweglichen Investitionsgütern mit 60 Prozent festzusetzen. Wir haben alle Hoffnung, daß diese Bitte auch tatsächlich erfüllt wird. Wir hätten auch gerne erhöhte Abschreibungssätze bei den unbeweglichen Gütern in den Entwicklungsgebieten gesehen. Das würde aber im Widerspruch stehen mit der überhitzten Baukonjunktur, und allein aus diesen konjunkturellen Maßnahmen waren wir nicht in der Lage, diese Forderung aufrechtzuerhalten.

Ich bin nur für eines in der Resolution des sozialistischen Landesparteitages dankbar. Bis her haben nämlich die Sozialisten, wenn von einer vorzeitigen Abschreibung die Rede war,

**Dr. Mussil**

immer nur die stereotype Antwort gegeben: „Geschenke an die Reichen“. Ich möchte heute nicht näher auf diese Argumente eingehen. Dafür wird sich demnächst Gelegenheit bieten. Für Niederösterreich haben die Sozialisten sich nicht nur zu der Notwendigkeit dieser Geschenke bekannt, sondern im Gegenteil mehr verlangt, also höhere Abschreibungssätze, als der Finanzminister in seinem Entwurf zu den Wachstumsgesetzen vorgeschlagen hat. Dafür herzlichen Dank, meine sehr geehrten Herren. Hoffentlich dringen Sie mit dieser Auffassung auch bei Ihrer Parteispitze durch. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Czettel: Wir haben eine Begünstigung für die Notstandsgebiete verlangt!*)

Ich komme zum letzten und vielleicht wichtigsten Punkt unseres entwicklungspolitischen Programms: Ein ähnlicher Gesinnungswandel wie in bezug auf die vorzeitigen Abschreibungen hat sich bei den niederösterreichischen Sozialisten auch hinsichtlich der Güterfernverkehrsteuer vollzogen. Wir begrüßen diesen Gesinnungswandel außerordentlich. Wenn diese Einsicht schon früher gekommen wäre, hätten wir schon längst diese negative Entwicklungshilfe abbauen können.

Eines muß uns klar sein: Solange die Fernverkehrsteuer in den Entwicklungsgebieten, vor allem an der geschlossenen Grenze, aufrecht bleibt, werden alle unsere Bestrebungen nach Betriebsansiedlungen und Schaffung von Arbeitsplätzen nicht den gewünschten Erfolg haben.

Über eine möglichst baldige Reform der Fernverkehrsteuer liegen eine Reihe von Entschließungsanträgen des Nationalrates, des Bundesrates, einer Reihe von Landtagen, Resolutionen der Handelskammern und so weiter vor. Alle diese Bemühungen sind bisher an dem konsequenten Nein der ehemaligen Verkehrsminister Probst und Waldbrunner gescheitert.

Wenn jetzt behauptet wird, der Finanzminister und nicht der Verkehrsminister sei hiefür der Schuldtragende, so ist das, meine Herren, wirklich eine Verdrehung der Tatsachen. Ich weiß schon, daß die Sozialisten im Waldviertel vor jeder Wahl Flugblätter und Postwurfsendungen eingesetzt haben und für dort die Aufhebung der Fernverkehrsteuer verlangt haben. Vielleicht war es einzelnen sozialistischen Abgeordneten zumindest vor der Wahl auch ernst mit ihren Forderungen. Bis zu ihrer Parteispitze sind sie damit jedoch nicht durchgedrungen. Ich darf Ihnen jetzt zum Beweis dafür eines erzählen:

Wir haben im Jahre 1964 im Entwicklungsverein gemeinsam mit den sozialistischen Vertretern einen Vorstoß beim damaligen Ver-

kehrsminister Probst unternommen wollen. Ich habe noch das Protokoll vom Entwicklungsverein, in dem diese Dinge stehen. Es waren je ein Vertreter der Länder Niederösterreich und Burgenland, selbstverständlich Vertreter der Arbeiterkammer, Handelskammer und des Gewerkschaftsbundes, die gemeinsam beim Verkehrsminister und beim Finanzminister in diesen Dingen hätten vorsprechen sollen. Soweit ich das im Kopf habe — im Protokoll sind die Namen nicht genannt —, hätten Kollege Horr, Präsident Fuchs, ich weiß nicht, ob Babanitz damals schon Präsident der Arbeiterkammer war, und Präsident Bögl damals von Ihrer Seite mitkommen sollen. Das war alles fix und fest vereinbart. Als Treffpunkt war eine halbe Stunde vor der Vorsprache bei uns in der Handelskammer vereinbart, weil das in der Nähe gelegen ist.

10 Minuten bevor wir in das Verkehrsministerium hätten fahren sollen, sind wir schlicht und einfach vom Verkehrsminister in sehr uneleganter Weise — muß ich sagen — ausgeladen worden, und die Sozialisten sind zu dieser Vereinbarung überhaupt nicht erschienen. Wir sind dann allein zum Finanzminister gegangen. (*Abg. Czettel: Der hat ja gesagt!*) Der Finanzminister hat eine prompte Art, zu arbeiten, und auch hier hat er prompt gearbeitet. (*Abg. Peter: Besonders bei Steuersenkungen arbeitet er prompt, Herr Mussil!*) Ich glaube, drei Wochen später ist der Entwurf einer Reform der Fernverkehrsteuer schon den einzelnen Interessenvertretungen zugesandt worden. Leider ist auch dieser Entwurf an dem Widerstand des damaligen Koalitionspartners gescheitert. (*Abg. Peter: Woran wird es jetzt scheitern?*)

Meine Damen und Herren! Es sind Tatsachen, die ich Ihnen jetzt schildere. Ich habe das Protokoll mit. Wer von Ihnen es einsehen will, dem steht es jederzeit zur Verfügung.

Wir kennen die Probleme, die mit der Koordinierung von Schiene und Straße zusammenhängen. Hier gibt es neben der fiskalischen auch eine gewerberechtliche und tarifpolitische Möglichkeit, wie es in fast allen europäischen Ländern gehandhabt wird.

Solange die tarifpolitische Koordinierung noch nicht funktioniert, haben wir durchaus Verständnis für die Aufrechterhaltung der Fernverkehrsteuer. Kein Verständnis aber haben wir für die Ungerechtigkeit im System dieser Steuer, das laufend zu völlig unwirtschaftlichen Betriebsverlagerungen führt. Darum treten wir für eine Auflösung der Standortbesteuerung mit der 65 km-Zone ein und sind für den Übergang zu einer Streckenbesteuerung nach der Tonnen-km-Nutzlast. Das ist auch für die Bahn besser, weil das

**Dr. Mussil**

gegenwärtige System längere Straßentransporte, die gerade für die Bahn interessant sind, begünstigt.

Mit einer derartigen Systemänderung würde aber nur ein Teil der Entwicklungsgebiete aus der Benachteiligung herausfallen. Für den übrigen Teil, das sind bei uns in Niederösterreich die ganz an der nördlichen Grenze liegenden Städte und Gemeinden, die von ihrem natürlichen Wirtschaftszentrum Wien bis zu 150 und 160 km entfernt sind, für diese Gemeinden und Städte, für diese Zonen müßte unter dem Titel der regionalen Strukturhilfe eine Ausnahme von der Fernverkehrsteuer oder, wie diese Fernverkehrsteuer von der Bevölkerung im Waldviertel genannt wird, eine Befreiung von der „Antiwaldviertelsteuer“ geschaffen werden.

Ich bin dem Herrn Finanzminister sehr dankbar, daß er diese Frage bereits aufgegriffen hat und sie in unserem Sinne zu lösen versucht. Sie alle, meine Damen und Herren, möchte ich bitten, mitzuhelfen, damit wir die wirtschaftliche Lage der Menschen in diesen Gebieten möglichst bald besser gestalten können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pay das Wort.

**Abgeordneter Pay (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Heute früh hat der Österreichische Rundfunk eine Radiomeldung gebracht, wonach die deutsche Bundesregierung dem deutschen Kohlenbergbau einen Betrag von 150 Millionen D-Mark, das ist mehr als 1 Milliarde Schilling, zur Verfügung stellen wird. Ob dieser Betrag mit dem Streikbeschuß der westdeutschen Kohlenarbeiter oder mit der am 10. Juli stattfindenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen in Zusammenhang steht, das ist eine Frage, über die man verschiedener Meinung sein kann. (*Abg. Peter: Dreimal dürfen Sie raten!*) Ich glaube, daß in diesem Fall beides zutreffen wird.

Aber auch diese Maßnahme der deutschen Bundesregierung wird die Situation des Kohlenbergbaus in der Bundesrepublik nicht jener Lösung zuführen, deren sie bedarf. Es gibt im letzten Halbjahr eine Unmenge Artikel in deutschen Zeitungen, unter anderem in der „Zeit“ aus Hamburg, die sich mit diesem Problem beschäftigen; ich möchte davon nur sieben Zeilen zitieren, nicht sieben Seiten. Das sage ich deshalb, weil nach meiner letzten Rede über die Post- und Telegraphenverwaltung das „Volksblatt“ geschrieben hat: Der Abgeordnete Pay hat seitenlang aus dem Bericht der Post- und Telegraphenverwaltung vorgelesen. (*Ruf bei der FPÖ: Ist das so*

*unwahrscheinlich?*) Ich habe auch damals nur sieben oder zehn Zeilen zitiert.

Hier heißt es nun in der „Zeit“ vom 10. Juni 1966: „So wie sich die Mathematiker bemühten, die Aufgabe zu lösen, mit Zirkel und Lineal einen Kreis in ein flächengleiches Quadrat zu verwandeln, bis sie mittels der höheren Algebra erkennen mußten, daß die Aufgabe unlösbar ist, so doktern Politiker und Wirtschaftler seit acht Jahren an der Lösung der Bergbaukrise ...“

Die Schwierigkeiten sind damit vielleicht am deutlichsten aufgezeigt. Diese Betrachtung stimmt insofern — das gilt auch für unser Land —, als wir eine Lösung der Kohlenkrise nicht mehr mit einer Herstellung der Lage des Kohlenbergbaues im Jahre 1956 erreichen können. Darüber sind sich die Bergarbeiter und ihre Interessenvertretung, die Gewerkschaft, einig. Ich möchte in diesem Zusammenhang betonen, daß die österreichischen Bergarbeiter keine Maschinenstürmer des 20. Jahrhunderts sind; sie kennen die Realitäten der jetzigen Entwicklung sehr gut. Wir müssen weiterhin gemeinsam nicht nur einen, sondern meiner Meinung nach mehrere Wege suchen, um die Sorgen von den österreichischen Bergarbeitern zu nehmen.

Dieses gemeinsame Erarbeiten solcher Wege kam meiner Meinung nach auch zum Ausdruck, als in der 8. Sitzung dieser Gesetzgebungsperiode Kollege Nationalrat Gram im Namen der Österreichischen Volkspartei dem Entschließungsantrag, den die Sozialisten eingebracht hatten und den ich hier begründen konnte, beigetreten ist und damit zum Ausdruck gebracht hat, daß wir versuchen sollten, diese schwierige Frage gemeinsam zu lösen. Es war vielleicht seit langer Zeit der erste gemeinsame Beschuß aller drei im Hause vertretenen Parteien, der sogar unter Beifall, was auch schon lange nicht mehr vorgekommen ist, angenommen wurde.

Die Sorge für die Kohlenbergbaue umfaßt nicht die Betriebe allein, nicht nur die Belegschaft mit ihren Familien. Sie umfaßt die Bevölkerung ganzer Gebiete. Wenn man die verstreut liegenden Gebiete des österreichischen Bergbaues in der Steiermark, in Oberösterreich, in Salzburg und vor allem in der Obersteiermark betrachtet, dann erkennt man, daß von diesem Problem nicht Zehntausende, sondern Hunderttausende direkt und indirekt betroffen sind. Mitbetroffen sind alle Gewerbetreibende, die in diesen Gebieten wohnen, alle, die dadurch verdienen, daß die dort beschäftigten Bergleute ein gutes Einkommen haben, daß sie wieder einen Großteil ihres Verdienstes umsetzen, wodurch die gesamte Wirtschaft in jenen Gebieten sehr gut floriert.

954

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Pay**

Der Herr Vizekanzler hat in der bereits von mir zitierten Sitzung bei der Anfrage im Zusammenhang mit dem Bergbau Tauchen zum Problem des Bergbaues Stellung genommen und laut Protokoll erklärt, daß die Generalfrage, das heißt die ökonomische Frage, ob die Bergbaue weiterbestehen sollten oder ob man sie zusperren muß, von zwei Fakten eingeschränkt wird. Man kann es so definieren: Erstens kann es keinen gänzlichen Verzicht auf die österreichische Kohle als Energieträger geben, wobei „gänzlicher Verzicht“ eine sehr weitgehende Formulierung ist; das kann bedeuten, daß man vielleicht nur mit der Weiterführung von zwei oder drei Bergbaubetrieben rechnet. Zweitens spielen die sozialpolitischen Probleme eine beachtliche, ja eine wesentliche Rolle bei allen Betrachtungen über die Situation des österreichischen Kohlenbergbaus insgesamt.

Über die Leistungen des österreichischen Kohlenbergbaus ist viel gesprochen worden, und wir werden nicht müde werden, die österreichische Bevölkerung, die Bundesregierung und dieses Hohe Haus immer wieder mit diesem Problem zu konfrontieren, weil dadurch die Verpflichtung entsteht, für den österreichischen Kohlenbergbau jene Taten zu setzen, die notwendig sind.

Ich darf für die Leistungen im Kohlenbergbau einen Zeugen anführen, der vor dem Krieg ein erbitterter Gegner der Sozialisten war und der durch sein Erlebnis während der Haftzeit in den Konzentrationslagern dann gemerkt hat, daß es doch besser ist, wenn man versucht, besonders wirtschaftliche Probleme gemeinsam zu lösen. Ich meine den Herrn Generaldirektor Bergrat Dipl.-Ing. Oberegger, langjähriger Vorstandsdirektor der Alpine Montangesellschaft. Er hat in einer Rede in Köflach am 23. Jänner dieses Jahres festgestellt, daß es den Leistungen der österreichischen Kohlenbergarbeiter zu danken ist, daß die österreichische Wirtschaft die Möglichkeit hatte, neu zu beginnen. Er sagte beispielsweise, daß er mit dem früheren Nationalrat Blümel, mit dem früheren Nationalrat Giegerl und mit dem Obmann der österreichischen Bergarbeiter Franz Zwanzger zusammengekommen sei, um im Köflacher Revier die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Köflacher Bergknappen mithelfen, diesen Neubeginn zu ermöglichen.

Oberegger sagte wörtlich: „Es gibt noch manche Bergleute, die sich daran erinnern, wie in der schwierigen Nachkriegszeit der damalige Obmann der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft, Minister Maisel, mit dem inzwischen verstorbenen Zentralsekretär Geiger“ — der auch diesem Hause angehört hat — „und mir in einer großen Versammlung an die Be-

triebsräte und Vertrauensmänner des Köflacher Reviers den dringenden Appell gerichtet hat, im Interesse des Wiederaufbaues der österreichischen Wirtschaft trotz der schlechten Ernährung und sonstiger Schwierigkeiten nicht nur ihre normalen Schichten, sondern darüber hinaus noch Sonntagsschichten zu verfahren, da man ja damals aus dem Ausland fast überhaupt keine Kohle bekommen konnte, und wenn, dann zu enorm hohen Preisen, für die man die nötigen Devisen nicht hatte.“

Oberegger setzte fort: „Alle Bergknappen haben diesem Appell Folge geleistet und zu sätzliche Sonntagsschichten verfahren.“

Ähnlich wie die Ausführungen des Generaldirektors Oberegger kann man auch das Grußwort des Herrn Vizekanzlers Dr. Bock im Montan-Handbuch 1965 auffassen.

Auch er spricht davon, daß der österreichische Kohlenbergbau die Grundlagen dafür geschaffen hat, daß später der Aufbau unserer Volkswirtschaft vorwärtsgehen konnte.

Wie sieht nun derzeit die Lage auf dem Kohlensektor in unserem Lande aus? Ich habe nicht die Absicht, viele Zahlen zu bringen, sondern bringe nur einige, um die Situation zu beleuchten. Die Förderung betrug 1937 3,4 Millionen Tonnen, sie stieg 1957 auf 7,029.000 t — das war die höchste Zahl —, und sie ist bis 1965 auf 5,509.000 t zurückgefallen, davon waren im letzten Jahr Braunkohle 5,450.000 t. Wir haben also innerhalb einer relativ kurzen Zeit einen Rückgang der Kohlenförderung um 1,5 Millionen Tonnen zu verzeichnen.

Der Absatz des Kohlenbergbaues hat im gleichen Zeitraum sehr große Umschichtungen erfahren. Während noch 1948 und 1950 die Industrie der Hauptabnehmer der österreichischen Braunkohle war, hat sich das nun verschoben, jetzt stehen an erster Stelle unter den Abnehmern die Dampfkraftwerke und die Fernkraftwerke mit über 47 Prozent Gesamt- abnahme österreichischer Kohle. Die Industrie ist auf den zweiten Platz zurückgefallen und hat beispielsweise im Jahre 1964 — nur in einem Jahr — einen Rückgang von 12,4 Prozent aufzuweisen. Das ist auch verständlich. Ich weiß es aus meinem Bezirk, aus den Glasbetrieben, die ich besucht habe. Dort sagen die Unternehmer, wahrscheinlich mit Recht, daß sie mit Strom oder mit Öl bessere Leistungen der Öfen erzielen, die dann eine bessere und gleichmäßige Qualität der erzeugten Waren mit sich bringen. Darauf beruht die Umstellung vieler Industrien auf Öl oder auf Strom.

Der Hausbrand steht an dritter Stelle im Absatz. Er spielt nicht die allein entscheidende Rolle. Trotzdem möchte ich anführen, daß

**Pay**

man zur Stützung des Absatzes von Hausbrand mit der Möglichkeit rechnen sollte, die Einfuhr von Braunkohlen, obwohl sie prozentmäßig nicht viel ausmacht, aus Jugoslawien, aus der Tschechoslowakei und aus Ungarn herabzusetzen, weil jetzt jede Hilfe für den Bergbau, im großen gesehen, wirkungsvoll werden könnte.

Die Preisfrage ist ein besonderes Kapitel. Ich will heute nicht davon sprechen, sondern nur die Feststellung treffen, daß die österreichische Braunkohle jahrelang, ja ich möchte fast sagen, eineinhalb Jahrzehnte lang keine Preiserhöhungen aufzuweisen hatte. Erst mit diesem gleichbleibenden Preis der österreichischen Braunkohle konnten die Grundlagen dafür geschaffen werden, daß andere, die heute von der Kohle nichts mehr wissen wollen, reich geworden sind, wenn ich dieses Wort verwenden darf. Die Volkswirtschaft wurde mit dem Preis der österreichischen Braunkohle, der sich in den letzten 20 Jahren kaum geändert hat, aufgebaut.

Auf Halde und auf Lager sind im gesamten Bereich des österreichischen Braunkohlenbergbaues folgende Mengen vorhanden: Bei den Dampfkraftwerken Zeltweg, Voitsberg, St. Andrä, OKA, Hohe Wand und Simmering waren am 20. Mai 1966 1.854.510 t vorrätig. Am 15. Juni 1966, also knapp drei Wochen später, waren es bereits 1.958.176 t. Das hängt auch damit zusammen, ob die Dampfkraftwerke fahren können oder nicht. Eine große Wasserzufuhr schmälert das Verfahren bei den Dampfkraftwerken, eine geringe Wasserzufuhr bewirkt wieder das Gegenteil, das heißt einen größeren Verbrauch der Dampfkraftwerke.

Die Fernheizwerke hatten am 20. Mai eine Lagerung von rund 1.911.000 t und am 15. Juni, zum gleichen Zeitpunkt, den ich früher genannt habe, rund 2.026.000 t.

Es wird nun viel über den Energieplan gesprochen, über die Bergbauförderung und über die Maßnahmen, die diese schwierige Lage des Kohlenbergbaues erleichtern sollen.

Der Energieplan, von dem Kollegen der Österreichischen Volkspartei behauptet haben, daß er nicht zustande gekommen sei, weil wir Sozialisten es verhindert hätten, erfordert eine sehr schwierige Arbeit. Ich darf hier aus dem „Wochenspiegel der Wirtschaft“ zitieren, der sich mit diesem Thema in der Nr. 44 vom 4. November 1965 beschäftigt. In diesem „Wochenspiegel der Wirtschaft“ heißt es unter der Überschrift „Genereller Energieplan realisierbar?“: „Und in der Tat ist es schwer“ — schreibt man hier —, „sich einen umfassenden Energieplan vorzustellen, der bei den gegebenen österreichischen Verhältnissen die

Chance hätte, verwirklicht zu werden. Das Problem liegt nicht so sehr in der meritischen Ausarbeitung eines Planes ...“ Es wird dann auf die anderen Fragen der einzelnen Energieträger, auf den technischen Fortschritt, etwa auf dem Gebiet der Kernenergie, auf die internationale Preisentwicklung, auf die zukünftige Kostensituation und so weiter verwiesen. Es heißt weiter: „Die Frage ist vielmehr, wie ein solcher Plan von der Theorie in die Praxis umgesetzt werden könnte. Denn wer sollte seine Einhaltung veranlassen? Schließlich muß man sich ja darüber im klaren sein, daß jede wie immer geartete Reglementierung überall dort auf Widerstand stoßen wird, wo sie Selbstbeschränkung bedeutet und wo sie materielle Opfer fordert, die für das Einzelunternehmen betriebswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind.“

Das ist eine Stellungnahme, die sehr beachtlich ist, weil sie mit wenigen Zeilen diese schwierige Materie aufzeigt und als Beweis dafür anzusehen ist, daß es mit dem Energieplan noch einige Zeit dauern wird.

Wir haben aber außer dem Plan, daß die Energiefrage koordiniert werden muß, noch verschiedene Maßnahmen für den österreichischen Kohlenbergbau bereits gesetzlich verankert. Ich denke jetzt an das Bergbauförderungsgesetz.

Ich möchte aber auch noch betonen, daß sich die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft am 3. Juli 1965 sehr ausführlich mit diesem Problem in einem Memorandum, betreffend Hilfsmaßnahmen für den österreichischen Kohlenbergbau, befaßt und steuerliche Maßnahmen vorgeschlagen hat, die man im Handelsministerium und im Finanzministerium nicht berücksichtigt hat. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft erklärte unter anderem, daß die Diskriminierung der heimischen Kohle beendet werden muß. Sie zeigt die wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf, die die Kohlenwirtschaft belasten, etwa den Wegfall der Ausgleichsteuer von 5,25 Prozent für den Import-Hausbrand und weiters die gelegentlich der Novellierung des Außenhandelsgesetzes geplante weitgehende Reduktion der Genehmigungspflicht für Einfuhr, welche auch die Braunkohlenbriketts erfassen soll.

Es werden dann in diesem Memorandum Maßnahmen vorgeschlagen, die für die Stabilisierung des Kohlenabsatzes von Bedeutung sind.

Es wird aus der Regierungserklärung, verlautbart in der „Wiener Zeitung“ vom 24. Februar 1960, zitiert, wonach angeordnet wurde, „daß die Verwendung inländischer Kohle bei der Errichtung öffentlicher Gebäude, Dienst-

**Pay**

stellen und Anstalten Vorrang erhält. Täglich kommen den österreichischen Gruben Mitteilungen zu, daß bei der Neuerrichtung öffentlicher Gebäude und Anstalten Feuerungsanlagen für Heizöl oder ausländische Kohlensorten vorgesehen werden und die Inlandskohle unberücksichtigt bleibt.“

Ich möchte gleich ganz objektiv feststellen, daß diese Feuerungsanlagen für ausländische Kohle oder für andere Brennstoffe von allen Regierungsdienststellen verwendet worden sind, von allen, ohne Ausnahme, ob sie von der Volkspartei oder in der Zeit der Zusammenarbeit von unserer Partei geleitet wurden, von Gemeinden mit einer Mehrheit der Österreichischen Volkspartei und von Gemeinden, die von den Sozialisten verwaltet werden. Es war ein Appell, der ins Leere gegangen ist und die Lage des österreichischen Kohlenbergbaus nicht wesentlich verbessert hat.

Die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter hat sich ebenfalls ungefähr zum gleichen Zeitpunkt, als das Memorandum der Bundeshandelskammer, Sektion Industrie, herausgekommen ist, mit diesem Problem eingehend beschäftigt und auf einer großen Tagung ein Bergbauprogramm erstellt, in dem unter anderem gefordert wurde: „Finanzielle Belastungen, die die Sanierung des Kohlenbergbaues erfordern, müssen von der Allgemeinheit über das Budget getragen werden, damit die wegen besonderer bergtechnischer Schwierigkeiten des Abbaues hohen Produktionskosten, die durch die Erlöse nicht mehr gedeckt werden können, ausgeglichen werden.“

Das Bergbauförderungsgesetz wurde vor ungefähr drei Jahren in diesem Hohen Hause beschlossen. Das Gesetz bietet in den §§ 4 und 5 die Handhabe, jene Maßnahmen zu setzen, die der Förderung der wirtschaftlichen Lage des Betriebes, insbesondere der Ertragslage, der besonderen Betriebsverhältnisse und der Notwendigkeit betriebsverhaltender Investitionen sowie des Hoffnungsbergbaues dienen.

Wie großzügig war nun das Bundesministerium für Handel und Industrie, und wie großzügig war das Finanzministerium bei der Bergbauförderung? An Förderung wurde gewährt: 1963 der volle notwendige Betrag von 65 Millionen Schilling, 1964 ebenfalls 65 Millionen Schilling, 1965 war bereits die erste Kürzung um rund 11 Millionen Schilling auf 55 Millionen Schilling, und im Teilheft für 1966 über das Kapitel Handel, Industrie und Gewerbe ist der Betrag von 43,875.000 Schilling eingesetzt. Das ist keine Großzügigkeit, das ist sehr kleinlich, wenn man weiß, wie die Lage des Kohlenbergbaues wirklich ist.

Ein Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Bergbauförderung für das Jahr 1966 auf das notwendige Soll, der von mir im Finanz- und Budgetausschuß eingebracht wurde, wurde so wie alle von uns im Finanz- und Budgetausschuß eingebrachten Anträge abgelehnt, er wurde nicht einmal behandelt und diskutiert.

Heute lege ich einen Antrag der Abgeordneten Pay, Josef Schlager, Eberhard, Doktor Tull, Troll und Wielandner, betreffend Verlängerung und gleichzeitige Novellierung des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1963 zur Sicherung des Bestandes des Bergbaues, vor. Das wesentlichste in diesem Antrag ist darin zu sehen, daß eine Verlängerung der Geltungsdauer des Bergbaugesetzes, das 1967 ablaufen sollte, um fünf Jahre durchgeführt werden soll, weil in diesen fünf Jahren durch Auskohlung zweier sehr aktiver Bergbaubetriebe der gesamte übrige Bergbau wiederum Veränderungen, leider nicht zum Vorteil, sondern zum Nachteil, erfahren wird.

Weiters haben wir Ergänzungen vorschlagen, die mit der Gewährung von Stilllegungsprämien im Zusammenhang stehen. Jetzt kann man beweisen, ob es uns allen in diesem Hohen Hause mit der Hilfe für den notleidenden Bergbau ernst ist. Ich bitte so, wie ich es im Entschließungsantrag getan habe, alle hier vertretenen Parteien, diesem unserem Antrag zuzustimmen und zu ermöglichen, daß er im Hohen Hause angenommen wird.

Die Betriebsstilllegungen im österreichischen Kohlenbergbau werden nicht nur von den Bergmännern und ihren Familien äußerst hart empfunden, sie werden vor allem das Gebiet treffen, in dem solche Stilllegungen stattfinden. Es wurde in diesem Hohen Hause schon viel von den Schwierigkeiten der einzelnen Bezirke unserer Republik gesprochen, Schwierigkeiten, die dadurch auftreten, daß es keine oder zuwenig Industrien gibt, daß keine Möglichkeit vorhanden ist, daß die Menschen, die dort ansässig sind, in ihren Heimatorten auch ihrer Arbeit nachgehen. In diesem Zusammenhang müssen mehr Maßnahmen als bisher für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die besonders der Österreichische Gewerkschaftsbund sehr entschieden vertritt, getroffen werden. Es müssen vor allem Maßnahmen gesetzt werden, durch die die Gemeinden in den betroffenen Gebieten in die Lage kommen, durch Grundankäufe und durch die Erschließungen solcher Grundstücke die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Bis jetzt haben zumindest in unserem Gebiet die Gemeinden alle diese großen Ausgaben zur Gänze selbst getragen, obwohl jeder Gemeinde-

**Pay**

funktionär wissen muß, wie stark das Budget der einzelnen Gemeinden, auch der Industriegemeinden, schon an sich belastet ist.

Man munkelt davon, daß die Grube Bergla im Wieser Revier geschlossen werden soll. Diese Schließung hätte verheerende Folgen für das dortige Gebiet. Der Betrieb Bergla ist der einzige größere Betrieb im ganzen Gerichtsbezirk Eibiswald, er liegt an der Grenze unserer Republik. Wenn dieser Betrieb mit seinen 450 Menschen stillgelegt werden sollte, dann würde das bedeuten, daß in den Gemeinden dort das Leben aufhört, daß diese Gemeinden nicht mehr weiterarbeiten könnten. Es würde bedeuten, daß zu den Hunderten von Pendlern, die es dort bereits gibt, noch viele weitere kommen würden, weil keine Industrie, kein Arbeitsplatz im Wieser Revier vorhanden ist, der imstande wäre, auch nur ein Drittel der dort beschäftigten Bergarbeiter aktiv in das Wirtschaftsleben überzuführen.

Die Auskohlungen, von denen auch schon gesprochen wurde, bedeuten an sich für den Absatz des Bergbaus eine gewisse Entlastung. Mit Auskohlungen haben wir im Köflacher Revier in zwei großen Kohlengruben in sechs bis acht Jahren zu rechnen. Sie bringen genau die gleichen Schwierigkeiten für die betroffenen Gebiete wie Betriebsstilllegungen.

Meine Damen und Herren! Mit keiner Wahlpropaganda und mit keiner Demagogie wird man dem Bergbau helfen können. Während am Freitag die Ausführungen des Kollegen Schrotter aus Fohnsdorf über den Bergbau sehr sachlich waren, hat es sich Abgeordneter Neumann leicht gemacht. Er hat sich mit der Behauptung verausgabt: Der Pittermann ist schuld! Die Sozialisten sind schuld! Sie wollen zusperren! Die Verstaatlichte ist schuld! Das waren Ihre Ausführungen am Freitag, Herr Kollege Neumann! (Abg. Neumann: *Das sind Tatsachen!*) Immer müssen die Roten schuld sein, Herr Abgeordneter Neumann: Ob es damals die Zugsverspätungen waren, ob es die Verstaatlichte war, immer waren wir die Schuldigen. (Abg. Neumann: *Das sind Tatsachen in diesem Fall!*) Jetzt ist diese Zeit vorbei. Jetzt ist es umgekehrt! Jetzt werden wir feststellen, wer die Schuld hat! (Abg. Dr. Gorbach: *Jetzt regieren wir!*)

Es wurde davon gesprochen, daß Pittermann Betriebe stillegen will und stillgelegt hat. (Abg. Dr. Pittermann: *Der Mitterer hat es vorher verlangt!*) Der Abgeordnete Mitterer hat es vorher verlangt. Es liegt nun eine Anfragebeantwortung von Vizekanzler Doktor Bock vor, die am Freitag allen Mitgliedern des Hohen Hauses zugegangen ist, zur Anfrage der Abgeordneten Eberhard und Genossen, betreffend die Schließung des Lavanttaler

Kohlenbergbaues. Herr Vizekanzler Bock teilt darin mit:

„Grundsätzlich ist zu bemerken, daß die Stilllegung eines Bergbaus Angelegenheit des Unternehmens ist und — wenn die Umstände eine derartige Entscheidung erfordern — die Lavanttaler Kohlenbergbau Ges. m. b. H. den entsprechenden Beschuß fassen müßte.“ (Abg. Sekanina: *Also zuerst der Pittermann und jetzt der Vorstand!* — Abg. Neumann: *Ich habe festgestellt, daß es in der Zweiten Republik um 26 Kohlengruben weniger wurden, in der Zeit, wo die Sozialisten in der Regierung gesessen sind!* Ich bestehe auf der sachlichen Richtigstellung! — Abg. Eberhard: *Ich habe Ihnen darauf geantwortet!*)

Darf ich gleich darauf zurückkommen, um dem Herrn Neumann die Antwort zu geben. Sie haben davon gesprochen, daß von den 52 Gruben in unserem Land 26 zugesperrt werden mußten, und das in der Zeit, in der die Sozialisten die verstaatlichten Betriebe geführt haben, in der sie die Hauptverantwortung getragen haben. — Von diesen Gruben, die geschlossen werden mußten, waren acht Auskohlungen in den verstaatlichten Gruben, darunter auch der Marienschacht, den Sie gut kennen, der Josefschacht im Bergbau Zangtal, acht private Gruben, die ausgekohlt haben (Abg. Czettel: *Hört! Hört!*), also nicht von Pittermann, von Waldbrunner oder von sonst jemand geschlossen wurden. (Abg. Doktor Pittermann: *Den Unterschied versteht er nicht!*) Ja, das versteht er nicht. (Abg. Neumann: *Herr Kollege Pay, sie wurden wegen Auskohlung geschlossen!*) Im gleichen Zeitraum erfolgte die Stilllegung von drei verstaatlichten Betrieben und von sechs privaten Kohlenbergbauen.

Es wurde hier auch von England gesprochen, der Herr Abgeordnete Neumann hat von England viel erzählt. Ich will mich darüber nicht weiter auslassen, es wird einmal der Zeitpunkt kommen, wo wir über England, über Polen, über Frankreich, über Deutschland und über Belgien reden werden, über die Schließung der Kohlenbergbaue und so weiter.

Aber so geht es nicht, Herr Abgeordneter Neumann! Ob Sie hier im Hohen Haus Dankagsreden halten wie im steirischen Landtag, das ist Ihre Sache, das geht uns nichts an. Aber man muß bei der Wahrheit bleiben, und das war bei Ihnen nicht der Fall. (Abg. Neumann: *Das habe ich getan!* — Abg. Eberhard: *Demagogelt haben Sie, sonst gar nichts!*) Nein, das war nicht der Fall. Ich werde gleich davon sprechen.

Sie haben während des Wahlkampfes in einer Zeitung erklärt, der Abgeordnete Pay soll sich um die Betriebsneugründungen im

958

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Pay**

Bezirk Voitsberg kümmern. Herr Abgeordneter Neumann, nicht erst seitdem ich Abgeordneter bin, empfinde ich es als meine erste Verpflichtung, mit aller Entschiedenheit und wo immer es möglich ist, bei allen Stellen dafür einzutreten, daß aus dem Bezirk Voitsberg und aus dem Wieser Revier kein Notstandsbezirk wird. (*Abg. Neumann: Aber geschehen ist fast gar nichts!*) Ich werde sagen, was geschehen ist. Warten Sie nur, nur nicht ungeduldig werden! Niemand außer den sozialistischen Gemeinden hat sich in unserem Bezirk für Betriebsneugründungen interessiert. Es war ein Verdienst des sozialistischen Bürgermeisters Dr. Kravcar, der in monatelangen Verhandlungen in der Lage war, einen sehr gut florierenden Metallbetrieb nach Voitsberg zu bringen.

Darf ich Ihnen nun sagen, wer die Ansiedlung dieses Betriebes zu verhindern suchte? Herr Abgeordneter Neumann, falls Sie es vergessen haben: Der Österreichische Wirtschaftsbund, Bezirksgruppenleitung Voitsberg, hat an den Betriebsinhaber, der sich bei uns angesiedelt hat, am 19. November 1962 ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderen heißt:

„Wir möchten Ihnen nicht verhehlen, daß in Wirtschaftskreisen trotz weitest positiver Stellungnahmen auch negative Stimmen laut wurden, welche ein wirtschaftliches Wachstum des Bezirktes wohl begrüßen, doch mit Befreiung darauf hinweisen, daß — im Gegensatz zu anderen Bezirken in der Steiermark — im Bezirk Voitsberg seit Jahren ein starker Arbeitskräftemangel ... besteht.“

Es ist derzeit fast nicht möglich, brauchbare Hilfsarbeiter vermittelt zu erhalten. Von Fachkräften gar nicht zu sprechen. Einzelne Unternehmen glauben daher, daß sie gezwungen wären, von bereits bestehenden Betrieben Arbeitskräfte abzuziehen, wodurch der für den Bezirk erhoffte Erfolg nicht unwe sentlich verschmäler würde.“

Mit diesem Schreiben wurde der Versuch unternommen, die Ansiedlung einer großen, lukrativen Metallfirma zu verhindern. Bürgermeister Kravcar ist dann in die Bundesrepublik gefahren und hat durch seine Intervention erreicht, daß dieser Einspruch des Wirtschaftsbundes daneben gegangen ist. (*Abg. Neumann: Herr Kollege Pay, das erste Baugrundstück für die Ansiedlung eines neuen Betriebes hat das Land Steiermark unter der Führung des Landeshauptmannes Krainer zur Verfügung gestellt!* — *Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihl: Erzählen Sie keinen solchen Schmäh!*)

Darf ich Ihnen zu diesen Fragen der Betriebsgründungen noch folgendes sagen: Wir haben im Bezirk Voitsberg versucht, dieses

Problem auf einer überparteilichen Grundlage zu besprechen und zu lösen. Nach der Landtagswahl 1965 — mit Absicht nach der Landtagswahl, damit es nicht in den Landtagswahlkampf hineingezogen wird — und vor der Schlammkatastrophe, Herr Neumann, habe ich im Bezirk Voitsberg eine Enquête einberufen, an der Vertreter der Handelskammer, der Arbeiterkammer, des Gewerkschaftsbundes, der Bergdirektion und der betroffenen Bürgermeister teilgenommen haben. Sie waren entschuldigt durch eine Landtagssitzung, das istverständlich. (*Abg. Neumann: Ich war nicht eingeladen!* — *Abg. Benya: Sie sind auch nicht abgegangen!*) Sie waren eingeladen. (*Abg. Neumann: Ich war nicht eingeladen!*) Sie waren eingeladen, jawohl! Wir haben uns also mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt und viele Grundlagen erarbeitet.

Nach der Schlammkatastrophe — das möchte ich jetzt nochmals in aller Deutlichkeit wiederholen — hat die Stadtgemeinde Köflach mit einem sehr höflichen Schreiben den Herrn Landeshauptmann der Steiermark gebeten, er möge mit Mitgliedern der Landesregierung nach Köflach kommen, um dort gemeinsam mit den Vertretern der Bauernkammer, der Arbeiterkammer, des Gewerkschaftsbundes, der Bergdirektion und des Landesarbeitsamtes zu besprechen, was man für den Bezirk Voitsberg tun kann. Wir haben bis heute noch keine Antwort vom Herrn Landeshauptmann Krainer bekommen. (*Abg. Neumann: Herr Kollege Pay, Herr Landeshauptmann Krainer weiß, was man tun kann, auch ohne daß er zu Ihren Veranstaltungen kommt! Das können Sie daran erkennen, daß er sich vor 14 Tagen verpflichtet hat, zusätzlich ...*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte keine Zwischenrufe! Der Redner ist am Wort.

Abgeordneter Pay (*fortsetzend*): Wir haben bis heute ebenfalls noch keine Antwort erhalten, wir haben bis heute noch nicht die Landesregierung gesehen. Aber in einer Ihrer Zeitungen ist gestanden, es bleibe ja dem Bürgermeister der Gemeinde Köflach unbenommen, wenn der Herr Landeshauptmann durch Köflach fährt, ihm von den Sorgen der Stadt Mitteilung zu machen. Er soll sich also hinstellen und sagen: Herr Landeshauptmann, bitte bleiben Sie stehen, wir wollen jetzt gemeinsam reden! (*Abg. Peter: Grüner Wimpel!*) Das war und ist die Wahrheit, die habe ich immer, auch während des Wahlkampfes, vertreten, auch wenn es Ihnen, Herr Neumann, nicht gepaßt hat.

Sie haben damals außerdem noch dem Herrn Bundeskanzler Klaus den Dank ausgesprochen, weil er eine Million Schilling nach

**Pay**

Köflach gebracht hat. Ich habe hier im Hohen Haus der ganzen Bundesregierung gedankt, weil nicht nur Bundeskanzler Klaus dort war: Auch der Herr Minister Piffl hat uns geholfen, auch der Österreichische Gewerkschaftsbund hat uns geholfen, der Inneminister, der Arbeiterkammertag, die Bergarbeitergewerkschaft, die Freiwillige Feuerwehr Niederösterreichs, das Bundesheer, die Gendarmerie, der Milchring. Die Stadt Giengen, eine Patenstadt der Stadt Köflach, hat beinahe mehr gesammelt, als uns die steiermärkische Landesregierung für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat. Sie alle haben geholfen. (*Rufe bei der SPÖ: Hört! Hört!* — *Abg. Sekanina: Davon hat der Kollege Neumann keine Ahnung!*) Bei diesem Besuch in Köflach hat eigentlich nur einer gefehlt, das war der für den Bergbau zuständige Minister, nämlich der Herr Handelsminister. Er ist damals nicht zu uns gekommen. Er hat sich vertreten lassen. (*Vizekanzler Dr. Bock: Das ist ja nicht wahr!*) Sie sind später gekommen, bei der Verleihung der Grubenehrenzeichen, da war das aber schon lange vorüber. Herr Vizekanzler.

Wir haben in unserer Zeitung der Landjugend gedankt, weil sie auch einen Tag mitgeholfen hat. Der Herr Abgeordnete Neumann hat auch mitgeholfen. Wir haben das objektivweise in der „Neuen Zeit“ geschrieben. Aber die „Tagespost“, die immer darüber berichtet hat, hat großzügig verschwiegen, daß ich, der rote Abgeordnete Pay, von früh bis Mitternacht zwei Wochen hindurch mitten unter meinen Wählern gestanden und einer Verpflichtung nachgekommen bin, die ich als Abgeordneter empfinde: mitzuhelpfen, das Leid zu lindern. Ob ich nun in der „Tagespost“ stehe oder nicht, das ist mir ganz egal. Ich war sehr stolz darauf, daß mich die Bergarbeiter des Karlschachtes bei der Barbara-Feier 1965 eingeladen haben, den Ehrenledersprung zu machen. Das ist für mich eine viel größere Auszeichnung, eine viel größere Anerkennung gewesen als die Erwähnung in der „Tagespost“. (*Beifall bei der SPÖ.*) Man darf eben nicht schreiben, daß ein roter Abgeordneter mitten im Volk ist und solche Leistungen erbringt. Das ist verboten, das kann man doch nicht machen.

Damit möchte ich, zusammenfassend und wieder abgehend von dieser Polemik, folgendes sagen: Es soll ein Rahmen gesteckt werden, der dem österreichischen Bergbau ... (*Abg. Steiner: Polemik stimmt! Sehr richtig!* — *Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Fachleutner: Selbsterkenntnis ist der erste Weg zur Besserung!* — *Ruf bei der ÖVP: Galerierede!* — *Abg. Rosa Jochmann: Er tut euch weh, weil er die*

*Wahrheit sagt!*) Ich habe immer das Gefühl, Sie haben etwas dagegen, wenn auf der Galerie österreichische Bergarbeiter zuhören, weil um ihre Probleme diskutiert wird. (*Abg. Steiner: Sie haben ja selbst Ihre Rede als Polemik bezeichnet!*) Wenn Schüler und Studenten herkommen können, dann können auch Bergarbeiter herkommen. Die Bergarbeiter werden sich alle Maßnahmen überlegen. Wenn sie jetzt noch im Haus als Zuhörer sitzen, so zeigt das ihre Verantwortung, ihre Disziplin. Sie können aber auch vor das Haus hinausgehen, so wie es die Ärzte und die Studenten getan haben. Ich glaube also, man soll nichts dagegen haben, wenn Bergarbeiter einer Debatte des Nationalrates zuhören. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Dr. Withalm: Im Gegenteil, jeder ist willkommen im Haus!*)

Darf ich abschließend folgendes sagen: Es soll ein Rahmen gesteckt werden, der dem österreichischen Bergbau die Zukunft sichert und eine weitere Rationalisierung ermöglicht, der den Bergmännern und ihren Familien das Gefühl der Sicherheit gibt, daß ihre Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die Sorge muß gebannt werden, daß die Tage des Kohlenbergbaues gezählt sind. Die Notwendigkeit einer Energiereserve auch vom Standpunkt der Landesverteidigung ist erwiesen. Die Bedeutung der eigenen Kohle für die Wirtschaft hat wohl der Winter 1962/63 am besten gezeigt. Hätten wir damals den Plan des Ministers Dr. Bock bereits ausgeführt — es war ja nicht bloß ein Gerücht, wie der Herr Neumann gesagt hat, daß der Plan besteht, die Kohlenförderung auf 3,5 Millionen Tonnen zu senken, das war tatsächlich eine Forderung des Handelsministeriums an die Obmänner der Bergarbeiter, an die Gewerkschaft —, hätten wir das so streng durchgeführt, wie es verlangt worden war, so hätte es 1962/63 eine Katastrophe auf dem Energiesektor gegeben. Wir mußten in diesem harten Winter zusätzlich Strom einführen statt Strom auszuführen, wie wir es vorher getan haben.

Daher müssen alle unsere Bemühungen gemeinsam unternommen werden — das ist meiner Meinung nach eine gemeinsame Aufgabe des Hohen Hauses —, damit dem österreichischen Kohlenbergbau geholfen werden kann. Eine solche Hilfe für den Kohlenbergbau ist die Novellierung und Verlängerung des Bergbauförderungsgesetzes, um das ich bitten möchte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldburner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Robert Graf das Wort.

**Abgeordneter Robert Graf (ÖVP):** Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich im Rahmen der Gruppe Handel zum Fremden-

**Robert Graf**

verkehr einiges sage. Bevor ich das aber mache, kann ich mir zwei Bemerkungen nicht verkneifen. Ich bitte um Nachsicht, daß ich das doch mache, obwohl ich ein parlamentarischer Neuling bin. (*Abg. Rosa Jochmann: Das macht nichts!*) Gnädige Frau, ich danke für die Nachsicht.

Herr Minister außer Dienst Dr. Kreisky hat die österreichische Außenpolitik als Operettenpolitik bezeichnet. (*Abg. Benya: Nein, er hat gesagt, es ist keine Operettenpolitik!*) Ich darf dennoch feststellen, daß diese von ihm herabgesetzte Außenpolitik (*Abg. Weikhart: Da haben Sie ganz falsch gehört!* — *Abg. Czettel: Das stimmt nicht! Das hat er nicht gesagt!*) dem österreichischen Volk den Staatsvertrag gebracht hat, Herr Abgeordneter Czettel, und das ist immerhin eine Leistung, die Sie nicht hinwegdiskutieren können. (*Abg. Benya: Verdrehen Sie die Worte des Abgeordneten Kreisky nicht!* — *Abg. Weikhart: Sie sagen ja etwas Unrichtiges!*) Onein, ich sage nichts Unrichtiges! Es muß auch ein Außenminister wissen... (*Abg. Weikhart: Dann haben Sie schlechte Ohren!*) Nein, sorgen Sie sich bitte um meine Ohren nicht, Herr Abgeordneter, das ist meine Privatsache. (*Abg. Weikhart: Dann sagen Sie nicht solche Dinge! Behalten Sie das als Privatsache!*)

Ich möchte des weiteren glauben, daß die Außenhandelspolitik der Österreichischen Volkspartei nach österreichischen Gesichtspunkten zu machen ist und nicht nach irgendwelchen Wunschträumen fernliegenden sozialistischen Wunschdenkens. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich wollte diese Feststellungen hier machen, weil ich glaube, daß auch ein ehemaliger Außenminister die Leistungen seiner Vorgänger nicht negieren und nicht nullisieren sollte. (*Abg. Weikhart: Er war ja damals Staatssekretär!* — *Abg. Rosa Jochmann: Er ist ja daran beteiligt!*) Ich weiß nicht, ob er daran beteiligt war, denn am Staatsvertrag waren in erster Linie Julius Raab und Leopold Figl beteiligt, Frau Abgeordnete! (*Abg. Benya: Und Adolf Schärf und Bruno Kreisky! Das wissen Sie nicht!* — *Abg. Weikhart: Sie wissen ja, daß die beiden in Moskau waren!*) Es scheint Ihnen dies sehr unangenehm zu sein. (*Abg. Benya: Wenn Sie unwissend sind und Falsches sagen, wollen wir Sie erinnern!*) Herr Präsident Benya! Ich darf Ihnen etwas sagen: Wenn Ihre Partei für sich in Anspruch nimmt, hier Dinge zu sagen, wie es Ihnen paßt, dann werde ich mich von Ihren Protesten nicht abhalten lassen, hier Feststellungen zu treffen, die den Tatsachen entsprechen. Nehmen Sie das freundlichst zur Kenntnis. (*Beifall bei der*

*ÖVP.* — *Abg. Benya: Wir werden Ihnen das Richtigste sagen!* — *Abg. Weikhart: Wir werden nicht protestieren, wenn Sie etwas Richtiges sagen!*) Und ob Sie sich um meine Ohren kümmern oder nicht, ist mir vollkommen egal.

Meine Damen und Herren! Darf ich mich nun der Diskussion über den Fremdenverkehr zuwenden. Wenn Sie erlauben, möchte ich eingangs einige Feststellungen treffen, die getragen sind von der Sorge um die Entwicklung in diesem Wirtschaftszweig. Wenn Sie mir erlauben, möchte ich die eingangs zu machenden Feststellungen gerne verlesen, da man von mir nicht verlangen kann, daß ich die Ziffern auswendig weiß. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Die österreichische Fremdenverkehrswerbung ist in diesem Budget mit nur 27 Millionen Schilling dotiert, dazu kommen noch... (*Zwischenruf der Abg. Rosa Weber.*) Warum darf ich denn das nicht lesen, Frau Abgeordnete? Sie können doch von mir nicht verlangen, daß ich Ziffern auswendig lerne! Ich werde Ihnen den Beweis nicht schuldig bleiben, daß ich auch frei reden kann. (*Abg. Rosa Weber: Regen Sie sich nicht auf und reden Sie weiter! Diese geistreichen Ausführungen!* — *Abg. Sekanina: Es ist schwierig, wenn man das erste Mal beim Rednerpult steht!*) Ich rege mich ja nie auf, gnädige Frau.

Dazu kommen noch zirka 12 Millionen seitens des Handelsministeriums. Das ergibt also zirka 39 Millionen. Mit dieser Summe sollen alle Maßnahmen der Werbung bestritten werden. Dies ist deshalb als unbefriedigend zu bezeichnen, weil andere Länder, die einen Fremdenverkehr in ähnlicher Größenordnung wie Österreich aufweisen, wesentlich mehr für diese Sache aufwenden. Italien hat für die Fremdenverkehrswerbung zum Beispiel unlängst 25 Milliarden Lire genehmigt. Deutschland hat seinen Etat für die Fremdenverkehrswerbung von 7,5 auf 9 Milliarden D-Mark erhöht, die Schweiz von 68 Millionen auf 71 Millionen Schweizer Franken. In Prozenten ausgedrückt, verwendet Österreich hiefür 0,25 Prozent des Deviseneinganges aus dem Fremdenverkehr, die Schweiz und Frankreich verwenden wenigstens 0,52 Prozent.

Darf ich nur einiges zur Einnahmeseite sagen. Der Gesamtexporterlös an Devisen betrug im Jahre 1955 18 Milliarden Schilling, das bedeutet einen Devisenerlös von 11,72 Prozent. Im Jahre 1965 belief er sich auf 41 Milliarden Schilling oder 84 Prozent. Das bedeutet einen Erlöszuwachs von 129 Prozent.

Zum Handelsbilanzpassivum wurde gesprochen. Ich darf dazu aber sagen: Im Jahre 1955 wurden durch den Fremdenverkehr 4,5 Milliarden Schilling oder 33 Prozent abgedeckt, im Jahre 1965 13 Milliarden Schilling

**Robert Graf**

oder 84 Prozent. Das Verhältnis der Deviseneinnahmen aus dem Ausländerfremdenverkehr zu den Währungsreserven der Nationalbank betrug im Jahre 1964 in Österreich 41 Prozent, in Italien 28 Prozent, in der Schweiz 16 Prozent.

Diese paar Zahlen, meine Damen und Herren, mögen beweisen, daß der Fremdenverkehr in Österreich einen Status erreicht hat, der uns an die Spitze der Fremdenverkehrsländer stellt. Ich darf sagen, daß, allein um diesen Status zu erhalten, auf dem Sektor Investitionen von 1966 bis 1969 ein Kreditbedarf von 3,15 Milliarden Schilling anfällt. Es ist dies nicht das alleinige Bedürfnis des Fremdenverkehrs, sondern nur ein Bestandteil desselben. Wenn wir also diese Stellung einnehmen und behalten wollen, werden eine Reihe von Maßnahmen notwendig sein, die hier gesetzt werden müssen.

Der internationale Tourismus ist in den letzten Jahren um rund 12 Prozent per anno gestiegen. Europas Anteil betrug 1965 84,4 Millionen Einreisen, das sind 74,2 Prozent des Welttourismus. Die Einnahmen daraus beliefen sich im Jahre 1965 auf 7,3 Milliarden amerikanischer Dollar, das sind 64,4 Prozent der Gesamteinnahmen. Das beweist, daß der Fremdenverkehr an die Spitze des Weltmarkts getreten ist.

Meine Damen und Herren! Aus diesem kurzen Zahlenlaborat war zu beweisen, daß der Fremdenverkehr von einer Bedeutung für Österreichs Volkswirtschaft geworden ist, die man nicht hoch genug einschätzen kann.

Ich habe mich eingangs bemüht, die Sache von der kommerziellen Schau zu beleuchten. Ich glaube, daß der Fremdenverkehr ein Zweig der Volkswirtschaft geworden ist, der die Aufmerksamkeit aller hier im Hohen Haus vertretenen Parteien rechtfertigt. Es wird eine Fülle von budgetären und legislativen Maßnahmen in der Zukunft notwendig sein, die der Unterstützung aller Parteien bedürfen, denn es wird dem Fremdenverkehr, à la longue gesehen, nicht gedient sein, wenn man lediglich feststellt, wie hoch die Deviseneingänge sind und wenn man lobend hier und da erwähnt, was der Fremdenverkehr im Rahmen der Wirtschaft leistet.

Ich darf daher von dieser Stelle aus einen ganzen Katalog von Wünschen und Maßnahmen anmelden, die, wie ich weiß, einer Zeit zur Erfüllung bedürfen, aber die Durchsetzung dieser Maßnahmen bildet erst die Gewähr dafür, daß der Fremdenverkehr in Österreich diese Position, die er nun Gott sei Dank einnimmt, weiter behalten kann.

Es wird unbedingt notwendig sein, dem Handelsministerium für die Fremdenverkehrs-werbung eine verstärkte Geldzuweisung im

kommenden Budget zukommen zu lassen, ich glaube auch, eine verstärkte Koordinierung der Werbemaßnahmen des österreichischen Fremdenverkehrs über das Handelsministerium als unerlässlich ansehen zu müssen. Der geldliche Idealzustand im Rahmen dieser Werbung wird dann gefunden sein, wenn man 1 Prozent der Summe der Deviseneinnahmen wieder revolvierend der Werbung zuführt. Weiters wird eine Reihe von Maßnahmen in den kommenden Jahren notwendig sein. Ich erlaube mir, auch diese hier aufzuzählen, ohne in der Aufstellung eine Reihung vornehmen zu wollen: die Novellierung des Meldegesetzes 1954, die Staffelung der Schulferien an österreichischen Schulen, die Neuregelung der Ausländerbeschäftigung, eine Erleichterung der Überstunden und die Umsatzsteuerreform, den Küchenpauschalsatz betreffend. (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.*) Herr Abgeordneter, Sie haben genau gewußt, daß dieser Antrag im Rahmen des jetzigen Budgets nicht durchzuführen ist. Es werden gemeinsame Maßnahmen notwendig sein. Ihr Kollege hat heute angekündigt, daß Sie in Hinkunft dazu bereit sind.

Man kann Budgetsituationen nicht aus Augenblickserfolgen heraus schildern. (*Abg. Dr. van Tongel: Das bezieht sich nicht auf das gegenwärtige Budget!*) Ganz genau, der Antrag hat sich auf das gegenwärtige Budget bezogen. Es war Ihnen doch selbstverständlich klar, daß hier diese Möglichkeiten nicht geschaffen sind. (*Abg. Zeillinger: Erkundigen Sie sich erst bei Ihrem Kollegen!*) Die Möglichkeit Ihrer Mitarbeit im Rahmen des Fremdenverkehrs ist ja nicht ausgeschlossen, meine Herren! (*Abg. Zeillinger: Wenden Sie sich zuerst an Ihre Herren Kollegen! Ihre Partei hat auch oft Forderungen aufgestellt!*) Herr Abgeordneter Zeillinger, selbst wenn ich nicht im Ausschuß war, gibt es Möglichkeiten der Information. Ich habe mich erkundigt, und ich weiß, was im Ausschuß los war. Ich darf fortsetzen: die Pauschalierung von kleinen Betrieben ... (*Abg. Peter: Sie haben hier Forderungen an das laufende Budget gestellt! Warum dürfen wir das nicht?*)

Herr Abgeordneter Peter, darf ich etwas sagen: Ich habe Ihren Ausführungen in der vorigen Woche entnommen, daß Sie während des Krieges bei einer Panzereinheit gedient haben. Ich weiß, daß man sich dort nur brüllend verständigen kann. Aber das ist schon sehr lange her. Ich würde Sie bitten, nicht so zu brüllen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Peter: Haben Sie schon stumme Zwischenrufe in diesem Hause erlebt?*) Einen stummen Zwischenruf nicht, aber ich glaube, es gibt eine Differenzierung, ob man wie am Spieß brüllt oder das in mitteleuropäischer

962

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Robert Graf**

Konvention dartut. (*Abg. Peter: Ist das Ihre sachliche Antwort auf meinen Zwischenruf? Gehen Sie auf die sachlichen Argumente ein!*) Nein, es ist eine Feststellung über die Art Ihres Zwischenrufes. (*Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.*) Ich bin nicht beim Kameradschaftsbund. (*Andauernde Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich bitte nochmals, zu glauben, daß ich nicht schwerhörig bin, obwohl man an meine Ohren schon einmal appelliert hat, aber ich verstehe Sie auch so tadellos. (*Abg. Peter: Ihre Ohren werden es aushalten!*) Sicher. Aber ich bin nicht gewohnt, daß man brüllt. Sie sprechen von der Aufwertung des Parlaments, Herr Abgeordneter. Glauben Sie, daß Sie mit Gebrüll das Parlament aufwerten? Ich wage es zu bezweifeln. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Haben Sie vor, durch Schweigen das Parlament aufzuwerten?*) Durch Brüllen bestimmt nicht.

Ich darf fortfahren: die Regelung der Privatzimmervermietung und schließlich das Berufsausbildungsgesetz, fußend auf dem Übereinkommen der Sozialpartner vom 16. 12. 1965.

Meine Damen und Herren! Die Lösung dieser Probleme braucht Zeit. Es ist die Pflicht der Vertreter des Fremdenverkehrs, Sie alle im Hohen Haus von der Problematik des Fremdenverkehrs in Kenntnis zu setzen.

Ich darf noch etwas sagen: Halten Sie das, was ich hier vorgetragen habe, nicht für den Wunschzettel einiger megaloman gewordener Gastwirte und Hoteliers, sondern das ist ein Anliegen eines Zweiges der österreichischen Volkswirtschaft, der Ihre Aufmerksamkeit verdient und in Anspruch nimmt. Schließlich und endlich ist der Fremdenverkehr in Österreich keine Privatsache einiger weniger, sondern er betrifft alle Gruppen in diesem Staat.

Ich darf für die Unternehmer dieses Fremdenverkehrs ein Wort sagen in der Blickrichtung auf arbeitende Menschen, wobei ich noch nicht dahintergekommen bin, welche Kriterien dafür maßgeblich sind, ob man in die Kategorie „arbeitender Mensch“ eingestuft wird. Ich hatte den Eindruck, daß man seitens der Sozialistischen Partei in Umwandlung eines Lueger-Spruches erklärt: Wer ein Arbeitnehmer ist, bestimmt die SPÖ. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich darf dazu etwas für die Unternehmer sagen: Wenn wir uns heute einer geregelten Freizeit erfreuen (*Zwischenruf der Abg. Doktor Hertha Firnberg*), Frau Doktor, und einer geregelten Urlaubszeit, so ist das absolut erfreulich. Aber Dienstleistungsbetriebe, in erster Linie Fremdenverkehrsbetriebe, sind von dieser Segnung der sozialen Errungenschaften absolut ausgeschlossen. Denn für Unternehmer und deren Frauen in dieser

Berufskategorie ist die 45 Stunden-Woche eine nicht erreichbare Schimäre. Darf ich das hier eindeutig feststellen. Wenn sich schon eine Frau entschließt, ihr Leben hinter einem Gasthausherz zu verbringen — ich lade Sie ein, zu überprüfen, wie schön das ist —, sollte man wenigstens — und hier will ich die Regelung der Umsatzsteuer so verstanden wissen — dafür Sorge tragen, daß diese Leute wenigstens das gleiche lukrieren können wie ihre Kolleginnen in der Schweiz und in Italien.

Es wird vielfach behauptet, man könnte diese Verpflegungsmisere, die „Flucht aus der Küche“, dadurch reparieren, daß man einfach neue Konzessionen erteilt und ähnliches mehr. Das würde sicher nicht zum Ziel führen, weil das Lukrieren aus dem Küchenumsatz dadurch absolut nicht gegeben ist. Man müßte hier Vorsorge treffen. Daher auch unser Wunsch nach Reduktion der Umsatzsteuer der Küche auf 1,7 Prozent, damit man diesen enormen körperlichen und finanziellen Einsatz auch in eine brauchbare steuerliche Relation setzen kann.

Hohes Haus! Ich bin fernab davon, diese von mir aufgezählten Dinge als das A und O des Fremdenverkehrs anzusehen. Ich weiß, daß sich der Fremdenverkehr nicht erschöpft in der Konsumation von Tafelspitz, Backhühnern und Schlagobers. Es gibt andere Werte, selbst wenn uns David Brinkley in seiner Sendung so gezeichnet hat. Millionen Amerikaner sahen diese Sendung und sind aufgebrochen, um dieses Phäakenland zu sehen, wo man sich in einer ewigen Dulliäh-Stimmung angeblich im Rahmen einer dauernen „Gemutlichkeit“ bemüht, Speise und Trank zu sich zu nehmen und ansonst ein Volk der Tänzer und Sänger zu sein. Sie kamen aber wenigstens, und wir haben die Möglichkeit gehabt, ihnen zu zeigen, wie wir wirklich sind, und sie fuhren mit neuen und echten Eindrücken wieder von uns weg. Wir konnten ihnen zeigen, daß wir arbeiten können und daß wir in der Liebe zu unserer Heimat auch zu Leistungen bereit sind.

Aber eine andere Sendung, die ich im Rahmen des Fremdenverkehrs nur streifen möchte — es ist heute hier nicht meine Aufgabe, sie zu prüfen oder sie zu untersuchen —, dürfte andere Auswirkungen für Österreich und für den Fremdenverkehr haben, es ist das die unlängst in Amerika ausgestrahlte Sendung „An American Affair“. (*Abg. Benya: An Austrian Affair!*) An Austrian Affair! Muten Sie mir auch zu, daß ich mich einmal versprechen kann. Sie tun es ja auch. Ich danke höflichst für die Korrektur.

**Robert Graf**

Ich möchte dazu etwas sagen: Wenn es schon Leute gibt, die viel vom Mutterland der Demokratie England reden, so haben diese österreichischen Berater, die geholfen haben, diesen Film zu machen, vergessen, daß im Mutterland der Demokratie auch eines gilt: der Respekt vor seiner eigenen Heimat. Wenn die Herren, die hier mitgearbeitet haben, schon nicht das „Right or wrong, my country“ gelten lassen wollen, könnte man wenigstens annehmen, daß sie uns aus Patriotismus heraus nicht so zeichnen, wie wir gar nicht sind. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn dieser Film hat eine österreichische Bevölkerung verzerrt gezeichnet in einer Mischung von 1934 und 1938 mit unterschwelligen Hintergedanken. Dieser Film hat die studierende Jugend Österreichs und alle, die jemals die Bank einer Hochschule gedrückt haben, schwerstens diffamiert. Die Studenten, die man dort nach dem Muster Alt-Heidelberg gezeigt hat, die gröhnten und mit Schmissen ausgestattet sind, machen nicht die Studentenschaft Österreichs aus. Es sind andere Gruppen, die die Studenten Österreichs repräsentieren. Ich wage zu bezweifeln, ob man dem österreichischen Staat und dem Fremdenverkehr damit einen besonderen Dienst geleistet hat. Sicher ist aber, daß der internationale Tourismus, an dem wir sehr beteiligt sind, darunter sehr gelitten hat. Ich glaube sagen zu können — das ist es, was letztlich den Fremdenverkehr zu dem macht, was er ist —: Der internationale Fremdenverkehr hilft Meinungsverschiedenheiten, nationalen Egoismus, Vorurteile und ähnliches mehr beseitigen. Wenn auch einige Österreicher das nicht glauben, Österreich ist für die Welt ein Kulturland höchster Bedeutung, und die kulturellen und geistigen Stätten unseres Lebens in Österreich sind nicht umsonst zu Wallfahrtsplätzen des internationalen Tourismus geworden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Von der Staatsoper zu den Salzburger Festspielen, von Bregenz bis zum Geburtshaus Franz Liszts spannt sich der Bogen österreichischen Geisteslebens und der österreichischen Kunst. Ist nicht Wien die Metropole für Millionen von Menschen hüben und drüben, heute noch Mittelpunkt abendländischer Kultur? Das alles eingebettet in eine gottbegnadete Landschaft ergibt den nicht meßbaren großen Begriff Österreich. Das dem Fremden zu vermitteln und ihm nahezubringen, ist die große Aufgabe des österreichischen Fremdenverkehrs, fernab von pekuniären Vorteilen. Ich würde Sie, ausgehend von dieser Feststellung, ersuchen, den Fremdenverkehr als gesamtösterreichische Sache zu betrachten und nicht als Privatsache einiger Leute, die in Österreich gerade damit zu tun haben,

weil ich glaube, daß allein diese Feststellungen, die keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben, beweisen, daß der Fremdenverkehr eine Bedeutung gewonnen hat, die ihn weit über die Zweige der Wirtschaft im allgemeinen hinausheben.

Hohes Haus! Lassen Sie mich mit einer Feststellung schließen, von der ich Sie bitten möchte, daß sie Allgemeingut werden möge im Interesse der gesamten Wirtschaft: Der Fremdenverkehr Österreichs ist ein nationales Anliegen von internationaler Bedeutung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Josef Schlager. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Josef Schlager (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte meine ersten Ausführungen in diesem Hohen Hause nicht dazu benützen, um persönliche Angriffe zu starten, ich möchte sie auch nicht dazu benützen, um zu sagen, daß nur eine Partei das bisher Erreichte geschaffen hat. Ich glaube, darüber herrscht wohl Einhelligkeit, daß die vergangenen 20 Jahre beide Parteien gemeistert haben und daß die erreichten Erfolge, die sicherlich überall unbestritten sind, in den letzten 20 Jahren durch die gemeinsame Regierung erreicht wurden. Ich bin auch nicht dazu da, einen Radikalismus hereinzu tragen. Ich habe bei den Ausführungen meines Vorredners, des Abgeordneten Graf, doch das Gefühl gehabt, daß hier die jüngere Garde der Österreichischen Volkspartei spricht, die draußen in den Wahlkampf so oft eine radikale Note hineingetragen hat, die ich sehr, sehr bedauert habe. Wir alle müßten doch dazu beitragen, daß dem Gedanken der echten Demokratie in unserem Lande Rechnung getragen wird und daß man alle politischen Meinungen, die geäußert werden, achtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich aus einer tiefen Sorge heraus zum Problem der Bergbauförderung zum Wort gemeldet. Kollege Pay hat in seinen Ausführungen über die Novellierung und Verlängerung des Bergbauförderungsgesetzes für die gesamtösterreichische Situation gesprochen. Er hat aber auch gleichzeitig sehr eindringlich den Nachweis erbracht, daß die Bergbauförderung notwendig ist und daß vor allen Dingen die Erhöhung der Mittel dieser Bergbauförderung sehr notwendig ist.

Als obersteirischem Abgeordneten gestatten Sie mir, daß ich Sie auf den Raum Aichfeld aufmerksam mache, wo in Fohnsdorf einer der größten Braunkohlenbergbaubetriebe vorhanden ist.

964

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Josef Schlager**

Die Situation ist folgende: Unter dem Aichfeld bei Fohnsdorf ist ein mächtiges Glanzkohlenflöz abgelagert. Sichere abbauwürdige Reserven, die bereits bis jetzt bis zur zwölften Sohle in zirka 1200 m Tiefe aufgefahren sind, betragen rund 12 Millionen Tonnen. Unter der zwölften Sohle sind weitere Braunkohlenreserven vorhanden. Die Geologen schätzen, daß es ungefähr 7 Millionen Tonnen sein werden, sodaß im Raum des Fohnsdorfer Gebietes Braunkohlenreserven von 19 Millionen Tonnen vorhanden sind. Nach dem derzeitigen Stand besitzt der Bergbau Fohnsdorf abbauwürdige Kohle für mindestens 20 Jahre.

Ich darf auch etwas über den Kalorienwert sagen. Der Kalorienwert der Industriekohle im Bergbau Fohnsdorf liegt bei 4500 Kalorien, während der Kalorienwert der Hausbrandkohle sogar bis zu 5600 Kalorien beträgt. Wenn man den Durchschnitt des Kalorienwertes der österreichischen Braunkohle zieht, kann man ohne weiteres die Feststellung machen, daß es sich in Fohnsdorf um eine sehr hochwertige Braunkohle handelt.

Sie müssen bei diesen Verhältnissen verstehen: Als im Jahre 1962 der Vorstand der Alpine, aber auch ein Expertenkomitee die Schließung des Bergbaues Fohnsdorf beantragt hat, war das ein Schock nicht nur für die rund 2000 beschäftigten Bergleute, sondern auch ein Schock für den ganzen Ort Fohnsdorf mit seinen 12.000 Einwohnern und darüber hinaus für das ganze Aichfeld. Diese Maßnahme hat vor allem deshalb niemand verstehen können, weil vorher alle Bemühungen dahin gegangen sind, das kalorische Kraftwerk in Zeltweg zu bauen. Man hat es vor allen Dingen wegen Fohnsdorf gebaut. Dafür wurden rund 650 Millionen Schilling aufgewendet. Das kalorische Kraftwerk hat mit der Alpine Montangesellschaft einen Lieferungsvertrag auf 25 Jahre abgeschlossen.

Wenn man diese Tatsachen bedenkt, wird man auch begreifen, daß die Bevölkerung des ganzen Aichfeldes eine Schließung des Bergbaues Fohnsdorf nicht verstanden hätte. Die ganze Belegschaft und auch die Wirtschaftstreibenden haben sich damals diesen Absichten ganz energisch entgegengesetzt. Bei der Bundesregierung sind Delegationen erschienen. Es ist erfreulich, sagen zu können, daß sich vor allen Dingen die Sektion IV unter der Leitung des damaligen Vizekanzlers Dr. Pittermann bemüht hat, in der gemeinsamen Regierung einen Beschuß für die Aufrechterhaltung des Betriebes zu fassen. Daß dieser gemeinsame Beschuß auch gefaßt worden ist, beweist eine Abschrift aus dem Bundeskanzleramt.

Betrachtet man die Entwicklung des tiefsten Braunkohlenbergbaues Europas — ich glaube

sogar, der ganzen Welt — und eines der ältesten Bergbaue, versteht man, daß das ganze Aichfeld mit seinen 50.000 Einwohnern, bestehend aus Industriebevölkerung und Landbevölkerung, sehr Anteil genommen hat, weil doch der Bergmannstand genauso wie der Bauernstand einer der ältesten Berufsstände überhaupt ist und beide mit vielen, vielen Problemen und mit großen Sorgen immer wieder konfrontiert wurden.

Ich darf zu Fohnsdorf selbst etwas sagen. Der Ort zählt 12.000 Einwohner, und 43 Prozent der Berufstätigen sind im Bergbau Fohnsdorf beschäftigt. Diese Bergleute von Fohnsdorf erhalten im Durchschnitt 1,59 Personen, sodaß 55 Prozent der Fohnsdorfer Bevölkerung, also rund 6600 Personen, direkt vom Bergbau abhängig sind.

Gibt man einen Überblick über die indirekte Abhängigkeit der Bevölkerung von Fohnsdorf vom Bergbau, so kann man feststellen, daß diese noch weit größer ist. Der überwiegende Teil der Beschäftigten im Handel, in den freien Berufen, in der Bekleidungs- und Nahrungsmittelbranche, im Gast-, Hotel- und Schankgewerbe bezieht auch sein Einkommen zum Großteil aus den Einkommen der Bergleute, denn in Fohnsdorf sind rund 250 Betriebe vorhanden. Man kann also ruhig sagen, daß ganz Fohnsdorf mit seinen 12.000 Einwohnern eine Familie der Bergarbeiter ist.

Selbstverständlich haben gerade jetzt die Nachrichten von der Schließung des Braunkohlenbergbaus in Tauchen auch in Fohnsdorf wieder große Unruhe bereitet. Sie haben vor allem deshalb Unruhe bereitet, weil man im gleichen Atemzug auch von der möglichen Schließung des Bergbaues in St. Stefan in Kärnten, aber auch wieder von Fohnsdorf gesprochen hat.

Man muß doch anerkennend feststellen, daß gerade seit den stürmischen Tagen in Fohnsdorf die ganze Belegschaft und die Betriebsführung sich bemüht haben, die Gestaltungskosten zu senken. Sie haben rationalisiert, wo immer es möglich war. Es war, betriebswirtschaftlich gesehen, auch ein erfreuliches Ergebnis, das man nach der Verminderung des Belegschaftsstandes um 150 Personen die gleiche Förderung wie vorher erzielt hat. Man ist noch einen Schritt weitergegangen und hat sich bemüht, gerade in den tiefen Bauen zu elektrifizieren und auch den Abbau gerade dieses wichtigen Stollens wirtschaftlicher zu gestalten. Wenn dabei das Defizit nicht kleiner, sondern trotzdem größer wurde, dann wissen Sie ja selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das auf der einen Seite bei den eingefrorenen Kohlenpreisen und auf der anderen Seite bei allen anderen Kosten

**Josef Schlager**

liegt, die sich eben im Laufe der Zeit erhöht haben.

Wenn die Presse von beabsichtigten Betriebs-schließungen schreibt, wenn geschrieben wird, der österreichische Steuerzahler könne für den Abgang der Grube nichts leisten, oder es wäre unbegründet, so sagt sich der Bergmann mit Recht — wie heute schon von meinem Kollegen Pay gesagt wurde —, daß am Aufbau der österreichischen Wirtschaft doch gerade der Bergmann ein großes Verdienst hat. Und er fragt sich mit Recht, ob der Staat nicht die Verpflichtung hat, jetzt, wo er in einer bestimmten Not ist, dem Bergmann in dieser Zeit zur Seite zu stehen. Selbstverständlich, möchte ich sagen. Man hat das in Zeltweg gesehen: Als der schwere Winter kam, mußte das Zeltweger Werk anlaufen, und schlagartig gab es zu diesem Zeitpunkt keine Kohlenkrise mehr.

Wenn man jetzt davon spricht, daß die Förderungsmenge wieder auf 4 Millionen Tonnen gesenkt werden soll, so fragt man sich, wo diese Betriebseinschränkungen gemacht werden sollen. Vor allen Dingen fragt sich der Bergmann in Fohnsdorf: Kann man es verantworten, bei so ungeheuer großen Energie-reserven — wie ich sie vorher genannt habe — an eine Schließung dieses Betriebes zu denken?

Wir leben in einer sehr unruhigen Zeit. Wir leben in einer Zeit, in der Heizöl in großen Mengen über unsere Grenzen gebracht wird. Aber es muß nicht immer so bleiben. Wir haben seinerzeit die Suez-Krise gehabt. Es gibt im Orient immer kriegerische Entwicklungen und Auseinandersetzungen, und wenn einmal das Heizöl oder das Öl zur Versorgung von kalorischen Werken ausbleiben würde, so könnte Fohnsdorf, wenn es einmal geschlossen ist, nicht mehr aufgemacht werden.

Gerade wenn ich von der Bergbauförderung spreche: Der Bergbau Tauchen hat doch gezeigt, daß man durch ein rasches Abdrehen der Bergbaumittel die Betriebsführung zwingt, den Bergbau stillzulegen. In diesem Falle waren keine Ersatzarbeitsplätze vorhanden. Wenn man den Raum Aichfeld betrachtet, dann muß man feststellen, daß, obwohl es ein großes Industriegebiet ist — Zeltweg, Knittelfeld, Judenburg —, diese Werke, wie mir berichtet wurde, keinerlei Möglichkeit hätten, Bergleute von Fohnsdorf aufzunehmen.

Wenn man von Plänen, wenn man von Absichten auf lange Zeit spricht, dann muß man sich auch klar darüber sein, daß rechtzeitig entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sein müssen.

Gerade die Förderung der Buntmetallbergbau hat seinerzeit genau bewiesen, wie wichtig die Bergbauförderung überhaupt ist. Als die

Preise auf dem Weltmarkt bei den Bunt-metallen zurückgegangen sind, hat man sich bei den Betriebsführungen überlegt, einzelne Betriebe zu schließen. Die Bergbauförderung ist eingesprungen, in der Zwischenzeit haben sich die Preise auf dem Weltmarkt wieder gebessert, und heute sind diese Betriebe wirtschaftlich wieder in Ordnung.

Wir wissen ganz genau, daß man strukturellen Veränderungen auf die Dauer nicht ausweichen kann. Aber man muß, wie gesagt, für Ersatzbetriebe vorsorgen.

Hier möchte ich auch etwas anbringen. Kollege Neumann ist nicht hier. Ich war mit ihm fünf Jahre im steiermärkischen Landtag. Ich habe mich genauso wie der Kollege Pay bemüht, auch Betriebsgründungen im Aichfeld im Zusammenwirken mit allen Betriebsgrün-dungen im Bezirk Murau, der eigentlich auch ein Notstandsbezirk ist, zu ermöglichen. Ich muß sagen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei: Ich habe bei allen diesen Bemühungen seit Jahren Unterstützung bei den Arbeitsämtern gefunden, ich habe bei allen möglichen Stellen Unterstützung gefunden, aber ich habe sehr wenig Unter-stützung von Ihrer Seite gefunden. (Abg. Tödning: Am Freitag hören Sie mir zu!) Mir ist das auch klar, denn ich werde in der nächsten Zeit ein Rundschreiben des steirischen Wirtschaftsbundes bringen, wo man die Betriebsgrün-dungen behandelt hat. (Abg. Tödning: Darüber reden wir am Freitag!) In diesem Erlaß steht — Herr Abgeordneter, ich werde Ihnen den einmal' bringen —, man solle bei Betriebsgrün-dungen sehr auf-passen, daß nicht die Sozialisten gleich stärker werden, und man soll bei Betriebsgrün-dungen vor allen Dingen — steht drinnen geschrieben — bei den wirtschaftlichen Gesichtspunkten be-sonders die politischen Gesichtspunkte be-achten.

Bei einer solchen Einstellung glaube ich, daß echte Betriebsgrün-dungen natürlich über-aus schwer durchzuführen sind.

Wenn der Abgeordnete Neumann in seinen Schlußworten gerufen hat: Grünes Licht für den Energieplan!, dann, meine Damen und Herren, sage ich: Jawohl, grünes Licht für den Energieplan, aber ein bedingungsloses Halt für die Schließung von Bergbaubetrieben, und vor allem: Grünes Licht für die Erhöhung der Mittel für die Bergbauförderung!

Es hat mich gefreut, daß zwei bürgerliche Abgeordnete hier im Hohen Haus über Berg-baufragen bei den Verstaatlichten gesprochen haben, weil ja gerade die Bauern in dieser Frage Verständnis haben müssen. Es ist auch nicht ihre Schuld, daß soundso viele Preise gestützt werden müssen, genausowenig, wie

966

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Josef Schlager**

es die Schuld der Bergleute ist. Es ist selbstverständlich, daß hier ein bestimmtes Verständnis herrschen muß. Natürlich erwarte ich gerade von diesen zwei bäuerlichen Abgeordneten, daß sie unserem Antrag bei der Abstimmung zustimmen werden, wenn sie die Worte, die sie gesprochen haben, ehrlich gemeint haben. (*Abg. Tödling: Sie werden Ökonomierat!*)

Ich darf abschließend sagen: Der Staat soll dem Bergmann helfen, weil der Bergmann lange Jahre dem Staat geholfen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tödling. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Tödling** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Da die Federführung für die Fragen der wirtschaftlichen Landesverteidigung dem Handelsministerium obliegt, also das Handelsministerium entsprechende Vorsorge für Krisenzeiten zu treffen hat, ist es angebracht, hiezu auch bei der Behandlung des Kapitels Handel einiges zu sagen. Der Kollege Pay hat dies beim Kapitel Landesverteidigung getan, man könnte nun darüber streiten, wo es angebrachter wäre, dort oder heute. (*Ruf bei der SPÖ: Es war auf jeden Fall angebracht!*) Ja, richtig, ich bestreite das durchaus nicht, nur glaube ich, es hat der Kollege Pay insofern einen Fehler begangen — es soll das keine Kritik sein, sondern nur eine Feststellung —, daß er den ausgezeichneten Artikel von Herrn Oberstleutnant Strohschneider in der „Österreichischen Militärischen Zeitschrift“ teilweise vorgelesen, aber aus dem hier Gesagten keine Schlüsse gezogen hat.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich diese Schlüsse aus dem in diesem Artikel Gesagten ziehe. Ich möchte noch betonen, daß die Frage der wirtschaftlichen Vorsorge für Krisenzeiten durchaus nicht die Angelegenheit der Regierungspartei ist, sondern eine Angelegenheit, die alle Parteien umfassen muß und letzten Endes das ganze Volk angeht. Ich möchte auch eingangs noch betonen, daß die wirtschaftliche Vorsorge für abnormale Zeiten nicht nur eine Frage des Geldes und der Organisation, sondern auch eine Frage der Gesinnung und der Einstellung zur Sache selbst ist. Man könnte auch sagen, es ist unter Umständen eine Sache der Opferbereitschaft.

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, ersuchen, dieses Problem nicht etwa mit einigen billigen Zwischenrufen abzutun, indem Sie sagen: „Ihr tragt die Verantwortung, und der Finanzminister soll zahlen!“ Ich

glaube, es ist Anlaß genug gegeben, die Dinge so ernst zu sehen, wie sie tatsächlich sind.

Wie ernst die Sache ist und wie unzulänglich wir vorbereitet sind, möchte ich Ihnen an Hand einiger Beispiele aufzeigen. Erfreulicherweise nimmt sich gerade in letzter Zeit die Presse dieser Problematik an. Ich erinnere Sie an den „Geheimplan Butterbrot“ be-titelten Artikel in der „Wochenpresse“ oder etwa an: „Auch Österreich trifft Vorkehrungen“. Wir sehen, die Dinge sind im Gespräch, sie sind im Fluß, und dieses Hohe Haus hat die große Aufgabe, hier etwas zu tun. Ich möchte sagen: Es ist ja manches schon getan! aber wenn Sie ins Detail gehen und sich mit den Dingen ernstlich beschäftigen, muß man sagen, daß einem nahezu das Gruseln kommt.

Die neue Regierung ist mit viel Schwung an liegengebliebene Dinge herangegangen, und sie wird nicht umhin können, auch die wirtschaftliche Vorsorge für Krisenzeiten mit Ernst in Angriff zu nehmen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß bereits viel Voraarbeit geleistet wurde. Wir haben sehr tätige Kommissionen, welche eine Reihe von Vorschlägen bereits ausgearbeitet haben. Alle Überlegungen — und ich zitiere hier wieder die schon eingangs erwähnte Zeitung — gehen von drei Gesichtspunkten aus: dem internationalen Spannungszustand, dem Neutralitätsfall und dem Verteidigungsfall. Schon der Fall eins würde uns in Österreich in eine fürchterliche Situation bringen. Unter Spannungszustand ist vor allem auch eine Behinderung der Verkehrswägen zu verstehen, es würde sich auf Rohstoffimporte auswirken und auch in der Form, daß ein Rohstofflieferant wegen erhöhten Eigenbedarfs oder weil er selber Reserven anlegt, uns nicht beliefern kann.

Ich habe Ihnen gesagt, ich möchte Ihnen an Hand einiger Beispiele aufzeigen, wie ernst die Situation für uns ist.

Beispiel eins, Treibstoff: Wir haben einen Jahresbedarf von 4,6 Millionen Tonnen; 2,6 Millionen Tonnen Eigenproduktion und 2 Millionen Tonnen Importe. Diese Situation könnte bewirken, daß sich unser Verkehrs-wesen bei Behinderung dieser Importe auf die Inlandsproduktion beschränken müßte. Fraglich ist aber noch dazu, ob unsere Erdöl-förderung überhaupt weiter klaglos funktionieren kann. Experten haben errechnet, daß der Betrieb von Benzin-PKW auf 15 Prozent des heutigen Bestandes eingeschränkt werden müßte.

Beispiel zwei, Heizöl: Verbrauch pro Jahr rund 2,5 Millionen Tonnen, rund 1,2 Millionen Tonnen davon sind Importe.

Beispiel drei, Steinkohle: Rund 100.000 t Eigenförderung, rund 4 Millionen Tonnen

**Josef Schläger**

Importe. Bei Ausfall dieser Steinkohlenimporte müßte unsere Stahl- und Eisenproduktion auf etwa 25 Prozent der derzeitigen Leistung, also auf etwa zwei Hochöfen, eingeschränkt werden.

Beispiel vier, Fette — um auch auf die Ernährung zu kommen —: Wir haben einen Jahresbedarf von 120.000 t. Diese Menge gliedert sich auf in 50 Prozent tierische Fette und 50 Prozent pflanzliche Fette. Wir haben eine Inlandsproduktion von 60.000 t und sind auf Importe in der Höhe von 60.000 t angewiesen. Laut einer Pressemeldung stehen an Importfetten und -ölen Vorräte für jeweils nur 14 Tage zur Verfügung. Wir sind also auf laufende Importe angewiesen.

Beispiel fünf, Brotgetreide: Hier, meine Damen und Herren, ist die Situation erfreulicher: Der Jahresbedarf liegt bei etwa 700.000 t. Dazu könnte man sagen, daß die Produktion ausreichend ist, wir aber zuwenig Lagerungsmöglichkeiten haben. Auf den Import von rund 30.000 t Durum-Weizen, der ja für die Semmelerzeugung angeblich unumgänglich notwendig ist, glaube ich, könnten wir im Krisenfall verzichten.

Beispiel sechs, Futtergetreide: Dieses Beispiel ist wieder weniger erfreulich. Wir haben hier einen Importbedarf von 600.000 t pro Jahr. Es erhebt sich die Frage: Wie soll bei Ausfall dieser Importe die Fleischproduktion weiter funktionieren, und das bei einem Jahresverbrauch von 420.000 t Fleisch oder etwa 61 kg pro Kopf der Bevölkerung.

Die Expertenmeinung zu unseren Nahrungsreserven möchte ich Ihnen an Hand einer Pressemeldung veranschaulichen. Es würde zu weit führen, hier alles vorzulesen, aber ich darf Ihnen sagen, daß nach dieser Pressemeldung Nahrungsreserven für etwa vier Monate gegeben sind. Ein Vorrat für sechs Monate würde bereits 2,2 Milliarden Schilling kosten. Nach den errechneten Tageskalorienwerten müssen den Österreichern pro Jahr 613.000 t Mehl, 88.000 t Nährmittel und so weiter zur Verfügung gestellt werden. Es würde zu weit führen, das hier im Detail aufzuzählen.

Auf dem Fleischsektor fehlen uns vor allem die Lagerräume, natürlich auch das Geld zum Anlegen der Reserven. So gesehen könnte man die Diskussion weiterführen mit der Blickrichtung auf die Exporte an Fleisch, die wir durchführen. Wir müßten sie nicht oder nicht in dieser Höhe durchführen, wenn wir die Möglichkeit hätten, hier eigene Reserven für Krisenfälle zu bilden.

Meine Damen und Herren! Ich könnte Ihnen noch eine Reihe von Beispielen anführen, etwa die Situation bei Handelsdünger, bei

Stahl, Medikamenten, Buntmetallen und so weiter. Die ganze Problematik kann man in die Fragen: wie? was? wo? wann? zusammenfassen. Ich darf kurz dazu bemerken, das „was“ bevorratet werden soll, ist durch Experten geklärt. Zum „wann“ könnte man sagen, sofort müßte man es machen; das „wo“ ist unschwer zu klären, verbleibt noch das „wie“.

Hier, Hohes Haus, müßte mit legislativen Maßnahmen eingesetzt werden. Eine Reihe von Gesetzen steht bereits zur Verfügung, sie müßten nur verlängert beziehungsweise für den konkreten Fall ausgebaut werden. Es sind etwa 13 solcher Gesetze, vor allem das Landwirtschaftsgesetz, das Mühlengesetz, das Futtermittelgesetz, das Rohstofflenkungsgesetz, das Außenhandelsgesetz und so weiter und so fort. Hier haben wir gewisse Ansätze, die nur ausgebaut werden müssen. Neu zu schaffen wären ein Bevorratungsgesetz, ein Leistungsgesetz; ich glaube, der Kollege Pay hat auch davon schon gesprochen.

Im übrigen, Hohes Haus, liegt uns für legislative Maßnahmen im Sinne einer Vorsorge für Krisenzeiten im „Schweizer Bundesgesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge“ ein brauchbares Modell vor. Hier brauchen wir nicht unbedingt Neuland zu beschreiten, neue Wege zu gehen, sondern hier kann man manches übernehmen.

Die Frage der Finanzierung: Hierzu liegen auch bereits eine Reihe von Berechnungen in mehreren Variationen in bezug auf Umfang und Zeitenfolge vor. Hier muß man nur aktiv werden, und ich glaube, die neue Regierung wird sich auch dieser Dinge annehmen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob es mir in den wenigen Minuten gelungen ist, Sie alle auf den Ernst der Situation hinzuweisen. Ich bitte Sie, leben wir nicht weiter wie die Kinder in den Tag hinein. Werden wir in den Fragen der wirtschaftlichen Vorsorge für Kriegszeiten aktiv. Hoffen wir — und damit möchte ich schließen —, daß wir die zu treffenden Vorsorgen nie in Anspruch nehmen müssen, aber sorgen wir vor für unser Land und seine Bevölkerung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Thalhammer. Ich ertheile es ihm.

Abgeordneter Thalhammer (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vor zirka einer halben Stunde hat der Herr Abgeordnete Graf die Aufforderung an das Haus gerichtet, den Fremdenverkehr nicht nur als eine Sache derjenigen zu betrachten, die mit diesem Fremdenverkehr direkt beschäftigt sind, son-

968

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Thalhammer**

dern als eine Angelegenheit der gesamten österreichischen Bevölkerung. Ich stimme dieser Feststellung vollinhaltlich zu. Der Zufall der Reihenfolge in der Rednerliste bringt es mit sich, daß nach einem Fachmann ein Nichtfachmann in Sachen Fremdenverkehr zu Worte kommt. Ich bin — leider — weder Hotelbesitzer noch Gastwirt, nicht einmal ein Privatzimmer habe ich zu vermieten, gestatte mir aber doch, zu einigen Problemen des Fremdenverkehrs Stellung zu nehmen, weil ich immerhin aus einem Gebiet komme, das ungefähr 5 Prozent des Fremdenverkehrs, sowohl des Ausländerfremdenverkehrs als auch des Inländerfremdenverkehrs, zumindest in den Sommermonaten konzentriert.

Ich habe mir so meine Gedanken gemacht über den Terminus Fremdenverkehr überhaupt. Das ist so ein unnahbares Wort, so abweisend, so gar nicht kontaktfördernd, und es steht im Widerspruch zu verschiedenen Aktionen, die auf diesem Sektor gestartet worden sind. Ich darf hier vielleicht an die Aktion der drei großen „G“ erinnern: Geborgenheit, Gastlichkeit und Gemütlichkeit. Ich hoffe sehr, daß der Herr Abgeordnete Graf in seinem Betrieb diesen drei „G“ sehr würdig Rechnung trägt. Ich hoffe sehr, denn was er von hier aus gemacht hat, das läßt mich einigermaßen daran zweifeln. Ich hätte mir vorstellen können, daß man für den Fremdenverkehr — es beschäftigen sich auch andere Leute, nicht nur kleine Laien damit — einen anderen Begriff finden können, vielleicht Touristenverkehr oder Reise- oder Urlaubsverkehr. „Urlaubsverkehr“ würde mir besonders entgegenkommen.

Über die Bedeutung des Fremdenverkehrs selbst haben schon so viele Berufene gesprochen, daß ich mich ihnen nur anschließen kann, und bei jeder Debatte über das Kapitel Handel wird von jedem Redner, zumindest irgendwie, das Problem Fremdenverkehr gestreift. Das war auch heute so, und ich darf daher noch kurz daran erinnern, daß dieser Fremdenverkehr — Übernachtungszahlen sind noch nicht dem Hohen Hause mitgeteilt worden — in dem vergangenen Jahr, also im Fremdenverkehrsjaahr 1964/65, immerhin über 43 Millionen Ausländerübernachtungen zu verzeichnen hat, daß aber auf der anderen Seite auch 19 Millionen Inländer vom Fremdenverkehr oder vom Reiseverkehr Gebrauch gemacht haben und außerhalb ihres Wohnortes genächtigt haben. Insgesamt sind 6,5 Millionen ausländische Gäste bei uns eingereist, die immerhin den Gegenwert von 14,5 Milliarden Schilling in Devisen hier deponiert haben, ein Betrag, der nicht zu übersehen ist. Selbst wenn man die Beträge, die heimische Touristen, heimische Reisende

im Ausland abgegeben haben, abzieht, so bleiben immer noch 10,9 Milliarden Schilling übrig.

Es wurde heute schon erwähnt, daß dieser Betrag dafür aufgewendet wird oder dafür prädestiniert ist, unser chronisches Handelsbilanzdefizit aufzubessern. Das ist uns im letzten Jahr nur noch zu 83 Prozent — auch das wurde schon erwähnt — gelungen; 1962 zu 97 Prozent; 1963 zu 90 Prozent; 1964 zu 92 Prozent. Es wurde daher im Jahre 1965 eine verminderte Abdeckung unseres Handelsbilanzdefizits durch die Einnahmen aus dem Reiseverkehr bewerkstelligt. Natürlich liegt das nicht an verminderten Einnahmen aus diesem Reiseverkehr, sondern — auch darauf wurde schon hingewiesen — an den vermehrten Einfuhren. Die Einfuhren sind immerhin um 20 Prozent gestiegen, während die Einnahmen aus dem Reiseverkehr nur um 8 oder 9 Prozent, knapp 9 Prozent mehr geworden sind.

Ich habe daher im Finanz- und Budgetausschuß auch die Gelegenheit wahrgenommen, zu diesen Dingen zu sprechen, und habe darauf hingewiesen und die Frage an den Herrn Vizekanzler in seiner Eigenschaft als Handelsminister gestellt, warum man in der Fremdenverkehrswerbung, die für den gesamtösterreichischen Fremdenverkehr so eminent wichtig ist, nicht höhere Beträge eingebaut hat. Der Herr Kollege Graf, der hier gesprochen hat, hätte ja direkt ein Oppositor sein können, so hat er verlangt, mehr Beträge für diese österreichische Fremdenverkehrs werbung einzusetzen. Ich habe das auch schon voriges Jahr bei der Budgetdebatte gemacht. Heuer kommt man nämlich bei der Untersuchung dieser Beträge zu der Erkenntnis, daß der Bund als solcher überhaupt nicht mehr Beträge für die österreichische Fremdenverkehrs werbung aufwendet als im vergangenen Jahr und daß die Mehrausgaben, die präliminiert sind, überhaupt nur durch Mehreinnahmen der Bundesländer und der Bundeshandelskammer zustande gekommen sind. Die sehr impulsive Rede des Herrn Abgeordneten Graf ist also hier bei uns auf offene Türen gestoßen. Er hätte nur hier mehr zur Ministerbank, zum Herrn Vizekanzler hinreden sollen, der dafür zuständig ist, beziehungsweise zum Herrn Finanzminister, der keine größeren Ansätze bewilligt hat.

Der Herr Vizekanzler hat auf meine Anfrage im Finanz- und Budgetausschuß auch mitgeteilt — und darin ist ein Körnchen Wahrheit —, daß man nicht automatisch für alle Zukunft erwarten kann, daß die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr und aus dem Reise-

**Thalhammer**

verkehr unser Handelsbilanzdefizit immer abdecken werden. Das ist sicherlich richtig. Er hat mitgeteilt, daß damit zu rechnen sein wird, daß dieser Reiseverkehr und diese Einnahmen einmal stagnieren werden. Ich sage: Es ist ein Körnchen Wahrheit dabei, doch sollte man dann, wenn man dieser Meinung ist und wenn man diese Auffassung vertritt — und sie kann nicht ganz entkräftet werden —, doch auf der anderen Seite eine verstärkte Werbung für diesen wichtigen Wirtschaftszweig in das Budget hineinbringen. Von der Feststellung, daß die Einnahmen stagnieren können, sodaß man sich darauf nicht verlassen kann, hat der österreichische Reise-, Gäste- und Urlaubsverkehr überhaupt nichts.

Gott sei Dank sind die Aspekte nicht so düster, denn wenn man die Entwicklung betrachtet, so sieht man, daß die Fachleute doch einigermaßen optimistisch in die Zukunft blicken. Man sieht das einmal am vermehrten Bettenbestand, der im Jahre 1964 im gewerblichen Sektor allein, in der Hotellerie, im Gastgewerbe, von 378.000 auf 407.000 gestiegen ist, also um knapp 8 Prozent. Die Zahl der Privatbetten in den Privatquartieren ist von 312.000 auf 330.000 angewachsen, um knapp 6 Prozent. Man hofft schon, daß man auch in Zukunft noch etwas mehr wird einnehmen können als in den vergangenen Jahren.

Bedauerlich ist, wenn man diese Statistik ansieht, nur, daß die Bettenzahl in den Jugendherbergen zurückgegangen ist, und zwar von 8729 auf 8521 Betten. Bedauerlich ist das deswegen, weil die Jugend, die heute sicherlich nicht sehr viel Geld ausgeben kann, doch der Guest von morgen sein wird. Wenn es nun Beschränkungen gibt, dann wird diese Jugend von diesem Reiseverkehr vielleicht doch mehr oder weniger abgehalten. Man sollte also gerade auf diesem Sektor eine vermehrte Förderung durchführen.

Auch der Leiter der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung, Herr Ministerialrat Dr. Langerhansl, ist der Meinung und hat das in einem Vortrag vor der Tagung der Heilbäder und Kurorte in Bad Tatzmannsdorf im Oktober des vergangenen Jahres zum Ausdruck gebracht, daß in der ganzen Welt, in Europa und auch in Österreich, dieser Reise- und Gästeverkehr, dieser Urlaubs- oder Fremdenverkehr, wenn Sie wollen, eine steigende Tendenz aufweist. Man sollte das aber eben nicht auf sich beruhen lassen, sondern sollte wirklich eine verstärkte Werbung ins Auge fassen und daher mehr Mittel für diese Werbung in das Budget hineinbringen.

Ich möchte mich nun einem speziellen Kapitel zuwenden, das auch im Titel 4 in Ansatz gebracht ist, und zwar der Filmwerbung. Hier sind sogar die Ansätze gekürzt, obwohl in den Erläuterungen steht, daß die Filmwerbung die effektvollste und wirksamste Werbung im Ausland für unseren Reise- und Fremdenverkehr ist. Man hat aber die Mittel gekürzt. Ich möchte nur erwähnen, daß wir in Gmunden nun die Fremdenverkehrsfilmtage haben, die heuer erstmals auf internationaler Basis durchgeführt werden, daß dort ein Erfahrungsaustausch gepflogen wird, ein Erfahrungsaustausch der Regisseure und der Produzenten darüber, wie man einen guten Film macht. Das ist sehr interessant, sich die Leute anzuhören und zu erfahren, was alles berücksichtigt werden muß. Man muß zum Beispiel auch die Erfahrungen berücksichtigen, die Reisebürobeamte bei ihren Fahrten nach Österreich machen. Man soll nicht nur — und ich möchte die Betonung auf „nur“ legen — das alte Österreich ins Bild bringen, nicht nur die bekannten Kunstdenkmäler und Kunstwerke und Bauten, sondern man soll in vermehrtem Maß auch — das wollen die Menschen aus dem Ausland ja ebenfalls kennenlernen — das moderne Österreich ins Bild bringen und entsprechende Filme drehen. Das sind die Erfahrungen, die diese Menschen, die nur mit dem Reiseverkehr zu tun haben, den Produzenten und den Regisseuren mitteilen.

Auch mit der lapidaren Feststellung des Herrn Vizekanzlers im Ausschuß, daß alle wünschen würden, daß für diese Filmwerbung mehr Mittel in Ansatz gebracht würden, ist nichts gemacht, wenn diese Mittel nicht hineinkommen.

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich mich mit zwei speziellen Problemen im Zusammenhang mit diesem großen Bereich von Reise-, Urlaubs- und Fremdenverkehr beschäftigen, und zwar als kleiner Gemeinfunktionär, weil in der letzten Zeit immer wieder versucht wird, vor allen Dingen von den Fachkreisen — da kann ich nun nicht mehr mit dem Kollegen Graf konform gehen —, die Gemeinden in ihrem Ertrag irgendwie zu schmälern. Sie werden vielleicht schon wissen, ich meine die Getränkesteuern, die eine heißumstrittene Gemeindeabgabe ist, bei der man immer versucht, die Gemeinden ein bißchen zu zwicken, die sowieso knappe finanzielle Decke anzuknabbern und die Gemeinden zu veranlassen, auf diese Einnahmen zu verzichten, obwohl die Gemeinden die Grundlage für den ganzen Reise- und Fremdenverkehr sind. Sie müssen alle Einrichtungen schaffen, auf denen die Hotellerie, die Gastgewerbebetriebe und die Beherbergungsbetriebe

970

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Thalhammer**

überhaupt erst aufbauen können. Ich möchte hier dokumentieren, und ich glaube, ich bin eines Sinnes mit den Herren Bürgermeistern in diesen Gemeinden, daß wir auf diese Gemeindeabgabe, auf diese Getränkesteuern nicht verzichten können. Es ist sehr leicht, in einer Berufszeitung zu schreiben, wie das voriges Jahr geschehen ist: Der versteht nichts vom Fremdenverkehr! Wie wenig Ahnung hat er von den wirklichen Problemen des Fremdenverkehrs, weil er so davon gesprochen hat!

Mir ist in der Zwischenzeit ein sehr bedeutender Berufsgenosse an die Seite getreten, und zwar der Herr Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Herr Dr. Hamer, der auf der schon erwähnten Tagung der Heilbäder und Kurorte ebenfalls festgestellt hat, daß es von keiner besonderen Fremdenverkehrsgesinnung zeugt, wenn die Gemeinden auf ihre Getränkesteuern verzichten, weil sie dann nicht mehr in der Lage sind, die Bedürfnisse, die auch von diesem Fremdenverkehr an sie herangetragen werden, zu erfüllen.

Im übrigen darf ich zum wiederholten Male darauf hinweisen und in Erinnerung rufen, daß diese Getränkesteuern in Wirklichkeit ein Verwahrgeld ist, das der Wirt, die Hotellerie vom Gast nimmt, um es der Gemeinde abzuführen, daß es aber in Wirklichkeit gar keine Steuer ist, daß die Einhebung wohl mit einem gewissen Verwaltungsaufwand verbunden ist, aber in Wirklichkeit nicht die Hotellerie selbst, nicht den Betrieb selbst tangiert, weil der Betrag zusätzlich eingehoben wird.

Ich darf daher als Gemeindefunktionär sagen, und dabei werden mir alle jene, die Gemeindefunktionäre sind, recht geben, daß wir auf diese Steuer keinesfalls mehr verzichten können. Natürlich sind die Fremdenverkehrsbetriebe nicht nur auf Rosen gebettet, natürlich gibt es Probleme; daß Schwierigkeiten auftauchen, ist klar. Es wurde heute schon von den Krediten gesprochen. Aber, meine Damen und Herren, das wirkliche Problem bei den Krediten ist gar nicht, billige Kredite zu bekommen, das wirkliche Problem ist ja, überhaupt Kredite zu bekommen. Das hat auch der Herr Abgeordnete Mitterer schon erwähnt. Wir haben vor kurzem in dem Institut, in dem ich tätig bin, ein wirklich gutes Vorhaben für diesen Fremdenverkehr nicht finanzieren können, weil kein Geld da ist beziehungsweise weil die Vorschriften so sind. Aber dafür ist doch der Herr Finanzminister zuständig. An ihn muß man sich wenden. Man kann nicht immer nur nach billigen Krediten schreien, wenn

auf der anderen Seite die Tasche zugehalten wird und nicht einmal teure Kredite gegeben werden können.

Ein heißes Eisen bei dem Problem des Fremdenverkehrs — und dabei werde ich wahrscheinlich wieder mit den Fachleuten in Konflikt kommen — ist die Privatzimmervermietung, die von manchen irgendwie angezweifelt und auch bekämpft wird, weil sie den Gewerbetrieben zu viel schade. Sie können aus der Statistik über die Bettenzahlen sehen, daß die Zunahme der Privatbetten nicht mehr in dem gleichen Maß wie die der gewerblichen Betten vor sich geht. Die jährliche Kapazität beziehungsweise die Frequenz der Privatbetten liegt nun seit 1962 schon bei 34 Prozent und steigert sich offensichtlich; zumindest wie man sehen kann, nicht mehr weiter. Also 66 Prozent Gewerbebeherbergung und 34 Prozent Privatzimmervermietung.

Aber diese Privatzimmer haben ja einen bestimmten Zweck und stellen einen bestimmten Wirtschaftsfaktor dar. Man kann diese Zahl der Privatzimmer schon deswegen nicht einschränken, weil ja neue dazukommen müssen, und zwar in landwirtschaftlichen Gebieten, in Gebieten, wo die Bauern, die Landwirte irgendwie einen Nebenerwerb brauchen, weil sie mit den Erträgen aus der Landwirtschaft nicht mehr auskommen. Man sollte diesen Menschen diesen Nebenerwerb nicht erschweren.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß der österreichische Fremdenverkehr beziehungsweise der Reise- und Urlaubsverkehr neben der Lösung aller diskussionswürdigen Probleme vor allen Dingen folgendes braucht: eine Ausrichtung auf das Gesamtziel, nämlich mehr Gäste aus dem Ausland zu uns zu bringen. Dies ist vor allem schon deswegen notwendig, um die verstärkte Auslandsbewerbung irgendwie aufzufangen. Im vergangenen Jahr haben österreichische Staatsbürger 3,6 Milliarden Schilling im Ausland ausgegeben, um 20 Prozent mehr als im Jahr vorher. Daher müssen wir eine verstärkte Werbung und vor allen Dingen eine gesamtösterreichische Werbung betreiben. Daher glaube ich nicht, daß es zweckmäßig war — ich betrachte es sogar als sehr kleinlich —, daß bei einem Ereignis, das erst vor zehn oder zwölf Tagen stattgefunden hat und das für den künftigen Reise- und Urlaubsverkehr in Österreich eine eminente Bedeutung haben wird, nämlich bei einer Spatenstichfeier, höchste Stellen in den Festansprachen noch einmal auf einen Jahre zurückliegenden Streit anspielten und von einem lachenden und einem weinenden Auge sprachen, dies nur deswegen, weil diese große Anlage nicht in dem Bundesland liegt, in dem man sie zuerst gerne haben wollte, sondern im Nachbarbundesland.

**Thalhammer**

Das halte ich nicht für zweckmäßig. Man sollte sich irgendwie auf die gesamtösterreichische Werbung ausrichten. Der Fremde, der Gast aus dem Ausland kommt ja in erster Linie nach Österreich und nicht in ein bestimmtes Bundesland.

In diesem Zusammenhang wäre es vielleicht auch überlegenswert, eine verstärkte Koordination dieser Fremdenverkehrswerbung durchzuführen, wie es auch in anderen Staaten der Fall ist. Bei uns steht ja bekanntlich die Verfassungslage einer solchen zentralen Stelle entgegen, weil der Fremdenverkehr in Wirklichkeit eine Ländersache ist. Ich habe schon erwähnt, daß wir auch bei aller Anstrengung, ausländische Gäste zu uns zu bringen, den Inländerfremdenverkehr nicht vernachlässigen dürfen, denn immerhin sind im vorigen Jahr auf diesem Gebiet 19 Millionen Übernachtungen getätigter worden.

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend sagen: Eine verstärkte Werbung kann nur dann durchgeführt werden, wenn mehr Mittel vorhanden sind, wenn mehr Mittel in dieses Budget kommen. Die Prozentzahlen, die Kollege Graf hier erwähnt hat, stimmen nämlich nicht; sie sind in Wirklichkeit ja noch viel niedriger. Bedauerlicherweise trägt aber der betreffende Ansatz in diesem Budget keinesfalls dieser Forderung, eine verstärkte Werbung durchzuführen, Rechnung. Das ist nicht zum Nutzen des österreichischen Fremdenverkehrs. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Wir kommen nunmehr zur Debatte über das Kapitel 21: Bauten und Technik, und das Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Weikhart. Ich erteile es ihm. (*Da Abg. Weikhart nicht im Saale anwesend ist, wird er geholt. — Abg. Dr. Pittermann: Er ist über die Strengberge gefahren! Da hat er Verspätung! — Ruf bei der SPÖ: Er kommt ohnehin schon!* — *Abg. Weikhart, der den Saal betritt und sich zum Rednerpult begibt: So etwas, wir sind schon bei „Bauten“!* — *Abg. Dr. Withalm: Das ist heute schnell gegangen! Da stimmt etwas nicht!* — *Heiterkeit.*)

Abgeordneter Weikhart (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir Sozialisten dem Finanzminister während der langen Budgetdebatte im Finanz- und Budgetausschuß vorgeworfen haben, daß dieses Budget nicht mit der notwendigen Sorgfalt und Umsicht erstellt wurde, dann können wir dies gerade bei diesem Kapitel unter Beweis stellen, beziehungsweise der Vorwurf, den wir im Ausschuß erhoben haben, findet hier seine Berechtigung.

Wenn wir das Budget zur Hand nehmen, sehen wir beispielsweise eine Menge weißer, offener Posten, ähnlich wie es seinerzeit in den Zeitungen gewesen ist, als noch die Zensur gewütet hat. Wir sehen beispielsweise auf der Ausgabenseite im Titel I in den §§ 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 — das sind: Zentralleitung, Tiergarten Schönbrunn, Technisches Museum, Bundesversuchsanstalt für Kraftfahrzeuge, die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt im Arsenal, Beschlußwesen und Mobilienwesen — und vor allem aber im Titel 1 b, Eich- und Vermessungswesen, überhaupt keine ziffernmäßigen Angaben der laufenden Ausgaben, ebenso auf der Einnahmeseite.

Wir müssen auch im Plenum des Hohen Hauses das sagen, was wir im Finanz- und Budgetausschuß darüber gesagt haben: Wir betrachten dies als eine Mißachtung, als eine Respektlosigkeit vor dem Parlament; denn durch das Nichtausweisen der erforderlichen Beträge stimmen naturgemäß die Endziffern im Kapitel 21 nicht, in jenem Kapitel, dem Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, im Finanz- und Budgetausschuß die Zustimmung gegeben haben und dem Sie — dessen bin ich sicher — auch heute wiederum Ihre Zustimmung geben werden.

Mir kommt das so vor wie bei den letzten Regierungsverhandlungen über dieses Budget im Oktober des vergangenen Jahres. Auch damals hat der Finanzminister mit verschiedenen Ziffern jongliert und hat uns in der letzten Sitzung, bevor es zum Abbruch gekommen ist, bloß mitgeteilt, wir sollten, wenn wir die richtigen Budgetziffern haben wollen, diese selber mit Handschrift eintragen. Wenn Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, das gutheißen und diese — ich kann mir nicht anders helfen — Schlampelei decken, dann ist dies ohne Zweifel Ihre Sache. Wir können da nicht mit. Wir lehnen deshalb dieses Budget auch hinsichtlich der Kapitel 20 und 21 ab.

Dabei geht es gar nicht um so geringe Beträge. Wenn wir zusammenzählen, dann kommen wir auf der Ausgabenseite auf rund 240 Millionen und auf der Einnahmeseite auf rund 73 Millionen. Um diese Beträge stimmen die Schlußziffern im Kapitel 21 absolut nicht. Ob das etwa die so gepriesene Aufwertung des österreichischen Parlaments darstellt, lasse ich dahingestellt.

Wir haben vor einigen Wochen — mein Kollege Czettel sprach von „Hudelei“ — das sogenannte Kompetenzgesetz im Hause durchgepeitscht. Wir waren damals der Meinung: Nun ja, sowohl der Ressortminister selbst als auch der Finanzminister brauchen dies dringend, um unmittelbar bei den Budget-

**Weikhart**

verhandlungen diesem Ressort mit echten Beträgen und echten Ziffern dienen zu können. Leider sind wir dabei in die Irre gegangen. Ich bedaure es aber auch — und das möchte ich dem neuen Ressortchef zum Vorwurf machen —, daß er bei der Erstellung des ersten Budgets für das neue Ministerium für Bauten und Technik nicht darauf bestanden hat, daß dieses sein Kapitel beziehungsweise seine Gruppe mit den notwendigen genauen Ziffern versehen dem Hohen Hause vorgelegt wird. Letzten Endes muß das der Herr Bundesminister für Bauten und Technik selbst verantworten.

Zur Sache selbst: War in der Ersten Republik und durch mehr als 20 Jahre in der Zweiten Republik der Volkswohnungsbau ausschließlich eine Angelegenheit des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, dann sehen wir jetzt, daß der gesamte Wohnungsbau einschließlich der drei großen Wohnbaufonds — Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und Wohnbauförderung aus 1954 — nun im Ministerium für Bauten und Technik vereinigt ist. Und damit wird in der Zukunft eines der heißen Eisen Österreichs, die Wohnbau- und Wohnungswirtschaft, in diesem Ministerium geschmiedet werden. Ob dabei mehr als notwendig Funken sprühen werden, ob es dem neuen Schmiedemeister gelingen wird, diesem heißen Eisen eine gute und brauchbare Form zu geben, wird sich ja in naher Zukunft erweisen.

Es kann für niemanden, der die Situation in unserem Lande kennt, einen Zweifel geben: Die Wohnungsnot in Österreich ist echt und enorm groß. Deshalb kommt dem Neubau von Wohnungen und der Sicherung des Wohnraumes eine besondere Bedeutung zu. Es wäre ungerecht, zu behaupten, es sei auf diesem Gebiet seit 1945 nichts geschehen und es seien keine Leistungen erbracht worden.

Ich darf nur darauf verweisen, daß beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds von 1948 bis einschließlich der letzten Kommissionssitzung im Frühjahr dieses Jahres rund 12.750 Anträge positiv erledigt wurden, wofür man Darlehen von rund 17 Milliarden Schilling bewilligte. Mit diesem Darlehensbetrag konnten bisher 117.000 Wohnungen neu geschaffen werden — beziehungsweise sie befinden sich im Bau —, und darüber hinaus konnte der Bestand von 75.620 Wohnungen gesichert werden. Trotz dieser Leistung haben wir mit Stichtag vom 1. März dieses Jahres beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds einen Rückstand von 871 Anträgen, für deren Erledigung rund 9,7 Milliarden Schilling notwendig wären. Ich bin mir dessen bewußt, daß in der Zwischenzeit, also in der Zeit von März bis heute, dieser 9,7 Milliarden-

Betrag wiederum beträchtlich erhöht worden ist.

Beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds haben wir in der Zeit von 1948 bis einschließlich Frühjahr dieses Jahres Darlehen im Betrag von 8,3 Milliarden Schilling bewilligt und mit diesem Betrag den Bau von 137.600 Wohnungen gefördert. Auch bei diesem Fonds sehen wir mit Stichtag vom 1. März dieses Jahres Rückstände bei den Anträgen im Ausmaß von insgesamt 38.224 Wohnungen, für die Darlehensbeträge in der Höhe von 3,4 Milliarden angefordert wurden.

Bei der Wohnbauförderung 1954 sehen wir, daß von 1955 bis Ende 1965 Darlehen in der Höhe von 6,5 Milliarden Schilling bewilligt wurden, mit deren Hilfe der Bau von rund 90.000 Wohnungen gefördert worden ist.

Wenn gleich diese Leistungen auf dem Wohnungsbausektor in den Jahren 1945 bis 1966 beträchtlich sind, sind sie jedoch, gemessen an dem enormen Bedarf, den wir in Österreich haben, ohne Zweifel unbefriedigend.

Unser Wohnnotstand — das wissen alle jene, die sich mit diesem sehr ernsten Problem beschäftigen — ist sowohl quantitativer als auch qualitativer Art. Die größere Sorge von den beiden bereitet uns der qualitative Notstand, den wir in Österreich aufzuweisen haben. In einer Sitzung des Hauptausschusses im Herbst vergangenen Jahres wurde festgestellt, daß, quantitativ gesehen, in Österreich ein Fehlbestand von 140.000 Wohnungen zu verzeichnen ist. Hingegen wurde der qualitative Bedarf von Fachleuten mit rund 400.000 Wohnungen berechnet. Wenn wir diesen qualitativen und quantitativen Bedarf zusammenziehen, dann bedeutet das für uns: Österreich hat einen Wohnungsbedarf von mindestens 500.000 Wohnungen!

Für den qualitativen Bedarf liefert uns ja bekanntlich die Häuser- und Wohnungszählung vom März des Jahres 1961 nach wie vor die notwendigen Unterlagen. In Österreich gibt es nach dieser Zählung bekanntlich 2.152.775 ständig bewohnte Wohnungen.

Von dieser Zahl sind 52,2 Prozent, das sind 1.123.750, Mietwohnungen. Von dieser Zahl sind vor dem Jahre 1919 rund 60 Prozent, in der absoluten Zahl 673.224 Mietwohnungen gebaut worden. Von dieser Zahl unterliegen 588.440 Wohnungen den Bestimmungen des Mietengesetzes, und zwar deshalb, weil die Baubewilligung für diese Häuser vor dem 28. Jänner 1917 erteilt wurde. Das heißt also, daß unsere Wohnhäuser oder ein beträchtlicher Teil von ihnen ein Alter zwischen 48 und 100 und noch mehr Jahren aufzuweisen hat. Gerade das sind aber jene Wohnungen, die weder ein Vorzimmer noch eine Klosettanlage,

**Weikart**

eine Wasserleitung oder eine Bademöglichkeit innerhalb der Wohnung haben. Deshalb entsprechen diese Wohnungen auch nicht mehr den neuzeitlichen Ansprüchen und sind — für Wien gesehen — in der Welt draußen als „Bassena-Wohnungen“ nur zu gut bekannt.

Auch hier haben Fachleute Untersuchungen angestellt. Sie sind zu dem Schluß gekommen, daß ein Drittel dieser Wohnungen sowohl im Ausmaß als auch in der Ausstattung den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügt. Das heißt aber, daß rund 400.000 Wohnungen qualitativ schlecht sind und eben durch neue Wohnungen ersetzt werden müssen.

Berücksichtigen wir also den quantitativen und qualitativen Bedarf, dann kommen wir zu der von mir bereits genannten Ziffer von 500.000 Wohnungen.

Hohes Haus! Die Sozialistische Partei hat schon vor etlichen Jahren in ihren Wahlprogrammen festgelegt, daß sie bestrebt ist, unsere Wohnbaukapazität pro Jahr auf 50.000 zu erhöhen. Ich habe da vor mir „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ liegen, die die Bautätigkeit bis zum Jahre 1963 aufzeigen. Wir können daraus ersehen, daß wir in den letzten fünf Jahren einen Jahresdurchschnitt von rund 39.655 fertiggestellten Wohnungen erreicht haben.

Aus dieser Statistik des Statistischen Zentralamtes geht hervor: Fertiggestellt wurden im Jahre 1959 35.541 Wohnungen, im Jahre 1960 38.932, im Jahre 1961 40.933, im Jahre 1962 40.842 und im Jahre 1963 42.027 Wohnungen. Das ergibt den von mir genannten Durchschnitt, der auch in dieser Statistik enthalten ist, von 39.655 Wohnungen. Von diesen befinden sich 36.336 Wohnungen in Neubauten, 3319 Wohnungen sind durch Wiederherstellungen, Zu- und Umbauten entstanden.

Wenn wir dabei einen Vergleich mit der Wohnbaukapazität anderer Länder anstellen und uns die Ziffern ansehen, die wir von der UNO-Wirtschaftskommission erhalten haben, dann ergibt sich für Westeuropa, auf je 10.000 Einwohner berechnet, folgendes Bild: Die Schweiz baute in dem Jahr 1962/63 auf 10.000 Einwohner gerechnet 102 Wohnungen, Westdeutschland 100, Schweden 98, Norwegen 78, Dänemark 67, Frankreich und Italien je 66 und Österreich 57.

Wir stellen sehr oft fest, daß die arbeitenden Menschen von heute weit besser leben als Generationen zuvor, aber diese Menschen, die heute besser leben, wohnen in den meisten Fällen noch so schlecht, wie die Menschen vor 50 und mehr Jahren in diesem Lande gewohnt haben. Ein erheblicher Teil unserer Bevölkerung sieht sich gezwungen, noch immer

in Wohnungen zu hausen, die den Bedürfnissen dieser Zeit absolut nicht mehr entsprechen. Wenn wir den jetzigen Lebensstandard mit dem derzeit gegebenen Wohnungsstandard vergleichen, dann müssen wir ohne Zweifel zu erschreckenden Unterschieden kommen. Der Altbestand der Wohnungen ist vielfach oft so — wir hören das in unseren Sprechstunden und Sprechtagen —, daß der junge Mensch, der heute, wie ich sagte, besser lebt und sich besser kleidet, es einfach ablehnt, in diesen alten, oft verwahrlosten Häusern zu wohnen, und es nur tut, wenn ihn die Notlage dazu zwingt.

Und die Ursachen? Wir werden ja sehr oft in unserer praktischen Tätigkeit darüber befragt. Wir sehen die Ursachen der Wohnungsnot in erster Linie darin, daß die Hälfte aller bestehenden Häuser vor dem Jahre 1918 oder 1919 gebaut wurde, daß ein Viertel aller bestehenden Wohnungen nur aus einem Raum besteht und daß sich ein Drittel aller Wohnungen — das sind 700.000 — in einem schlechten Ausstattungszustand befinden.

Wenn wir dann die amtlichen Ergebnisse zusammenfassen, dann können wir wohl sagen: Der Großteil der Wohnungen in Österreich ist für die heutige Zeit zu alt, zu klein und zu schlecht. Das berechtigte Bedürfnis nach einer schöneren, nach einer moderneren Wohnung kann als ein Zeichen der Zivilisation bezeichnet werden, und es ist selbstverständlich, daß insbesondere die junge Generation das größte Interesse an einem verstärkten Wohnbau hat.

Wir selber haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß der bisherige Volkswbungsbau völlig unzureichend von der öffentlichen Hand dotiert war. Eines unserer Ziele in der Wohnungspolitik besteht daher in einer ausreichenden, langfristigen und verbesserten Sicherung öffentlicher Mittel, vor allem aber auch darin, die Startbedingungen aller Wohnbaufonds für den Neubau von Wohnungen gleichmäßig zu gestalten. Weil der Herr Kollege Prinke ein Zeichen gibt, werde ich daran erinnert, daß wir in der Frage der gleichmäßigen Startbedingungen erst seit den letzten abgebrochenen Verhandlungen einen Gleichklang erzielt haben. (Abg. Prinke: Zehn Jahre haben wir gebraucht!) Es vergingen Jahre, und es ist mir — ich wurde im Jahre 1956 als Staatssekretär in das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau berufen — in den Jahren vorher nie gelungen, die berechtigte Forderung nach gleichen Startbedingungen beim Koalitionspartner durchzusetzen. Ich gebe objektiv zu, daß es bei den letzten Verhandlungen möglich gewesen ist, eine gleiche Ausrichtung der beiden Parteien zu finden.

Unser Ziel in der Wohnbaupolitik gipfelt aber auch darin: Wir dürfen unsere künftige

**Weikhart**

Wohnungswirtschaft und Wohnbaupolitik nicht so gestalten, daß wir nur bauen, sondern wir müssen es auch dem kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger, der wohnungsbedürftig ist, ermöglichen, sich eine neue Wohnung, eine moderne und gesunde Wohnung zu leisten, ohne daß er mit seiner Familie auf Grund der Belastungen unter Umständen finanziell verbluten muß.

Der Wohnbau soll in erster Linie den Wohnungsbedarf decken und soll ausschließlich den Wohnungsbedürftigen in unserem Lande dienen. Wohnbau — das wollen wir auch bei der ersten Diskussion über die finanzielle Gestaltung, über das Budget dieses neuen Ministeriums offen sagen — darf kein gewinnbringendes Geschäft sein und kein gewinnbringendes Geschäft bedeuten. Die Wohnungen selbst sollen nicht wieder zur Handelsware degradiert werden.

Aus diesem Grunde streben wir auch für die Zukunft mit aller Kraft die Rationalisierung im Wohnbau durch moderne Fabrikationsmethoden an, um damit schneller und vor allem auch billiger zu bauen.

Weil aber zum Wohnbau außer dem notwendigen Baukapital auch der notwendige Baugrund gehört und sich gerade auf diesem Sektor seit Jahren ein wucherisches Treiben eingenistet hat, erheben wir bei dieser Gelegenheit neuerlich die Forderung nach einem modernen und gerechten Baugrundbeschaffungsgesetz, an dem wir das größte Interesse haben. Mit diesem Gesetz soll nicht nur der Baugrund gesichert werden, sondern dieses Gesetz soll es auch ermöglichen, eine preisdämpfende Wirkung auf dem Baugrundsektor auszuüben.

Ebenso erachten wir es als unsere Verpflichtung, in diesem Hohen Haus neuerlich unsere Forderung nach einem ordentlichen modernen Assanierungsgesetz zu erheben. Wir wollten gerade das Assanierungsproblem — wir haben es ja auch schon bei den Verhandlungen angekündigt — in die Kompetenz der Länder verweisen. Wir müssen insbesondere darauf dringen — jeder, der die Lage auf dem Wohnungsmarkt kennt, weiß es —, ein modernes Assanierungsgesetz zu erhalten, weil wir mit unseren Neubauten immer mehr und mehr an den Rand der Stadt gelenkt werden und es oft im Inneren, im Kern der Städte Gebiete gibt, die vom Verfall betroffen sind.

Da wir auch — diese Frage wollen wir hier ebenfalls offen einer Behandlung zuführen — den Altbestand der Wohnungen nicht übersiehen wollen, erklären wir noch einmal: Wir wollen mithelfen, daß der erhaltungswürdige Althausbestand gesichert wird. Gleichzeitig

wollen wir ausdrücklich sagen: Wir wollen genau darauf achten, daß etwa damit verbundene Lasten gerecht und vor allem nicht etwa unzumutbar einseitig verteilt werden. Wir erneuern in dieser Beziehung auch unseren Standpunkt, der bei den Verhandlungen in der Vergangenheit von der Österreichischen Volkspartei immer wieder abgelehnt wurde. Wir glauben, daß die Gründung eines Reparaturausgleichsfonds ohne Zweifel Erleichterungen mit sich bringen würde. Sowohl den Mietern als auch den Hausbesitzern würde es dadurch ermöglicht werden, sich mehr als bisher der Instandhaltung der Häuser zu widmen. Wir wollen aber dabei Spekulationsgewinne und eine etwaige Hausherrenrente ausgeschaltet sehen.

Abschließend möchte ich zusammenfassend sagen: Wir Sozialisten haben im „Programm für Österreich“ versprochen, nicht nur schneller und rationeller als bisher weiterzubauen, sondern auch die Wohnungsbelastungen vor allem für den kleinen Mann erträglich und zumutbar zu gestalten. Wir wollen bei dieser Gelegenheit mit aller Deutlichkeit sagen: Wir wollen den Mieterschutz erhalten. Wir wollen den erhaltungswürdigen Althausbestand unter der Voraussetzung sichern, daß da nicht etwa unsaubere, unrechte Geschäfte getätigt werden. Wir wollen durch ordentliche und gerechte Gesetze jedem wucherischen Treiben ein Ende setzen und den skrupellosen Baugrundspekulanten endlich das Handwerk legen. In dieser Richtung, Hohes Haus, finden Sie uns zu positiver und konstruktiver Arbeit bereit.

Aber an die Adresse der ÖVP gerichtet: Wenn Sie, meine Herren, glauben, den unverschämten Forderungen der Hausbesitzerverbände unbedingt Rechnung tragen zu müssen, dann — das wollen Sie schon heute zur Kenntnis nehmen — wird es harte, sehr harte Auseinandersetzungen geben. Gerade die letzte Monatsausgabe der Zeitschrift der Hausbesitzerverbände verweist auf den Bundestag und auf eine Rede des Kärntner ÖVP-Abgeordneten Dr. Weißmann, der bei dieser Tagung erklärt hat, er sehe sich solidarisch mit den Forderungen der Hausbesitzerverbände, und der bloß meinte: Bitte nicht so „gach“, sondern die gerechten Forderungen der Hausbesitzer sollen Schritt für Schritt eine Erfüllung finden.

Wir nehmen dies zur Kenntnis und können nur abschließend sagen: Wir sind bereit, für eine gerechte Ordnung auf diesem Sektor mitzuarbeiten, mitzuwirken; für Hausherrenforderungen, die wir als ungerecht, als ungerechte Belastung hunderttausender Mieter betrachten, sind wir nicht zu haben. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: Die Baupreise spielen keine Rolle!*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prinke. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Prinke (ÖVP):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich könnte heute eigentlich mit großer Genugtuung begrüßen, daß wir endlich darangehen könnten, ein eigenes Ministerium für Bauten und Technik zu schaffen. Alle, die mit dem Bau zu tun haben — sei es mit dem Hoch- oder mit dem Tiefbau, sei es mit dem öffentlichen Bau oder mit dem privaten Bau (*Abg. Dr. van Tongel: Mit dem „Reformbau“!*) —, freuen sich, daß nun endlich eine Stelle gefunden wird, bei der es möglich wird, das Verlangen, das wir schon im Jahre 1952 gestellt haben, einer Lösung zuzuführen.

Ich darf darauf hinweisen, daß am Ende des Jahres 1952 die Regierung auseinander gegangen ist, weil man sich über das Budget nicht einigen konnte. Wir haben damals schon den Antrag gestellt, man möge beim Zusammentritt der neuen Regierung im Jahre 1953 ein eigenes Bautenministerium schaffen. Initiatoren dieser Idee waren der damalige Bundeskanzler Ing. Julius Raab — heute verewigt — und von Ihrer Seite Gewerkschaftsbund-Präsident Böhm.

Die beiden waren sich klar darüber, daß man Ordnung auf dem Gebiete des gesamten Bauens nur dann schaffen kann, wenn es uns gelingt, in einer Institution, in einem eigenen Ministerium die Möglichkeit einer Koordinierung der Auffassungen zu schaffen.

Leider war es nicht möglich. Man hat damals in falsch verstandenen Sparsinn auf ein solches Ministerium verzichtet. Die Frage kam nach dem Staatsvertrag im Jahre 1955 neuerlich zur Diskussion. Aber auch damals konnte dieses Ministerium nicht geschaffen werden, weil es nach Auffassung der Regierung notwendiger war, ein eigenes Landesverteidigungsministerium zu schaffen, weil uns ja der Staatsvertrag ermöglicht hat, eine Wehrmacht aufzustellen.

So kam es also nicht dazu. Zur heutigen Rede des Kollegen Weikhart muß ich sagen, daß er sich bemüht hat, sehr sachlich zu sein, daß er keine Angriffe gestartet hat, denn wenn er es getan hätte, wären wir ja beide schuld, da wir gemeinsam verhandelt haben. Wir müssen uns also an die Brust klopfen und sagen: *Mea culpa*. Es wäre völlig verfehlt gewesen, einzelne Vorwürfe gegen uns zu erheben. Ich werde übrigens darauf zurückkommen. Ich will mich aber nicht ergehen in Gedanken und Reden, die der Vergangenheit dienen, sondern in solchen, die der Zukunft dienen sollen.

Wenn wir nun in die glückliche Lage kommen, ein eigenes Ministerium für Bauten und Technik zu errichten, dann sind wir uns auch klar darüber — ich habe wenigstens den Worten, die ich im Finanzausschuß gehört habe, entnommen, daß Ihr Herz nicht ganz dabei ist —, daß, wenn wir das Kompetenzgesetz erst jetzt gemacht haben und wenn im Artikel III Abs. 5 Z. 1 des Bundesfinanzgesetzes steht, daß die auf Grund des Bundesgesetzes vom 25. Mai 1966 — das war das Kompetenzgesetz —, BGBl. Nr. 70, erforderlich werdenden finanziellen Ausgleiche nach Maßgabe der bei den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen des Bundesvoranschlages 1966 vorgesehenen Ausgabenbeträge zu genehmigen sind, der Finanzminister eine Ausnahmegenehmigung erhalten muß, die es ihm ermöglicht, jetzt alle Beträge in fast allen Ministerien, die sich mit dem Bau beschäftigen, in dem neuen Ministerium zu budgetieren. Wenn Herr Kollege Weikhart den Bundesvoranschlag zur Hand nimmt, wird er finden, daß bei den einzelnen Ministerien als Fußnote oft verzeichnet ist: Nur nach Genehmigung des Ministeriums für Bauten und Technik. Damit kommt zum Ausdruck, daß fast alle Ministerien sich mit irgendwelchen Bauangelegenheiten — sei es mit dem Bau öffentlicher Gebäude, sei es der Bau von Wohnungen oder der Bau militärischer Anlagen oder von Schulgebäuden und so weiter — beschäftigen und daß es daher immerhin einige Zeit dauert, alle Posten zusammenzubringen, um wirklich die Voraussetzungen zu schaffen, daß das Budget in seinem gesamten Ansatz hier auch schon seinen Niederschlag findet. Es wird noch einige Zeit dauern, wenn man genauer das Bundesfinanzgesetz studiert. Leider ist uns ja nicht lange Zeit dazu geblieben, genauer das Bundesfinanzgesetz zu studieren, weil wir ja wochenlang im Budgetausschuß und jetzt auch hier von früh bis spät in der Nacht beschäftigt sind und uns wahrscheinlich immer wieder nur mit den Kapiteln beschäftigen, die uns besonders berühren. (*Abg. Weikhart: Aber der Finanzminister hätte Zeit gehabt!*)

Der Vorwurf geht an den Herrn Finanzminister, aber der Herr Finanzminister war in der Zeit vom 25. Mai nicht in der Lage, bis zur Budgetberatung auch wirklich alle Posten ordnungsgemäß und sachlich, ohne daß dabei irgendwelche Fehler unterlaufen wären, zu erstellen. (*Abg. Weikhart: Prinke, wir zwei machen das in einer Stunde fertig!*) Vielleicht, vielleicht aber auch nicht. Ich möchte davor warnen, weiter die Taktik aufrechtzuerhalten, daß wir die Beamtenschaft überbelasten. So wie wir es hier tun, so machen wir es auch in den Ministerien.

976

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1968

**Prinke**

Wir wollen nicht in eine Situation kommen, wo uns am Ende dann der Vorwurf erhoben werden könnte, daß wir nicht ordnungsgemäß und sachlich diese Dinge behandelt hätten.

Soviel sei als Einleitung dazu gesagt. Die Ziffern werden Ihnen ja rechtzeitig zur Verfügung stehen, sie werden bestimmt im Bundesrechnungsabschluß aufscheinen, und sie werden ganz besonders in knapp einem halben Jahr im neuen Budget für das kommende Jahr 1967 zur Verfügung stehen. Wir werden dann überprüfen können, ob irgendein Versehen passiert ist und ob nicht ordnungsgemäß nach dem Grundsatz einer sauberen Verwaltung dieses Budget erstellt worden ist.

Wie es auch immer sei: Ich weiß, daß Ihr Herz doch dabei ist, auch wenn Sie so getan haben, als ob es nicht ganz dabei wäre. Der Gedanke, ein eigenes Bautenministerium zu schaffen, stammt vielfach aus Kreisen, die Ihnen nahestehen, und von Männern, die heute nicht mehr unter uns sind; und die große Problematik wurde von Ihnen so gesehen, wie sie sich uns wirklich darstellt. Wenn wir heute ein Bautenministerium haben, so geht es darum, meine Damen und Herren, Ordnung in die gesamte Bauwirtschaft hineinzubringen.

Zur Bauwirtschaft gehört natürlich aber auch die Wohnungswirtschaft, mit der wir uns seit 20 Jahren herumplagen, zu einer Lösung zu kommen. Wir haben die ersten Gespräche geführt, Herr Staatssekretär Weikhart, als wir endlich einmal dabei waren, die ersten Schäden, die uns der Krieg an unserer Wirtschaft, an unserer Verwaltung geschlagen hat, halbwegs zum Verschwinden zu bringen, als wir im Jahre 1948 daran denken konnten, durch Schaffung des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes unsere zerstörten Wohnhäuser wiederaufzubauen. Es sind heute von Ihnen, Herr Staatssekretär, Ziffern genannt worden. Ich habe auch Ziffern. Sie differieren nur etwas. Daraus geht hervor, daß wir wirklich Großes geleistet haben.

Wenn es jetzt darum geht, auf dem Gebiete des Wohnungswesens Ordnung zu schaffen, dann sollten wir uns darüber freuen. Ich freue mich wirklich darüber. Ich freue mich auch darüber, daß es mir noch gegönnt war, am Ende meiner Tätigkeit als öffentlicher Funktionär mit dabei zu sein, denn in der nächsten Session werde ich ja nicht mehr diesem Hohen Haus angehören. Ich bin im 69. Lebensjahr. Es freut einen immer, an einem Werk mitgewirkt zu haben, von dem wir uns am Ende dann doch vorstellen können, daß es für die Zukunft eine Lösung des gesamten Wohnungsproblems bringt und uns auch wirklich das

verspricht, was wir uns vorgenommen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wird nicht so leicht sein, alle diese Voraussetzungen zu schaffen. Es geht doch jetzt darum, eine Koordinierung aller Maßnahmen herbeizuführen. Dazu gehört aber auch, daß nicht nur das Geld für den Wohnungsbau aufgebracht wird, daß nicht allein Vorkehrungen getroffen werden, den Althausbesitz zu erhalten, dazu gehört noch viel mehr. Wenn wir sagen können: wir haben seit 1948 rund 329.000 Wohnungen mit einem Betrag von rund 33 Milliarden Schilling, wie der Herr Bundeskanzler an Hand einer Aufstellung, die er aus den einzelnen Ministerien bekommen hat, im Radio mitteilte, gebaut, dann können wir darauf stolz sein, daß uns diese Leistung gelungen ist. Daß es zu wenig war und daß wir das Problem nicht gänzlich lösen konnten, daran sind nicht wir schuld, die wir berufen waren, an diesen Arbeiten mitzuwirken, sondern die Verhältnisse waren stärker als wir, und zwar deshalb, weil Maßnahmen gesetzlicher Art gesetzt werden mußten, die nach gewissen Ansichten vordringlicher als der Wohnbau gewesen sind.

Aber es gehört nicht nur dazu, daß wir die Preise und die Löhne kontrollieren, sondern es gehört auch dazu, Kollege Weikhart, daß wir die Arbeitsleistung und die Arbeitsmoral kontrollieren. Ich stelle fest, daß gerade heute, wie es der Zufall haben will, über die Bauten bei der Gemeinde Wien berichtet wurde. In der „Presse“ lesen wir, daß das Kontrollamt der Stadt Wien feststellte, daß im Jahre 1965 kleinere Wohnungen und diese länger und schlechter gebaut wurden. Woran mag das liegen? Wir neiden den Bauarbeitern durchaus nicht eine Lohnerhöhung, sie verdienen es sicherlich. Aber wenn man viel mit Bauten zu tun hat, muß man manches Mal an der richtigen Arbeitsmoral zweifeln, wenn man nicht nur sehen muß, daß die Arbeit schlecht gemacht ist, sondern auch, daß man bedeutend länger baut, daß man heute um sechs Monate länger baut gegenüber viereinhalb Monaten im vergangenen Jahr. (*Abg. Rosa Jochmann: Das dürfen Sie aber nicht verallgemeinern, das sind einzelne!*) Ich verallgemeinere nicht, ich sage nur, daß eine Sitte im Baugewerbe eingetragen ist, die wir absolut nicht verteidigen und vertreten können. (*Abg. Rosa Jochmann: Daran sind aber nicht die Arbeiter schuld!*) Meine Damen und Herren! Ich habe nicht von Schuld gesprochen. Es muß auch dort wie überall jeder, so wie jeder andere, der auf seinen Platz gestellt ist, seine Pflicht erfüllen, sodaß man weiß: Hier wird eine Pflicht und eine Aufgabe im Interesse des österreichischen Volkes erfüllt.

## Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

977

**Prinke**

Heute zum Beispiel schreibt die „Arbeiter-Zeitung“, daß die Baupreise jetzt wieder steigen werden. Es heißt, sie werden viermal so hoch sein, als die Lohnerhöhung der Bauarbeiter beträgt. Ich muß Ihnen sagen, daß die Ziffern absolut nicht stimmen! Kollege Horr! Mir hat der Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft zugesagt, mir die Ziffern zu liefern in bezug auf die Baupreise beziehungsweise den Lohnanteil an den Baukosten und sonstigen Lasten. Es sind mir bis heute diese Daten noch nicht zugekommen. Es soll das kein Vorwurf sein, aber ich warte darauf, weil ich an diesen Dingen äußerst interessiert bin. Man kann aber nicht sagen, daß im heurigen Jahr die Lohnerhöhung bei den Bauarbeitern eine 6prozentige Erhöhung der Baupreise bringen wird und in der zweiten Etappe 8 Prozent. In Wirklichkeit ist es so, daß wir wohl von 6 Prozent in der ersten Etappe reden können, aber im nächsten Jahr werden es dann auf Grund des Übereinkommens, wenn es so zustande kommt, nur mehr 2 Prozent sein, also insgesamt 8 Prozent, während die „A-Z“ von 14 Prozent spricht.

Ich möchte also bitten, daß man besonders bei Presseaussendungen mit Ziffern sehr vorsichtig sein soll. Wir haben gestern soviel über die Preiserhöhungen gesprochen, ich will auf diese Dinge nicht zurückkommen. Aber ich habe mir heute von meiner Frau solche Preise einholen lassen und mußte feststellen, daß diese Preise, die hier genannt wurden, mit den Preisen, die wir tatsächlich in unseren Geschäften und auf unseren Märkten zu zahlen haben, nicht übereinstimmen.

Das Baugewerbe ist ein äußerst heikles Gewerbe. Gerade hier geht es darum, daß ein gutes Einvernehmen zwischen Bauherren und Bauarbeitern besteht, damit nicht durch übertriebene Forderungen, die sich am Ende dann in der Qualität und im Preise auswirken müssen, verhindert wird, mehr bauen zu können.

Es wird das neue Ministerium jetzt auch in der Lage sein, auf Grund der Befugnisse und Kompetenzen, die ihm zustehen, mitarbeiten zu können, den Arbeitsfrieden zu sichern. Auch wird eine entsprechende Kontrolle einsetzen können, sodaß wirklich davon gesprochen werden kann, daß auch hier Ordnung herrscht.

Meine Damen und Herren! Am Freitag mittags stellt das Baugewerbe die Arbeit ein, und von Freitag mittags bis Montag früh herrscht der Pfusch. Das Pfuscherunwesen ist so groß, daß die normale Arbeit darunter leidet. In der Gasse, in der ich wohne, hat sich eine Partie von Pfuschern aufgemacht, geht von Haus zu Haus und repariert samstags und sonntags die einzelnen Häuser, während

auf der anderen Seite bei den Bauten oft ein Rückstand von eineinhalb bis zwei Jahren zu verzeichnen ist. (Abg. Mayr: Kosten pro Stunde 40 bis 50 S!) Das ist noch billig! Es geht nicht nur an die Adresse der Bauarbeiter, es geht auch um alle Nebengewerbe. Ich habe eine Rechnung gesehen, wo für eine Elektrikerstunde für einen Helfer mit seinem Lehrling 110 S verlangt werden, meine Damen und Herren, und das für zusätzliche Arbeiten, die geleistet werden müssen! Also das kann sich der Großteil der einzelnen Wohnungsuehenden dann nicht mehr leisten. (Abg. Rosa Jochmann: Was kriegt der Arbeiter von den 110 S? — Abg. Mayr: Der Pfuscher steckt sie ein!)

Wenn wir Vergleiche mit dem Ausland ziehen und sagen, daß das Ausland mehr baut, daß das Ausland dafür mehr Geld der öffentlichen Hand zur Verfügung stellt, sodaß mehr gebaut werden kann, so hat das teilweise seine Richtigkeit. Es wird aber vergessen, zu sagen, daß uns auf der einen Seite die Arbeitskapazität fehlt und auf der anderen Seite, wie ich schon sagte, auch der Mut, den Finger auf die Wunde zu legen.

Der verstorbene Präsident des Gewerkschaftsbundes Johann Böhm hat einmal die Worte gesprochen: Wenn wir mehr verlangen, dann muß auch unsere Leistung eine entsprechende sein, damit wir wirtschaftlich mithalten können, damit wir wirtschaftlich in die Lage kommen, den Gegebenheiten zu entsprechen. (Abg. Rosa Jochmann: Schauen Sie sich an, was in diesen 20 Jahren aufgebaut worden ist! Wer hat denn das aufgebaut?) Nein, gnädige Frau, Sie verstehen mich falsch. (Abg. Rosa Jochmann: Ich verstehe Sie sehr gut!) Was Böhm gesagt hat, unterstreiche ich hundertmal. Wir müssen jeder für das bessere Leben, das wir führen, etwas leisten, denn uns stehen in naher Zukunft Zeiten bevor, in denen wir uns voll und ganz werden behaupten müssen, weil wir sonst nicht mithalten werden können. Und deshalb ergeht mein Appell nicht als Rüge an irgendwelchen Kreis unserer Bevölkerung — ich weiß, wie schwer manche Berufe arbeiten müssen —, sondern als Mahnung an alle, daß wir etwas mehr tun müssen, um auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens Vergleiche mit dem Ausland aushalten zu können.

Wenn wir nun an die Lösung der Probleme des Wohnungsbauens gehen, müßte sich Kollege Weikhart ganz besonders freuen. Alles, was wir am Semmering besprochen und beschlossen haben, hat der Herr Staatssekretär Weikhart 100prozentig unterstrichen. (Abg. Weikhart: Ich war nicht auf dem Semmering! — Abg. Dr. Withalm: Er könnte oben gewesen sein! — Abg. Dr. van Tongel:

978

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Prinke**

*Der geheime Gast!)* Wir haben alle die Forderungen, die heute hier aufgestellt wurden, in unser Programm aufgenommen. Wir sind dazu bereit, sie zu erfüllen. Kollege Weikhart! Wir sind uns klar darüber, daß wir die Dinge nur gemeinsam machen können, wir wollen sie gar nicht allein machen, wenn auch manches vielleicht nicht einheitlich wird durchgeführt werden können. (*Abg. Dr. van Tongel: Ihr seid schon wieder sehr weit!*) Nein, das ist ein Beschuß der Partei, nicht meine alleinige Meinung. Das hat die Partei am Semmering beschlossen. Herr Generalsekretär, bitte mich der Lüge zu zeihen, wenn es nicht stimmt! (*Abg. Zeillinger: Das wird er doch nicht tun!* — *Abg. Probst: Du hast es nicht notwendig, brav zu sein!*) Ich hab's nicht notwendig — ganz richtig! Bei meinem Alter ist es egal, ob ich noch ein paar Tage länger oder weniger lang da bin. Ich war mein Leben lang ein aufrichtiger Mensch. Wenn ich etwas versprochen habe, dann habe ich es auch, soweit es möglich war, gehalten. Mit mir kann man — um einen Wiener Ausdruck zu gebrauchen — Pferde stehlen gehen. Ich werde immer zur Stange halten. So war es auch bei den Verhandlungen, die wir geführt haben.

Wir dürfen bei der Lösung des Problems die Dinge nicht einseitig sehen. Vor uns liegt auf der einen Seite das große Problem der alten Menschen, die heute in Wohnungen hausen, die sie nicht mehr instandhalten können, weil ihre körperlichen Kräfte nicht mehr dazu ausreichen, weil sie vielfach auch nicht in der Lage sind, diese Wohnung so zu pflegen, wie es heute notwendig wäre. Sie sehnen sich danach, in eine kleinere, moderne Wohnung zu kommen, wo ihnen viele Hilfsmittel zur Verfügung stehen. (*Abg. Rosa Jochmann: Stimmt nicht ganz!*) Nicht alle! Bei der Gemeinde Wien wurde auch ein Versuch gemacht. Ich weiß, wo Menschen sind, da „menschelt“ es eben. Es wird also mitunter einen Krach oder Zusammenstöße unter den Leuten geben. Aber es ist ein Problem, meine Damen und Herren, dem wir uns gegenübersehen und das irgendwie gelöst werden muß.

Wir haben auf der anderen Seite selbstverständlich der Jugend zu dienen. Die Jugend steht draußen und wartet, weil unsere Alten in den Wohnungen sitzen — soweit sie noch als Wohnungen bezeichnet werden können — und sie in die Wohnungen nicht hinein können, weil die alten Leute länger — wie man gesagt hat, um 20 Jahre länger — leben. Das hat sich jetzt schon ein bissel geändert. Die Lebenserwartung geht schon langsam zurück, wie von Ärzten festgestellt wurde.

Außerdem haben wir dafür zu sorgen, daß auch beim Wohnungsbau Gerechtigkeit und

gleiche Bedingungen geschaffen werden. Kollege Weikhart! Heute wird der Vorwurf gemacht, erst seit dem vergangenen Herbst, bevor es zu den Wahlen gekommen sei, hätten wir davon gesprochen. Darf ich mir das Vergnügen machen, Ihnen die Zeitungsartikel, die ich in dieser Sache geschrieben habe, und auch meine Reden zu übermitteln, in denen ich immer wieder, seit über zehn Jahren, davon sprach, daß wir gleiche Startbedingungen schaffen müssen, da wir sonst nicht über die Hürde kommen. Es ist ungerecht, wenn ein Generaldirektor mit 30.000 oder 40.000 S Monatseinkommen (*Abg. Weikhart: Das war mein Slogan!*), sei es vom Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, vom Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds oder sonst aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Es ist absolut ungerecht, daß wir hier eine Förderung bis zu 100 Prozent oder bis zu 60 Prozent geben. Hier kann der einzelne mithelfen, daß mehr Wohnungen gebaut werden, indem er sich des Privatkapitalmarktes bedient.

Es müssen auch die bisherigen Leistungen an Eigenmitteln erbracht werden. In bezug auf die Leistung haben wir die Auffassung, daß auch der einzelne mithelfen muß, um das Wohnungsbauvolumen zu vergrößern. Es war ja auch beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds nicht anders; auch hier mußte ein Teil aus Privatgeldern aufgebracht werden. Bei diesem Fonds wurden nur 60 Prozent gefördert; dazu kamen 10 Prozent Eigenmittel, und 30 Prozent mußten als Privatdarlehen aufgebracht werden. Dadurch entstand ja schon die Ungleichheit gegenüber dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Hier muß eine entsprechende Angleichung herbeigeführt werden.

In dem Zusammenhang wird auch davon gesprochen, daß eine Überhitzung der Baukonjunktur zu verzeichnen ist, daß wir nicht den richtigen Einsatz von Arbeitskräften und so weiter leisten können. Ich möchte ganz offen sagen: Beim Wohnungsbau gibt es keine Überhitzung. Wir müßten alle diese Schwierigkeiten, die sich beim Wohnungsbau ergeben, überwinden, wenn auch da und dort in der Bauwirtschaft eine Überhitzung festzustellen ist. Wir müssen prüfen, was wichtiger ist, und nach diesem Grundsatz wird nun der neue Minister seine Arbeiten einteilen und einrichten können, da alles bei ihm zusammenläuft, alles bei ihm koordiniert wird. Wir werden dann vielleicht auf einzelnen Gebieten von einer Überhitzung der Bauwirtschaft sprechen können, aber nicht im allgemeinen die Lösung aufstellen können, daß wir infolge der Überhitzung nicht in der Lage sind, mehr Wohnungen zu bauen.

Was die Mietzinserhöhung betrifft, Herr Kollege Weikhart, so ist zu sagen: Ich weiß

**Prinke**

nicht, ob Sie unsere Resolution vom Semmering gelesen haben. Wir haben ausdrücklich gesagt: Keine Mietzinserhöhung, denn sie ist keine Lösung; sie ist vielleicht eine vorübergehende Lösung. Sie wäre dann eine Lösung, wenn wir beim Wohnungsbau, bei der Gestaltung der Miete auch wirklich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen könnten. Das können wir nicht. Wir können es deshalb nicht, weil unsere Löhne und Gehälter noch nicht jenes Ausmaß erreicht haben, daß darin auch eine entsprechend hohe Miete einkalkuliert werden kann. Wir haben das ja immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Aber wir sind dafür, daß jede Familie nur eine geförderte Wohnung an einem Ort haben darf. Sie glauben gar nicht, was das ausmacht, wenn wir diesen Grundsatz verwirklichen. Davon haben wir oft gesprochen. Wissen Sie, was mir für Fälle schon untergekommen sind, was für Briefe ich bekommen habe, und wie oft Kollegen zu mir klagen kommen und mir erzählen, daß sie Fälle kennen, wo es zwei, drei vier oder fünf geförderte Wohnungen gibt, die einen Besitzer haben und von denen wir keine Ahnung haben, die alle jetzt freiwerden könnten. (Abg. Moser: Kollege Prinke! Jahrelang reden wir davon in dem Haus!) Nein, nein! Hier werden Sie mir nichts dreinreden! Von mir liegt seit sechs oder acht Jahren ein Antrag hier im Haus. Dieser Antrag geht darauf aus, daß jemandem, der mehr als eine geförderte Wohnung hat, das Darlehen gekündigt werden kann. Wenn Sie es wünschen (Abg. Horr: Aber wir haben das doch nicht verhindert!), so hebe ich Ihnen die Anträge aus. Ich habe verlangt, daß wir den Antrag einmal allein machen. (Abg. Konir: Warum ist der Antrag nicht beschlossen worden? — Abg. Horr: Prinke, wir waren nicht dagegen! — Abg. Moser: „Alles oder nichts“ war der Ausspruch Ihres Generalsekretärs!) Ich will die Situation nicht vergessen. Ich sage Ihnen nur, daß wir nicht dazugekommen sind, diesen Antrag zu beschließen, obwohl ich es immer wieder verlangt habe und ihn immer wieder nach Ablauf einer Gesetzgebungsperiode eingebracht habe. Man wollte einfach nicht, weil man den Reparaturausgleichsfonds lieber hatte.

Wir müssen auch eine richtige Nutzung des vorhandenen Wohnraumes sicherstellen. Dahin zielt doch unser Antrag, den wir am Semmering ausgearbeitet haben. Wir wollen, daß jeder nur entweder eine Mieterschutzwohnung oder eine von der Öffentlichkeit geförderte Wohnung haben darf. Denn die Mieterschutzwohnung ist nach unserem Gesichtspunkt auch eine geförderte Wohnung, weil schließlich und endlich vielfach die Substanz verlorengeht, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß die erhaltungs-

würdigen Häuser durch entsprechende Mittel auch wirklich erhalten werden. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

In diesem Zusammenhang gilt unser Grundsatz: Schärfste Bekämpfung der Wohnungshortung! Wir werden streng darauf schauen, daß dieser Grundsatz durchgesetzt wird. Natürlich wird es Ausnahmen geben, zum Beispiel bei Personen, die im Diplomatischen Dienst stehen, die vorübergehend nicht in Wien sind, oder bei Arbeitern und Angestellten, die auf Montage oder irgendwo im Ausland sind und die die Wohnung momentan nicht bewohnen oder vielleicht einem Familienmitglied zur Verfügung gestellt haben. Eventuell wird auch für die Zeit, in der die Wohnung vermietet wird, von den zuständigen Behörden eine neue Ausnahmegenehmigung gegeben werden können, um auf der anderen Seite nicht wieder soziales Unrecht zu schaffen.

Ebenso muß auch mit dem Ablöseunfug aufgeräumt werden. Wir sagen es ganz ehrlich: Es besteht auch gar keine Berechtigung zur Hortung von Wohnungen. Es ist heute vielfach so, daß Wohnungen nur deshalb gehortet werden, um einzelnen Familienangehörigen, die später, in einigen Jahren, eine eigene Familie gründen wollen, die Wohnung zu erhalten. Auch hier wollen wir nachsichtig sein und im Mietengesetz Bestimmungen schaffen, daß für solche Zwecke diese Wohnungen auf Zeit vermietet werden können. In der Zwischenzeit kann sich der einzelne Wohnungswerber andere Möglichkeiten suchen, zu einer Wohnung zu kommen. Sie werden sehen, wie viele hunderte Wohnungen dadurch freiwerden. Vielleicht nicht gerade in Wien, aber ich habe auch die Interessen der Bundesländer im Auge, wo es solche Fälle sicherlich in einem stärkeren Ausmaß gibt.

Zur Subjektförderung: Ich habe schon angedeutet, daß wir den Menschen, der eine Wohnung sucht, fördern wollen. Wir werden hier nicht kleinlich sein. Wir werden auf das Wachsen der Familie Rücksicht nehmen müssen. Junge Menschen gehen heute eine Ehe ein; kommen Kinder, dann brauchen sie Platz, und dieser ist nicht vorhanden, weil den einzelnen zu kleinen Wohnungen gefördert wurden. Ich kann hier nicht vor der Familie halten machen, und man muß auch diesen Umstand berücksichtigen. Hier wird es notwendig sein, eine Lösung zu finden, die eine Möglichkeit dafür schafft, daß die Familie eine bevorzugte Behandlung erfährt, daß auch die Familie eventuell durch Mietzinsbeihilfen unterstützt wird, wenn sie nicht in der Lage ist, eine erhöhte Miete zu zahlen.

Freie und freiwerdende Wohnungen sollen aus der im Mietengesetz geregelten Mietzinsbil-

**Prinke**

dung ausgenommen werden und eine freie Mietzinsbildung zu einem Höchstlimit auf Zeit ermöglicht werden. Wir haben schon einmal ähnliches mit dem Neuvermietungsgesetz erlebt, wo 20 Groschen pro Friedenskrone als Neuvermietungszuschlag eingehoben wurden. Diese Freigabe, bei der ein oberes Limit gesetzt wird, soll dem Ablöseunfug ein Ende bereiten. Der Hausbesitzer erhält für die Erhaltung des Hauses eine höhere Miete, eine Miete, die es auch dem einzelnen Wohnungsuchenden, der jungen Familie ermöglicht, zu einer Wohnung zu kommen.

Aber, meine Damen und Herren, was muß vorher geschehen, bevor wir zu all diesen Lösungen kommen? Außer den genannten Maßnahmen muß noch vieles geschehen. Wenn wir von dem einzelnen verlangen, daß er einen Teil aus Eigenmitteln aufzubringen hat, muß auch der Kapitalmarkt entsprechend stark gemacht werden, um diesen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können. Es ist heute so, daß Sparinstitute, deren satzungsmäßige Aufgabe es ist, ihre Gelder hypothekarisch anzulegen, dieser Aufgabe nur unzureichend nachkommen, weil vielfach in den letzten Kriegsjahren eine Abwanderung in das Kommerzgeschäft erfolgt ist. Wir müssen auf dem Gebiete der Sparkassen, der Versicherungsanstalten und so weiter dazu kommen, daß wir auch hier den entsprechenden Kapitalmarkt zur Verfügung haben. Das ist aber nur möglich, wenn die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Es müssen gesetzliche Maßnahmen gesetzt werden, die wieder zurückführen auf die ursprüngliche Widmung dieser Beträge, wie sie satzungsgemäß vorgesehen sind.

Vorige Woche habe ich mir eine Sendung der Chefredakteure ansehen können. Es war einmal ein Abend, wo wir früher nach Hause gekommen sind. Kein Angriff gegen die Chefredakteure! Ich weiß, daß ich mir jetzt die Finger verbrenne, aber ich sage es trotzdem, weil es mir darum geht, daß auch dort Sachlichkeit Platz greift: Was dort geredet wurde, hat mit dem Konzept und mit den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt überhaupt nichts zu tun! Ich möchte also daher, wenn die Presse und besonders ihre Chefredakteure solche Unterhaltungen haben, bitten, sich vorher entsprechend zu informieren. Wir sind dazu gerne bereit. Je nachdem, wie die einzelnen Chefredakteure eingestellt sind, ob rot oder schwarz, wenn ich auch hier den Ausdruck gebrauchen darf, der schon in der Budgetdebatte verwendet worden ist, jeder in der Wohnwirtschaft Tätige wird in der Lage sein, die entsprechenden Auskünfte zu geben.

Wir sind bei der Semmeringtagung noch einen Schritt weiter gegangen (*Abg. Horr: Nicht*

*alles verraten! ), um für die Zukunft dem Wohnungsmarkt eine entsprechende Entwicklung so zu sichern, daß auch der Bestand des Objektes gesichert ist. Wir sind dazu übergegangen und wollen in unserem Programm des Wohnungsbauens den Gedanken verankern, daß das Wohnungseigentum in erster Linie berücksichtigt werden soll — auch beim genossenschaftlichen Wohnungsbau. Meine Damen und Herren! Bisher hat man uns das beim genossenschaftlichen Wohnungsbau versagt. Beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gibt es bis heute noch kein Wohnungseigentum. In diesem Fall wird der Kollege Horr wieder sagen: Aus Steuergeldern! Ja, natürlich aus Steuergeldern! Wir geben beim Wohnungsbau ja nur eine Hilfe aus Steuergeldern, wir geben ja nur einen Kredit, den der einzelne zurückzuzahlen hat, und er soll auch den Genuß haben an dem Opfer, das die ganze Bevölkerung bringt, damit Wohnungen gebaut werden können, die der Familie zugute kommen sollen. Er soll Eigentum an seiner Wohnung haben, er soll spüren, daß wir alle gemeinsam, ob wir links oder rechts stehen, bestrebt sind, dem einzelnen nicht nur Eigentum zu vermitteln, sondern ihm und seiner Familie absolute politische Freiheit sichern wollen. Denn wer Besitzer von Grund und Boden ist, wer seine eigene Wohnung hat, der wird in seinem Innern, wenn er früher in schlechten Wohnungsverhältnissen gelebt hat, mehr an die Familie denken, und es wird ein gesünderes Familienleben sichern. Es wird der Gedanke der Freiheit, dem wir ja alle unterworfen sind — wir sind fanatische Kämpfer für die Freiheit —, von der Familie hinausgetragen werden und wird uns so sichern, daß nicht nur in der Familie, sondern auch in der Gemeinschaft, egal, wo wir stehen, auch in Zukunft Frieden und Freiheit gesichert werden. (Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden auch etwas für die Untermieter tun müssen. Ich weiß, da werde ich mir jetzt wieder einige hundert Briefe damit einwirken, worin ich wieder mit schönen Namen bedacht werde, weil ich daran denke, den „Armen“ etwas wegzunehmen, die hohe Untermieten unter allen möglichen Vorwänden verlangen. Auch hier werden wir überprüfen müssen, ob es nicht eine gesetzliche Möglichkeit gibt, den Gegenstand, der in der Wohnung ist und der mit der Untervermietung dient, irgendwie preisrechtlich festsetzen zu können, um die Untermieter — das sind nämlich die Ärmsten — vor einer Übervorteilung schützen zu können.

Der Kollege Weikhart — ich komme nun auf seine Worte zurück — hat davon gesprochen, daß wir in erster Linie den Volkswohnungsbau fördern müssen. Alles, was wir

**Prinke**

hier vorschlagen, ist Volkswohnungsbau. Wir verweisen ja denjenigen, der besser situiert ist, der ein besseres Einkommen hat, darauf, nicht öffentliche Geldmittel in Anspruch zu nehmen, sondern sich der Bausparkassen zu bedienen, die ihm die Möglichkeit geben, ebenso sehr günstig Gelder zu erhalten; er ist in 17 Jahren aller Schuld ledig und hat damit sein schuldenfreies Eigentum. Wer also mehr hat, der soll sich dorthin wenden. Aber wir müssen natürlich auch hier etwas tun. Wir müssen die Bausparkassen ebenfalls entsprechend unterstützen, sei es auf finanzielle Weise durch die Gewährung von Annuitätenzuschüssen oder durch einen Zinsenzuschuß; damit müssen wir einen breiteren, stärkeren Weg öffnen, um hier auf diesem privaten Sektor etwas zu erreichen.

Kollege Weikhart ist auf Grund des von ihm vorgebrachten Ziffernmaterials zu der Annahme gekommen, daß wir im Jahre 1963 43.000 Wohnungen gefördert haben. Die beiden großen Fonds als solche haben aber in Wirklichkeit nicht ganz 18.000 Wohnungen gefördert; der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds haben je 9000 Wohnungen aus ihren Mitteln gefördert. Dazu kommt noch die Wohnbauförderung 1954. Wenn ich für sie annähernd die Hälfte eines Fonds, also die Hälfte von 9000, somit 4500 Wohnungen annehme, so haben wir in Wirklichkeit nur rund 23.000 Wohnungen öffentlich gefördert. (Abg. Moser: Das ist Theorie! Die Förderungsbestimmungen sind ganz verschieden!)

Unser Programm, Kollege Weikhart, 50.000 Wohnungen im Jahr zu bauen, haben wir uns einmal vorgenommen. Dieses Programm wollen wir auch erreichen, gemeinsam erreichen, nur dürfen wir uns nicht gegenseitig Schwierigkeiten machen, sondern müssen darauf bedacht sein, daß auch der Nährboden dazu geschaffen wird, daß uns das nötige Kapital zur Verfügung steht, damit wir diese Höchstzahl, die wir uns vorläufig vorgenommen haben, 50.000 Wohnungen im Jahr zu bauen, auch wirklich erreichen.

Uns allen sind die Rückstände bekannt, die wir auf Grund der Anmeldungen bei den einzelnen Fonds haben: 9,7 Milliarden beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, 3,4 Milliarden beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und annähernd 7,5 Milliarden bei der Wohnbauförderung. Das sind ungeheure Beträge. Sie werden uns vielleicht verstehen, warum wir jetzt zur Subjektförderung übergehen: weil wir familiengerecht fördern und die Mittel verteilen wollen, weil wir auf der anderen Seite dazu den Kapitalmarkt mobilisieren wollen, um so annähernd die vorgenommene Zahl zu

erreichen und zu verdoppeln, die wir jetzt mit der Wohnbauförderung erreicht haben.

Herr Kollege Weikhart hat auch davon gesprochen, daß ein Großteil der Wohnungen in Österreich heute die Bezeichnung „Wohnung“ nicht mehr verdient, weil ja die Häuser in einem sehr schlechten Zustand sind, die sanitären Anlagen sich außerhalb des Verbandes der einzelnen Wohnungen befinden und so weiter, also mit einem Wort nicht mehr erhaltungswürdig sind. Am ärgsten davon ist unsere Vaterstadt Wien betroffen. In Wien sind 83 Prozent der Wohnungen Kleinstwohnungen bis 45 m<sup>2</sup> in schlechtestem Zustand. Die Häuser sind dem Verfall preisgegeben.

Wir müssen aber auch daran denken, ob wir nicht dort, wo ein Haus, eine Wohnung erhaltungsbedürftig ist, von der Öffentlichkeit aus etwas tun sollen, um diese Wohnungen und Häuser zu erhalten. Wenn wir heute von einem Rückstand von 500.000 Wohnungen sprechen und wenn wir 50.000 Wohnungen im Jahr bauen, so brauchen wir immerhin zehn Jahre dazu, diesen Bedarf befriedigen zu können.

Damit bin ich wieder bei der Sanierung unserer Häuser. Immer wieder war ich gezwungen, davon zu sprechen, daß uns hier ein ungeheuer großes Problem erwächst, von dem wir noch gar nicht wissen, ob wir es überhaupt bewältigen können. Wenn Sie sich heute die Verkehrsstatistik anschauen, wenn Sie das Ansteigen der Zahl der Kraftfahrzeuge beobachten, wenn Sie in bestimmten Stunden in unserer Stadt beobachten, wie die Verkehrswege vollständig verstopft sind, wo Sie für eine Strecke, die man normal mit einem Auto in 10 Minuten zurücklegt, 45 bis 50 Minuten brauchen, dann wird Ihnen klar, was in der Zukunft in unseren Städten alles getan werden muß, um einen modernen, gesunden, der heutigen Technik entsprechenden Zustand herbeizuführen.

Deshalb bin ich mit Ihnen einer Meinung. Sie hätten ruhig mit uns am Semmering sein können, um dort im gleichen Ton wie hier zu sprechen. (Abg. Moser: Das ist schon die zweite Einladung!) Wir haben alles, was hier zur Diskussion gestellt wird, in unser Programm aufgenommen. Die ersten Vorlagen werden uns ja bald erreichen. (Abg. Weikhart: Wir werden ja sehen!) Ich glaube aber nicht, daß der Bautenausschuß, also der parlamentarische Ausschuß für die Angelegenheiten des Ministeriums für Bauten und Technik, ausreichen wird, alle diese Dinge durchzubesprechen. Ich glaube eher, daß wir in die Lage versetzt werden, einen Sonderausschuß einzusetzen zu müssen, der sich nur mit der Wohnungsfrage

**Prinke**

beschäftigt, weil diese Materie, die hier zur Behandlung steht, derart groß ist, daß sie eine gesonderte Behandlung verlangt.

**Grundpreise:** Es ist ein Skandal, was sich auf diesem Gebiet tut. Ich habe es das letzte Mal gesagt: Heute verkauft man ein Grundstück nicht mehr nach dem Grundquadratmeter, sondern nach dem Wohnungsquadratmeter. Die zukünftigen Wohnungen werden als Maßstab für den Preis herangezogen. Ich habe den Einheitswert als Grundlage in irgend einer Form vorgeschlagen, sei es fünf-, sechs- oder zehnfach, wie Sie dann wollen, und vorgeschlagen, nur dort eine Förderung zuzulassen, wo auch beim Grundpreis entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, daß der einzelne, der eine Wohnung sucht, nicht übervorteilt wird.

Wir sind auch dafür, daß ein Assanierungsgegesetz geschaffen wird. Wir waren gar nicht weit auseinander, aber Sie wollten das Assanierungsgesetz nur für die Gemeinden und für die gemeinnützigen Genossenschaften, wir wollten das Assanierungsgesetz für alle. Wenn also die Gemeinde bestimmt: Dieses Gebiet ist zu sanieren, in diesem Gebiet werden die Häuser neu erbaut!, dann soll der einzelne, der die Realität besitzt, die Möglichkeit haben, selbst mittun zu können. Er soll nicht enteignet werden. Enteignung soll nur die letzte Maßnahme sein, wenn keine Einigung möglich ist und wenn er absolut starr an dem Gedanken festhält, daß er von seinem Eigentum nicht weichen will. Erst dann soll eine Enteignung möglich sein.

Das gleiche gilt auch beim Grundbeschaffungsgesetz. Von einer Hausherrenrente — meine Damen und Herren, das habe ich Ihnen schon ausgeführt — haben wir nie gesprochen. Wir können es einer Organisation der Hausbesitzer, die sich zusammenschließt, um die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, nicht verbieten, dort irgendwelche Anträge zu stellen und Dinge zu diskutieren, die in ihrem Gedankengut haften; aber daß wir als Partei jemals für Forderungen der Hausherren in dem Maß, wie sie dort aufgestellt wurden, eingetreten wären, stimmt nicht. (*Abg. Weikhart: Ich habe mit Absicht nicht verlesen, was Weißmann gesagt hat! — Abg. Probst: Du hast gesagt: „in dem Maß“! Das ist ein Relativsatz!*) Herr Kollege Weikhart! Kollege Weißmann wird selbst wissen, was er gesagt hat. Ich habe selbst, Herr Kollege Weikhart, ich gestehe das ein, vor Jahren verlangt: Versuchen wir, um unsere alten Häuser instand zu halten, in Etappen, eventuell in vier, fünf Jahren, auf das Vierfache des Mietzinses zu kommen. Hier im Haus habe ich das gesagt. Ich habe mich nicht gescheut, das auszusprechen in der Meinung, daß diese

Gelder zur Gänze, soweit es also den Notwendigkeiten entspricht, zur Modernisierung, eventuell zum Neubau unserer Häuser herangezogen werden. Wir haben uns dann nicht geeinigt ... (*Abg. Moser: In Deutschland hat die Freigabe der Mieten gar nichts gebracht!*) Ich weiß es! Sie brauchen mir das nicht zu erzählen. Ich weiß, wie es in den anderen Staaten ausschaut. Umsonst beschäftige ich mich nicht seit dem Jahre 1953 ununterbrochen mit diesen Dingen. Ich weiß, daß das keine Lösung bringt, das habe ich ja heute schon gesagt, daß wir daneben noch andere Maßnahmen setzen müssen, die es uns ermöglichen, auch wirklich den Aufgaben entsprechen zu können, denen wir unsere Arbeit gewidmet haben.

Meine Damen und Herren! Ich sage es noch einmal: Trotz der Bedenken verfassungsrechtlicher Art, die Sie haben, trotz der Bedenken, daß der Finanzminister eine Ausnahmegenehmigung erhalten hat, um die Dotations des Ministeriums herbeizuführen, freuen wir uns alle zusammen, daß wir jetzt wenigstens einen haben, an den wir uns wenden können, mit dem wir reden können (*Abg. Probst: Der auch schuld sein wird!*), daß wir Fachleute heranziehen können und wo wir endlich das Beste tun können, was wir wollen. (*Abg. Moser: An ihn werden wir uns wenden!*) Wir wollen doch auf der einen Seite unsere Arbeit nicht leisten, um nur eine Arbeit vollbracht zu haben — wir freuen uns, wenn sie gelingt —, aber auch nicht darum, daß wir nur darüber reden und auf der anderen Seite nichts tun. Und deshalb: Vielleicht mußte es so kommen — bitte mir nicht bös zu sein —, daß wir einmal allein etwas zu reden haben oder, sagen wir, allein etwas vorschlagen dürfen, vielleicht ist das der Weg, der uns im gemeinsamen Gespräch, von dem wir leider auseinandergekommen sind, dann wieder zusammengeführt und uns eine Möglichkeit schafft, daß wir nicht der eine da und der andere dort stehen, sondern in verschiedenen Anschaungen uns bemühen, dem österreichischen Volk zu dienen, denn das glaube ich: Jeder von uns hat den besten Wunsch, sein Bestes und sein Letztes für Österreich und sein Volk zu geben.

Damit es auch in Zukunft so sei, deshalb wollen wir Ordnung schaffen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, damit uns unsere Jugend nicht einmal flucht, sondern einmal sagt: Da waren Frauen und Männer, die das Beste getan haben, damit wir, unsere Familien, in Zukunft gesund und glücklich leben können! (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl ich heute bei Beginn der Sitzung gegen die formelle Handhabung der Abführung der Debatte zur Gruppe IX einen Einspruch erhoben hatte, war ich ursprünglich bereit, mich aus rein technischen Gründen an die vom Herrn Präsidenten verfügte und durch eine Mehrheit des Hauses gedeckte Abwicklung der Debatte zu halten. Durch eine „Köpfung der Rednerliste“, wie sie in diesem Hohen Hause einmalig war, bin aber nicht nur ich, sondern sind auch zwei Kollegen von der Sozialistischen Partei daran gehindert worden, Ausführungen zum Kapitel Handel zu machen. Ich darf Ihnen beziehungsweise denjenigen, die diesen taktischen und technischen Erfolg erzielt haben, versichern, daß sich wenigstens unserseits dieser Vorgang nicht mehr wiederholen wird. Wir werden Vorkehrungen dagegen zu treffen wissen. Das darf ich nur an die Spitze meiner Ausführungen setzen. (*Ruf bei der ÖVP: Warum?*) Ja, es wurde ein Redner zurückgezogen, ich darf Ihnen das erklären, da Sie das vielleicht noch nicht wissen. In der Annahme, daß ohnehin noch ein Redner spricht, waren die anderen Redner aber noch nicht gemeldet, und so konnte plötzlich der den Vorsitz führende Herr Präsident enunzieren, es sei niemand mehr zum Wort gemeldet. (*Abg. Dr. Withalm: Da kann niemand was dafür!*) Ja, bitte sehr. Aber das wird nicht mehr vorkommen, Herr Dr. Withalm, das kann ich Ihnen garantieren! Wir werden uns zu sichern wissen.

Ich selbst aber werde mir jetzt erlauben, meine Ausführungen zum Kapitel Handel nachzutragen, selbst auf die Gefahr hin, daß der Herr Ressortminister und seine Beamten nicht mehr anwesend sind. Ich kann dagegen nichts tun. Über die Probleme des Bautenministeriums wird mein Parteifreund Meiβl noch Gelegenheit haben zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Wir vermissen noch immer eine gesetzliche Regelung des Vergabewesens. Eine alte Forderung der freiheitlichen Fraktion ist noch immer nicht erfüllt. Ich führe diese Dinge alle nur jetzt ganz kurisorisch an.

Wir vermissen ferner den abschließenden Bericht über die Abrechnung in der Angelegenheit des Lusters für das Lincoln-Center in New York. Hier wurde uns in einer schriftlichen Anfragebeantwortung eine abschließende Berichterstattung zugesagt.

Wir vermissen seit längerer Zeit die Berichterstattung an den Nationalrat über den Fortschritt der Beratungen der Kommission, die eingesetzt ist, eine Reform der Gewerbeordnung einzuleiten. Wir würden gerne hören, wieweit diese Arbeiten gediehen sind.

Wir haben noch immer nichts gehört, was seitens des Handelsministeriums geschehen ist, um einem Übelstand zu steuern, der vor nahezu fünf Jahren von unserem Parteifreund Dr. Gredler hier im Hohen Hause in einer aufsehenerregenden Rede über den Einfluß der Kommunistischen Partei Österreichs auf den österreichischen Handel und insbesondere auf den Osthändel aufgezeigt wurde. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dieser damals großes Aufsehen erregenden Rede einige Stellen wiederholen. Herr Dr. Gredler sagte:

„Ich spreche über verschiedene bedrohliche Faktoren bezüglich des Einflusses der KPÖ auf den österreichischen Handel, insbesondere den Osthändel. Wenn — so sagte Dr. Gredler — „ich dieses Thema behandle, so möchte ich von vornherein feststellen, daß daraus keinerlei Irrtum über die Einstellung der Freiheitlichen Partei zum Osthändel selbst entstehen soll.“

Die Praxis, daß sich in Österreich für lebenswichtige Rohstoffimporte“ — auch darüber wurde heute schon gesprochen — „aus den Ostländern Firmen etablieren, denen durch die Exportländer Monopolfunktionen eingeräumt werden, stellt in Wahrheit eine schwere Gefährdung unserer durchaus erwünschten Handelsbeziehungen mit dem Osten dar. Dazu kommt, daß die Gewinne dieser“ — kommunistischen — „Firmen zum größten Teil zur Finanzierung der kommunistischen Parteien nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen ... Ländern dienen. Die Bereitwilligkeit allerdings sowohl von verstaatlichten Betrieben ... wie auch im besonderen von Angehörigen der sogenannten bürgerlichen Wirtschaftssphäre, sich diesen Praktiken willenlos zu ergeben, sie zu unterstützen und zu fördern, verdient eindeutig gegeißelt zu werden.“

Dr. Gredler sagte weiters: „Ich möchte feststellen, daß die Praxis der Kommerzkomunisten in einzelnen Volksdemokratien eine größere Unterstützung findet, so vor allem seitens der DDR, als durch die Sowjetunion selbst.“

Es hat sich nichts geändert in diesen fünf Jahren, meine Damen und Herren, das darf ich gleich an dieser Stelle feststellen.

„Die Monopolstellung, die die erwähnten KPÖ-Firmen samt ihren andersgesinnten Aushängeschildern aus Kreisen beider“ — damaligen — „Regierungsparteien besitzen, besteht darin, daß ein Import verschiedener Erzeugnisse aus den Herkunftsländern nach Österreich keinen anderen Firmen ermöglicht wird. Solche Monopole in einer freien, marktwirtschaftlich geordneten Wirtschaft ent-

**Dr. van Tongel**

sprechen weder dem Konzept der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei, im besonderen nicht dem des Wirtschaftsbundes ... aber auch nicht der antikartellistischen und antimonopolistischen Einstellung der Sozialisten.

Die Gefahren, die in der erwähnten Monopolstellung der Kommerzunternehmen der KPÖ für die österreichische Volkswirtschaft entstehen, liegen auf der Hand.

Sie bestehen darin, daß jeder Konsument — in Österreich — „aus Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Verbraucherschaft, der diese Rohstoffe, die zumeist in großen Mengen importiert werden, benötigt, damit gezwungen ist, die kommunistischen Parteien“ — nicht nur Österreichs, sondern des Westens — „zu finanzieren.“

Sie bestehen darin, daß lebenswichtige Sektoren der österreichischen Wirtschaft sich in Händen befinden, die in der Lage sind, diese Tatsache politisch auszuwerten.“

Ich möchte Ihnen diese ganze Rede Doktor Gredlers jetzt nicht noch einmal im Wortlaut verlesen. Ich möchte nur sagen, daß Dr. Gredler seitenslang die Namen der maßgeblichen Männer dieser kommerzkommunistischen Firmen genannt hat, er nannte ihre Firmenbezeichnungen, er nannte die Branchen. Das möchte ich heute hier nicht wiederholen. Ich möchte nur den Schluß der Rede Doktor Gredlers wiederholen.

„Die Förderung des KP-Konzerns und seiner rein kartellkapitalistischen Unternehmungen durch koalitionsnahe Private, durch Behörden, durch Betriebe ist offensichtlich. Das Bemühen, andere Handelswege zu gehen, scheint“ — Dr. Gredler damals „mir nicht oder kaum vorhanden“ gewesen „zu sein.“

Er klagte dann die dafür verantwortlichen Stellen und Behörden Österreichs an.

Ich habe diese Rede zwei Jahre später, im Jahre 1963 zum Anlaß genommen, das gleiche Thema im Nationalrat wieder zu berühren; ich habe am 6. Dezember 1963 festgestellt: „Nicht das geringste ist geschehen, kein Wandel ist eingetreten.“ Ich sagte: „Wir“ — Freiheitlichen — „klagen daher heute an dieser Stelle wiederum an, genau mit denselben Worten, und wir fordern Abhilfe.“ Das war am 6. Dezember 1963! Heute, am 21. Juni 1966, darf ich feststellen, daß noch immer nicht das geringste in dieser Richtung geschehen ist.

Daß dieses Thema zumindest den Mitgliedern und Funktionären der Österreichischen Volkspartei bekannt ist, geht daraus hervor, daß mitten im Wahlkampf, der ja bekanntlich

im Zeichen der Anti-Volksfront stand, daß parteioffizielle Zentralorgan der ÖVP, das „Volksblatt“, am Sonntag, dem 23. Jänner 1966, mit einem herrlichen Bild „Millionenunternehmen im Besitz der KPÖ: Die ‚Globus‘-Druckerei in Wien-Brigittenau“, einen seitenlangen Artikel über das gleiche Thema gebracht hat, und hören und staunen Sie, meine Damen und Herren, mit denselben Worten, die Dr. Gredler vor fünf Jahren verwendet hat. Geschehen ist nichts, nicht das geringste, aber die „Volksfront“gefahr war sehr groß, meine Damen und Herren!

Ich darf mich einem anderen Thema zuwenden. Vor einigen Jahren hat der Abgeordnete Kostroun von der Sozialistischen Partei hier einen Initiativantrag eingebracht, worin er die Anregung gegeben hat, den Betrieben oder den Betriebsinhabern, die gewissermaßen als Inkassanten und Organe des Staates die öffentlichen Abgaben einkassieren, dafür ein Äquivalent, eine Vergütung zu gewähren. Die Freiheitliche Partei hat sich diesem Antrag des Kollegen Kostroun angeschlossen und einen ähnlich lautenden Initiativantrag eingebracht.

Bis heute ist auch in dieser Richtung wiederum nicht das geringste geschehen. Das Thema steht noch immer zur Debatte, und die Kollegen des Wirtschaftsbundes der Österreichischen Volkspartei sind herzlichst eingeladen, jetzt, wo sie keinerlei Hemmungen mehr anführen können seitens ihres früheren Regierungspartners, dieser Anregung näherzutreten. (*Abg. Kulhanek: Hemmungen haben wir nicht gehabt, bestenfalls Überlegungen!*) Die Überlegungen waren so, daß Sie es nicht für notwendig erachtet haben, den Inkassanten des Staates irgendeine Entschädigung für diese unbedankte und unbezahlte Arbeit zu geben. (*Abg. Kulhanek: Das ist ja noch nicht aus!*) Nun, vielleicht erleben wir es noch im weiteren Verlauf der Monokolore, daß Ihre Überlegungen zu einem positiven Ergebnis kommen.

Die gleiche Sache, Herr Kollege Kulhanek — gehen Sie jetzt nicht hinaus —, ist für den Wirtschaftsbund deshalb interessant, weil heute schon eine Debatte über den Gegenstand stattfand. Ihr neuer Abgeordneter, Herr Präsident Robert Graf hat das Thema der Umsatzsteuerermäßigung für Küchenbetriebe berührt. Ich habe ihm zugerufen, ob er am Freitag bei der Abstimmung über dieses Kapitel den Antrag der FPÖ unterstützen wird, den wir dazu stellen werden, wie wir ihn auch im Ausschuß schon gestellt haben, nämlich: Es möge für die Küchenbetriebe die Umsatzsteuer ermäßigt werden. Es hat sich daran eine lange Zwischenruf-Debatte

**Dr. van Tongel**

geknüpft, die ich nicht wiederholen will, ich teile Ihnen nur mit, daß wir am Freitag auch diese alte freiheitliche Forderung wieder vorbringen werden. (*Abg. Zeillinger: Wird er wieder Hemmungen haben?*) Vielleicht wird er am Freitag wieder zu überlegen beginnen. Aber ich weiß es nicht.

Meine Damen und Herren! Das Kraftfahrgegesetz, das ein Unterausschuß unter dem Vorsitz des Herrn Abgeordneten Prinke fast völlig fertiggestellt hatte — wir haben jahrelang daran gearbeitet und waren im September 1965 fast fertig, als die Regierungs- und Koalitionskrise ausgebrochen ist —, sollte, wie vor längerer Zeit verkündet wurde, von der Regierung in dem Zustand eingebracht werden, wie es damals vom Unterausschuß fast fertiggestellt war. Wir bekommen ganze Berge und kiloweise Regierungsvorlagen, aber eine Vorlage, die von großer Bedeutung für das Kraftfahrwesen ist, die aber auch wichtig für die Sicherheit auf unseren Straßen ist, ist noch immer nicht da, und je später sie kommt, desto weniger wird Gelegenheit sein, dieses Gesetz bald in Kraft zu setzen. Wenn es nämlich erst im Herbst wieder neuerlich beraten wird, kann es nicht am 1. Jänner 1967 in Kraft gesetzt werden. Ich darf daran erinnern, daß schon durch die im Jahre 1962 erfolgte Nationalratsauflösung dieses Gesetz, das ursprünglich am 1. Jänner 1964 hätte in Kraft treten sollen, verhindert und bis jetzt verzögert wurde.

Den amtlichen Stimmzettel bei den Handelskammerwahlen — ich weiß, daß das für gewisse Kollegen in der ÖVP ein heißes Eisen ist, das sie nicht gerne anfassen — haben wir bis heute noch nicht! Die ÖVP hat aber selbst seinerzeit das Thema junktimiert, die SPÖ hat es auch junktimiert. Die ÖVP hat gesagt: Wir sind bereit, den amtlichen Stimmzettel bei den Handelskammerwahlen einzuführen, wenn er auch bei den Arbeiterkammerwahlen kommt. Und die Kollegen von der Sozialistischen Partei haben solche Junktimierungen — im Volksmund „Kuhhandel“ genannt, an das hatten wir uns ja schon lange gewöhnt — akzeptiert und haben gesagt: Jawohl, das machen wir so.

Jetzt hemmt Sie, meine Herren und Damen von der ÖVP, nichts mehr, Ihr ursprüngliches Junktim im eigenen Bereich — ich möchte sagen: im Schoß der eigenen monokoloren Regierung — zu verwirklichen. Da die Frau Sozialminister ja einmal einen ÖAAB-Antrag auf Einführung des amtlichen Stimmzettels bei der Arbeiterkammerwahl mit unterschrieben hat, so werden Sie wohl in der Lage sein, vielleicht bis zu den nächsten Arbeiter- und Handelskammerwahlen dieses nunmehr

eigene Problem zu verwirklichen. (*Abg. Mitterer: Für 130 Fachgruppen?*)

Herr Kommerzialrat Mitterer, es war möglich, bei Gemeindewahlen in einigen österreichischen Bundesländern, wo man denselben Einwand hatte, auch den amtlichen Stimmzettel einzuführen. Ich glaube, es gibt auch bei der Handelskammerwahl nicht mehr unterschiedliche Bezeichnungen bei Innungen, Gremien, Gruppen und Verbänden, als es solche bei Gemeinderatswahlen gegeben hat. Es wird sicherlich technisch möglich sein, hier eine Lösung zu finden, wenn man will. Bisher haben wir aber den Eindruck gehabt, daß man aus ganz bestimmten Gründen nicht wollte. Ebenso wie man nicht wollte, daß bei der Arbeiterkammerwahl der amtliche Stimmzettel eingeführt wird. Dieselben Gründe gegen den amtlichen Stimmzettel hat man übrigens seinerzeit vor dem Jahre 1959 bei den allgemeinen Wahlen in den Nationalrat und in die Landtage auch gehabt. Dort hat der amtliche Stimmzettel sich sieghaft durchgesetzt, warum soll er jetzt bei Arbeiter- und Handelskammerwahlen nicht möglich sein? Landwirtschaftskammerwahlen kann ich nicht in den Bereich der Betrachtung ziehen, weil dafür die Landesgesetzgebung zuständig ist, aber auch dort würde er sich durchsetzen, wenn er bei den Arbeiterkammer- und Handelskammerwahlen zur Einführung gelangt. (*Abg. Zeillinger: In Salzburg ist er schon!*) Jawohl, ich glaube in einem anderen Land hat man ihn diesmal bei der Landwirtschaftskammerwahl noch aufgeschoben. Jedenfalls geht es und trägt nur der mangelnde demokratische Wille einiger Politiker daran Schuld, wenn diese Einführung des amtlichen Stimmzettels noch immer nicht gelungen ist.

Am Schluß des Kapitels Handel möchte ich noch etwas behandeln, was vielleicht auch Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, schon gelegentlich Sorgen gemacht hat: Es ist das Problem der Lohnverrechnung.

Das Chaos auf dem Gebiet der Lohnverrechnung ist einfach nicht mehr zu ertragen. Im Jahre 1959 hat der Hohe Nationalrat eine einstimmige Entschließung gefaßt, worin er die Regierung aufgefordert hat, hier Vorschläge zu erstatten und Änderungen vorzunehmen. Am 6. Dezember 1963 wurde auf Grund einer Anregung von mir ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Dr. Migsch, Machunze und Tongel, betreffend die Bereinigung der Probleme der Lohn- und Gehaltsverrechnung und jener der Einhebung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, eingebracht. Für Ende Februar 1964 wurde eine Enquête in Aussicht genommen

**Dr. van Tongel**

— bis heute hat diese Enquête nicht stattgefunden. Das Problem ist das gleiche wie damals.

Österreich hat 281.000 Betriebe der gewerblichen Wirtschaft mit rund 1.800.000 Beschäftigten. Statistische Erhebungen haben ergeben, daß die Lohnverrechnung pro Beschäftigten im Monat durchschnittlich 45 Minuten in Anspruch nimmt. Zu dieser Berechnung muß ich sagen, daß es schon ein sehr versierter Lohnbuchhalter sein muß, der im Monat pro Beschäftigten bei der Vielfalt der Dinge, auf die ich noch zu sprechen komme, dafür nur 45 Minuten braucht. Das bedeutet aber allein im Bereich der gewerblichen Wirtschaft — ich rede gar nicht von der Industrie — einen jährlichen Aufwand von 15.900.000 Stunden nur für die Lohnverrechnung.

Wenn man bedenkt, daß sich das kollektivvertragliche Gehalt eines Lohnverrechners um etwa 3000 S monatlich bewegt, so bedeutet das bei 14 Monatsbezügen, daß die gewerbliche Wirtschaft derzeit über 300 Millionen Schilling nur für Lohnverrechner ausgibt.

Wenn man weiter bedenkt, daß die durchschnittliche Jahresarbeitszeit eines in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigten rund 2000 Stunden beträgt — wenn man Urlaub, Feiertage, Krankheit und so weiter abrechnet —, so bedeutet das, daß bei einer vereinfachten Lohnverrechnung zumindest die Hälfte der dafür aufgewendeten Stunden, das sind 8 Millionen Stunden — sehr überschlagsmäßig gerechnet — eingespart und andererseits für eine produktivere Tätigkeit genutzt werden könnten.

Meine Damen und Herren! Zu diesem Thema sei festgestellt, daß dem Arbeitnehmer der auf dem Bruttolohn basierende richtige Netto- lohn in rascher und einfacher Weise ausge rechnet werden soll, um festzustellen, was er eigentlich zu bekommen hat. Dabei sind zu berücksichtigen: die Grundlöhne, die Sach bezüge, die Überstundenentlohnungen zu 25 Prozent, dann gibt es andere Überstunden entlohnungen zu 50 Prozent, dann gibt es Überstundenentlohnungen zu 100 Prozent, dann gibt es Sonntags-, Feiertags- und Nacht arbeitszuschläge, Zulagen für Schmutz, Gefahren, Erschwernis, Schlechtwetterzuschläge, Reisekosten, Mehraufwandsentschädigungen, Kraftfahrzeugpauschalien, Krankengelder und Krankengeldzuschüsse, Sonderzahlungen, Urlaubsabfindungen, Abfertigungen, Wohnungs und Kinderbeihilfen, ferner unzählige weitere in Kollektivverträgen oder betrieblichen Arbeitsordnungen enthaltene Bezugsteile.

Dabei ist die Abzugsfähigkeit dieser einzelnen Bezugsteile, die sehr unterschiedlich ist, zu

berücksichtigen. So unter anderem: allgemeine Lohnsteuerfreibeträge, persönliche Lohnsteuerfreibeträge, Wohnbauförderungs- und Wohnungsbeihilfenbeitrag, Lohnsummensteuer, Kinderbeihilfenausgleichsfondsbeitrag, Arbeiterkammerbeitrag, verschieden hohe Freibeträge sowie Auf- und Abrundungsvorschriften.

Insgesamt sind es 170 Lohnbestandteile. Und wenn hier noch einige Gesetze beschlossen werden, dann werden aus den 170 wahrscheinlich 180 oder 190 Lohnbestandteile werden, die auf Grund gesetzlicher oder kollektivvertraglicher Bestimmungen oder betriebsinterner Vereinbarungen existieren.

Von diesen 170 Lohnbestandteilen — ich bringe jetzt eine amtliche Statistik — sind 96 sozialversicherungspflichtig, 74 sozialversicherungsfrei; 101 von den 170 sind lohnsteuerpflichtig, 69 sind davon frei; 88 sind lohnsummensteuerpflichtig, 82 sind lohnsummensteuerfrei. 114 sind — ein gräßliches Wort — kinderbeihilfenzuschlagspflichtig und 56 sind frei. Demosthenes hätte sich bei diesem Thema gewiß sehr üben können, er hätte nicht ans Meer gehen müssen. (*Zwischenrufe.*) Jawohl, Kieselsteine. Er hätte nur das lesen müssen, dann wäre ihm leichter geworden.

Der Arbeitgeber — und das ist das entscheidende — haftet für die Richtigkeit der Berechnung aller dieser Abgaben und Beiträge, und er hat die einbehaltenden Beträge — ich sprach vorhin schon davon — ohne jede Entschädigung an das Betriebsfinanzamt, an die Krankenkasse und an die Gemeinde abzuführen. Trotz der Kompliziertheit dieses ganzen Systems haftet der Betriebsinhaber für Irrtümer. Die Kompliziertheit der Lohnverrechnung ist so groß, daß es für die Betriebsinhaber oder Lohnverrechner praktisch ganz unmöglich ist, alle Erlässe, Rechtsmeinungen und höchstgerichtlichen Entscheidungen bei der Lohn- und Gehaltsdurchrechnung zu berücksichtigen.

Und nun zum Abschluß dieses Kapitels — man könnte noch stundenlang darüber reden —: Das Wirtschaftsförderungsinstitut der Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat einen Leistungswettbewerb für Lohnverrechner ausgeschrieben. Ich habe das hier schon einmal zur Sprache gebracht und muß es noch einmal sagen, weil es außerordentlich eindrucksvoll ist und weil inzwischen zahlreiche neue Kollegen in das Hohe Haus eingezogen sind, die das auch mitanhören sollten. Zur Teilnahme daran wurden alle mit der Lohnverrechnung im Land Salzburg beschäftigten Personen eingeladen. Ursprünglich zeigten sich rund 200 Personen an dem Preisaus-

**Dr. van Tongel**

schreiben interessiert; nach Aussendung der Wettbewerbsaufgabe verblieben nur mehr 34, die anderen haben sich geflüchtet. Der Aufgabe wurde lediglich der praktische Fall einer sich über ein einziges Jahr erstreckenden Gehaltsverrechnung für einen Angestellten zugrunde gelegt. Die Aufgabe enthielt keinerlei Fragen, die nicht laufend und praktisch in der Lohnverrechnungspraxis vorzukommen pflegen, also keine Fangprobleme, keine besonders kniffligen Themen, sondern durchaus normale Fragen.

Und jetzt das Ergebnis: Kein einziger von den 34, die übriggeblieben sind, war in der Lage, die gestellte Aufgabe vollkommen richtig zu lösen, obwohl außer Buchhaltern und Lohnverrechnern auch Beamte der Gebietskrankenkasse und einzelner Finanzämter, ja sogar Lohnsteuerprüfer von Finanzämtern an diesem Preisausschreiben teilgenommen haben.

Meine Damen und Herren! Man braucht zu dem Thema nichts mehr zu sagen als das eine, daß dieses Kapitel nunmehr endlich bereinigt werden muß, weil alles Gerede von Produktivität, von Fürsorge um die Arbeitskräfte und so weiter leeres Geschwätz ist, wenn man dieses Problem, das sehr einfach zu lösen ist, noch immer nicht lösen würde.

Ich weiß, Sie werden mir sagen, das gehört eigentlich in das Kapitel des Finanzministeriums, dorthin ressortiert es zuständigkeitsshalber, aber es ist ebenso auch eine Angelegenheit vor allem der gewerblichen Wirtschaft. Ein großer Industriebetrieb muß sich selbstverständlich ein Lohnbüro halten und muß Lohnverrechner haben, aber der kleine Handels- und Gewerbetreibende — meine Damen und Herren, berücksichtigen Sie das bitte — gibt entweder seine ganze Freizeit auf — außerdem haftet er für allfällige Irrtümer —, oder er muß sich kostspielige Lohnverrechner halten, die, wie das zitierte Beispiel zeigt, für die Durchführung ihrer Aufgabe auch noch nicht unbedingt völlig sicher sind.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP regiert seit 18. April allein. Sie trägt für alle diese Fragen allein die Verantwortung, aber sie wird jetzt eingeladen, da sie keine Hemmungen, sondern nur mehr Überlegungen hat, bei der Lösung aller dieser Probleme mitzuwirken und vor allem bei der Vereinfachung der Lohnverrechnung endlich zu einem Ergebnis zu kommen. Ich kann der ÖVP versichern, daß wir freiheitlichen Abgeordneten sie bei der Lösung dieses Lohnverrechnungsproblems sicherlich nachdrücklich unterstützen und durch die Abgabe unserer Stimme für eine zureichende Erledigung sorgen werden.

Nun ganz zum Schluß einige Fragen aus dem Problemkreis des Bautenministeriums. Ich

wiederhole die schon vor langer Zeit gestellten Fragen: Ist es unbedingt notwendig, wenn ein Straßenstück repariert oder saniert wird, daß kilometerlange Zerstörungen stattfinden, obwohl keine Baumaschine dort steht und wochen- und monatelang auch kein Arbeiter dort gesichtet wird? Es werden der Einfachheit halber 5 oder 6 km aufgerissen — ja ich habe im Waldviertel einmal ein 20 km langes Stück angetroffen, devastiert und zerstört gefunden, durch Regen unterwaschen und praktisch unbenutzbar. Ich frage weiter: Ist es richtig, daß aus der Erhöhung der Mineralölsteuer, wie bisher unwidersprochen behauptet wird, im Jahre 1966 kein einziger zusätzlicher Kilometer Autobahn — „zusätzlich“ habe ich gesagt, nicht schon in der Planung vorgesehen — gebaut werden kann und daß heuer daraus nur ein Bau von höchstens 20 km Bundesstraßen möglich ist? Ich frage weiter, was ich seit 1959 immer wieder frage: Was ist mit der Errichtung weiterer Tankstellen — einige bestehen ja —, wie steht es vor allem mit der Errichtung der Rasthäuser an den Strecken der Autobahn? Ich bitte weiters, der Öffentlichkeit die Überlegungen mitzuteilen, die über die Einhebung einer Maut angestellt werden. Ich darf daran erinnern, daß es bei Verkündung des Autobahnprogramms im Jahre 1953, also vor 13 Jahren, als Grundsatz für den österreichischen Autobahnbau gegolten hat, daß keinerlei Maut eingeführt werden soll. Die Einführung einer Maut würde meiner Meinung nach bedeuten, daß viele und umfängliche Kontrollstellen eingerichtet werden müßten, daß die Zu- und Abfahrten abgesperrt werden müßten. Oder aber man geht zu jenem System über, von dem ich kürzlich in der Zeitung las und das vorsieht, daß man eine Jahreskarte nimmt, so eine Art Abonnement wie im Theater, und dann damit die Autobahn benutzen kann. Aber auch diese Maßnahme würde umfängliche und kostspielige Kontrolleinrichtungen bedingen. Ich weiß nicht, ob dieses System zielführend ist. Jedenfalls laden wir den Herrn Ressortminister ein, hierüber im Hohen Hause seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß wir weder dem Kapitel 20: Bauten, noch den Kapiteln 21 und 22 zustimmen können. Die Vorgänge im Bereich des österreichischen Straßen- und Autobahnbaues rechtfertigen keinesfalls ein solches Vertrauen zu diesem Ressort, daß wir diesen Budgetkapiteln unsere Zustimmung geben könnten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Bassetti. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Bassetti (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete van Tongel hat eine Reihe von Fragen angeschnitten, allerdings außerhalb des Kapitels Bauten, und es ist mir leider verwehrt, ihm zu antworten, da ich von der Freiheit, die ihm berechtigterweise zugestanden wurde, beim Kapitel Bauten vom Handel zu sprechen, weil er dort nicht zu Worte kommen konnte, doch nicht in dem Maße Gebrauch machen darf. (Abg. Zeillinger: Hat es Ihnen die Fraktion verboten? Herr Kollege! Treten Sie aus und kommen Sie zu uns, dann können Sie reden, über was Sie wollen! — Heiterkeit. — Ruf bei der ÖVP: Sie haben ja keinen Platz! — Abg. Zeillinger: Doch, Platz haben wir schon!) Die Reihen bei Ihnen aufzufüllen, ist mir doch ein bißchen zu mühselig. Ich ziehe es vor, produktivere Arbeit innerhalb unserer Partei und Fraktion zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Inauguration des Bautenministeriums soll uns Anlaß sein, eine kurze Bestandsaufnahme von allen jenen Aufgaben zu machen, die in den nächsten 10 bis 15 Jahren für dieses Ministerium zur Bewältigung heranstehen. Im Straßenbau wird der Bau beziehungsweise Neubau von Autobahnen und von Bundesstraßen allein im Umfang des derzeitigen Straßennetzes laut Bundesstraßengesetz, also ohne Tauernschnellstraße und ohne Brenner-Autobahn, ein Erfordernis von ungefähr 60 Milliarden Schilling bedeuten. Beim Hochbau des Bundes werden in den nächsten zehn Jahren allein für Schulbauten zirka 14 bis 17 Milliarden Schilling erforderlich sein. Die übrigen Bauten des Bundes für Amtsgebäude, für Kliniken, Wasserschutzbauten und so weiter werden in derselben Zeit ungefähr 8 bis 10 Milliarden Schilling erfordern. Der soziale Wohnbau, der zwar in der Hauptsache aus eigenen Fonds gespeist wird, aber immerhin vom Bautenministerium zu verwalteten sein wird, wird bei einer jährlichen Tangente von zirka 3,5 Milliarden in diesem Zeitraum ein Bauvolumen von 35 bis 40 Milliarden ausmachen. Es werden also in den nächsten 10 bis 15 Jahren vom Bautenministerium über 100 Milliarden Schilling im Zuge eines Bauprogramms abgewickelt werden müssen.

Zur möglichst reibungslosen Abwicklung dieses enormen Bauprogramms wird es einer Reihe von Maßnahmen bedürfen, von Koordinierungsmaßnahmen, wozu allerdings auch die Mitarbeit einer Reihe von Institutionen und Organisationen gebraucht wird: die Mitarbeit der Institute für Raumplanung und Wirtschaftsforschung, der Verbindungsstellen der Länder, der Landesbaudirektionen; es wird auch der Mitarbeit der Interessen-

verbände bedürfen, des Gewerkschaftsbundes und der Bundeskammer, letztlich aber auch der Mitarbeit der Bauforschung, und zwar unter Heranziehung der zirka 20 bis 25 einschlägigen technischen Forschungsinstitute.

Das Straßenbauprogramm stellt an den Bauvorhaben des Bautenministeriums wohl den größten Anteil. Das Mißverhältnis zwischen vorhandener Verkehrsfläche und der sich enorm entwickelnden Motorisierung wird immer größer. Nun läßt sich aber die Motorisierung nicht abwürgen. Im Gegenteil! Sie ist sogar ein Gradmesser des Lebensstandards, und mit wachsendem Lebensstandard wird sie noch weiterhin zunehmen. Die Motorisierung ist ihrerseits aber auch ein Antrieb für eine weitere wirtschaftliche Expansion, denn sie erhöht die Leistungskraft der Wirtschaft und damit das Bruttonationalprodukt, sie verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit und macht letztlich auch die Arbeitskraft mobil.

Das Ausbautempo des Straßennetzes wird aber von mehreren Faktoren bestimmt: zunächst von der Zunahme der Motorisierung im Inland. In Österreich sind derzeit über 700.000 Kraftfahrzeuge angemeldet, das bedeutet, daß auf 9 Einwohner 1 Kraftfahrzeug kommt. In 10 Jahren rechnet man mit einer Verdoppelung, es werden ungefähr 1.400.000 Kraftfahrzeuge allein in Österreich im Verkehr sein, das bedeutet, daß auf 5 Einwohner ein Kraftfahrzeug kommen wird. Der internationale Vergleich zeigt wesentlich andere Zahlen: In Schweden ist derzeit bereits pro 4,2 Einwohner ein Kraftfahrzeug im Verkehr, in den USA kommt bereits auf 2,2 Einwohner ein Kraftfahrzeug.

Ein anderer Faktor, der den raschen Ausbau unseres Straßennetzes verlangt, ist der Fremdenverkehr. Die Entwicklung auf diesem Sektor ist geradezu explosiv. Im Jahre 1965 sind 60 Millionen fremde Gäste nach Österreich eingereist, davon 50 Millionen mit PKW auf der Straße. Das bedeutet, daß sich in den letzten sechs Jahren die Einreise auf der Straße versechsfacht hat.

Da die Motorisierungswelle im Westen mit wachsendem Lebensstandard noch weiter zunimmt, muß erwartet werden, daß diese explosive Entwicklung sich in den nächsten Jahren in voller Intensität bei uns auswirken wird, sodaß Bundesstraßen und Autobahnen vom Fremdenverkehr, von einer Lawine der Motorisierung vom Ausland her erfaßt werden.

Ein weiterer Faktor, der ebenfalls zu einem sehr beschleunigten Ausbau des Straßennetzes drängt, ist der zunehmende Güterverkehr auf der Straße, und zwar sowohl der innerösterreichische Binnengüterverkehr als auch der

**Dr. Bassetti**

internationale, der grenzüberschreitende Güterverkehr.

In Österreich hat sich der Bestand an Lastkraftwagen in den letzten fünf Jahren verdoppelt; er beträgt heute 100.000 angemeldete Lastkraftwagen. Die Entwicklung geht weiter! Dies ist immerhin auch dafür ein Beweis, daß die Straßen eine wesentliche Voraussetzung für die regionale Erschließung der verschiedenen Gebiete und für deren wirtschaftliche Entwicklung sind.

Der grenzüberschreitende Gütertransport, der hauptsächlich auf den sogenannten Europastraßen und auf den Autobahnen vor sich geht, hat in den letzten Jahren ebenfalls eine gewaltige Zunahme erfahren, zu der natürlich die geographische Lage Österreichs wesentlich beiträgt.

Allein an den Zahlen, die ich über den grenzüberschreitenden Verkehr am Brenner zur Verfügung habe, kann man ermessen, wie die Entwicklung auf diesem Gebiete vor sich geht. 1957 wurden auf der Straße in Ein- und Ausfuhr 120.000 t Güter befördert. Sieben Jahre später, 1964, ist diese Zahl auf 1.200.000 t, somit also auf das Zehnfache, angewachsen. Diese Entwicklung hält weiter an. Sie betrifft hauptsächlich die großen Durchzugsstraßen und die Autobahnen, sodaß also auch das Ausbauprogramm insbesondere der Autobahnen als außerordentlich vordringlich bezeichnet werden muß.

Es gibt aber auch noch andere Faktoren, die zu einem forcierten Ausbau des Straßennetzes drängen. Wir wissen alle, daß schlechte Straßen einen vermehrten Verschleiß an Kraftfahrzeugen mit sich bringen, vermehrte Reparaturen, einen stärkeren Reifenverschleiß, erhöhten Treibstoffverbrauch, größeren Zeitverlust, durchwegs Angelegenheiten, die, insgesamt gerechnet, gewaltige Beträge ausmachen.

Schlechte Straßen bedingen aber auch vermehrte Verkehrsunfälle, und mit den großen materiellen Schäden verbunden sind die noch viel größeren unmeßbaren immateriellen Schäden, die Leben und Gesundheit der Verkehrsteilnehmer betreffen. Es ist also der Ausspruch, daß am teuersten jene Straßen sind, die nicht gebaut sind, in voller Bedeutung des Wortes wahr.

Die Autobahnen umfassen laut vorgesehenem Programm ein Netz von 1100 km, und zwar ohne Tauernstraße, wovon laut Bericht, den der Herr Handelsminister im letzten Jahr dem Nationalrat und auch der Bundesregierung gegeben hat, 400 km fertiggestellt sind. Weitere 100 km mit einem Erfordernis von ungefähr 3,5 Milliarden sind derzeit in verschiedenen Teilabschnitten in Vorarlberg, in Tirol,

in Salzburg, in der Steiermark und in Kärnten in Bau, 600 km mit einem Erfordernis von rund 20 bis 22 Milliarden sind noch zu bauen.

Wenn man annimmt, daß dieser Bau innerhalb von zehn bis zwölf Jahren — ein immerhin schon maximaler Zeitabschnitt — vollendet sein soll, so bedeutet das, daß für den Autobahnbau pro Jahr eine Tangente von zirka 2 Milliarden zur Verfügung gestellt sein muß. Man könnte mit diesem Geld jährlich eine Strecke von ungefähr 65 bis 70 km bauen.

1966 sind im ordentlichen und im außerordentlichen Budget insgesamt 1,3 Milliarden für den Autobahnbau bereitgestellt. Der Rest müßte heuer und wahrscheinlich auch in den kommenden Jahren auf dem Kreditwege beschafft werden, wozu ein Teil jener Beträge, die dem Bund aus der Benzinpreiserhöhung zufließen, zur Amortisation und zur Verzinsung verwendet werden könnte. Herr Bundesminister Dr. Kotzina hat anlässlich der Budgetdebatte im Finanz- und Budgetausschuß dargestellt, daß diese Beträge ohne weiteres reichen würden, um jährliche Kredite bis zu 1 Milliarde für den Autobahnbau aufnehmen zu können, ohne daß das Budget damit belastet wird und ohne daß der Finanzminister gezwungen ist, andere Posten zu kürzen.

Die Bundesstraßen umfassen ebenfalls laut dem zitierten Bericht des Herrn Bundesministers für Handel vom Herbst des Vorjahres laut Bundesstraßengesetz ein Gesamtnetz von zirka 9200 km. Rund ein Viertel davon ist voll ausgebaut, ein weiteres Viertel reicht für ungefähr zehn Jahre, die Hälfte aber bedarf dringend des Neubaues, der Modernisierung.

Praktisch heißt das, daß drei Viertel des derzeitigen Bundesstraßennetzes im Laufe der Zeit vollkommen neu ausgebaut werden müssen, was einem Erfordernis von zirka 30 bis 35 Milliarden entspricht, wenn man annimmt, daß der Vollausbau eines Kilometers je nach Geländebeschaffenheit 3 bis 6 Millionen kosten wird. Das heißt, daß ebenfalls bei einer Bauzeit von 15 Jahren — auch das ist schon maximal berechnet, denn wir müssen bedenken, daß in der Zwischenzeit die Motorisierungswelle weiter vor sich geht und weiter zunimmt — für den Vollausbau jährlich zirka 2,2 Milliarden erforderlich werden. Dazu kommt noch eine halbe Milliarde für die Erhaltung der bereits bestehenden Straßen, sodaß für die Bundesstraßen jährlich 2,7 Milliarden notwendig werden.

Die Mittel für diesen Vollausbau werden aber in den nächsten fünf bis sechs Jahren zufolge vordringlicher Arbeiten, wie der Staubbremmachung für ungefähr 500 km Bundes-

**Dr. Bassetti**

straßen, vor allem aber wegen der Regenerierung und Frostsicherung von zirka 4700 km verkehrswichtiger bestehender Straßen, verkürzt werden, sodaß also durch die Absorbierung von zirka 7 bis 8 Milliarden für diese vordringlichen Arbeiten der Vollausbau weiter verzögert wird und statt in 15 Jahren erst in 18 bis 20 Jahren vollendet sein wird — immer unter der Voraussetzung, daß ungefähr 2,5 bis 2,7 Milliarden auch wirklich zur Verfügung stehen.

1966 ist der für den Ausbau der Bundesstraßen verfügbare Betrag nicht höher als 2,3 Milliarden Schilling. Das nötige Jahreserfordernis von 2,7 Milliarden wird vielleicht erst in zwei bis drei Jahren aus der zu erwartenden Zuwachsrate der Mineralölsteuer kommen. Immerhin wird man alles in allem selbst bei optimistischer Beurteilung noch mit 18 bis 20 Jahren rechnen müssen, bis der Vollausbau der Bundesstraßen in der erwünschten Form getätig ist. Wir können nur hoffen, daß uns in der Zwischenzeit die Motorisierungswelle nicht derart überrollt, daß wir bei dieser langen Bauzeit in regelrecht katastrophale Verhältnisse geraten.

Die optimale Realisierung dieses Straßenbauprogramms erfordert gewisse Maßnahmen. Der Herr Bundesminister Dr. Kotzina hat anlässlich der erwähnten Budgetdebatte bereits angekündigt, daß er, der veränderten Verkehrslage entsprechend, einige Maßnahmen treffen werde, so die Novellierung des Bundesstraßengesetzes, die Erstellung eines neuen Dringlichkeits- und Zeitplanes unter Heranziehung der Hilfe der Institute für Raum- und Wirtschaftsforschung und der Verbindungsstelle der Länder, eine Koordinierung der Bauaufgaben mit Hilfe der Interessenverbände in der Bundeskammer und des Gewerkschaftsbundes und eine rechtzeitige Grundstücksicherung. Das Parlament kann diese Initiative des Herrn Bundesministers nur begrüßen und ihr die volle Unterstützung geben.

Der Hochbau des Bundes wird 1966 ohne den sozialen Wohnbau, den sogenannten Volkswohnbau, ungefähr 1,4 Milliarden Schilling betragen, davon 580 Millionen allein für Schulen, Hochschulen, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, 280 Millionen für Amtsgebäude, 290 Millionen für militärische Anlagen und 210 Millionen für Kliniken, Sportstätten, Bунdestheater et cetera.

Bei all dem bleibt das Kardinalproblem für die Realisierung dieses Bauprogramms nach wie vor die Abstimmung des Bauvolumens auf die vorhandene freie Baukapazität, das heißt auf jene Baukapazität, die nach Abzug der privaten Bautätigkeit für die öffentliche Bau-

tätigkeit noch vorhanden ist. Um dem Rechnung zu tragen, müßte also der Bund eine sogenannte antizyklische Bautätigkeit entfalten, was allerdings in Anbetracht der dringenden Bauvorhaben sowohl auf dem Schulbau wie auf dem Straßenbausektor und so weiter kaum der Fall sein kann, zumindest nicht im erwünschten Ausmaß.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bewegung des Baukostenindex interessant. Der Baukostenindex in Österreich ist in den letzten fünf Jahren um 31,9 Prozent gestiegen. Davon entfallen auf die Arbeit 47,3 Prozent und auf die Baustoffe 16,2 Prozent. Ein internationaler Vergleich zeigt, daß Österreich in dieser Entwicklung durchaus im Mittelfeld der europäischen Staaten liegt. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Baukostenindex in derselben Zeit um 38,1 Prozent gestiegen, in der Schweiz um 44,2 Prozent, in Dänemark um 27,6 Prozent, in Frankreich um 27,5 Prozent, in Italien um 53,6 Prozent, in Schweden um 24,3 Prozent.

Es werden nun verschiedene Dämpfungsmaßnahmen gegen eine Überhitzung der Baukonjunktur empfohlen. Eine der radikalsten Empfehlungen ist, der Bund solle seine öffentliche Bautätigkeit in rigoroser Weise kürzen. Ich glaube, daß diese Empfehlung nicht befolgenswert ist, da sie verschiedenen Momenten nicht Rechnung trägt. Fürs erste ist zum Beispiel der Straßenbau wenig lohnintensiv. Die Lohnintensität beträgt nur ungefähr 20 Prozent, außerdem wäre eine Kürzung gerade im Straßenbau eine völlig verkehrte Maßnahme, da der Straßenbau eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und auch für den Fremdenverkehr ist. Der Hochbau des Bundes beträgt praktisch im laufenden Jahr nur 1,4 Milliarden, was, gemessen am gesamten Jahresbauvolumen in Österreich mit 34 Milliarden, eine „quantité négligeable“ ist, sodaß also auch hier drastische Drosselungsmaßnahmen wirkungslos verpuffen würden, wiewohl zugegeben wird, daß die Lohnintensität gerade beim Hochbau sehr groß ist. Eine Einsparung oder Kürzung des sozialen Wohnbaus ist ebenfalls völlig indiskutabel, sodaß diese Empfehlung der drastischen Kürzung oder der antizyklischen Bautätigkeit des Bundes praktisch ins Leere stößt.

Es gibt hingegen andere, zweckmäßige Dämpfungsmaßnahmen, die die Überhitzungserscheinungen und auch die Kostensteigerungen etwas dämpfen können. Als einer der wesentlichsten Punkte ist hiebei die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels anzuführen. Der Arbeitskräftemangel ist unbestritten eine der Hauptquellen für die steigenden Kosten, und

**Dr. Bassetti**

es wäre alles daranzusetzen, um vorerst das inländische Arbeitskräftepotential möglichst restlos auszuschöpfen. Ich scheue mich nicht, hier heiße Eisen anzufassen: Es wäre hier auf steuerlichem und gesetzlichem Wege verschiedenes vorzukehren, so zum Beispiel hinsichtlich einer Erleichterung der Ruhensbestimmungen, auch hinsichtlich einer Erleichterung bei Überstunden, wie überhaupt der Progression der steuerlichen Belastung, um den inländischen Arbeitskräften einen vermehrten Anreiz zu erhöhter Leistung zu geben.

Daneben sind allerdings ausländische Arbeitskräfte nach wie vor das einzige Hilfsmittel.

Auf diesem Gebiet ist leider die derzeitige Genehmigungspraxis hinderlich: Das bisherige Einzelgenehmigungsverfahren hat Nachteile. Es bringt Zeitverlust mit sich, da die Kontingentverhandlungen zwischen Bundeskammer und Gewerkschaftsbund immer zeitraubend sind, dann außerdem die Einzelgenehmigung durch die Arbeitsämter erforderlich ist, sodaß die Werbekommissionen, die in Spanien, in der Türkei und in Jugoslawien unterhalten werden, praktisch immer erst zu spät in der Lage sind, Arbeitskräfte anzuwerben; meist zu einem Zeitpunkt, zu dem sie von den anderen Ländern bereits abgeworben sind, und auch zu einem Zeitpunkt, zu dem zumeist die Bausaisons schon voll angelaufen ist. Es wäre also auf diesem Sektor, auf dem Sektor der ausländischen Arbeitskräfte, erwünscht und notwendig, ein Ausländerbeschäftigungsgesetz zu schaffen, das heißt, eine bedingte Liberalisierung des Arbeitskraftmarktes herbeizuführen, natürlich mit den notwendigen Kautelen, wie ärztliche Untersuchung, Aufenthaltsgenehmigung. Bei auftretender Arbeitslosigkeit müßte automatisch wieder zum Einzelgenehmigungsverfahren zurückgekehrt werden, und zuerst müßten die ausländischen Arbeitskräfte gekündigt werden.

Es gibt aber auch weitere Möglichkeiten, die der Dämpfung der Überhitzungerscheinungen dienen könnten, so die Koordinierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen der Bauwirtschaft, ein Kapitel, in dem der Wirtschafts- und Sozialbeirat bereits sehr dankenswerte Vorarbeit geleistet hat. Unter diesen Koordinierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen der Bauwirtschaft ist eine zeitliche und eine räumliche Koordinierung der öffentlichen Bauauftragsvergabe durch das Bundesministerium für Bauten im Einvernehmen mit den Landesbaudirektionen zu verstehen. Ferner ist darunter die Feststellung der noch freien Baukapazitäten unter Mitwirkung der Sozialpartner, des Gewerkschaftsbundes und der Bundeskammer zu verstehen. Darunter verstehen wir jedoch

nicht eine institutionalisierte Superbehörde für das Bauwesen und nicht eine protektionistische, womöglich gar verpolitisierte Ingerenz auf die Auftragsvergabe und auf die Kreditgewährung an einzelne Firmen.

Die positiven Folgen einer richtig verstandenen Koordinierung hingegen liegen auf der Hand. Dadurch würde die Erstellung langfristiger Bauprogramme ermöglicht. Die Unternehmer der Bauwirtschaft, des Baubewerbes, aber darüber hinaus der Wirtschaft wären in die Lage versetzt, langfristige betriebliche Dispositionen zu treffen. Eine zeitliche und räumliche Koordinierung würde außerdem Ballungen vermeiden, würde dadurch Überhitzungerscheinungen vermindern und stabilisierend auf die Baupreise wirken, was ja schließlich der erwünschte Hauptzweck einer solchen Maßnahme wäre.

Neben diesen Koordinierungsmaßnahmen gäbe es auch noch andere Maßnahmen mit einem beachtlichen Dämpfungseffekt gegen den Kostenauftrieb. Sie liegen — es wurde auch heute schon einmal erwähnt — in der Rationalisierung der Baumethoden. Eine solche Rationalisierung der Baumethoden würde bestehen in Investitionen für moderne Baumaschinen, vor allem auf dem Gebiete des Straßenbaues, in der Vorfertigung von Bauelementen auf dem Gebiete des Hochbaues, aber auch in der Verbesserung der Arbeitsorganisation insbesondere beim Baubewerbe. Wenn man bedenkt, daß ein Drittel der gesamten Baukosten nur den Rohbau und zwei Drittel die Fertigstellung des Baues, also alle jene Arbeiten, die das Baubewerbe dann zu erbringen hat, umfassen, so kann man den Effekt ausrechnen, den eine rationellere Methode bei der Arbeitsorganisation im Baubewerbe haben könnte. Wer je ein Haus gebaut hat, weiß, wieviel Geld hier allein dadurch verlorengeht, daß die Arbeiten nicht richtig flüssig ineinandergehen.

Eine weitere Rationalisierung der Baumethode würde zustande kommen, wenn sich die Firmen auch eine praktische Nutzanwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Bauforschung zu eigen machen würden. Hier wäre es wünschenswert, wenn eine verstärkte Kooperation der bestehenden technischen Forschungsinstitute Platz greifen würde, wobei aber hier nicht eine staatliche, eine beamtete oder eine kommissionelle Forschungslenkung beziehungsweise ein Forschungsplan herrschen soll, sondern eine freie Forschungstätigkeit in Zusammenarbeit mit den auftraggebenden Firmen und im Kontakt mit den Impulsen, die aus der Praxis selber kommen.

Eine gleichfalls nicht unerhebliche Dämpfungsmaßnahme gegen die Überhitzung und

992

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Bassetti**

gegen den Kostenauftrieb läge in einer dringend notwendigen Verbesserung im Ausschreibungs- und Vergabewesen. Ich gestatte mir, hier einige Worte an die Adresse unserer kompetenten Herren im Bautenministerium zu richten. Fürs erste erscheint mir eine vorausschauende Zeitplanung im Ministerium selbst notwendig. Die Firmen sollen im Winter an den Offerten arbeiten können. Die Vergaben und der Baubeginn sollen im Frühjahr erfolgen. Die Vorteile liegen auf der Hand. Im Straßenbau, wo ohnedies nur wenige Monate für die Belagsarbeiten im Sommer zur Verfügung stehen, würden Verzögerungen in der Vergabe praktisch auch den Verlust eines ganzen Jahres bedeuten. Im Hochbau könnten auf diese Weise die Rohbauten im Herbst fertiggestellt sein, sodaß über den Winter an den Innenbauten gearbeitet werden könnte.

Ein Hindernis hiefür liegt im überspitzten Zentralismus des Ministeriums beim Vergabewesen. Es wird alles bis zum kleinsten in Wien selbst erledigt und genehmigt. Zum Beispiel geben die Durchführungsbestimmungen jüngsten Datums bei Objekt- und Grundeinlösen den Landeshauptleuten eine Ermächtigung bis zum Höchstbetrag von 25.000 S. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für 25.000 S kann der Landeshauptmann höchstens ein kleines Grundstück einlösen, aber nicht viel mehr. Alles andere muß in Wien gemacht werden. Die Folgen einer solchen zentralistischen Einstellung liegen ebenfalls auf der Hand. (Abg. Peter: *Die sind im Rechnungshofbericht enthalten!*) Die ministeriellen Genehmigungen brauchen Monate. Rückfragen auch in Bagatellesachen verursachen einen Papierkrieg, Akteninflation, Zeitverlust, unproduktiven Verwaltungsaufwand, der Baubeginn wird verzögert, die Kosten steigen. Der materielle Schaden ist hier gewöhnlich höher, als der erwähnte Höchstwert von 25.000 S ausmacht.

Aber es kommt noch viel ärger. Die Beamten des Baudienstes ersticken zufolge Personalmangels im unproduktiven Aktenkrieg, statt daß sie im Außendienst notwendige Baukontrollen vornehmen. Ich glaube, gerade im Hinblick auf die sogenannten Strengberg-Vorfälle sollte man auch gerade diesem Umstand eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. (Abg. Benya: *Was heißt „sogenannt“? Sind sie es oder nicht? Dort sind Unregelmäßigkeiten geschehen!*) Das muß eine Untersuchung ergeben. Dazu haben wir ja eine parlamentarische Untersuchungskommission. Ich bin kein Richter, ich maße mir weder eine Anklage noch ... (Abg. Benya: *Aber sagen Sie nicht „sogenannt“, Herr Abgeordneter, wenn bekannt ist, daß Unregelmäßigkeiten geschehen sind!*)

Bitte, das ist erst die Frage. (Abg. Benya: *Das ist sicher! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das ist keine Frage, das ist eindeutig!*) Solange eine Untersuchung läuft und nicht abgeschlossen ist, kann man weder von einem Angeklagten sprechen noch von einem Schuldigen. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Konir: *Aber vom „Pfusch“ reden!*)

Namens der Bundesländer ergeht daher an das Bautenministerium eine Einladung, eine großzügige Delegierung und Ermächtigung an die Landeshauptleute in der Durchführung der Bauvorhaben, insbesondere also Bauleitungs- und Projektierungsauslagen, vorzunehmen. Aber auch an den Rechnungshof ergeht die Aufforderung, sich mehr mit den Schäden, die aus dem überspitzten Zentralismus entstehen, zu befassen, als mit Akribie jene Fälle zu suchen, wo aus Zeitnot oder Notstand der Baubeginn vor der längst überfälligen ministeriellen Genehmigung erfolgt ist. (Abg. Peter: *Dann müssen Sie die Behandlung des Rechnungshofberichtes noch in der Frühjahrsession hier im Haus ermöglichen!*) Herr Kollege, Sie wissen genau, daß wir den Rechnungshofbericht behandeln werden, daß es aber ausgeschlossen ist, in 14 Tagen so etwas durchzupeitschen. (Abg. Peter: *Aber vor den Ferien, denn im Herbst kommt schon der zweite!*) Da ziehe ich es vor, ihn gründlich zu studieren. Es läuft uns nichts mehr davon, weil die Dinge sowieso schon geschehen sind. Aber die Lehre daraus zu ziehen, haben wir immer noch Zeit. (Abg. Peter: *Bei Ihrem Gesetzestempo haben wir für gründliches Studium keine Zeit mehr!*) Da wollen Sie das auch noch machen? (Abg. Peter: *Im Herbst bekommen wir den zweiten Rechnungshofbericht! Dann werden wir bei den Rechnungshofberichten genausohudeln, wie jetzt bei den Gesetzen gehudelt wird! — Widerspruch bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Lola Solar: Einmal arbeiten wir zuwenig und einmal zuviel!*)

Diese ministerielle engherzige Genehmigungspraxis, verstärkt durch eine offenkundig verfehlte Prüfungspraxis des Rechnungshofes, droht in ganz Österreich effektiv die öffentliche Bautätigkeit zu lähmen und zu verzögern und den beamteten Bautechnikern jede Lust an Verantwortungsfreude, Initiative und Aktivität zu nehmen.

Und fürs zweite noch eine Kritik in der Praxis der Bauvergabe. Die Ö-Norm 2050 sieht vor, daß bei gleichwertigen Angeboten die heimischen Firmen zu berücksichtigen sind, auch wenn ihre Angebote höher liegen. Die ehemalige 5-Prozent-Klausel ist aus gutem Grunde gefallen. In der Praxis aber findet diese Ö-Norm im Ministerium wenig Anwendung. So werden also Tiroler Firmen

**Dr. Bassetti**

auf Baulose nach Niederösterreich geschickt, niederösterreichische kommen auf Baulose nach Tirol. Das bedeutet, daß mit den Firmen die Stammarbeiter, die Stammlieferanten und die Frächter ziehen, das bedeutet, daß Familien zerrissen werden, daß das Pendlerwesen verstärkt wird, daß soziale Spannungen entstehen. Diese Vergabepraxis ignoriert die materiellen effektiven Mehrkosten, die in diesen Momenten gelegen sind, und sie ignoriert vor allem auch die immateriellen Schäden, die den Familien dadurch zugefügt werden.

Es muß also bei der Vergabe nicht nur auf den reinen Offertpreis geschaut werden. Und so ergeht namens der Bundesländer an die Herren des Bautenministeriums ebenfalls die sehr dringende Einladung, von den gesetzlichen Möglichkeiten der Ö-Norm zugunsten von heimischen Firmen auch voll Gebrauch zu machen.

Und nun zum Schluß an Sie, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, die Sie sich wegen der Strengberge so plötzlich erregt haben, ein offenes Wort: In den letzten Jahren waren wir wiederholt Zeuge von gezielten oder gelenkten politischen Aktionen gegen Einzelpersonen oder auch gegen Gruppen. Derzeit scheint eine von ebenso kundiger Hand gelenkte Diffamierungskampagne gegen die Bauwirtschaft, gegen die Bautechniker in den Ämtern wie in den Firmen anzulaufen. Das Ziel ist offensichtlich, das große Aufbauprogramm der Volkspartei-Regierung empfindlich zu stören. (Abg. Peter: *Kotzina soll die Karten auf den Tisch legen!*) Aber die Methoden der Prüfung scheinen dabei nicht immer sehr wählervisch zu sein. (Abg. Libal: *Aber Kollege Bassetti, ist denn auf den Strengbergen nichts passiert mit den Baufirmen?*) So soll — hören Sie ein bißchen zu — zum Beispiel ein Prüfer des Rechnungshofes versucht haben, über ein verschwiegenes Schäferstündchen mit einer Sekretärin „Material“ zu finden. (Abg. Peter: *Warum haben Sie das nicht gesagt, wie der Präsident des Rechnungshofes im Hause war?*) Ich weiß es selber erst seit einem Tag. Oder die Wirtschaftspolizei soll planmäßig Spitzel unter die Bauleute schicken, um sogenannte Interna zu erfahren. (Abg. Peter: *Sagen Sie das dem Hetzenauer!*)

Damit wir uns richtig verstehen: Niemand, der Verfehlungen begangen hat, soll in Schutz genommen werden. (Abg. Zeillinger: *Wir werden den Präsidenten des Rechnungshofes verständigen!*) Weder ein „Schwarzer“ noch ein „Roter“, wenn wir bei dieser Diktion bleiben. (Abg. Mayr: *Und kein „Blauer“!*) Aber wir lehnen es ab, daß bei uns in Österreich Inquisitionsmethoden gewisser politischer

Regime eingeführt werden. (Abg. Peter: *Das waren nur Koalitionsmethoden, und jetzt sind es ÖVP-Methoden!* — Abg. Zeillinger: *Für die gestohlenen Millionen erfinden Sie Schäferstündchen!*) Der Wahrheitsbeweis kann jederzeit angetreten werden, Herr Rechtsanwalt! Die Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren ... (Abg. Zeillinger: *Beweisen Sie, daß Sie hier nicht die Betrüger decken, Herr Kollege!* — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wir reden von Methoden, mein Herr, und nicht von „Betrüger decken“. Als Rechtsanwalt sollten Sie wissen, daß es gewisse prozessuale Vorschriften für Untersuchungen gibt. (Abg. Zeillinger: *Das ist eure Methode, auf den Rechnungshof loszugehen! Das ist ein unerhörter Angriff auf den Rechnungshof! Der Rechnungshof ist ein Organ des Parlaments!* — Gegenrufe bei der ÖVP.)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, sich etwas zu beruhigen, der Rechnungshofbericht wird auch noch kommen.

Abgeordneter Dr. Bassetti (*fortsetzend*): Wir lehnen also diese Inquisitionsmethoden bei uns entschieden ab. Die Demokratie, Herr Kollege Zeillinger, und der Rechtsstaat geben genügend offene und anständige Möglichkeiten für Kontrollen und Untersuchungen. Genauso entschieden lehnen wir aber auch jede Form des pauschalen Rufmordes ganzer Gruppen und die politische Kopfjägerei nach Einzelpersonen ab. Wir lassen unsere Bautechniker in den Ämtern und in den Firmen nicht ganz einfach pauschaliter als suspekt abstempeln.

Die erbrachten Aufbauleistungen für Österreich verpflichten uns, diesen Männern nicht nur zu danken, sondern sie verpflichten uns auch, sie in ihrer weiteren Aufbautätigkeit für Österreich zu schützen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Konir: *Die Bauarbeiter kann man diffamieren!*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Horr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Horr (SPÖ): Meine Damen und Herren! Ich glaube, auf die letzten Worte meines Vorredners muß man doch etwas sagen. Es gibt niemand außer dem Herrn Mitterer, der sich heute vormittag erlaubt hat, die Bauarbeiter zu diskriminieren. (Abg. Dr. Bassetti: *Moment! Moment!*) Niemand wird einer Baufirma oder einem Angestellten oder Arbeiter eine Schuld in die Schuhe schieben, wenn er ordnungsgemäß und anständig gearbeitet hat. Aber seien Sie mir nicht böse: Bei der Strengberg-Affäre handelt es sich um einen Bericht von unparteiischen Sachverständigen — und die gibt es. Der Herr Minister war so liebenswürdig, mir den vollen Bericht auszuhändigen, nachdem ich im Finanz-

994

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Horr**

ausschuß gesagt hatte, daß uns nur ein Teilbericht vorliegt. Ich stelle fest, daß in dem Teilbericht sicherlich das Wesentlichste vorhanden war. Aber der Bericht mit seinen 57 Seiten spricht sehr eindeutig von großen Nachlässigkeiten und Unzukömmlichkeiten, wie sie, glaube ich, im Rahmen der Bauwirtschaft seit 1945 noch nicht vorgekommen sind. Das muß man einmal sehr deutlich und auch sehr klar feststellen. (*Abg. Glaser: Und wodurch hat Kollege Mitterer die Bauarbeiter diskriminiert, wie Sie behauptet haben?*) Ich werde noch darauf zurückkommen. Sie sagen immer: Warten! Jetzt sage ich auch: Ein bißchen warten! Wir werden also noch darauf zurückkommen.

Wir danken der Österreichischen Volkspartei, daß sie nun endlich nach 15 Jahren ein Bautenministerium geschaffen hat, denn im Herbst werden es genau 15 Jahre sein, daß wir Sozialisten ein solches gefordert haben. Und ich möchte sagen: Wir von den Gewerkschaften haben in dieser Zeit bei großen Konferenzen davon gesprochen, daß man ein solches Ministerium, das zusammenfassend sämtliche Bauagenden vereinigen sollte, auch wirklich schaffen soll. Ich glaube, daß in der Zukunft dadurch doch zumindest die Mängel in der Lenkung der Bauwirtschaft, die immer wieder Anlaß zur Kritik geben, wenigstens gemildert werden.

Mein Vorredner hat gesagt, daß bei den Baupreisen eine enorme Steigerung eingetreten ist. Ich stelle fest, daß nicht immer die Löhne entscheidend waren. Wir hatten schon Zeiträume von 17 Monaten zwischen Lohnbewegungen, und wir haben trotzdem festgestellt, daß sich die Baupreise in Österreich ganz entscheidend geändert haben. Die Frage der Baupreise taucht also nicht dann auf, wenn sich die Löhne erhöhen, sondern sie liegt wohl auch woanders, jedenfalls nicht nur auf diesem Gebiet.

Zur Baukapazität. Hier erinnere ich daran, daß die Sozialisten schon seit Jahren immer wieder Vorschläge unterbreitet haben, die Winterarbeitslosigkeit so zu bekämpfen, wie es in vielen anderen Ländern der Fall ist, wo der Winter mindestens in der gleichen Stärke über das Land hinwegfegt wie bei uns. Man sollte sich also in Österreich stärker damit beschäftigen. Ich kann nur sagen, daß es eigentlich sehr wenigen Bundesländern gelungen ist. Ich führe nur zwei an, bei denen man es im besonderen feststellen kann: das sind Wien und Salzburg. In diesen beiden Ländern hat man sich wirklich damit beschäftigt und hat auch erreicht, daß die Baukapazität von Jahr zu Jahr entsprechend gestiegen ist. Obwohl der Winter in diesen beiden Ländern

ein bißchen milder ist, ist er doch auch hier vorhanden.

Zu den Ausländern und der „Überhitzung“. Ich möchte Ihnen sagen: Die Hereinnahme von Ausländern spricht sich sehr leicht aus. Wenn Sie aber selbst im Baugewerbe tätig sind, dann werden Sie feststellen, daß im Jänner, im Februar, im März und im April immer noch eine große Anzahl von Bauarbeitern arbeitslos ist. Hier können ja die Beweise angeführt werden. In Niederösterreich allein hatten wir beispielsweise heuer noch im Februar 11.000 arbeitslose Bauarbeiter. Damals waren trotzdem schon einige hundert ausländische Arbeiter im Land. Wenn das eingehalten wird, was mein Vorredner gesagt hat, wenn man erst sorgt und trachtet, daß der inländische Arbeiter eine Beschäftigung findet, dann sind wir überzeugt, daß auch mit dem Ausländergesetz eine Abhilfe geschaffen werden kann.

Zur Vergabe von Arbeiten. Es freut mich, daß Sie Ihre Ausführungen zur Vergabe von Arbeiten an die Adresse Ihres Herrn Ministers gerichtet haben. Wir sind auch der Meinung, daß bei der Vergabe von Arbeiten dafür gesorgt werden soll, daß erstens die Arbeiten — man kennt die Firmen sehr genau und weiß, wie sie arbeiten — nur an Firmen vergeben werden, die ordentlich arbeiten, und daß zweitens die sozialen Verpflichtungen eingehalten werden. Auch das geschieht nicht immer bei allen Firmen. Und wenn das der Fall ist, dann soll — das muß nicht immer der Bestbieter sein — der, der korrekt und anständig seine Offerte legt, entsprechend seine Arbeit bekommen. Ich habe das im Finanzausschuß erklärt; ich gebe Ihnen hier vollkommen recht und möchte nur sagen, daß man das ohne weiteres selbstverständlich anerkennen kann.

Sozialbeirat! Wo ist der Präsident der Bundeswirtschaftskammer? Er ist nicht hier. Er müßte bestätigen, daß die Arbeiten im Sozialbeirat — in vier Wochen wird es genau ein Jahr, meine Damen und Herren — fertig geworden sind, daß man dann kleine Veränderungen verlangt hat, die neuerlich durchgeführt worden sind. Wenn man jetzt verlangt, daß man solchen wissenschaftlichen Arbeiten entsprechend Rechnung tragen soll, dann bin ich der Meinung, daß das richtig ist. Aber die Herren der Bundeswirtschaftskammer müßten bei ihren Innungen, die dazu ihre Stellungnahme leider negativ abgegeben haben, obwohl ihre Zentralstelle dafür war, auch ihre Zustimmung geben.

Ein paar Worte zum Abgeordneten Prinke. Er sagt: Am Freitag mittag, spätestens abends, ist Ende auf den Baustellen. Ich gebe ihm recht, daß am Freitag nachmittag

**Herr**

die Bauarbeiter, die weit entfernt wohnen, ihre Arbeit beenden, nach Hause fahren. Ich gebe sogar zu, daß sie am Samstag, Sonntag pfuschen. Aber, meine Damen und Herren, sehen Sie sich die Jahrgänge an. Diejenigen, die pfuschen, gehören durchwegs den jüngeren Jahrgängen an bis zu maximal 40 Jahren. Wenn jemand mit 45 noch pfuscht, dann ist er sehr, sehr alt.

Ich werde Ihnen auch sagen, warum. Der Bauarbeiter ist im Rahmen der Sozialpolitik heute noch immer nicht so eingestuft wie andere Arbeitergruppen. Er muß im Winter vier, sechs, acht Wochen pausieren. Diejenigen, die im Burgenland zu Hause sind — darüber wird vielleicht noch der Kollege Babanitz sprechen —, die sind 10, 12 und 14 Wochen zu Hause. Das geht, solange er jünger ist. Der Bauarbeiter ist ein sparsamer Mann. Wenn Sie ein bißchen umhersehen, dann werden Sie feststellen, daß selbst auf den Baustellen die Leute nicht gut untergebracht sind. Aber wenn er dann später in Pension geht, dann muß er feststellen, daß seine Pension heute im Schnitt zwischen 300 und 600 S geringer ist als die der übrigen Arbeiter. Das ist eine Tatsache, über die wir nicht hinwegkommen. Aber er spart in jüngeren Jahren und pfuscht unter Umständen mit der Hilfe der Herren Baumeister, denn der Pfusch geht nur unter der Beihilfe des Baumeisters, indem er schön dort seine Tafel hinhängt. Ich könnte Ihnen heute Funktionäre des Wirtschaftsbundes nennen, die sich auf diese Weise ein ganzes Haus, mehr als ein Haus gebaut haben. (Abg. Prinke: Ich habe nicht die Bauarbeiter allein gemeint!) Das ist nur ein Beweis dafür, Kollege Prinke, daß man hier nicht so einseitig vorgehen soll, sondern daß das eine Tatsache ist.

Wenn Sie wollen, sehen Sie sich die Unterkünfte auf den einzelnen Baustellen an. Wenn der Bauarbeiter von Montag bis Freitag in dieser Unterkunft wohnen muß — und wir haben einmal ein sogenanntes Weißbuch herausgegeben —, dann ist er sehr froh, wenn er nach Hause kommt. Sehen Sie sich diese Unterkünfte an, meine Herren, und Sie werden feststellen, daß es manches Mal menschenunwürdig ist. Da nützt eine Überprüfung des Ministeriums ganz einfach nichts. So geht es ganz einfach nicht.

Der Herr Abgeordnete Mayr hat einen Zwischenruf gemacht: 40 S verlangen diejenigen, die pfuschen, oder gar noch mehr! Ich müßte jetzt die Frage an den Herrn Abgeordneten Mayr stellen, wie das mit den Lehrlingen im Rauchfangkehrergewerbe ist, wenn sie drei Monate gelernt haben. Hier kann ich in Niederösterreich allein mindestens 20 Lehrlinge

anführen, die wir gefragt haben — man wollte mich sowieso klagen, weil angeblich ein Berufsgeheimnis verraten wird —, wieviel schließbare und wieviel nicht schließbare Kamine er bearbeiten muß. Wir haben festgestellt, daß nach drei Monaten, obwohl eine dreijährige Lehrzeit besteht, jeder dieser Lehrlinge so wie ein Rauchfangkehrergeselle arbeiten muß. (Abg. Mayr: Das ist eine Diskriminierung meines Berufsstandes! Ich verwahre mich dagegen!) Da frage ich Sie, ob die Kehrgebühren, wenn ein Lehrling dort arbeitet, für diese Zeit herabgesetzt werden. Das ist die Frage, die ich dem Herrn Abgeordneten Mayr zu stellen habe. (Abg. Mayr: Damit haben Sie nicht entkräftet, daß ein Pfuscher 50 S verlangt!) Lieber Herr Abgeordneter Mayr! Sie haben auch nicht entkräftet, daß der Lehrling, der praktisch im Monat um 160, 180 S arbeiten muß und natürlich da und dort manches Mal, wenn er nicht kehrt — das gibt es auch —, ein kleines Trinkgeld bekommt ... (Abg. Mayr: Sie diskriminieren hier einen Berufsstand!) Sie brauchen nur zu sagen, ob Sie für die Zeit, in der der Lehrling allein kehren geht, weniger Gebühren verlangen. Wenn Sie das tun, dann ist es recht. (Abg. Mayr: Sie wissen ganz genau, daß die Gebühren nach der Tarifordnung vorgeschrieben sind!) Das nützt Ihnen gar nichts, das können Sie nicht entkräften, das sind Tatsachen. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen sogar die Namen dafür anführen.

Aber jetzt komme ich zum Maurer. Jetzt möchte ich Ihnen folgendes sagen: Der Hilfspolier hat 15,40 S pro Stunde; das ist schon der neue, jetzt erst vor wenigen Tagen beschlossene und ab 1. Juli gültige Kollektivvertrag. Maurer im ersten Gehilfenjahr haben 12,85 S, nach dem ersten Gehilfenjahr 13,30 S. Die Überprüfung zum Beispiel in Niederösterreich hat ergeben, daß im Durchschnitt der Maurer — auch der Hilfsarbeiter — um 20 Prozent mehr verdient. Das soll heißen, daß ein Maurer irgendwo 40 Prozent bekommt, woanders aber, in irgendeinem Tal, wo der ältere Maurer nicht weggehen will, wenn er in seiner unmittelbaren Nähe arbeiten will, nur seinen Stundenlohn. Ich habe mir das also durchgerechnet. Der Maurer bekommt mit diesen 20 Prozent 718 S pro Woche. Er verdient im Monat, das sind viereinhalb Wochen, 3233 S. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ich habe einen Vergleich gezogen, ich möchte ihn nicht wiederholen. Ich wußte nicht, daß der Herr Abgeordnete Mitterer Juwelier ist. Ich habe gesagt: Wenn ich einen Vergleich ziehen würde, allgemein mit sämtlichen Gewerbetreibenden, dann würde es jemanden geben, der seine 30.000 S im Jahr verdient oder auch die 24.000 S, damit er nicht fatigieren muß, aber

996

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Herr**

es wird auch welche geben, die viel mehr verdienen. Wenn es innerhalb des Baugewerbes Arbeiter gibt, ungefähr eine Gruppe von 10 bis 12 Prozent, die wesentlich mehr verdienen, gibt es andere Gruppen, die nur 5 oder 10 Prozent über dem Kollektivvertragslohn, aber auch nur den reinen Kollektivvertragslohn bekommen. Das habe ich gemeint, und das habe ich gesagt. Ich möchte nur bitten, endlich aufzuhören, davon zu sprechen, was einzelne verdienen, denn sonst müssen wir auch davon sprechen, was einzelne Gewerbetreibende verdienen. Ich glaube, das eine ist so ungerecht wie das andere. Man soll hier ganz einfach ein vernünftiges Mittelmaß angeben. Dieses Mittelmaß, meine Damen und Herren, habe ich Ihnen wirklich bekanntgegeben.

Zum Dr. Mussil müßte ich auch noch etwas sagen: Raumplanungsinstitut! Lieber Doktor, im Jahre 1939 hat das schon bestanden, und nach dem Krieg ist das praktisch mehr oder weniger gleichgeblieben, also nicht erst in den letzten Jahren, sondern es existiert schon mindestens 21 Jahre in der Zweiten Republik. Das ist also Tatsache und nicht mehr und nicht weniger.

Jetzt komme ich zu dem, was ich eigentlich am Anfang sagen wollte: zum Kapitel Straßen und Autobahn. Es werden insgesamt mit den Geräten, Brückenbauten, Kostenersätzen, Ablösen und Kraftfahrzeugen 3,3 Milliarden Schilling ausgegeben. Die Straßen und die Autobahnen sind bis vor ungefähr sechs bis sieben Jahren gut geplant worden. Wenn man sich die Arbeit, die bis zu diesem Zeitpunkt durchgeführt wurde, ansieht, dann kann man feststellen, daß auf Grund des damals vom Minister Illig vorgelegten Programms wirklich eine gewisse Übersicht vorhanden war.

Aber wie sieht das heute aus? Heute kann man kaum noch von einer richtigen ordentlichen Planung sprechen. Ich möchte als Beispiel anführen, daß schon seit Jahren die Unterführung in Richtung auf den Flugplatz Schwechat fehlt. Hier möchte ich anführen, daß Arbeiten im Triestingtal seit zwölf Jahren im Gange sind. Wenn das in diesem Tempo weitergeht, werden die Arbeiten für eine Straße von kaum 8 km Länge neuerlich zwölf Jahre dauern. Hier ist wirklich keine Planung vorhanden.

Wenn man also weiterhin die Autobahnen nicht fertigbaut und nur Stückwerk leistet, so müßte man wenigstens die Umfahrungen, vor allem bei den Zufahrten — wie etwa in Amstetten —, bauen. In der Zeit, wo das nicht richtig geplant und dann zurückgestellt wurde, hat es eine große Anzahl von tödlichen Unfällen gegeben. Ich weiß nicht, wie man das

begründen kann, daß man einige 100 m weiter baut, aber in der Stadt selbst ganz einfach nichts unternimmt.

Man braucht schwerere Beläge. Wenn der Verkehr immer stärker wird — ich habe mir in den letzten Jahren die Beläge der einzelnen Autobahnen, vor allem aber der Straßen angesehen und mußte feststellen, daß die Straßenbeläge immer ungefähr gleichstark sind —, der Verkehr also wesentlich stärker auf die Straße verlegt wird, braucht man schwerere Beläge zumindest bei den stark frequentierten Straßen.

Nun zu den Autobahnteichen. Das ist auch ein Kapitel für sich. Wenn man sich zum Beispiel die Autobahnteiche ansieht — in Oberösterreich hat man der Landesregierung einen Autobahnteich übergeben —, so wäre es empfehlenswert, so wie in Oberösterreich auch die übrigen Autobahnteiche der Bevölkerung zu Erholungszwecken zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere wichtige Frage ist die Frage der Gleitschienen. In Deutschland sind heute sämtliche Autobahnen mit Gleitschienen versehen. Wenn man in letzter Zeit die Unfälle in Betracht zieht, die durch das Überfahren des sogenannten Grünen Streifens passieren, kann man immer wieder feststellen, daß es nur deswegen eine große Anzahl von tödlichen Unfällen gibt, weil solche Gleitschienen nicht vorhanden sind. Diese Gleitschienen würden derartige Unfälle wenigstens zum Teil verhindern.

Zur Frage der dritten Fahrbahn: Auf der Südbahnstrecke gibt es bereits drei Fahrbahnen. Da es auf der Westbahnstrecke eine Unzahl von Reparaturen gibt, und von der Ausfahrt aus Wien bis Linz der Verkehr enorm stark ist, müßte man schon heute an eine dritte Fahrbahn denken und nicht weiterhin in einer Einbahnstraße fahren, aber auch über Linz hinaus unter Umständen vielleicht bis Wels. Auch hier möchte ich noch einmal die Frage stellen, ob diese Reparaturen — denn wir fahren erst sehr kurze Zeit auf der Westbahnstrecke — ausschließlich dem Bund zur Last fallen oder bestimmte Arbeiten doch noch in eine Garantiefrist fallen. Denn mit den Beträgen, die uns der Herr Minister genannt hat, womit man — wie er gesagt hat — die Reparaturen durchführen soll, wird man diese Reparaturen kaum durchführen können. Es sollte uns also gesagt werden, wie es auf diesem Gebiet aussieht.

Dann die Überprüfung des gesamten Materials überhaupt: Man muß nicht, wie das genannt wurde, Geheimagenten auf die Baustellen schicken, sondern man braucht nur mit den Bauarbeitern beim Straßenbau selbst zu sprechen, dann kann man feststellen, daß oft

**Herr**

als festes Material, also als Grundmaterial, altes Material verwendet wird, das man sehr oft vom Oberbau der Eisenbahn nimmt, und daß dadurch die Straßen wesentlich früher ganz einfach beschädigt werden. Solche Firmen, die ununterbrochen derart schlechte Arbeiten leisten und die immer beanstandet werden, sollte man ohne weiteres zwei bis drei Jahre von solchen Arbeiten ausschließen. Denn es ist nicht gesagt, daß sich Bund, Land oder überhaupt die österreichische Bevölkerung, die dafür die Steuergelder aufbringt, gefallen lassen müssen, daß schlechtes Material verwendet wird. Es gibt, ohne Namen zu nennen, in jedem Land eine große Anzahl von richtigen Steinbrüchen, die ohne weiteres für die entsprechenden Arbeiten herangezogen werden könnten.

Nun stelle ich eine Frage: Wann wird endlich die Einfahrt nach Wien fertig, wann wird die Fertigstellung der West-Süd-Verbindung endlich durchgeführt, und wann werden die Rastplätze ein bißchen besser als bisher — einzelne sind ja vielleicht als eine Art von Modell in Ordnung — ausgestaltet? Wenn Sie sich die Rastplätze ansehen, dann werden Sie feststellen, daß noch gut 50 Prozent der Rastplätze nichts anderes aufweisen als eine Ein- und Ausfahrt. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Herr van Tongel hat ebenfalls bereits darauf hingewiesen, daß es auf der Westautobahn viel zuwenig Tankstellen gibt, und auf der Südautobahn gibt es überhaupt noch keine einzige Tankstelle und kein einziges Rasthaus. Hier könnte man, glaube ich, ein wenig schneller schalten, denn wenn so wie jetzt die Fertigstellungsarbeiten an jeder Aus- und Einfahrt von zwei bis drei Personen ausgeführt werden, dann könnte es leicht passieren, daß auch in zehn Jahren die Rasthäuser noch nicht dort stehen werden. Auf der Südautobahn fährt man jetzt schon das dritte Jahr, zwei Jahre davon auf einem entsprechenden Belag. Es gibt noch immer so kleine Arbeiten, einmal wird die Erde ausgehoben, dann werden wieder Steine für die Zufahrt gebracht, dann wiederum wird Rasen gesät, und jetzt ist man wieder dabei, seitlich Schienen anzubringen. Es ist, mit einem Wort, keine richtige Planung.

Ich komme zum Schluß und möchte doch ein bissel was über die Strengberge sagen. Ich war in der Nähe eines Skifahrers, und der hat zu mir gesagt, daß ich über diese Slalom-bahn doch auch etwas sprechen soll. Ich muß es aussprechen, daß dort wirklich nicht die absolut notwendigen Vorkehrungen getroffen wurden. Die geologischen Untersuchungen wurden nur mangelhaft durchgeführt. Die Frostschicht hat man auf der Südstrecke

mit 80 Zentimeter angenommen, über die Strengberge wird sie immer mit 110 bis 120 Zentimeter festgehalten, und nur bei sehr günstigen Wintern bleibt sie bei 80 Zentimeter. Man hat sie tatsächlich mit ungefähr 90 Zentimeter teilweise angeführt, weil es nicht die notwendige Überprüfung gegeben hat.

**Die Entwässerung von Nebenhängen:** Erst nach Fertigstellung der Decke, wie etwa bei Wolfsgraben, ist man darangegangen. Seit 1000 Jahren rinnt dort das Wasser herunter, aber ein Jahr war der Sommer ein bißchen heißer, und schon dachte man, es werde damit einfach kein Wasser mehr geben. Aber voriges Jahr hat es viel Wasser gegeben, und schon ist die Decke bei Wolfsgraben um einige Meter — um einige Meter! — in Mitleidenschaft gezogen. Zufällig konnte ich mir das selbst ansehen.

Einige Baufirmen, die ordentlich gearbeitet haben — das möchte ich ausdrücklich festhalten — haben sogar mit ihren Bauleitern Schwierigkeiten gehabt. Es gibt eine der größten, vielleicht die größte Baufirma auf dem Gebiet des Straßenbaues, dort hat der Polier verlangt, daß gutes Material hinkommt, und schon hatte er Schwierigkeiten. Nachher war jeder froh, daß es geschehen war und daß wenigstens ein Teilstück ordentlich und anständig ist.

Meine Damen und Herren! Sie sehen, daß dort wirklich eine Menge Dinge geschehen sind, die man als vollkommen unzulänglich betrachten muß.

Einige Herren haben gesagt, daß dort trotzdem so gut gearbeitet worden ist. Ich möchte deshalb einiges aus diesem Bericht direkt vorlesen, denn es ist immer gut, wenn man bei einer Überprüfung Unparteiische dabei hat. Wenn die eine Überprüfung durchführen, dann kann man das auch vorlesen, was dort gesehen wurde:

„Vor allem entstand bei den Losbauleitern eine gewisse Unsicherheit bei der Beurteilung der Eignung des Materials. Alle Losbauleiter haben, obwohl ihnen durch entsprechende Anweisungen der Oberbauleitung eine genaue Führung der Baubücher und eine gewissenhafte Überwachung der bedingungsmäßigen Ausführung von Bauarbeiten zur Pflicht gemacht worden war, es unterlassen, ihre Bedenken gegen die Verwendung des Haager Materials in Baubücheintragungen festzuhalten, sondern haben sich mit mündlichen Mitteilungen an den Gruppenbauleiter und dessen Stellvertreter begnügt. Der Losbauleiter des Bauloses 22 hat von der Baufirma Maßnahmen zur Bodenverbesserung und der Losbauleiter der Baulose 19 und 21 die Entfernung des einge-

998

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Horr**

bauten Tragschichtenmaterials im Baulos 19 verlangt, wozu die Firma allerdings erklärt hat, einen solchen Auftrag nie erhalten zu haben.“ „Ob die letztere Behauptung der Losbauleiter zutrifft, konnte nicht überprüft werden, da eine Kompetenzabgrenzung für die einzelnen Bauaufsichtsstellen nicht besteht.“

Meine Damen und Herren! Ein Baubuch führt man, wenn man sich fünf Stufen im Haus machen läßt, und auf einer solchen Riesenbaustelle hat es kein Baubuch gegeben! Ich muß sagen: Das ist mehr als nachlässig! Das kann man auf diesem Gebiet wohl sagen.

Aber da gibt es noch einige andere solche Berichte: „Wohl aber wäre es Sache der Oberbauleitung gewesen, diese allem Anschein nach schwerwiegenden Fragen mit dem Hinweis, daß mit der Baueinstellung eine Terminverzögerung eintreten wird, an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau heranzutragen.... Statt dessen hat die Oberbauleitung eine einheitliche Linie vermissen lassen, wozu noch kommt, daß sie dadurch noch da und dort ein vertragswidriges Verhalten der Firmen sanktioniert hat (zum Beispiel Zulassung des Wallseer Materials im Baulos 23, von >beschränkt frostsicherem< Material und so weiter), wozu sie offenbar gar nichtberechtigt war. Allerdings ist diese Zuständigkeit nicht geklärt, und es besteht darüber nicht einmal im Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau eine einheitliche Auffassung.“

Ich muß Ihnen sagen: Das allein schon ist ein Beweis, daß man entweder aus politischen Gründen knapp vor der Wahl diese Straße dort fertig haben wollte, was anzunehmen ist, denn sonst ist das unmöglich, daß man sagt: Jawohl, führt das ruhig drauf!, obwohl dieser Stein viel mehr Feuchtigkeit aufnimmt als jener, der dort hingehört, wodurch sich Senkungen bis zu einem halben Meter und mehr ergeben haben! Ich kann nur sagen: Das ist wirklich einmalig.

Aber den Schluß dieses Berichtes möchte ich auch noch verlesen.

„Im Vertrauen darauf, daß schon nichts passieren wird, wurde von allen für den Bau Verantwortlichen manche grundlegende technische Vorsicht außer acht gelassen. So kam es schließlich zur Verwendung von frostgefährlichem Material für die Frostschutz- und Kiestragschichte, das als Hauptursache für die Entstehung der schweren Frostschäden anzusehen ist. Der Ausspruch eines Firmenvertreters, ..., daß alle miteinander vielleicht nicht so wachsam waren, wie dies notwendig gewesen wäre... kann wohl als bezeichnend für dieses Baugeschehen gelten.“

Ich stelle jetzt nur die Frage: Wer wird dort für den Schaden aufkommen? Ich glaube,

es ist zu verlangen, daß man ein bißchen mehr als bisher durchgreift, daß man endlich wie der niederösterreichische Landeshauptmann auch von Seite des zuständigen Ministeriums ein bißchen wenigstens nach dem Rechten sieht, denn es soll nicht der letzte Kilometer Autobahn gebaut werden. Es sollen auch künftig noch viele hunderte Kilometer gebaut werden, und wenn überall und jederzeit so wenig überprüft wird wie auf den Strengbergen, dann sieht es schlecht aus.

Aber ich habe auch in einer Kärntner Zeitung gelesen, daß vor einem Jahr der Landeshauptmann von Kärnten für die Bundesstraßen den Landeshauptmannstellvertreter Ing. Truppe mit den Agenden betraut hat. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.*) Die Österreichische Volkspartei war fürchterlich aufgeregt, und das Handelsministerium hat dann ein Gutachten abgegeben. In diesem Gutachten ist folgendes zu lesen gewesen: Der Herr Minister Bock wäre allein für den Bundesstraßenbau verantwortlich und bestimme, wer ihn jeweils in dem Bundesland vertrete.

Und jetzt ist es interessant, was er im Zusammenhang mit den Strengbergen gesagt hat: Der Bericht der Untersuchungskommission über den Skandal beim Bau der Autobahn umfaßt 57 Seiten. Darüber befragt, erklärte der Herr Bautenminister Dr. Kotzina lächelnd — er hat ja alle Redakteure der Zeitungen zusammengeholt —: Zweifellos sei die Bauaufsicht mangelhaft gewesen, sie unterstehe jedoch dem Amt der niederösterreichischen Landesregierung, denn der Bundesstraßenbau, selbstverständlich auch der Autobahnbau, ressortiert in der Wirtschaftsverwaltung der Bundesländer.

Ich muß sagen: Innerhalb eines Jahres eine merkwürdige Haltung. Dort, wo der Landeshauptmann ein Sozialist ist, wo er es aber sowieso einem Landeshauptmannstellvertreter der ÖVP übergeben hat, hat ihm das anscheinend, wie es sehr oft der Fall ist, daß nach politischen Gesichtspunkten und nicht immer nach der Notwendigkeit Straßen gebaut werden, nicht gepaßt, und da hat man gesagt: Du hast nichts zu reden! Aber jetzt auf einmal, da es gilt, Schuldige zu suchen, hat man das schön höflich mit einem Wort abgeschoben.

Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt zum Schluß. Sie sehen, daß man künftig wirklich dieses Kapitel ein bißchen besser wird betrachten müssen. Ich habe das Gefühl, daß bisher diese ganzen Arbeiten ohne Konzept und schlecht und ohne Planung überprüft wurden. Sehen Sie sich doch dieses Stückwerk an! Ist es nicht schade, wenn man ein paar Kilometer auf der Autobahn fährt, und dann wieder herunter muß und dann wieder rauft?

**Horr**

Wenn also die Ländervertreter zusammenkommen und man gemeinsam mit diesen Ländervertretern einen richtigen Plan ausarbeiten wird — und dieser Plan wird höchst notwendig sein —, dann wird sicherlich ein Land, wenn es schon nicht gleich darankommt, ein bis zwei Jahre zuwarten, wenn es nur weiß, daß dann zügig in dem Lande die Straßen und Autobahnen gebaut werden.

So wie jetzt — sage ich Ihnen ganz offen — und vor allem so schlecht wie in den letzten Jahren ist noch selten in Europa, aber auch sehr selten in Österreich gebaut worden. Sie werden daher verstehen, daß wir Sozialisten hier Kritik üben. Ich weiß schon, daß ein Teil dieser Kritik nicht auf den jetzigen Minister fällt. Aber irgendwie, wenn man als Staatssekretär mit dabei ist, kann man nicht umhin, festzustellen, daß in Zukunft in Österreich doch besser als bisher gebaut werden muß. Es gehörte vernünftiger gebaut, weil das letzten Endes die Steuergelder aller Österreicher sind! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Weißmann das Wort.

**Abgeordneter Dr. Weißmann (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten Worte des Abgeordneten Horr waren, wenn ich das richtig gehört habe, eigentlich eine sehr harte Kritik an den von ihm vertretenen Bauarbeitern. Er sagt: So schlecht, wie in Österreich gebaut worden ist, wird in Europa nirgends gebaut. Also lieber Herr... (*Ruf bei der SPÖ: In den letzten Jahren!*) In den letzten Jahren — bitte, bitte. Auf alle Fälle geht es dort ohne die Bauarbeiter nicht. (*Ruf bei der SPÖ: Kennen Sie die Strengberge?* — *Abg. Moser: Es war schlechtes Material!*)

Meine Damen und Herren! Wir alle haben den Bericht des Herrn Ministers bekommen, und ich halte es eigentlich heute für eine vorweggenommene Diskussion. Wir werden sehr eingehend prüfen und auch sehr eingehend untersuchen. Ich teile mit Ihnen die Meinung: Wo Mängel vorhanden sind, müssen sie aufgedeckt und, wenn es sein muß, auch bestraft werden. (*Ruf bei der SPÖ: „Wenn es sein muß“!*) Aber hier jetzt, ohne Unterlagen zu haben, zu reden, das soll man nicht tun. Ich würde als großer Gewerkschaftsboß meine eigenen Arbeiter nicht so beschimpfen. (*Abg. Rosa Jochmann: Das hat nichts mit den Arbeitern zu tun!*) Es ist hier gesagt worden, noch nie sei so schlecht gebaut worden.

Meine Damen und Herren! Er hat noch etwas gesagt, der Herr Abgeordnete Horr. Zufällig habe ich ein sehr gutes und inhaltsreiches Büchlein von der Arbeiterkammer als

statistisches Taschenbuch zur Verfügung gestellt bekommen. Ich bediene mich dieses Werkes sehr gerne. Er hat auch davon gesprochen, daß die Bauarbeiter eine soziale Schlechterstellung in Österreich haben; sie hätten noch immer nicht jene Position, die ihnen gebührt. Ich kann es nicht überprüfen, Herr Kollege. Allerdings steht hier in diesem Büchlein auf Seite 123 folgendes: „Wochendienste (Wiener Industrie- und Gewerbearbeiter)“. Darunter steht: „Facharbeiter“. Dann kommt eine Skala: bis zu 1150 S reicht das ungefähr. Hier steht als erstes: Bau gewerbe. Dann kommt erst das Graphische Gewerbe, dann die Papierindustrie und so weiter, wobei durch die Gegenüberstellung mit dem Jahre 1964 (*Abg. Horr: Fragen Sie in Kärnten, was der Bauarbeiter verdient!*) — der Herr Kollege Konir zeigt Ihnen gleich diese Seite — gezeigt wird, daß die Bauarbeiter bisher im allgemeinen die bestbezahlte Gruppe, nämlich das Graphische Gewerbe, im letzten Jahr überrundet haben. (*Abg. Konir: Da sind alle Zuschlüsse drinnen!*) Herr Kollege, ich freue mich darüber. (*Abg. Konir: Das sind doch Überstunden! Da sind alle Überstunden drin: Sonntagsarbeit, Feiertagsarbeit und so weiter!*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe nur gehört, daß der Herr Abgeordnete Horr gesagt hat, die Bauarbeiter seien sozial noch nicht so gestellt, wie sie es verdienen. Sie sind nach Ihren eigenen Ausführungen und nach Ihren eigenen Unterlagen die Spitzengruppe. (*Abg. Horr: Jetzt sagen Sie auch dazu, wieviel er arbeitet!*) Bitte, mißverstehen Sie mich nicht! Ich kritisieren das nicht. Ich stelle das nur als Tatsache fest. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich wollte aber gar nicht über diese Probleme sprechen. Ich wollte mich eigentlich einem anderen Thema widmen, nämlich der Tatsache, daß in den nächsten Tagen über Europas Straßen die moderne Völkerwanderung sich in Bewegung setzen wird. Diese moderne Völkerwanderung des 20. Jahrhunderts wird auch Österreichs Straßen benutzen. Vor wenigen Tagen sind Schätzungen in den Zeitungen zu lesen gewesen, wonach allein aus der Bundesrepublik Deutschland 7 Millionen Pkws sich auf die europäischen Straßen ergießen werden. Österreich ist ein Zielland dieser modernen Völkerwanderung — wir freuen uns darüber —, es ist auch ein Durchzugsland. Aber um diesen ungeheuren Verkehr bewältigen zu können, benötigen wir gute, bessere, beste Straßen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Da bin ich mit Ihnen völlig einer Meinung, und wir sollten wirklich alles daran setzen, diesem modernen europäischen Verkehr jene Grundlagen zu

1000

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Weißmann**

bieten, die den europäischen Autofahrern den Besuch Österreichs wünschenswert und reizvoll machen.

Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen, obwohl es an sich nicht zum Straßenbau gehört, doch in Erinnerung rufen, daß in Österreich im Jahre 1965 von über 2½ Millionen Fremden 62 Millionen Nächtigungen — wie soll man sagen — vollzogen ... (*Zwischenruf: Getätigten wurden! — Zwischenruf: Hätten Sie gleich „getätigten“ gesagt!*) Nein, „getätigten“ ist ein Wort, das ich nicht gern habe.

Meine Damen und Herren! Drei Länder in diesem österreichischen Wettstreit — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht alle Bundesländer aufzähle — haben Spitzenpositionen eingenommen. Es sind Tirol mit 1.349.000 Inländer- und 16.123.000 Ausländernächtigungen, Kärnten — das sage ich mit einem gewissen Stolz — mit 1.876.000 Inländer- und 8.477.000 Ausländernächtigungen, Salzburg mit 2.572.000 Inländer- und 7.631.000 Ausländernächtigungen.

Am Vormittag ist heute viel von der Handelsbilanz, von unserem Export, von unseren Wirtschaftsbeziehungen gesprochen worden, und es ist zum Teil sorgenvoll darauf hingewiesen worden, daß unsere Importe wesentlich größer sind als unsere Exporte. Es ist aufgezeigt worden, daß zum Beispiel im Jahre 1965 das Handelsbilanzdefizit 13 Milliarden Schilling betragen hat, und zwar vom Jahre 1963 an mit 8,8 Milliarden Schilling sich entwickelt hat. Ich glaube, man muß nun dazu sagen, daß dieses Handelsbilanzdefizit praktisch durch die österreichischen Dienstleistungen, also in erster Linie durch den Fremdenverkehr, gedeckt wird. Der Überschuß aus dem Reiseverkehr hat im Jahre 1963 8,1 Milliarden Schilling und im Jahre 1965 10,9 Milliarden Schilling ausgemacht. Das zeigt uns, meine Damen und Herren, daß wir in Österreich bei allen großen Bestrebungen und Anstrengungen, unsere Exportwirtschaft, unsere enge Verflechtung mit den umliegenden Staaten zu intensivieren, eine echte Stütze für den Ausgleich unserer Zahlungsbilanz immer wieder im Fremdenverkehr finden werden. Ich möchte es noch einmal sagen: Der Fremdenverkehr kann nur aktiviert und in seiner bisherigen Größe aufrechterhalten werden, wenn wir den Fremden gute und beste Straßen zur Verfügung stellen.

Nun komme ich zu dem eigentlichen Anliegen, das mich veranlaßt hat, diese — ich hoffe, Sie nur kurz aufhaltende — Rede zu halten.

Ich bin in der erfreulichen Situation, Ihnen als Kärntner Abgeordneter eine gewisse Einmütigkeit des Hauses demonstrieren zu können,

und ich darf Ihnen namens aller drei in diesem Hause vertretenen Parteien einen Entschließungsantrag unterbreiten, der sich ebenfalls wieder mit einer Straße — und, wie ich glaube, mit einem außerordentlich wichtigen Straßenzug — beschäftigt, nämlich der Nord-Süd-Verbindung über den Tauernhauptkamm, die sogenannte Tauernschnellstraße von Salzburg nach Kärnten, die nicht nur eine innerösterreichische Angelegenheit ist, sondern die zweifellos zu den großen europäischen Straßenzügen gehören wird, denn sie ist die Verbindung von dem volkreichen Westen Europas in den Südost-Erholungsraum. Von diesem Straßenzug, dessen Planung, wie ich glaube, feststellen zu dürfen, doch schon ziemlich weit gediehen ist, ist die allgemeine Vorstellung in diesem Hause, daß es sich in dem Hauptteil um eine Mautstraße wird handeln müssen, weil wir zur Kenntnis nehmen mußten, daß wir nicht in der Lage sein werden, so viel und so schnell Straßen zu bauen, wie es notwendig ist, um dem modernen Verkehr gerecht zu werden, wenn wir nicht auch zu dem Mittel der Finanzierung durch ein Mautsystem greifen.

Deshalb erlaube ich mir, Ihnen diesen Entschließungsantrag zu unterbreiten, der von den Abgeordneten Dr. Weißmann, Frühbauer, Dr. Scrinzi und Genossen, eingebracht wurde, betreffend Information über die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes für die Tauernschnellstraße:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Bauten und Technik wird ersucht, ehebaldigst einen Bericht über den Stand der Vorarbeiten zur Schaffung der Tauernschnellstraße zu geben, um damit dem Nationalrat über die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich einer Novellierung des Bundesstraßengesetzes, beziehungsweise Schaffung eines eigenen Mautstraßengesetzes für diese wichtigste Straßenverbindung über den Tauernhauptkamm zu informieren.

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Entschließungsantrag seine Billigung zu geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldburner:** Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Meiβl das Wort. (*Abg. Dr. Gorbach: Ist ein kurzer Redner, der Herr Meiβl!*)

**Abgeordneter Meiβl (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Wort gehalten und habe mich vereinbarungsgemäß noch einmal zum Kapitel Bauten und Technik, zum Kapitel 21, zum Wort gemeldet.

Es ist ein neues Ministerium, das wir grundsätzlich bejaht haben — unser Sprecher hat

## Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

1001

**Meißl**

es zum Ausdruck gebracht —, das aber mit einer großen Hypothek belastet ist. Herr Minister Dr. Kotzina! Seien Sie auf der Hut, daß Sie den Kopf, den Sie als Staatssekretär schon einmal angeboten haben, als Minister nicht verlieren.

Die Korruption, meine Damen und Herren, die sich in einem beachtlichen Ausmaß entgegen den Äußerungen des Herrn Abgeordneten Bassetti vor allem im Straßenbau breitgemacht hat, hat den Balkan — man kann das ruhig sagen, und darunter versteht man die balkanischen Sitten, Bakschisch zu nehmen — an unsere Nordgrenze vorgeschoben. Es wird großer Energie und rücksichtsloser Härte seitens des Herrn Ministers bedürfen, um hier Ordnung zu schaffen. Das ist man, glaube ich, auch unseren anständigen und korrekten Beamten vor allem schuldig, die durch diese Straßenbauaffären der letzten Zeit einer großen Belastung ausgesetzt worden sind. Ich möchte mich nicht neuerlich mit dem Strengberg-Skandal befassen, das hat Herr Abgeordneter Horr schon getan. Die Öffentlichkeit ist über diesen Skandal genügend informiert. Meine Aufgabe hier soll sein, mich mit dem sogenannten kleinen Strengberg-Skandal — ob er so klein bleibt, wird noch eine Frage sein —, nämlich mit dem Baulos Klausen der Gleichenberger Bundesstraße zu befassen.

Dieser kleine Strengberg-Skandal, wie er beispielsweise bei uns schon genannt wird, beinhaltet verschiedene sehr, sehr interessante Dinge. Er ist vielleicht das klassische Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll und wie man mit einer unglaublichen Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit hier die Frage dieses Bauloses auch von öffentlicher und von höchster Stelle behandelt hat.

Was geschah nun dort? Ich darf einleitend sagen, daß man bei uns allseits verwundert war, als man die umfangreichen Arbeiten wahrnehmen mußte, die Abböschungen und die Sprengungen, die in einem der schönsten Stücke der Gleichenberger Bundesstraße, in dem sogenannten Baulos Klausen, einer Naturklamm, vorgenommen wurden. Man war verwundert darüber, wer das eigentlich initiiert hat und warum das überhaupt notwendig ist, denn ich darf Ihnen sagen: In einer Entfernung von 6 bis 8 km parallel ostwärts verläuft eine sehr schöne neue Straße von Fehring über Kapfenstein—St. Anna nach Halbenrain. Es war vom verkehrstechnischen Standpunkt aus keine Notwendigkeit, hier so großzügig auszubauen. Aber es gab auch andere Bedenken, die Bedenken, ob es dieser Berghang überhaupt gestatten werde, daß man ihn angreift. Aber man sagte sich: Sie werden das schon untersucht haben. Wenn man es macht, dann wird es schon geprüft worden sein.

Nun zu den einzelnen Fakten dieses Straßenbauskandals. Es kam, wie es kommen mußte: im Herbst 1965 die erste Rutschung. Man tat, als sei nichts geschehen, begann die Stützmauer, die mitgegangen war und die Riesenmassen Erd-, Schotter- und Felsmaterial wegzuräumen und nahm an, damit werde es seine Bewandtnis haben. Man wußte aber zu diesem Zeitpunkt schon, daß das nicht der erste und vor allem nicht der letzte Rutsch sein wird.

Am 16./17. Februar kam der zweite Rutsch. Jetzt wurde man schon etwas aufmerksamer, und ich sah mich vor allem als Abgeordneter dieses Wahlkreises veranlaßt, an den Herrn Handelsminister eine schriftliche Anfrage zu richten, in der ich dann unter anderem die Frage gestellt habe:

„1. Wurden vor Beginn der Bauarbeiten tatsächlich genaue geologische Untersuchungen durchgeführt und welches Ergebnis haben diese gebracht?

2. Wurden die bisherigen Rutschungen zum Anlaß genommen, eine sofortige Untersuchung einzuleiten?

3. Was wird angesichts dieser letzten großen Erdbewegung unternommen werden?

4. Welche konkreten Sicherheitsmaßnahmen sind zum Schutz von Personen und Eigentum vorgesehen? und

5. Wie hoch belaufen sich die zusätzlichen Kosten für die Beseitigung der bisherigen Rutschungen (Neuerichtung der Stützmauer etc.), und wie hoch werden die Kosten sein, die durch diese letzte und größte Erdbewegung entstanden sind?“

Von seiten des Ministeriums kam keine Antwort, aber das war nicht das Wesentliche dabei. Es wäre wesentlicher gewesen, wenn man bemerkte hätte, daß nun etwas geschieht, daß untersucht wird, daß hier nun konkrete Maßnahmen in der oder jener Richtung anlaufen.

Am 2. März hat dann ein Privatgeschädigter, der keinen Ausweg mehr sah — weil man ihm sagte, er solle auf zivilrechtlichem Weg versuchen, zu seinem Recht zu kommen, weil sein ganzer Wald mitgegangen war und an eine Aufforstung nicht mehr zu denken ist —, vom Vorstand Professor Metz aus Graz ein Gutachten erstellen lassen. Dieses Gutachten möchte ich Ihnen nur in seinem wesentlichen Teil zur Kenntnis bringen, zwar nicht die anderen Fragen: Auftrag, Problemstellung, Beschreibung des Geländes und so weiter, sondern nur die Schlußfolgerungen, und die sind sehr interessant.

Professor Metz sagt in seinen „Schlußfolgerungen und Vorsorge vor weiteren Rutschungen“ folgendes: „Aus den zuvor genannten Gründen muß der Schluß gezogen werden,

1002

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Meißl**

daß die beiden Rutschungen ursächlich auf die durch die Materialentnahme erfolgte Schwächung des Hangfußes zurückzuführen sind. Um weitere Nachrutsche an der gleichen Stelle zu vermeiden und eine Stabilisierung des Hanges sowie der derzeit in Konstruktion befindlichen Stützmauer zu erzielen, muß das in der Senke ober dem Rutschhang dauernd zusickernde Wasser unschädlich abgeführt werden. Es ist dem Begutachter angesichts der nunmehr schon erfolgten Rutschungen völlig unbegreiflich, daß man das noch am 28. Februar 1966 ober der neu im Bau befindlichen Stützmauer ausfließende Wasser ohne Sicherung und unbehindert einsickern läßt. Schon die durch die Rutsche zerstörte erste Stützmauer hatte die gefährlichen Tone an ihrer Basis, was ja bekannt sein muß.“

Und nun zum Schluß: „Es ist die Auffassung des Begutachters, daß man auf diese Art ein neues Schadensereignis geradezu provoziert. Da die Rutschbasis des fossilen Bergsturzes mit ihren tonigen Flächen zwangsläufig in das Tal ausstreckt, liegt hier sehr offenkundig eine nicht zu unterschätzende Gefahr vor!“ So Professor Metz damals.

Aber das war ja noch nicht alles, meine Damen und Herren. Ich habe mich veranlaßt gesehen, auf dieses Gutachten hin, das auch in der Zeitung veröffentlicht wurde, das die „Kleine Zeitung“ groß herausgestellt hat, die sich überhaupt dieser Frage in einem sehr beachtlichen Ausmaß angenommen hat, am 7. März einen Brief an den Herrn Handelsminister zu schreiben, in dem ich neuerlich auf die Gefahren aufmerksam gemacht habe, die vor allem für Gut und Leben durch diese neu angekündigten Rutschungen bestehen. Es geschah weiter nichts.

Es geschah aber am 30. März der dritte Rutsch, und an dem Tag, meine Damen und Herren, sind zehn Minuten vorher drei Omnibusse zum Teil mit Schulkindern besetzt durchgefahren. Es wird heute über die Zeit gestritten. Herr Minister Schleinzer hat in Vertretung des Herrn Ministers gesagt, es wären 25 Minuten gewesen, aber ich glaube, daß das gar nicht sehr wesentlich ist, sondern diese Omnibusse fuhren kurze Zeit vorher durch, und man hatte aber noch keine Sicherungsmaßnahmen ergriffen gehabt.

Ich habe dann in einer Sitzung im Hause die Gelegenheit benutzt, um eine mündliche Anfrage anzubringen. Inzwischen kam dann die Beantwortung der schriftlichen Anfrage, die ich Ihnen auch zur Kenntnis bringen werde.

Aber noch interessanter ist vielleicht, was dann Professor Metz in einem neuerlichen Gutachten nach diesem letzten Bergsturz sagt:

„Rutsch 3 muß als konsequente Folgeerscheinung von Rutsch 2 aufgefaßt werden.“ Und er sagt dann weiter: „Die Beobachtungen am 4. 4. 1966 ergaben weiterhin folgendes: a) Über den obersten Abrissen der Rutsche 2 und 3 ist das Gehänge auch weiterhin in Auflösung begriffen, was sich in einer auf 50 m entlang den bisherigen Abrissen hinführenden offenen Zerreißungsspalte äußert.“ Und er sagt dann weiter: „In diesem Teil des Gehänges liegen jetzt mehrere 1000 Kubikmeter zerblockter Fels und Schutt, abrißbereit, mehr als 50 Höhenmeter über der Straße. Das steile Gehänge ist demnach bis zum flachen Wandrücken hin in voller Auflösung begriffen.“ Und er sagt zum Schluß: „Es muß auch hier mit einem weiteren Felssturz gerechnet werden, der unter Umständen ohne wesentliche Vorauswarnung im freien Fall über die Steilwand direkt auf die Straße herunterkommt. Ange-sichts der drohenden Gefahren sieht sich der Begutachter verpflichtet, die Straßenbauverwaltung im Interesse der Straßenpassanten und der am Fuße der Rutschungen arbeitenden Menschen zu warnen.“

Das konnte alles passieren, ohne daß sich das Ministerium veranlaßt sah, hier einzutreten.

Ich habe aber die Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage vom 2. März bekommen, und sie ist sehr interessant: Was sagt der Herr Minister dazu?

Er sagt auf die Frage 1: „Vor Inangriffnahme der Bauarbeiten wurden Bodenaufschließungen im üblichen Umfange vorgenommen und Sachgutachten eingeholt, die jedoch keine Rutschgefahr ergaben.“

Auf die Frage 2: „Die nach den Rutschungen sofort eingeleiteten neuerlichen Untersuchungen ergaben, daß als Ursache der Erdbewegungen die unvorherzusehende starke Wasserführung in der oberhalb der Trassenführung gelegenen Geländefalte zu bezeichnen ist. Der dort angetroffene Boden ist durch Blockwerk und Fels von so großer Stärke überlagert, daß selbst bei größeren Aufschließungen vor Inangriffnahme der Bauarbeiten eine Rutschgefahr nicht erkannt worden wäre.“

Und zur Frage 3, die lautete: „Was wird angesichts der letzten großen Erdbewegungen unternommen werden?“ — „Die letzte (dritte) Rutschung wurde innerhalb von acht Tagen (vom 31. 3. bis 7. 4.) abgeräumt und damit der vorher bestandene Fahrbahn- und Böschungszustand wieder hergestellt.“

Und zur Frage 4: „Welche konkreten Sicherheitsmaßnahmen sind zum Schutz von Personen und Eigentum vorgesehen?“ heißt es: „Während der Bauarbeiten begeht ein Sicherungsposten den Hangbereich; dieser ist

**Meißl**

in der Lage, akustische Wahrnehmungen zur Baustelle zu geben. Zur Nachtzeit und an arbeitsfreien Tagen beobachtet der Posten von der Straße aus und kann bei Gefahr eine Sofortabsperrung vornehmen. Bemerkenswert ist, daß sich der Hangrutsch durch ein Geräusch in den oberhalb stehenden Baumbeständen ankündigte. Erst nach etwa einer  $\frac{1}{2}$  Stunde — genügend Zeit, um die Straße zu sperren — trat der Hangrutsch ein. Abrutschungen bei dieser Art Untergrund können gar nicht sofort, sondern nur verhältnismäßig langsam erfolgen.“

Ich darf erinnern, was ich vorher im Gutachten des Professor Metz zu dieser Frage ausgeführt habe.

Und zur Frage 5: „Wie hoch belaufen sich die zusätzlichen Kosten für die Beseitigung der bisherigen Rutschungen (Neuerrichtung der Stützungsmauer etc.) und wie hoch werden die Kosten sein, die durch diese letzte und größte Erdbewegung entstanden sind?“

Antwort — ich will das zusammenfassen —: An Kosten für die Beseitigung fallen rund 480.000 S, für die Wiederherstellung des Fahrbahn- und Böschungszustandes 350.000 S an, weitere Nebenkosten durch Grundeinlösung und so weiter werden mit 400.000 S angegeben, sodaß zu den Baukosten von 7,3 Millionen Schilling, nunmehr 1,3 Millionen Schilling bereits zur Behebung dieser Schadensstelle kommen.

Meine Damen und Herren! Hier drängt sich wirklich die Frage auf: Was muß denn noch alles geschehen, damit sich ein Ministerium wirklich veranlaßt sieht, hier etwas zu unternehmen?

Ich habe deshalb heute dem Herrn Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wegen der Vorfälle beim Autobahnbau und Straßenbau, dem Herrn Abgeordneten Dr. Kranzlmayr, einen Brief geschrieben. Dieser Untersuchungsausschuß, der auf unseren Vorschlag gebildet wurde, ist ja sicherlich für alle diese Fragen zuständig und nicht nur für den sogenannten Strengberg-Skandal. Dieser Brief lautet:

„Hiemit ersuche ich Sie, den Untersuchungsausschuß zur Untersuchung der Vorfälle beim Autobahn- und Straßenbau auch mit der Untersuchung des Skandals um das Baulos Klausen der Gleichenberger Bundesstraße zu befassen. In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, ob dieses kostspielige Baulos Klausen wirklich notwendig war, ob tatsächlich die entsprechenden geologischen Untersuchungen angestellt beziehungsweise berücksichtigt wurden, warum nach den drei erfolgten Rutschungen nicht sofort eine Untersuchung durch den zuständigen Ressortmini-

ster angeordnet wurde, und schließlich, ob die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz vor allem von Menschenleben ausreichend gewesen sind.“

Ich darf nur hoffen, daß die Schilderung dieses kleinen Strengberg-Skandals des Bau-losen Klausen — und ich kann Ihnen nur versichern, daß sie der Wahrheit entspricht — die beiden Fraktionen dieses Hauses veranlassen wird, unseren Antrag und unsere Forderung auf Einberufung dieses Untersuchungsausschusses zu unterstützen.

Ich möchte abschließend noch auf eine Forderung von uns Freiheitlichen zurückkommen, die ich schon im Ausschuß vorgebracht habe, daß es nämlich vor allem notwendig sein wird, im Straßenbauwesen eine Koordination herbeizuführen, die sich nicht nur auf die Bundesagenden, sondern auch auf die Länder und die Gemeinden erstreckt, daß man einen Gründlichkeitssplan aufstellen soll und muß. Auf diesem Gebiet ist eine weitreichende und langfristige Planung wirklich am Platz.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern — auch darüber wurde im Ausschuß gesprochen —, daß es höchste Zeit wäre, sich in der Frage der Südautobahn endlich einmal darüber klarzuwerden, welche Trasse zu wählen ist, die über den Wechsel oder die durch das Burgenland, eine Frage, die längst hätte entschieden gehört, aber man hat das anscheinend aus bestimmten Rücksichten vorläufig nicht getan.

Herr Bundesminister! Wir können aus den angeführten Gründen dieser Gruppe unsere Zustimmung nicht geben, hoffen aber, daß hier nun endlich wirklich etwas getan wird, daß Sie im nächsten Jahr zur Berichterstattung noch hier sitzen können und Ihren Kopf noch nicht verloren haben werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner:** Mir liegt nun der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Weißmann, Frühbauer und Dr. Scrinzi vor. Er ist genügend unterstützt und steht zur Debatte.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wielandner das Wort.

**Abgeordneter Wielandner (SPÖ):** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema, zum Wasserwirtschaftsfonds komme, darf ich noch einmal ganz kurz auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf von heute vormittag zurückkommen und ihn wörtlich aus dem stenographischen Protokoll zitieren: „Herr Minister außer Dienst Doktor Kreisky hat die österreichische Außenpolitik als Operettenpolitik bezeichnet. Ich darf dennoch feststellen, daß diese von ihm herab-

1004

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Wielandner**

gesetzte Außenpolitik dem österreichischen Volk den Staatsvertrag gebracht hat.“

Nachdem Sie auf unsere Zwischenrufe feststellten, daß nichts Unrichtiges daran gewesen war, darf ich auch noch das vorlesen, was der Herr Bundesminister außer Dienst sagte:

„Der Herr Bundeskanzler hält das sicher für den Höhepunkt einer differenzierten Diplomatie, er hält sich an den Satz im ‚Faust‘, der lautet: ‚Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen; und jeder geht zufrieden aus dem Haus.‘“ — Nur daß das im „Faust“ der Theaterdirektor und kein Regierungschef sagt und daß die Außenpolitik etwas anderes ist als eine Varietévorstellung.“

Ich glaube, diese Feststellung genügt an und für sich. Trotzdem möchte ich noch hinzufügen, daß in Moskau bei den entscheidenden Verhandlungen nicht nur ein Regierungsmitglied war, sondern daß vier Regierungsmitglieder dort waren: Raab, Schärf, Figl und Kreisky. Ich möchte Ihnen das heute bei dieser Gelegenheit nochmals ins Gedächtnis rufen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich mich mit Fragen des Wasserwirtschaftsfonds beschäftigen und eingangs einige Sätze zitieren, welche Präsident Kennedy am 23. Februar 1961 vor dem US-Kongreß gesprochen hat:

„Die Angelegenheit des Wassers betrifft durchaus nicht nur einen Teil unseres Landes und Volkes. Jeder, der fischt oder jagt, Industrieanlagen baut, Elektrizität zur Beleuchtung von Haus oder Wohnung oder zur Erleichterung der Arbeit benötigt, der daheim, im Betrieb oder für Erholungszwecke Wasser braucht, kurz gesagt, jeder einzelne Bürger eines jeden Staates muß sich an einem fundierten Programm zur Erhaltung dieser Hilfsquelle beteiligen, von der Wohlstand und Fortschritt eines jeden Volkes in großem Maße abhängen.“ Soweit Präsident Kennedy.

Ich glaube, diese wenigen Worte stellen dar, welche Bedeutung das Wasser in unserer Wirtschaft hat. Wenn wir es auf den Menschen münzen, müssen wir feststellen, daß 11 Wasser im Tag notwendig ist, um ihn am Leben zu erhalten. Vier Tage lang kann der Mensch ohne Wasser leben, während er ohne Essen 40 Tage leben kann.

Wenn wir die Bedeutung des Wassers weiter untersuchen wollen, so können wir auf einen Vortrag, den Professor Dr. Kresser, der Rektor der Technischen Hochschule Wien, gehalten hat, zurückgreifen. Über seine Inaugurationsrede schrieb eine Zeitung:

„Was die Vernachlässigung der Wasserhygiene bedeutet, illustrierte der Wissenschaftler am Beispiel Indiens. In diesem

Land starben 1962 2 Millionen Menschen und erkrankten 50 Millionen aus Mangel an reinem Trinkwasser.“

Der tatsächliche Wasserverbrauch pro Kopf in unseren Städten und Märkten lag zur Zeit unserer Großväter etwa bei 15 l, heute sind es 150 bis 200 l, die Spitze ist sogar 350 l. Die hygienischen Bedürfnisse sind gestiegen, das mag wohl die Hauptursache hiefür sein. Wir denken dabei auch an den modernen Wohnkomfort.

Es ist heute eine Selbstverständlichkeit, daß dann, wenn man den Wasserhahn aufdreht, tatsächlich Wasser fließt — zu einem niedrigen Preis, in ausreichender Menge und womöglich bester Güte. (*Abg. Dr. Gorbach: Der positive Wassermann! — Abg. Altenburger: Wein kommt nicht raus! —* Leider nicht. (*Heiterkeit.*))

Wenn wir uns die Situation in Österreich überlegen, so dürfen wir feststellen, daß wir derzeit noch unser Wasser aus Quellen und aus dem Grundwasser schöpfen können. Wir brauchen derzeit noch keine „Wasserfabriken“, wie sie in anderen Staaten notwendig sind. Wir müssen allerdings alles tun, um unsere Wasserquellen zu schützen; wir tun es bei den Quellen bereits insofern, als wir unsere Wasserwerke anweisen, den besten Schutz gegen Keime und Krankheitserreger zu gewährleisten. Es müssen andere Beimengungen entfernt werden, die ebenfalls zum Teil von der Natur her im Wasser enthalten sind, beispielsweise Mangan oder Eisen, darüber hinaus Öle, die heute eine sehr große Rolle spielen, und zwar durch den Bau von Ölheizungen und durch die Tankwagenunfälle, von denen man ja immer wieder spricht.

Nun zu den Wasserwegen selbst. Wir haben in Österreich — das gehört zwar nicht zum Bautenministerium — ein speläologisches Institut, das sich mit der Grundwasserforschung beschäftigt. Wenn wir uns beispielsweise überlegen, daß dieses Institut nur dann eingesetzt wird, wenn eine Wasserversorgungsgenossenschaft oder etwa eine Gemeinde Wassersorgen oder Wassernöte hat, dann müssen wir sagen, daß diese Angelegenheit wirklich vom Staat her gefördert werden müßte. Die Grundwasserwege sind sehr verschieden. Beispielsweise tritt auf dem Dachstein eintretendes Wasser im steirischen Ennstal, etwa in Gröbming, wieder zutage.

Die nächste Frage auf diesem Sektor betrifft den Bau von Zuleitungen, eine schwere und große Belastung für die Beteiligten. Wenn wir uns überlegen, was die Gemeinden in Österreich für diese Belange aufzuwenden haben, dann müssen wir sagen: Das sind fast die kostspieligsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben.

**Wielandner**

Wir müssen aber trotzdem alles tun, um das notwendige Wasser herbeizuschaffen. Denken wir zum Beispiel an New York, das etwa 200 km lange Zuleitungen aus dem Delawara-Gebiet mit einem Aufwand von vielen Milliarden baut. Allein die Hudson-Unterführung kostet 400 Millionen Schilling.

Wenn wir an die Situation unserer Städte denken, so müssen wir sagen: Wir können uns nur bemühen, ausreichende Möglichkeiten im Rahmen unseres Budgets zu schaffen. Ich darf nur an meine eigene Gemeinde erinnern: Wir hatten ein Grundwasserwerk, das 1951 etwa 35 Sekundenliter schüttete, im Jahre 1962 waren es nur mehr 11 Sekundenliter. Wir mußten uns daher um eine neue Möglichkeit umsehen und hatten eine 8 km lange Quellwasserleitung zu bauen, die einen Aufwand von 5 Millionen Schilling erforderte.

Nicht nur das Trinkwasser, auch das Industriewasser bildet eine wesentliche Frage. Zur Erzeugung von einer Tonne Stahl benötigt man beispielsweise 22.000 l Wasser, für 1 kg Papier 400 l.

Bei der Standortfrage für Industrien und für Siedlungen ist das Wasser eine notwendige Voraussetzung.

Im Jahre 1870 wurde ein Reichswassergesetz erlassen, ein Wasserrechtsgesetz 1934, und die Novelle 1959 gibt uns die Gewähr dafür, daß wir entsprechende Handhaben besitzen, um unsere Wasserbestände zu erhalten.

Wenn wir von den Zuleitungen sprechen, müssen wir auch von den Ableitungen reden. Meistens ist es ja sehr einfach: Wenn das Wasser aus unserem Gesichtskreis weg ist, ist es für uns eben fort, und wir glauben, daß wir uns nicht mehr darum zu kümmern brauchen. Ich darf feststellen, daß die Ableitung dieser Gewässer genauso große Beträge erfordert. Daher ergibt sich eine zweite wesentliche Frage: Kanal- und Kläranlagenbauten, die notwendig sind, um die Verschmutzung unserer Grundwässer wie überhaupt unserer Gewässer hintanzuhalten. Man hat früher einmal von einer „blauen Donau“ gesprochen; sie ist nicht mehr blau. Man hat von einem „grünen Inn“ gesprochen; er ist auch nicht mehr grün. Wenn wir an den „romantischen“ Rhein denken, so müssen wir feststellen, daß dort jetzt täglich bis zu 150 t Öl und 40.000 kg Industriesalze eingebracht werden.

Die Verschmutzung bedroht nicht nur unsere Bäche und Flüsse, sondern auch die Seen durch die Rotalgenbildung. Ich möchte diese Probleme nur am Rande feststellen. Unsere Bäche und Flüsse werden schön langsam, wenn wir nicht rasch entgegenwirken, zu Abwässerkanälen, die Seen und Teiche zu

Faulschlammbecken. Die Selbsterneigung ist durch die starke Verschmutzung nicht mehr gewährleistet. Hier ist Sparsamkeit am falschen Platz — ich denke zum Beispiel an die Ereignisse in Zermatt vor wenigen Jahren. Die Erhaltung der Volksgesundheit muß uns so wichtig sein, daß wir hier entsprechende Beträge aufwenden. Dazu kommt noch der fremde Gast, der in unser Land kommt und uns die großen Devisenbeträge hierläßt, die heute schon mehrmals in diesem Hause erwähnt worden sind.

Nun sehen wir uns an, wie hier die Zukunft aussehen wird, wie die finanziellen Möglichkeiten aussehen werden. Man schätzt derzeit bei unseren Gemeinde- und Städteverbänden, daß 6 Milliarden für Wasserprojekte und 14 Milliarden für Kanalisationsprojekte erforderlich sein werden. Beim Bundesministerium für Bauten und Technik liegen derzeit nach den Ausführungen des Herrn Ministers im Rahmen des Finanz- und Budgetausschusses Anträge für 5,2 Milliarden Schilling. Wenn die Dotierung ungefähr so beibehalten wird, wie es bisher der Fall gewesen ist, dann wird es sieben Jahre dauern, bis diese 2½ Milliarden Schilling, die dafür erforderlich sind, aufgebracht werden können, weil wir im heurigen Jahr, im Budget des Jahres 1966, nur einen Betrag von 347 Millionen Schilling zur Verfügung haben.

Der Herr Bundesminister hat gemeint, daß die bessere Dotierung der letzten Jahre — und es ist wirklich eine bessere Dotierung eingetreten — etwa die Ursache dafür gewesen wäre, daß die Wasserversorgungsgenossenschaften und die Gemeinden so viele Anträge eingebracht haben. Ich glaube, daß das nicht der Fall ist, sondern daß die Gemeinden in Erkenntnis ihrer Situation diese Anträge einbringen mußten, um durch eine erhöhte Dotierung endlich ihre Wünsche erfüllt zu bekommen und ihre Sorgen loszuwerden. Ich nehme an, daß es in den nächsten Jahren doch möglich sein müßte, mehr zu geben. Auch der Herr Finanzminister hat dies in seiner Budgetrede angekündigt, und zwar in dem Teil, in dem er feststellte, daß der Wasserwirtschaftsfonds ausreichend dotiert werden würde, weil die Fonds steigende Einnahmen hätten. Von der Budgetseite aus ist allerdings festzustellen, daß die Bundeszuschüsse im Kapitel 21 Titel 6 § 2 von 25,2 auf 17,5 Millionen Schilling herabgesetzt worden sind. Diesen Weg müssen wir erkennen. Ich glaube, daß die Hilfe durch den Bund lebenswichtig und lebensnotwendig ist. Wenn man vielleicht zu einem anderen System übergeht, indem man beispielsweise nur Zinsenstützungen gewährt, so wäre das ebenfalls ein Weg, der gegangen werden könnte.

1006

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Wielandner**

Mit dieser Frage hat sich im Jahre 1963 ein Ministerkomitee beschäftigt und hat zur Gesamtfrage festgestellt:

„Die Verunreinigung der Quell- und Grundwasser gefährdet bereits die bestehende und künftige Trinkwasserversorgung großer Städte, wie zum Beispiel Wien, Graz und Linz, ebenso wie die von Dörfern und Siedlungen, insbesondere in wasserarmen Gebieten. Wenn Abwässer zu Fremdenverkehrs- und Kurorten weiterhin ungeklärt in die Seen und Fließgewässer eingeleitet werden, sind nachträgliche Auswirkungen auf den Fremdenverkehr unvermeidlich. Manche Industriebetriebe, die für ihre Fabrikation reines Wasser benötigen, müssen ihr Brauchwasser mit erheblichem Aufwand aufbereiten. Stauräume von Kraftwerken sind zu Faulschlammbecken geworden, und immer wieder zeigen Fischsterben in kleinen und großen Gewässern deren Verödung, Vergiftung und Überbelastung mit Abwässern an. Schlamm-, Schaum- und Ölfluten sowie Abfälle aller Art im Wasser und dessen Ufern stoßen die erholungssuchende Bevölkerung ab.“

Wenn wir uns diese Dinge überlegen, so müssen wir sagen, daß wir hier als Bund, Länder und Gemeinden zusammenhalten müssen, um den dringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden, und daß wir diesen Fonds in Zukunft besser dotieren müssen.

Und nun zu einer zweiten Sache, zu einem regionalen Straßenproblem.

Vorher darf ich mir aber erlauben, eine Feststellung zu treffen. Heute ist mein Kollege Tull im Zusammenhang mit dem Strengberg-Skandal auf die Bauarbeiter zu sprechen gekommen. Man hat ihm dann — es war der Herr Dr. Weißmann — unterschoben, daß etwa die Bauarbeiter schuld hätten. (Abg. Prinke: Der Horr war das!) Horr, Entschuldigung! (Abg. Peter: So groß ist der SPÖ-Klub! — Heiterkeit.) Das würde Sie freuen, wenn der Ihre auch so groß wäre. (Abg. Zeillinger: Wenn unserer so groß wäre wie Ihrer! — Heiterkeit.) Ja, das habe ich ja gesagt. Da haben Sie mich anscheinend auch wieder falsch verstanden. Es ist festgestellt worden, daß an diesem Strengberg-Skandal vielleicht die Bauarbeiter schuld sein sollten. Dagegen müssen wir uns schärfstens verwahren.

Die Bundesstraße 159, auf die ich noch einmal zu sprechen kommen möchte, ist eigentlich die „Bundesstraße 1“ in Österreich. In den bisherigen Jahren wurde die Strecke von Salzburg nach Paß Thurn mit etwa 30 bis 40 Millionen Schilling dotiert. Im Jahre 1966 hat man diesen Betrag um 11 Millionen Schilling auf etwa 23,5 Millionen Schilling

verringert. Wenn man diese Straße und den Zustand kennt, in welchem sie sich in jedem Frühjahr befindet, und wenn man sich überlegt, in welcher Form sie instand gehalten wird, daß man jährlich immer wieder flickt oder irgendwelche andere Versuche unternimmt, um sie zu befestigen, so muß man sagen, daß es für Österreich als Fremdenverkehrsland beschämend ist, daß es diese Straße in diesem Zustand beläßt und die Beträge hiefür im Gegenteil dazu noch verminder. Wir müssen uns überlegen, daß wir dann, wenn beispielsweise das Autobahnstück bis Golling fertig sein wird, in einen richtigen Flaschenhals hineinkommen, dessen Fahrbahndecke außerdem noch in schlechtester Verfassung ist. Ich muß feststellen, daß wir hiefür doch größere Beträge aufwenden müßten.

Ich freue mich über diesen Antrag, der heute hier von allen drei Parteien eingebracht wurde und die Tauernschnellstraße betrifft. Sie ist für unseren Bereich von größter Wichtigkeit, nicht nur für den Pongau, auch für den Lungau. Über Kärnten hat ja schon der Herr Abgeordnete Weißmann gesprochen. Ich darf feststellen, daß es erst dann, wenn diese Tauernschnellstraße Wirklichkeit geworden ist, möglich sein wird, rascher und leichter in diese Gebiete zu kommen, die, wie etwa der Lungau, noch zu den unterentwickelten Gegenden zählen. Wir können uns nur wünschen, daß die Arbeiten dort so bald wie möglich in Angriff genommen werden.

Ich darf noch auf einige Dinge verweisen, so zum Beispiel auf die Felsstürze, die im Bereich des Passes Lueg und auch in der Gasteiner Klamm stattgefunden haben. Die Gasteiner Klamm, das heißt die Gasteiner Straße an und für sich, hat heuer wieder eine verbesserte Dotierung im Ausmaß von 3,3 Millionen Schilling erhalten. Die Gasteiner Straße an und für sich ist in guter Ordnung, nur der Ausbau der Klamm, vor allen Dingen die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen wären zu treffen, um derartige Ereignisse, wie sie sich etwa zu Ostern abgespielt haben, hintanzuhalten. Ich komme noch einmal auf den Felssturz auf dem Paß Lueg zurück. Es sind auch am vergangenen Sonntag wieder, allerdings in kleinerer Menge, Steine auf der Straße gelegen, die aber immerhin den Verkehr gefährden.

Und dann noch vielleicht ein kleines Stieffkind: Es ist die Paß Gschütt-Straße, die Bundesstraße Nr. 166. Wenn man die Beträge sieht — 1963: 1,7 Millionen Schilling, 1964: 980.000 S, 1965: 800.000 S und 1966: 1,7 Millionen Schilling —, dann muß man sich fragen, was man dort mit diesen Beträgen

**Wielandner**

anfangen will. Wenn wir uns in den Gemeinden überlegen, was wir für den Straßenbau für kurze Stücke ausgeben müssen, dann müssen wir sagen, daß das ein Pappenstiel ist, der hier geboten wird. Ich glaube, daß es zweckmäßig und notwendig wäre, auch diesen Stieffkindern in Zukunft mehr Augenmerk zuzuwenden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel das Wort.

**Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe mich leider genötigt, zu einem Vorfall Stellung zu nehmen, der sich vor kurzem in dieser Debatte hier ereignet hat. Der Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei Dr. Bassetti hat — ich zitiere aus dem stenographischen Protokoll wörtlich — folgende Redewendung gebraucht: „So soll — hören Sie ein bißchen zu — zum Beispiel ein Prüfer des Rechnungshofes versucht haben, über ein verschwiegenes Schäferstückchen mit einer Sekretärin ‚Material‘ zu finden.“ Darauf verzeichnet das Protokoll einen Zwischenruf meines Fraktionskollegen, des Abgeordneten Peter, der lautet hat: „Warum haben Sie das nicht gesagt, wie der Präsident des Rechnungshofes im Haus war?“, worauf Abgeordneter Dr. Bassetti wörtlich sagte: „Ich weiß es selber erst seit einem Tag.“ Nun kommt eine Reihe von Zwischenrufen. Unter anderem rief Kollege Zeillinger: „Für die gestohlenen Millionen erfinden Sie Schäferstückchen!“ Beweisen Sie, daß Sie hier nicht die Betrüger decken ...! Worauf Abgeordneter Dr. Bassetti wörtlich sagte, ebenfalls wieder nach dem stenographischen Protokoll: „Der Wahrheitsbeweis kann jederzeit angereten werden, Herr Rechtsanwalt!“

Meine Damen und Herren! Ich sehe mich veranlaßt, angesichts dieser unerhörten Beschuldigung gegen ein Mitglied eines Organs des Nationalrates, nämlich des Rechnungshofes, den Herrn Abgeordneten Dr. Bassetti aufzufordern, unverzüglich, wie er sich ja selber hier bereit erklärt hat, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung anzutreten, widrigenfalls die nötigen Konsequenzen gezogen werden, und zwar sofort. Die Kollegen der Österreichischen Volkspartei darf ich einladen, mit uns zusammen dafür zu sorgen, daß in diesem Hohen Hause nicht ohne sofortige Klärung derartig schwere Anschuldigungen gegen ein Organ des Nationalrates, nämlich den Rechnungshof, erhoben werden können. Würde hier der Beweis, wie angekündigt, angetreten werden, so zweifle ich nicht daran, daß der Rechnungshof in seinem Bereich das Nötige veranlassen wird, um

seinerseits die Sache zu klären; aber zunächst und primär stellen wir die Forderung, daß hier in diesem Hohen Hause, und zwar heute noch und sofort, die Angelegenheit geklärt wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Franz Pichler das Wort.

**Abgeordneter Franz Pichler (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, daß bei der heutigen Debatte die Wohnungswirtschaft den ihr gebührenden Platz einnimmt, geht es dabei doch um ein Anliegen, das zu den brennendsten der Gegenwart gehört. Dieses Problem zu lösen ist unser aller Aufgabe. Es wurde heute bereits von zwei Rednern grundsätzlich zu diesem Problem Stellung bezogen. Dennoch scheint es notwendig, daß grundsätzlich noch einiges dazu gesagt wird. Obwohl nämlich die Tatsache allen bekannt ist und das Problem der Wohnungswirtschaft von allen Seiten durchleuchtet und behandelt wurde, gehen die Ansichten über die besten Lösungen noch immer auseinander, wenngleich auch die heutige Debatte in sehr wesentlichen Punkten gezeigt hat, daß in verschiedenen grundsätzlichen Fragen zwischen den Parteien ungefähr die gleichen Auffassungen vorhanden sind. Aber bestimmte Versuche in der Publikation, in der Öffentlichkeit zeigen doch immer wieder, daß es im wesentlichen zwei Gegensätze gibt, die einander gegenüberstehen.

Die eine Auffassung geht dahin, daß die Wohnung als Lebensgrundlage der Menschen die Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft bildet und daher eben nicht Spekulations- und Ausbeutungsobjekt sein darf.

Die andere Auffassung, die besonders in letzter Zeit wieder in verschiedenen Publikationen propagiert wurde, ist die, daß die Wohnung der sogenannten freien Initiative überlassen bleiben soll, daß der freien Initiative mehr Spielraum gegeben werden muß und daß die gesetzlichen Schutzbestimmungen mehr oder weniger aufgehoben und damit die sogenannte Zwangswirtschaft beseitigt werden müsse. Dadurch würde die Wohnung nur mehr dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegen, sodaß sie damit echte Ware würde und als Spekulationsobjekt verwendet werden könnte.

Diese Kreise berufen sich dabei auf eine nie bewiesene Behauptung, wonach nur die Gesetze an den Skandalen, die es ja leider gibt, schuld sind. In Wahrheit meinen sie aber, daß bei Wegfall aller Schutzbestimmungen der Weizen für alle nur möglichen Geschäfte auf Kosten der Mieter blühen würde.

1008

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Franz Pichler**

Wenn immer die Behauptung aufgestellt wird, daß nur der Mieterschutz schuld sei, daß es ein Wohnungsproblem gibt, so ist dies ebensooft von den Sprechern der Sozialistischen Partei hier in diesem Hohen Haus widerlegt worden. Als letzter, der sich mit diesem Thema beschäftigt hat, hat der Abgeordnete Moser dieses Problem sehr eingehend behandelt und dargestellt, wie die Dinge tatsächlich liegen. Ich möchte nun nicht sosehr die gesetzliche Seite behandeln, als vielmehr die Ursachen, die die gesetzlichen Regelungen notwendig machen.

Dr. Carl Putz sagte am KANA-Tag im Jahre 1963 zu diesen Ursachen folgendes: „Die Unzulänglichkeiten im Wohnungswesen wurden selbstverständlich schon in der Monarchie erkannt.“ „Denn 1892 griff der Staat mit Steuerbefreiungen für Arbeiterwohnungen ein. 1902 wurden Bestimmungen über die Verzinsung der Wohnbaugelder getroffen.“ „1907 wird die Zentralstelle für Wohnungsexport in Wien gegründet, 1908 der Kaiser-Franz-Joseph-Regierungsjubiläums-Fonds geschaffen, der die Entstehung gemeinnütziger Wohnungsvereinigungen ermöglichte. 1910 wird der staatliche Wohnungsfürsorge-Fonds für Kleinwohnungen eingerichtet. Als nach 1918 die private Wohnbautätigkeit ganz zum Stillstand kam, wurde 1919 der Deutschösterreicheische Wohnungsfürsorgefonds, unser heutiger Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, geschaffen.“

Allein diese Tatsachen und Zahlen beweisen, daß die Frage der Wohnraumbeschaffung nicht erst in der Zweiten Republik besteht, sondern daß die Ursachen dieser Wohnungsmisere bereits, wie hier erwähnt wurde, in der Monarchie gelegen sind. Wenn dann in denselben Ausführungen zwischen 1919 und 1948, wo der Wohnhaus-Wiederaufbau-Fonds geschaffen wurde, überhaupt nichts erwähnt wird, so ist damit wieder bewiesen, daß in der Ersten Republik auf diesem Sektor ein vollkommenes Versagen des Staates zu verzeichnen gewesen ist.

Die „Wochenpresse“ schreibt in ihrer Ausgabe Nr. 24: „Obwohl in der Ersten Republik die private Wohnbautätigkeit auf den Nullpunkt sank — nur die Gemeinde Wien baute Häuser, die zu Hoch- und Trutzburgen des Sozialismus wurden —, hörte man kaum je etwas von einer Wohnungsnot. Die von der Wirtschaftskrise hart mitgenommenen Österreicher hatten andere Sorgen, als sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob ihre Zimmer-Küche-Wohnung mit Bassena und WC auf dem Gang der modernen Zeit entspreche oder nicht.“

Wenn wir diese Darstellungen lesen und wenn wir die Ansichten, die gerade dem

letzten Absatz der „Wochenpresse“ zugrunde liegen, betrachten, dann müssen wir es als erfreulich bezeichnen, daß sich doch heute die Meinung in der Öffentlichkeit so weit geändert hat, daß man nicht mehr davon spricht, daß sich die Menschen andere Sorgen machen sollten, als sich mit ihrem Wohnungsproblem zu beschäftigen, sondern daß man nunmehr tatsächlich versucht, das Wohnungsproblem wirklich zu lösen.

Jeder weiß aber auch, daß das Wohnungsproblem nicht durch die Beseitigung der Schutzbestimmungen, sondern nur durch eine Neuordnung der gesamten Wohnungswirtschaft und durch eine Verstärkung des Wohnungsneubaues gelöst werden kann. Die Versäumnisse, die durch die Verzögerungen der Realisierung der bereits verhandelten Vorschläge entstanden sind, sind nach meiner Meinung unentschuldbar, und zwar deswegen, weil die Not der Menschen auf diesem Sektor praktisch keinen Aufschub duldet, an eine Lösung heranzugehen, und auch in der Vergangenheit keinen Aufschub geduldet hätte.

Man müßte diejenigen, die bisher versucht haben, die Lösung dieses Problems immer wieder zurückzusetzen, in die Sprechstunden der Bürgermeister, der Wohnungsämter und der Wohnungsgenossenschaften schicken, damit sie dort das Problem und die Not an erster Stelle miterleben. Da kommen junge Ehepaare voller Hoffnung in die Gemeindestube, in die Kanzleien der Wohnungsgenossenschaften oder zu ihren Vertretern, um dort vorzusprechen, weil sie sich Unterstützung für den Aufbau ihrer Existenz und ihrer Zukunft erwarten. Sie gehen dann aber wieder enttäuscht und zum Teil gebrochen weg, sobald sie die wenigen vorhandenen Möglichkeiten, ihnen zu helfen, erfahren haben. Ihre Hoffnung schwindet, weil sie einfach nicht in der Lage sind, die geforderten Baukostenzuschüsse aufzutreiben, weil es einfach unmöglich ist, daß junge Menschen, die einige Jahre im Beruf stehen und sich ein gemeinsames Heim bilden wollen, über Beträge von 40.000, 50.000, 60.000 oder 70.000 S verfügen, und weil es oft auch unmöglich ist, daß Eltern und Verwandte diesen jungen Menschen beispringen und diese Beträge aufbringen. Und wenn es gelingt, unter Aufbietung aller vorhandenen Möglichkeiten zu einer Wohnung zu kommen, dann ist eben noch immer die leere Wohnung da, und die Sorgen dieser jungen Menschen sind infolge der Schulden für die Ausstattungen ihrer Wohnung auf Jahre hinaus festgelegt.

Wenn kinderreiche Familien in die Sprechstunden kommen, dann gibt es fast überhaupt keine Möglichkeiten, ihnen zu helfen oder

**Franz Pichler**

ihnen Trost zuzusprechen, denn mit einer Verrostung auf die Zukunft ist den wenigsten geholfen, und Wohnungen, die für kinderreiche Familien geeignet und für sie auch erschwinglich sind, stehen in so geringem Maße zur Verfügung, daß kaum ein Bruchteil dieser Wohnungs suchenden damit beteilt werden kann.

Aber ebenso tragisch sind die Fälle, wenn alte Menschen, die aus irgendeinem Grund die Wohnung wechseln müssen, um Rat und Hilfe vorsprechen, weil auch hier kaum eine Möglichkeit vorhanden ist, ihnen wirklich und rasch zu helfen.

Wenn Sie es aber erleben, daß Bewerber schon um eine bestimmte Wohnung vorsprechen, obwohl der Inhaber dieser Wohnung noch gar nicht gestorben ist, sondern weil es sich nur herumgesprochen hat, daß er wahrscheinlich sterben wird, dann kennzeichnet das wohl am besten die furchtbare Situation, die in bestimmten Gebieten unseres Landes auf dem Wohnungssektor vorhanden ist.

Es bedarf daher eigentlich keiner weiteren Begründung, daß auf dem Wohnungssektor etwas geschehen muß. Und hier haben die Sozialisten immer wieder erklärt, daß eine Lösung nur dann akzeptiert werden kann, wenn damit auch das gesamte Problem gelöst wird. Nicht die Sozialisten sind an dem Wohnungselend schuld, weil sie in der Ersten Republik zuwenig Wohnungen gebaut oder weil sie die Schutzbestimmungen für die schutzwürdigen Bevölkerungsschichten nicht immer vertreten haben, sondern schuld daran ist die Tatsache, daß die vorhandenen Möglichkeiten bisher noch zuwenig genutzt werden konnten und daß viel Zeit vergangen ist, um Lösungsmöglichkeiten zu erwägen.

Sicher ist es aber auch bei dieser Gelegenheit notwendig, das Positive herauszustreichen, das trotz alledem auf dem Wohnungssektor bisher geschehen ist und das nur dadurch geschehen konnte, weil die Mithilfe der öffentlichen Fonds in der Zweiten Republik gegeben war.

Wir können uns aber nicht oft genug auch gegen die bestehenden Mißbräuche, gegen die schändigen Ausbeutungsmethoden wenden, die mit den Ablösen betrieben werden. Ablösen, die nicht echte Investitionsablösen oder echte Ablösen von Baukosten darstellen, sind reine Erpressungen und haben als Verbrechen zu gelten, wobei es ganz gleichgültig ist, ob ... (*Abg. Dr. Mussil: Dann gibt es Tausende von Verbrechen!*) Ja, ich möchte Ihnen beipflichten, daß es auf diesem Gebiet wirklich Tausende von Verbrechen gibt, nur können diese nicht erfaßt werden, weil die Umstände leider diejenigen, die erpreßt werden, immer

noch dazu zwingen, ruhig zu sein, zu schweigen, weil sie sonst befürchten müssen, auch noch um die teuer erworbene Wohnung zu kommen. Ob dieser Mißbrauch von Hauseigentümern, von Hausverwaltern oder auch von Hauptmietern begangen wird, ist dabei vollkommen belanglos und spielt überhaupt keine Rolle.

Es müßte aber auch durch eine Regelung in der Zukunft in der Richtung hin Vorsorge getroffen werden, daß der Mißbrauch, der mit dem Eigentumsrecht an Wohnungen getrieben wird, ebenfalls beseitigt wird, denn auch auf diesem Gebiet hat es in der Vergangenheit Mißstände gegeben, die für die Zukunft nicht mehr länger geduldet werden können.

Wenn sich nun auf dem Wohnungssektor eine Neuordnung abzeichnet, so möchte ich aber besonders auch auf die Anliegen und auf die Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen hinweisen und ihre Berücksichtigung bei einer Neuordnung entsprechend anmelden. Der Anteil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am Wohnungsbau hat bereits ein Ausmaß von einem Drittel der in einem Jahr errichteten Wohnungseinheiten erreicht. Der Anteil der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen am Mietwohnungsbau ist aber bedeutend höher und beträgt bereits an die 70 Prozent. Wenn wir nun hinzufügen, daß der Mietwohnungsbau gerade in jenen Gebieten von Bedeutung ist, in denen die größte Wohnungsnot vorhanden ist, also in den Städten und in den größeren Märkten, so muß hier eindeutig verzeichnet werden, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bereits bisher sehr Wesentliches zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen haben.

Es wäre aber ein Irrtum, anzunehmen, daß diese gemeinnützigen Wohnungsunternehmen ausschließlich durch die Gewährung von Mitteln aus den öffentlichen Fonds arbeiten. Eine Durchleuchtung der Finanzierung dieser Vereinigungen hat gezeigt, daß nur ungefähr zu 50 Prozent mit Mitteln aus dem Wohnbauförderungsfonds gearbeitet wird, während der restliche Teil des Kapitals entweder auf dem Kapitalmarkt durch Eigenmittel der Wohnungsunternehmungen oder im sehr wesentlichen auch durch Eigenmittel der Wohnungswerber aufgebracht wird, wobei die Grundbeschaffung überhaupt ausschließlich durch die Wohnungsvereinigungen betrieben und finanziert wird.

Legen wir nun weiters zugrunde, daß jährlich 11.000 bis 12.000 Wohnungseinheiten durch die Wohnungsunternehmungen gebaut werden, dann ist die Wichtigkeit gerade dieser

1010

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Franz Pichler**

Sparte auf dem Wohnungssektor eindeutig unter Beweis gestellt.

Es wurde heute schon davon gesprochen — Herr Abgeordneter Prinke hat es erwähnt —, daß es notwendig sein wird, auch auf die Wohnbedürfnisse der alten Menschen besonders Rücksicht zu nehmen. Ich frage: Wer kann diese Rücksichtnahme in der Zukunft ausüben, wenn nicht wiederum entweder der kommunale Wohnungsbau oder eben der Wohnungsbau durch die gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen, denn nur sie sind in der Lage, so große Anlagen zu bauen, daß innerhalb dieser Anlagen auch Wohnungen für alte Menschen untergebracht werden? Allerdings wird es die Frage sein, wieweit solche Wohnungen dann einer zusätzlichen Förderung zugeführt werden können, denn es ist ausgeschlossen, daß sich Menschen, die ein Einkommen von 1400 oder 1500 Schilling im Monat haben, eine neue Wohnung, auch wenn es eine Wohnung für Alte ist, leisten können, wenn die Errichtungsbeiträge, die Baukostenzuschüsse und die Mieten so hoch sind, daß mit den Pensionen diese Mieten und die übrige Lebenshaltung nicht bestritten werden können.

Die Wohnungsunternehmungen haben aber auch sehr wesentlich zur Gestaltung des Stadtbildes vieler Städte beigetragen. Mancher Ort wurde durch die Gestaltung im Rahmen des Wohnungsbaues der gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen sehr wesentlich beeinflußt.

Wenn wir nun die Detailregelungen heute noch nicht behandeln können, so möchte ich doch noch darauf hinweisen, daß sich die Arbeitsgemeinschaft Wohnbau im ÖGB mit dem Gesamtproblem sehr eingehend beschäftigt hat und daß ebenfalls der Österreichische Verband gemeinnütziger Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen alle diese Probleme bereits im Detail behandelt hat und daß hier bereits grundlegende Arbeiten vorliegen. Diese Arbeiten sollen daher auch wirklich als Grundlage der Neuordnung dienen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß ein gesunder Geist nur in einem gesunden Körper wohnt und wohnen kann. Ich möchte hinzufügen, daß gesundes Leben eben nur in gesunden Wohnungen möglich sein wird. Wenn wir in der Lage sind, diese gesunden Wohnungen für die österreichische Bevölkerung bereitzustellen, dann haben wir für Österreich und für seine Menschen ein Werk getan, das uns hilft, die Zukunft des Staates zu sichern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Skritek das Wort.

Abgeordneter **Skritek (SPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Unter Kapitel 21 Titel 6 §§ 1 bis 5 sind für den Wasserbau für das Jahr 1966 93 Millionen Schilling vorgesehen. Das sind, wenn man das mit den tatsächlich ausgegebenen Beträgen des Vorjahres vergleicht, im Ansatz bereits um 6 Millionen weniger als 1965. Tatsächlich sind die Ausgaben, das heißt jene Beträge, die im Jahr 1966 für den Wasserbau verwendet werden, um 20 Millionen niedriger, da ja von dem Betrag noch 14 Millionen für Schuldrückzahlungen an die Donaukraftwerke abgehen.

Ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen, wie wichtig alle Fragen des Wasserbaues angesichts der verschiedenen Unwetter- und Hochwasserkatastrophen sind und wie bedauerlich es ist, daß dieses Kapitel ganz namhaft, ganz wesentlich gekürzt wurde. Das gilt besonders für die im § 4 angeführte Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, für die für dieses Jahr ein Betrag von 4 Millionen Schilling eingesetzt ist. Im Vorjahr wurden 11 Millionen ausgegeben; es ist also eine ganz erhebliche Kürzung des Budgetansatzes. Liest man die Erläuterungen zu dieser Ausgabenpost, dann findet man, daß Arbeiten am Hochwasserschutz für Krems, Greifenstein, Deutsch-Altenburg, Erhaltungsarbeiten am Donaukanal, Baggerungen an der Alten Donau, Erhaltung von Wehr- und Schleusenanlagen vorgesehen sind, das heißt also, daß mit diesen 4 Millionen — und wer ein wenig Vorstellung hat, was man mit diesem Betrag bei den angegebenen vielen Verwendungszwecken erreichen kann, wird da zustimmen müssen — bestenfalls die Erhaltung der bestehenden Hochwasserschutzanlagen möglich ist. Wahrscheinlich, Herr Minister, nicht mehr, wenn überhaupt soviel.

Leider ist — das müßte unter diesem Budgetansatz enthalten sein — für die Neugestaltung des Hochwasserschutzes in Wien nichts vorgesehen. Dazu erlauben Sie mir einige Bemerkungen. Ich glaube im Hohen Hause Verständnis zu finden, wenn ich darauf hinweise, wie wichtig Hochwasserschutz und Schutz vor Unwetterkatastrophen in Österreich in den letzten Jahren geworden sind. Es ist fast kein Jahr vergangen, in dem wir nicht von der einen oder anderen oder mehreren solchen schweren Katastrophen betroffen wurden. Noch im Vorjahr, 1965, hatten wir Hochwasserkatastrophen, Unwetterkatastrophen in Kärnten, Burgenland, Osttirol, im Inntal, und auch im heurigen Frühsommer hatten wir schon einige solcher Katastrophen; ich erinnere an Zell am See. Es ist daher selbstverständlich, daß diese Fragen vordringliche Bedeutung haben und natürlich erwartet werden kann, daß für diese Belange auch etwas mehr aus-

**Skrtek**

gegeben wird. Leider ist das mit diesem Budget-ansatz nicht möglich.

Ich möchte aber besonders auf Wien hinweisen. Überquert man die große Donau, glaubt man, in Wien sei die Donauregulierung vollzogen, hier gäbe es keine Gefahren. Ich darf darauf hinweisen, daß diese Donauregulierung im Jahr 1875 beendet wurde. Leider mußten wir in den letzten Jahren feststellen, daß der damals vorgesehene Hochwasserschutz für Wien doch nicht ganz ausreicht und die notwendige Sicherheit nicht gegeben ist. Wir haben die erste große Warnung durch das Hochwasser im Jahr 1954 mit einem Pegelstand von 8,61 m bei der Wiener Reichsbrücke und mit 10.000 Kubikmeter Wasserdurchfluß in der Sekunde erhalten. Das sage ich deshalb, weil der Hochwasserschutz bestens für 11.700 Kubikmeter pro Sekunde ausreicht, das heißt, das Hochwasser 1954 war in Wien knapp an der Grenze des noch Erträglichen. Ein wenig mehr, und es hätte in Wien sicherlich eine schwere Hochwasserkatastrophe gegeben. Aber auch schon dieses Hochwasser hat am rechten Donauufer schwerste Schäden an Hafenanlagen, Industrieanlagen und Wohnungen angerichtet. Wer damals bei diesem Hochwasser in den Bezirken II und XX die Donau entlang gegangen ist, konnte diese Schäden selbst feststellen.

Nun haben wir durch das Hochwasser vor einem Jahr neuerlich eine Mahnung erhalten. Wenn auch bei der Reichsbrücke nur 7,5 m gemessen wurden, war doch wieder das rechte Donauufer überflutet, und es gab schwere Schäden. Dieses Hochwasser dauerte drei Wochen. Ich muß sagen, in beiden Fällen haben wir Glück gehabt, daß einige günstige Voraussetzungen zusammengetroffen sind, die ein Überschreiten dieser Hochwassermarken verhindert haben.

Leider, meine Damen und Herren, sind die Voraussagen der Meteorologen und Klimatologen für uns nicht günstig. Sie prophezeien erhöhte, vermehrte Niederschläge, und wir müssen hier vorsorgen.

Nun hat das Bundesland Wien schon 1959 dem Handelsministerium einen Plan zur Prüfung vorgelegt, die Erweiterung, die Verbesserung, den Ausbau des Hochwasserschutzes in Wien betreffend. Er wurde einer Studienkommission zugewiesen. Als erstes Ergebnis der Tätigkeit dieser Studienkommission wurde im Juli 1965 im Wiener Gemeinderat einstimmig der Plan für den Ausbau des rechten Donauufers, die Dammerhöhung, beschlossen und dem Handelsministerium mit dem Er suchen übermittelt, diesen Bau durchzuführen, da ja nach der gesetzlichen Lage der Bund als Kostenträger verpflichtet ist. Diese

Verpflichtung ergibt sich aus einem Bundesgesetz aus dem Jahre 1927, das am Ende des Bestehens der Donauregulierungskommission beschlossen wurde.

Meine Damen und Herren! Obwohl der Antrag ein Jahr beim Handelsministerium liegt, ist in diesem Budget nichts vorgesehen. Es liegt auch noch keine Zusage vor, wann ein Beschuß zu erwarten ist. Es wurden Einwendungen bezüglich der Kosten gemacht. Das verstehe ich durchaus. Aber das kann nicht bedeuten, daß eine so wichtige Maßnahme um ein volles Jahr verschoben wird. Es wäre sehr bedauerlich, wenn gerade dieses eine Jahr der Verschiebung des Baubeginnes bei einer Hochwasserkatastrophe ausschlaggebend wäre.

Herr Bundesminister! Sie haben im Ausschuß nach der „Parlamentskorrespondenz“ auf eine Anfrage geantwortet, daß der Ausbau der Dammanlagen am rechten Donauufer abgeklärt sei. Ich nehme an, daß damit auch die Kostenfrage geklärt ist. Ich nehme an und hoffe, daß damit auch die Kostenübernahme des Bundes irgendwie vorgesehen ist. Der Plan bezüglich des linken Donauufers, der von Wien ausgearbeitet wurde und für den die Fachleute sind, wurde von Ihnen wegen der Höhe der Kosten bisher abgelehnt. Ich darf feststellen, daß Sie, Herr Minister, sich im Ausschuß bereit erklärten, Verhandlungen über diesen Plan des Hochwasserschutzbau in Wien zu führen. Ich möchte Sie heute bitten und ersuchen, diese Verhandlungen raschest einzuleiten. Schließlich ist bereits ein Jahr vergangen, wurde wichtige Zeit verloren. Ich glaube, ich brauche hier nicht besonders darauf hinzuweisen: Der Schaden, der durch eine Hochwasserkatastrophe in Wien entstehen würde — wenn wir ähnliche Verhältnisse wie im Jahre 1954 haben —, wäre wahrscheinlich größer als die Kosten dieses Projektes, wenn sie auch hoch sind.

Meine Damen und Herren! Ich darf noch erwähnen, in Wien gibt es fünf Gemeindebezirke mit mehr als 200.000 Menschen, die bei einer Hochwasserkatastrophe direkt gefährdet wären, besonders der nördliche Teil von Wien, der jetzt ausgebaut wird. Es ist daher unbedingt erforderlich, den Hochwasserschutz entsprechend zu verbessern. Ich hoffe, Herr Bundesminister, daß der Plan Ihre Genehmigung insgesamt findet und daß nicht nur für den Ausbau des rechten, sondern auch des linken Donauufers im nächsten Budget eine entsprechende erste Rate zu finden sein wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß auch das Bundesland Wien das Anrecht hat, daß der Bund seine Ver-

1012

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Skritek**

pflichtungen, die er gesetzlich gegenüber diesem Bundesland hat, einhält. Nach manchen Ereignissen hat man als Wiener oft das Gefühl, daß Wien in manchen Belangen eine Art von Stiefkind ist, und sehr oft nicht als gleichberechtigtes Bundesland behandelt wird. Ich hoffe, Herr Minister, daß sich diese Tatsache ändern und Wien, besonders was den Hochwasserschutz anlangt, tatsächlich zu seinen Rechten kommen wird.

Darf ich noch eine kurze Bemerkung zum Straßenbau machen. Der Bund betreut 9234 km Bundesstraßen, davon in Wien — nach dem Bundesgesetz von 1964, nach der erweiterten Übernahme von Wiener Straßen — 33 km, das sind 0,3 Prozent der Bundesstraßen. Autobahnen sind nach der Aufstellung in den Erläuterungen des Budgets 1090 km, für Wien 54 km geplant. Hier ist der Prozentsatz etwas günstiger. Von den 10.324 km Bundesstraßen und Autobahnen sind für Wien 87 km, das sind 0,8 Prozent, vorgesehen. Das ist wirklich ein sehr, sehr bescheidener Prozentsatz. Ich hoffe, daß in Zukunft auch hier eine Besserung eintritt, daß in Wien mehr Straßen vom Bund übernommen werden. Ich darf nämlich auch darauf hinweisen, daß das Aufkommen an Mineralölsteuer und Bundeszuschlag in Wien 40 Prozent ausmacht; dem stehen 0,8 Prozent betreute Wiener Straßen im Gesamtverhältnis zu Bundesstraßen und Autobahnen gegenüber. Ich weiß, daß dieses Prozentverhältnis allein kein Maßstab sein kann. Manche Straße ist aufwendiger, manche weniger aufwendig. Ich glaube aber, annähernd wird sich der Aufwand für den Straßenkilometer im Durchschnitt auf dasselbe stellen. Wenn man den Bundesdurchschnitt berücksichtigt, wird auch für Wien kein höherer Aufwand vorhanden sein. Ich will gar nicht davon reden, wie wenig Wien an Mineralölsteuer erhält.

Darf ich zum Schluß, Herr Bundesminister, noch auf zwei wichtige, Ihnen sicher bekannte Projekte des Wiener Straßenbaues hinweisen. Das ist die wichtige Südwestausfahrt von Wien, die Kreuzung Altmannsdorfer Straße, die zweimal die Bundesbahn quert, wo jedesmal lange Autokolonnen stehen, wenn der Bahnschranken geschlossen ist. Es konnte bisher nicht festgelegt werden, wer die Kosten trägt, die Bundesbahn oder der Bund, das Handelsministerium, da die Altmannsdorfer Straße Bundesstraße ist. Herr Minister, Sie hatten es ohnehin angenehm, daß die Bundesstraße schon ausgebaut und in Bundesverwaltung war, als Sie sie übernommen haben. Ich glaube, es ist ein sehr billiges Verlangen, diese Kreuzung jetzt wenigstens in der Weise zu entschärfen, daß entweder die Bundesbahn

oder die Straße eine Unterführung erhält damit die Autoschlangen endlich verschwinden.

Das zweite ist die Kreuzung Schwechat—Wiener Straße—Simmeringer Hauptstraße, gleichfalls eine Kreuzung mit der Österreichischen Bundesbahn. Auch da wäre Abhilfe notwendig, denn das ist die Einfahrt vom Flughafen nach Wien. Es wäre zweckmäßig, den vielen Menschen, die aus dem Ausland nach Wien kommen, nicht gerade bei der Einfahrt nach Wien zu demonstrieren: hier ist der erste Stopp, da geht es nicht weiter, da hat es für einen weiteren Ausbau der Straße nicht gereicht. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Auch hier ist eine Unterführung dringend erforderlich.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bemüht, einige dringende Anliegen ganz kurz vorzubringen. Wir haben einen neuen Minister, der speziell für Bauten — Straßen- und Wasserbauten — zuständig ist. Ich darf sagen, der alte Minister, der Handelsminister Dr. Bock, war ein Wiener. Viel haben wir davon nicht bemerkt. Sein Herz schlug sicherlich nicht für Wien. Der neue Minister ist ein Linzer. Wir hoffen, daß er für Wien als Bundeshauptstadt und Bundesland mehr Verständnis hat. Das hoffen wir, Herr Minister, damit die sichtliche Benachteiligung Wiens endlich verschwindet. Wien ist eines der neun Bundesländer und hat das Recht, gleich wie alle anderen Bundesländer behandelt zu werden! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Bassetti das Wort.

**Abgeordneter Dr. Bassetti (ÖVP):** Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hat mich aufgefordert, in der von mir erwähnten Angelegenheit den Namen zu nennen.

Mit Rücksicht auf die Intimsphäre des mir geschilderten Vorfalles werde ich davon Abstand nehmen, hier im Hohen Hause und damit vor der Öffentlichkeit den Namen bekanntzugeben. Ich werde aber den Herrn Präsidenten des Rechnungshofes von dem Vorfall in Kenntnis setzen und ihm auch den Namen mitteilen. Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen ab über Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie; Kapitel 21: Bauten und Technik; Kapitel 22: Bauten für die Landesverteidigung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Kapiteln in der Fassung der Regierungsvorlage

**Dr. Bassetti**

unter Berücksichtigung der hiezu mitgeteilten Druckfehlerberichtigungen, die allen Abgeordneten zugegangen sind, ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Weißmann, Frühbauer, Dr. Scrinzi und Genossen, betreffend Information über die Vorbereitung eines Gesetzentwurfes für die Tauernschnellstraße.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Ist einstimmig angenommen.

**Gruppe III****Kapitel 8: Äußeres**

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Wir kommen nunmehr zur Verhandlung über die Gruppe III. Diese umfaßt Kapitel 8: Äußeres.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Häammerle. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

**Spezialberichterstatter Dipl.-Ing. Häammerle:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe die Ehre, Ihnen den Spezialbericht zu Gruppe III, Kapitel 8: Äußeres, zu erstatten.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 23. Mai 1966 den Vorschlag für das Kapitel 8: Äußeres, in Verhandlung gezogen.

Der vorliegende Entwurf zum Bundesfinanzgesetz 1966 weist bei Kapitel 8: Äußeres, Ausgaben in der Höhe von 300,156.000 S und Einnahmen in der Höhe von 13,261.000 S aus.

Die Ausgabensumme stellt 0,44 Prozent der Gesamtausgaben in der ordentlichen Gebarung des Bundesvoranschlages 1966 dar und liegt im Vergleich zum Verhältnis zwischen dem Gesamtbudget anderer Staaten und dem der Außenministerien dieser Länder noch immer weit unter deren Anteil am Gesamtbudget.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß in der Gesamtsumme von 300,156.000 S ein Beitrag von rund 49,400.000 S für Beiträge Österreichs zu internationalen Organisationen enthalten ist, und zwar im einzelnen Beiträge

zur Internationalen Atomener-

giebehörde ..... 1,327.000 S  
zum Europarat ..... 4,000.000 S  
zur Donaukommission ..... 700.000 S  
zum Ständigen Schiedshof .... 11.000 S  
zum Budget der Vereinten Na-

tionen ..... 16,367.000 S

zur UN-Technischen Hilfe und Sonderfonds ..... 18,998.000 S  
zu den United Nations Emergency Forces (UNEF) ..... 3,705.000 S  
zu Internationalem Hilfsmaßnahmen ..... 260.000 S  
und zu UN-Sonderaktionen .. 4,000.000 S  
Daher sind im Jahre 1966 lediglich Nettoausgaben des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von 250,788.000 S möglich; mit dieser Summe muß nicht nur der persönliche Aufwand für 1151 Beamte und Vertragsbedienstete, sondern auch der Sachaufwand für 73 effektive österreichische Vertretungsbehörden im Ausland und für die Diplomatische Akademie mit zwei Lehrgängen bestritten werden.

Hervorzuheben ist, daß die Förderungskredite bei Titel 1 infolge Wegfalls der einmaligen Subvention von 3 Millionen Schilling für die internationale Tagung des Roten Kreuzes in Wien im Jahre 1965 erheblich herabgesetzt werden konnten.

Bei den Aufwandskrediten des Titels 1 ist die Erhöhung des Kredites für die Durchführung des Diplomatenseminars in Kleßheim sowie die erstmalige Veranschlagung eines eigenen Kredites für Ausgaben der Dokumentations- und Informationsabteilung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten hervorzuheben. Letztere Ausgaben waren im Vorjahr auf verschiedene Ansätze des Sachaufwandes verteilt, die sich daher gleichfalls gegenüber 1965 geändert haben.

Bei den Ermessenskrediten für Anlagen und Erwerb von Liegenschaften für österreichische Vertretungsbehörden im Ausland mußten gegenüber 1965 empfindliche Kürzungen erfolgen, was zur Folge hat, daß der Ankauf neuer Liegenschaften zur Vermeidung der ständig steigenden unwirtschaftlichen Mietkosten für Residenzen und Amtsräume, aber auch die in den letzten Budgetjahren immer wieder zurückgestellten Ausgaben für erforderliche Neubauten, Bauherstellungen und Neueinrichtungen auch im Jahre 1966 nicht werden bedeckt werden können.

Im Budgetentwurf für 1966 ist auch die Errichtung von vier neuen österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland berücksichtigt. Die Aufwendungen hiefür steigen mit Rücksicht auf die ungünstigen Preisverhältnisse in den Empfangsstaaten in Übersee ständig.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Czernetz, Dr. Hertha Firnberg, Regensburger, Dr. van Tongel, Jungwirth, Pfeifer, Gabriele, Dr. Stella Klein-Löw, Horejs, Dr. Fiedler, Lukas, Pay, Dr. Tull und Machunze. Bundesminister

1014

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dipl.-Ing. Häammerle**

Dr. Tončić-Sorinj beantwortete eingehend die in der Debatte an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 13. Juni 1966 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze für die Gruppe III gemäß der Regierungsvorlage vom Finanz- und Budgetausschuß mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt auf Grund seiner Beratungen den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 8: Äußeres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1966 (15 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich stelle den Antrag, in die Spezialdebatte einzugehen.

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Peter (FPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Seit Tagen breitet sich auf der Regierungsbank eine Unsitte aus, gegen die sich die freiheitliche Nationalratsfraktion zur Wehr setzen muß.

Den letzten Ministerkommentar zu den Stellungnahmen der Abgeordneten dieses Hohen Hauses hörten wir am Mittwoch der vergangenen Woche. Seit diesem Tag erachten es die Mitglieder der Bundesregierung nicht mehr für notwendig, zu den Argumenten der Abgeordneten Stellung zu nehmen. Wir Freiheitlichen haben Verständnis dafür, daß ein Minister zur späten Abend- und Nachtstunde darauf verzichtet, seine Argumente dem Hohen Hause bekanntzugeben. Wir können aber kein Verständnis dafür aufbringen, daß dann, wenn eine Haushaltsgruppe in den frühen Nachmittagsstunden abgeschlossen wird, wie das heute der Fall war, der zuständige Ressortminister es nicht für notwendig erachtet, abschließend Stellung zu nehmen.

Es ist heute einem Abgeordneten dieses Hohen Hauses ein Ordnungsruf erteilt worden, weil er diesem gleichen Regierungsmitglied Überheblichkeit vorgeworfen hat. Ich erachte es für notwendig, dem überflüssigsten Vizekanzler dieser Zweiten Republik Österreich Arroganz gegenüber den Abgeordneten des Nationalrates vorzuwerfen. (*Zwischenruf der Abg. Lola Solar.*) Immerhin standen ja die Integrationsagenden des Vizekanzlers Doktor Bock zur Diskussion. (*Abg. Dr. Haider: Irgendwer ist da arrogant!* — *Abg. Glaser: Nicht so präpotent!*) Das ist kein Anlaß zu einem Ordnungsruf, Herr Abgeordneter Glaser! (*Abg. Glaser: Auch Arroganz?*) Ich stoße mich nicht an Ihrem Zwischenruf. Aber heute vormittag hat man sich von anderer Seite daran gestoßen, daß einem Ihrer

Minister Überheblichkeit von einem Abgeordneten vorgeworfen wurde.

Da der Herr Bundeskanzler die Auffassung vertritt, daß seine Anliegen in seiner Abwesenheit durch einen Staatssekretär wahrgenommen werden können, ergibt sich zwangsläufig die Frage (*Abg. Dr. Klaus: Im Falle seiner Verhinderung!*), welche Aufgabe der derzeitige Vizekanzler Dr. Bock zu erfüllen hat. Solange der Herr Bundeskanzler uns nicht nach der neuen gegebenen Lage von der notwendigen Existenz dieses Vizekanzlers in der derzeitigen Bundesregierung überzeugt, vertreten wir Freiheitlichen die Auffassung, daß es sich im gegenständlichen Fall um den überflüssigsten Vizekanzler handelt, über den die Zweite Republik Österreich jemals verfügte (*Abg. Dr. Klaus: Das ist ja gegen die Verfassung!* — *Abg. Dr. Withalm: Der Vizekanzler steht in der Verfassung!*) Dann sorgen Sie dafür, daß Ihre Agenden im Falle Ihrer Verhinderung in diesem Hohen Hause, Herr Kanzler, durch Ihren Stellvertreter und nicht durch einen Staatssekretär wahrgenommen werden! (*Abg. Marwan-Schlosser: Da kann man nur sagen: Sie sind überflüssig da!*)

Sicherheit für alle versprach das Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei vor dem 6. März 1966. Sicherheit für alle Österreicher verspricht ein Dankplakat der gleichen Partei allen Menschen dieses Landes. Ob die Österreichische Volkspartei wirklich guten Gewissens auf dem Gebiet der Außenpolitik Sicherheit für alle versprechen kann, wage ich guten Gewissens zu bezweifeln.

Sicherheit und Geborgenheit unserer staatlichen Existenz vermag nicht allein die Regierungspartei zu gewährleisten. Hier geht es darum, daß diese Zweite Republik Österreich ihren Weg in ein größeres, geeintes Europa ebenso bald finden möge wie alle anderen freien Staaten dieses Kontinents. Sicherheit und Geborgenheit im Sinne der größeren Ordnung, meine Damen und Herren, kann nur die größere europäische Einheit gewährleisten. Eine Aufgabe, die niemals von einer Partei, sondern von allen gutgesinnten Kräften dieses Landes bewältigt werden muß.

Zur Bewältigung dieser Aufgabe gehört zweifelsohne auch die Förderung des europäischen Bewußtseins in allen Bereichen unseres gesamtstaatlichen Lebens. In der Erziehung der Jugend hat der europäische Einigungsgedanke genauso seinen Platz wie im Rahmen von weittragenden wirtschaftlichen Überlegungen. Europäische Erinnerungsstätten, wie Europahäuser, Europaplätze und Europaschulen, ersetzen nicht die Hinführung zu einer europäischen Gesinnung.

**Peter**

Die Pflege dieser europäischen Gesinnung ist die Aufgabe aller verantwortungsbewußten Kräfte dieser demokratischen Republik.

Es wäre nach Ansicht der Freiheitlichen auch verfehlt, wollte man dieses europäische Einigungsproblem allein von wirtschaftlichen Gesichtspunkten her sehen. Es geht hier um weitaus mehr. Auf Grund dieser Überzeugung traten und treten wir Freiheitlichen stets für den Zusammenschluß der freien Völker und Staaten Europas auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ein!

Die Freiheitliche Partei hat in der europäischen Integrationsfrage von Anfang an eine klare und konsequente Linie vertreten und brauchte in den abgelaufenen Jahren von dieser eindeutigen europäischen Linie niemals abzuweichen. Am Beispiel der Integration ist jederzeit nachzuweisen, daß die Freiheitlichen die von ihren Sprechern in diesem Nationalrat stets vertretene Idee zum Unterschied von anderen Parteien niemals zu ändern brauchten. Jeder von meinen freiheitlichen Parteifreunden in den abgelaufenen Jahren gesprochene Satz behielt seine Richtigkeit.

Vor allem war es der Österreichischen Volkspartei, der derzeitigen Regierungspartei, vorbehalten, in den letzten sechs Jahren vieles von dem Gedankengut zu übernehmen, das die Freiheitlichen konsequent von Anfang an zu diesem Gegenstand vertreten haben. In der Schuldebatte empfahl mir der Abgeordnete Harwalik, aus einem Peter ein Petrus zu werden. Am Beispiel der europäischen Integration darf man der Österreichischen Volkspartei in Erinnerung rufen, wie mühevoll ihr Weg vom EFTA-Saulus zum EWG-Paulus von 1960 bis 1966 gewesen ist. Zäh und langsam hat sich diese Wandlung vollzogen. In diesem Beharrungsprozeß ist begründet die Tatsache, daß Österreich auf dem Gebiet der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht weiter ist, als es im Augenblick der Fall ist.

Wir Freiheitlichen waren stets der Überzeugung, daß das 20. Jahrhundert ein europäisches sein muß, wollen wir unsere Sicherheit gewährleisten und unsere gemeinsame Freiheit bewahren. Als im Jahre 1960 der EFTA-Vertrag in diesem Hohen Haus behandelt wurde, legte namens der freiheitlichen Fraktion Abgeordneter Dr. Gredler ein vorbehaltloses Europabekenntnis ab. Er brachte es mit jenen unvergänglichen Gedanken zum Ausdruck, die der französische Dichter und Denker Victor Hugo in einer einmaligen Art und Weise den Nachkommenden überlassen hat, wenn er feststellte: „Ein Tag wird kommen, an dem ihr alle, Nationen des Kontinents, ohne eure

unterschiedlichen Eigenschaften und eure ruhmreichen Individualitäten zu verlieren, euch zu einer höheren Einheit vereinigen und die europäische Brüderlichkeit errichten werdet. Der Tag wird kommen, an dem die gewaltigen Bünde, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Vereinigten Staaten von Europa, einander über den Ozean hinweg die Hände reichen werden zum Austausch ihres Handels, ihrer Waren, ihrer Industrie, ihrer Kunst — um gemeinsam den Erdball urbar zu machen, die Wüsten zu bevölkern, die Schöpfung zu veredeln!“ (Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)

Noch ist dieser Gedanke nicht zur Tat geworden, doch ist Europa auf dem Weg zu diesem weitgesteckten Ziel. Damit es erreicht wird, erscheint es geboten, daß alle Österreicher vorbehaltlos an seiner Verwirklichung mitarbeiten.

Prüfen wir an Hand der gegebenen Tatsachen, wie die Arbeit der früheren Bundesregierung diesem Ziel der europäischen Einigung gedient hat. Prüfen wir die Europapolitik der früheren Bundesregierung am Beispiel EFTA—EWG, dann zeigt sich, daß es eine Europapolitik ohne Schwung, eine Europapolitik der Halbheiten, eine Europapolitik mit halbem Herzen, eine Europapolitik des Wenn und Aber, eine Europapolitik mit Vorbehalten, eine Europapolitik des untauglichen Kompromisses und eine Europapolitik des falschen Konzeptes war. Das, meine Damen und Herren, ist die negative Europa-Bilanz des am 6. März 1966 abgetretenen schwarz-roten Koalitionssystems!

Diese Europapolitik der Halbheiten tritt besonders augenfällig zutage, wenn man das stenographische Protokoll vom 23. März 1960 nachliest und sich dessen erinnert, was die Sprecher der Österreichischen Volkspartei zu diesem sehr wesentlichen Gegenstand damals zum Ausdruck gebracht haben. Diese Politik der Halbheiten, diese Politik der halben Entscheidungen und des halben Herzens, die uns in der Frage der Landesverteidigung stets begegnet, die uns auch beim Polytechnischen Lehrgang so kraß vor Augen geführt wurde, hat auch ihren entscheidenden Niederschlag in der EWG-Politik der abgetretenen Bundesregierung gefunden. Man hat auf der einen Seite von den Sprechern der Österreichischen Volkspartei im Jahr 1960 die Vorzüge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für Österreich unterstrichen, um dann andererseits gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für die EFTA zu votieren.

Sehr interessant, aufschlußreich und vielsagend war ein Satz, den der Abgeordnete

1016

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Peter**

Weißmann im Jahre 1960 geprägt hat, als er sagte: Der Beitritt zur EFTA, aus staatsrechtlichen Gründen derzeit von der gesamten Bundesregierung als der klügere und bessere Weg gemeinsam beschlossen, wird auch von den beiden staatstragenden Parteien weiterhin verantwortungsbewußt vertreten werden. Allein aus diesem Satz ist ersichtlich, daß der Herr Abgeordnete Weißmann aus staatsrechtlichen Gründen und nicht auf Grund von wirtschaftlichen Überlegungen gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für die Kleine Freihandelszone entschieden hat. Die staatsrechtliche Problematik ist es ja, die uns in den letzten Jahren eingehend in dieser Frage beschäftigt hat und die im positiven Sinne für die EWG sogar von den Mitgliedern der Bundesregierung entschieden worden ist.

Oder wenn wir einen anderen Diskussionsbeitrag des Jahres 1960 aus dem Reigen der ÖVP-Redner herausgreifen, so den des Abgeordneten Altenburger, der feststellte: Man kann nicht bestreiten, daß die EWG in einer starken sozialen und gemeinschaftsbetonten Wirtschaftsauffassung fußt und daß diese Grundeinstellung nicht unwesentlich vom Christentum beeinflußt wird. Ich wollte — so sagte Herr Altenburger — auf diese Merkmale deswegen verweisen, weil sie begründen, daß wir — die ÖVP — der EFTA nicht deswegen die Zustimmung geben, weil dieser Vertrag gegenüber der EWG vorzuziehen wäre. — Wenn also der EWG-Vertrag die bessere Entscheidung gewesen wäre, dann fragt man sich, warum die Österreichische Volkspartei gegen ihre Überzeugung und gegen ihr besseres Wissen im Jahre 1960 für die EFTA votiert hat.

Der leider allzu früh verstorbene ÖVP-Abgeordnete Stürgkh führte damals aus: Der EFTA-Vertrag kann der österreichischen Holzwirtschaft keine Vorteile bringen. Der Export von Holz und Holzprodukten geht zu mehr als 90 Prozent in die EWG-Länder und bildet wertmäßig fast ein Viertel unserer gesamten Ausfuhr.

So ist aus den Debattenbeiträgen des Jahres 1960 der Österreichischen Volkspartei Satz für Satz zur Kenntnis beweisbar, daß die ÖVP schon damals mit dem Herzen auf Seiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gestanden ist, daß sie aber gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gestimmt hat.

Sechs Jahre mußten vergehen, bis die Österreichische Volkspartei diesem grundlegenden Wandel in ihrer politischen Haltung Ausdruck verliehen hat.

Den Nachteil dieser uneinsichtigen und kurzsichtigen wirtschaftspolitischen Auffassung der Österreichischen Volkspartei haben in erster Linie die österreichische Wirtschaft und darüber hinaus alle Österreicher zu tragen gehabt. Dieser wirtschaftlichen Fehlentwicklung der letzten Jahre ist es zuzuschreiben, wenn wir heute Wirtschaftswachstumssorgen ungeahnten Ausmaßes vor uns haben.

Im Gegensatz zu dieser ÖVP-Auffassung ist die freiheitliche Fraktion in diesem Hohen Hause stets für eine rasche Verbindung Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter Berücksichtigung unserer Neutralitätsverpflichtungen eingetreten. Auf Grund dieser Überlegung hat die freiheitliche Nationalratsfraktion keinen Vollbeitritt gefordert, obwohl er nicht nur von uns Freiheitlichen, sondern weit darüber hinaus auch von anderen Bevölkerungsgruppen als die richtige Entscheidung angesehen würde. Mit Rücksicht auf unsere Neutralitätsverpflichtungen sind wir Freiheitlichen wie die anderen Fraktionen bestrebt, keinen wie immer gearteten Schritt zu setzen, der gegenüber dieser Verpflichtung nicht bestehen könnte. Wir haben dabei zu berücksichtigen, daß die österreichische Neutralitätspolitik das Resultat weltpolitischer Ergebnisse ist, und als solches wird sie von uns Freiheitlichen als Realität akzeptiert. Wesen und Inhalt dieser Neutralität aber werden nicht durch willkürliche Auslegungen, sondern einzig und allein durch den Text des Neutralitätsgesetzes bestimmt. Auf Interpretationsexperimente Außenstehender haben wir keinen Einfluß. Sie können aber für unsere österreichischen Entscheidungen niemals maßgebend sein.

Aber auch für die fragwürdigen Interpretationsexperimente ehemaliger Regierungsmitglieder haben wir Freiheitlichen kein Verständnis. Es sind in der Vergangenheit Dinge passiert, die der Assozierung Österreichs mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht von Nutzen gewesen sind. Vielleicht wären wir auf diesem Gebiet weiter, wenn von verschiedenen Mitgliedern der damaligen Bundesregierung seinerzeit etwas einsichtiger und verantwortungsbewußtere Interpretationen des Neutralitätsgesetzes vorgenommen worden wären.

Die Ausprägung der kerneuropäischen Idee kam in den Reihen der Österreichischen Volkspartei sehr spät zum Durchbruch. Jahrelang begnügte sich die Österreichische Volkspartei mit einer überaus distanzierten Behandlung des Problems der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Damals konnte sie sich darauf berufen, daß sie in ihrer europäischen Integrationspolitik vom sozialistischen Koalitions-

**Peter**

partner behindert wurde. Dieses Argument ist seit dem 6. März 1966 weggefallen. Nun trägt die Österreichische Volkspartei für jede in der Integrationspolitik zu treffende Entscheidung die alleinige Verantwortung. Keine Pittermann-Interpretation der Neutralität steht einer zügigen EWG-Politik der Österreichischen Volkspartei mehr im Wege. Was Vizekanzler Dr. Bock bereits im Jahre 1960 als unumstößliche Tatsache angesehen hat, ist inzwischen zur allgemeinen Auffassung der Österreichischen Volkspartei geworden. Damals führte Dr. Bock aus: Die Frage der österreichischen völkerrechtlichen und militärischen Neutralität hat im Konzept einer wirtschaftlichen Integration überhaupt keinen Platz. Es gibt keine wirtschaftliche Neutralität! Sie kommt im Kodex des Völkerrechtes gar nicht vor. Würde man sie erfinden, so wäre das nur der Anfang vom Ende unserer wirtschaftlichen Prosperität. — Das wurde 1960 von einem maßgeblichen ÖVP-Regierungsmittel als Überzeugung zum Ausdruck gebracht, in sechs Jahren von der ersten Regierungspartei dem Koalitionspartner gegenüber aber niemals durchgesetzt. Das ist eine bedauerliche Tatsache, die letzten Endes auch dazu geführt hat, daß wir auf dem Gebiet der Integrationspolitik einen großen Nachholbedarf zu bewältigen haben, dem sich die Bundesregierung hoffentlich mit der notwendigen Umsicht unterziehen wird.

Neue Schwierigkeiten sind heute von einem Sprecher der sozialistischen Fraktion bereits angedeutet worden, wenn Abgeordneter Kreisky zum Ausdruck brachte, daß es mehr als Nuancen der Auffassungen sind, die den Handels- und Integrationsminister wie den Außenminister in Fragen des Verhältnisses zur EWG, zur EFTA und zur Neutralitätspolitik trennen. Konnte man seinerzeit dem sozialistischen Koalitionspartner die Schuld für eine Verlangsamung des Tempos in die Schuhe schieben, so wird nunmehr die Österreichische Volkspartei darauf Bedacht zu nehmen haben, daß sie die innerparteilichen Meinungen innerhalb des derzeitigen Kabinetts koordiniert.

Gerade aus der jüngsten Zeit liegen divergierende Meinungsäußerungen der Herren Dr. Bock und Dr. Tončić zu Fragen der Integration vor. Über diese Meinungsverschiedenheiten wäre es interessant gewesen, aus dem Mund des Handelsministers und des Außenministers Aufschluß zu erhalten. Man könnte hier rückschauend und gegenwartsbezogen sagen: Was einem Gorbach und Klaus sein Pittermann war, das ist dem Bock sein Tončić. Hoffen wir aber, daß diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der derzeitigen Bundes-

regierung ohne negative Rückwirkungen auf die Integrationsentwicklung in Österreich sind.

Das Ziel, das am 23. März 1960 mit dem Abschluß des EFTA-Vertrages erreicht werden sollte, umriß Handelsminister Dr. Bock folgendermaßen: Wenn es zum Brückenschlag zwischen EWG und EFTA nicht kommt, so verliert die EFTA ihre Bedeutung für Österreich. Das würde eine Revision des Verhältnisses Österreichs zur EFTA erfordern. — So 1960 von Herrn Dr. Bock ausgesprochen, 1966 ist der „Brückenschlag“ als gescheitert zu betrachten! Wenn wir uns an die Meinungsäußerung des Integrationsministers vom 2. Juni 1966 erinnern, so läßt sie sich in dem Gedanken zusammenfassen: Österreich braucht eine EWG-Dynamik. In einem leidenschaftlichen Plädoyer für einen Vertrag mit der Wirtschaftsgemeinschaft stellte Dr. Bock fest, daß Österreich diesen Vertrag dringend brauche, um für die Zukunft das wirtschaftliche Wohlergehen sicherzustellen. Er führte weiter aus: Ohne Teilnahme an einem größeren Wirtschaftsraum würde sich die Wirtschaft des Landes auf längere Frist gesehen größten Schwierigkeiten gegenübersehen. Ein Nichtzustandekommen des Vertrages würde nicht nur die Zolldiskriminierung für die Hälfte des Exports zementieren, sondern vor allem den Ausschluß Österreichs von der Dynamik der Gemeinschaft mit sich bringen, was insbesondere die schwächeren Betriebe als erste spüren würden. Diese Dynamik — so sagte Dr. Bock — sei auch die Voraussetzung für ein Gleichziehen des österreichischen Lebensstandards mit dem westeuropäischen.

Wenn man an Hand dieser Meinung des Herrn Dr. Bock die Versäumnisse der abgetretenen Regierung und damit auch die der Österreichischen Volkspartei einer Prüfung unterzieht, so muß man allein auf Grund dieser Erkenntnis dem Kapitel Äußeres die Zustimmung versagen. Denn es war eine schleppende, eine verfehlte, eine nicht initiativ europäische Integrationspolitik, für die die abgetretene Bundesregierung vollinhaltlich verantwortlich ist. In dieser abgetretenen Bundesregierung hat die ÖVP zumindest in der letzten Legislaturperiode die alleinige Verantwortung für das Integrationskonzept getragen. Sie hat sich gegenüber dem Koalitionspartner nicht durchgesetzt. Sie hielt es für notwendig, dem Koalitionspartner die Schuld für Versäumnisse in die Schuhe zu schieben. Sie hat nunmehr Gelegenheit, zu beweisen, wozu sie auf dem Gebiet der Integration aus eigener Kraft allein befähigt ist.

Daß dieser falsche Integrationsweg der österreichischen Bundesregierung zu großen Nachteilen für die österreichische Wirtschaft

1018

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Peter**

geföhrt hat, braucht hier nicht näher beleuchtet zu werden. Wirtschaftsfachleute stellten genauso wie Dr. Bock fest, daß Österreich der Dynamik des Gemeinsamen Marktes bedarf, will es im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf bestehen. Offene Großmärkte unterwerfen unsere Wirtschaft noch mehr den Prinzipien der Marktwirtschaft, die in Österreich durch die Regierung jahrelang vernachlässigt wurden. Daher besteht eine zwingende Notwendigkeit zu einer vermehrten Rationalisierung, zu einer vermehrten Spezialisierung, zu einer notwendigen Typenbereinigung und zu einer ebensolchen Verbesserung von Produktions- und Verkaufsmethoden. Unverrückbar ist die Erkenntnis, daß eine Volkswirtschaft, die auf 7 Millionen Einwohnern basiert und deren Außenhandelsvolumen ein Viertel des Brutto-nationalproduktes ausmacht, dringend der Dynamik des Großwirtschaftsraumes bedarf.

Die zwingenden Motive für die europäische Integration hat in treffender Form Dr. Hellmuth Strasser in dem Vortrag „Staatspolitische Aspekte der europäischen Wirtschaft“ in präziser Form zusammengefaßt, wenn er fordert: Die europäische Integration hat zum Ziel,

„die Zwistigkeiten, welche die Völker unseres Kontinents so lange entzweit haben, für immer zu begraben;

das Gewicht und die Bedeutung Europas im Welthandel und in der Weltpolitik wiederherzustellen;

die unzeitgemäßen Handelsschranken, die Westeuropa in kleine, nach außen abgeschirmte Märkte zersplittern, zu beseitigen;

den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen und den technischen Fortschritt zu beschleunigen;

die Wirtschaft in bestimmten Industriezweigen in großem Maßstab zu fördern; und

Institutionen zu schaffen, die die Grundlagen künftiger politischer Einigung Europas sein können.“

Diesen Zielen zu dienen, ist eine Aufgabe, der wir Freiheitlichen uns ohne jeden Vorbehalt und ohne jede Voreingenommenheit in Zusammenarbeit mit den anderen verantwortungsbewußten Kräften unseres Landes unterziehen. Daher bejahren wir Freiheitlichen aus Überzeugung den so notwendigen europäischen Zusammenschluß.

Es ist bedauerlich, daß die bisherige Bundesregierung auf Grund eines falschen Konzeptes einen falschen Weg in der europäischen Integrationspolitik gegangen ist. Es war ein Trugschluß, zu glauben, daß die Integrationsform auf weite Sicht auf den rein wirtschaftlichen Bereich allein beschränkt ist. Eine

Illusion ist es ebenso, wenn wir annehmen, daß die Schaffung des europäischen Wirtschaftsraumes ohne weitgehende Umstellung, von der auch Österreich betroffen sein wird, möglich ist. Unrichtig ist es, uns Österreicher in diesem Zusammenhang immer wieder mit den Schweizern zu vergleichen. Wir haben unser Jahrhundertealtes eigenes Schicksal im Grenzraum des deutschen Volkes. Wir haben als Österreicher eine historische wie eine europäische Aufgabe zu erfüllen. Dabei dient uns die große Erfahrung, die wir im Umgang mit oft schwierigen Nachbarn gesammelt haben. Dabei dient uns ebenso ein großes Einfühlungsvermögen in die Probleme und in die Wesensart anderer Völker, und gleichfalls dient uns ein entsprechendes politisches Fingerspitzengefühl in nicht einfachen Situationen, das wir im Umgang mit anderen Völkern in langer Erfahrung erworben haben.

Eine unserer österreichischen Aufgaben besteht im Schnittpunkt zwischen Ost und West heute auch darin, ein Leuchtturm der Hoffnung für jene Gebiete Europas zu sein, die nicht über die persönliche und die staatliche Freiheit verfügen, wie sie uns Österreichern in dieser demokratischen Republik beschieden ist.

Eine der Voraussetzungen für die Lösung der europäischen Integration ist und bleibt die funktionierende Demokratie. Was wir europäischen Nationen vor Jahrhunderten gegeneinander erkämpft haben — nämlich die nationale Unabhängigkeit und die kulturelle Autonomie —, das müssen wir heute gemeinsam als einen Akt der Selbstbehauptung miteinander vorbehaltlos verteidigen. Eine solche Vereinigung Europas wird unter föderalistischen Gesichtspunkten erfolgen müssen. Föderalismus aber bedeutet im Sinne unserer bundesstaatlichen republikanischen Ordnung: ein Treuebündnis zwischen gleichberechtigten Partnern. Die Achtung der Eigenart des anderen gibt der ideologischen, soziologischen, politischen und wirtschaftlichen Allianz der Zukunft ihr Gepräge. Dieser föderalistische Zusammenschluß aber hat gerade das Ziel, die Vielfalt der Sprachen, Rassen, Religionen, Völker und Parteien zu fördern und ihre Fortdauer zu sichern.

Die Erfahrung lehrt, daß die EFTA an einem solchen Ziel vorbeiführt, ja einem solchen Ziel sogar im Wege steht. Schwarz und Rot sind — obwohl bis zum 6. März in einer Regierung vereint — auf getrennten Wegen in der Integrationsfrage in eine Sackgasse marschiert. Dabei tragen beide die Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen. Die Warnungen der Freiheitlichen, von meinen Parteifreunden Gredler, Kandutsch und Mahnert eindringlich am 23. März 1960

**Peter**

in diesem Hohen Haus dargelegt, wurden von beiden damaligen Regierungsparteien in den Wind geschlagen.

Österreich muß, will es seine Vollbeschäftigung erhalten und seinen Lebensstandard für alle Mitbürger verbessern, rasch aus diesem Zwiespalt heraus und den Weg in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft finden, wollen wir unsere Geborgenheit und Sicherheit in einem größeren europäischen Vaterhaus finden. Lassen Sie uns denn mit Victor Hugo dem Ziel dienen, das er in so weiter Voraussicht Europa gesteckt hat: Damit der Tag komme, an dem ihr alle, Nationen des Kontinents, ohne eure unterschiedlichen Eigenschaften und eure ruhmreichen Individualitäten zu verlieren, euch zu einer höheren Einigkeit vereinigen und die europäische Brüderlichkeit errichten werdet.

Auf daß dieser Tag komme, ist es notwendig, in der Frage der europäischen Integration kleinknochiges Parteieneigentum zu vermeiden, die Tat zu setzen, damit Europa zum Wohle von uns allen eines Tages eine Realität wird! (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kranzlmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Kranzlmayr (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Vor fast genau zehn Wochen, am 22. April 1966, in der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung hat der Herr Kollege Dr. Kreisky völlig ruhig, also wohlüberlegt, für die Sozialistische Partei unter anderem folgende Erklärung abgegeben: „Sosehr wir uns in Zukunft bemühen werden, daß sich die Auffassungsverschiedenheiten zwischen den Parteien deutlich bemerkbar machen, weil das zum Wesen des Parlamentarismus gehört, wollen wir nicht so handeln, daß der Eindruck entsteht, daß das, was bis gestern gut war, von heute an schlecht ist.“ Und weiters sagte er: „Die Sozialistische Partei wird eine konstruktive Opposition betreiben.“ Und noch ein Satz, den ich zitieren will: „Unsere Position ist klar profiliert: Wir werden eine harte, aber faire Opposition sein.“

Hohes Haus! Wenn ich nicht annehmen würde, daß er seine heutigen Ausführungen insbesondere am Schluß seiner Rede in einer gewissen Erregung, also zum Unterschied vom 22. April unüberlegt gesagt hat (*Abg. Dr. Kreisky: Gar keine Spur von Erregung!*), so müßte ich sagen, diese seine Ausführungen waren unüberlegt, beleidigend und überheblich und machen ihn unglaublich, weil sie im krassen Widerspruch zu den Erklärungen des 22. April stehen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Genug auf einmal!*)

Hohes Haus! Ich erinnere nur daran, daß selbst weniger Gutgesinnte, auch viele, viele Menschen aus dem Ausland uns bestätigt haben, daß unsere Außenpolitik nach 1945 gerade in der Zeit der Besatzung klug geführt wurde und daß diese kluge Führung auch mit Anteil hatte, daß wir den Staatsvertrag bekommen haben. (*Abg. Rosa Weber: Da haben wir noch keine Regierung Klaus gehabt!*) Vor zehn Wochen — und so lange ist es her —, als Sie noch, Herr Dr. Kreisky, das Ressort des Auswärtigen Amtes geleitet und geführt haben, war es gut; und jetzt auf einmal ist es schlecht, und Sie wagen zu sagen, daß in zehn Wochen die monokolare Regierung schon den Beweis erbracht hätte, daß unsere Außenpolitik schlecht geführt ist. Ich glaube, das ist nicht richtig (*Abg. Dr. Kreisky: Ich habe Reden zitiert!*) und steht im Widerspruch zu dem, was Sie gesagt haben. Sie betreiben keine konstruktive Opposition, sondern eine destruktive Opposition, eine Obstruktion. (*Abg. Doktor Kreisky: Natürlich, Sie werden sich das aussehen, wie unsere Opposition aussieht!*) Na selbstverständlich steht mir das Recht zu, das zu sagen. Ich glaube, ich werde nicht der einzige sein, der das behauptet.

Ich bedauere, daß die Sozialisten zum Kapitel Äußeres auch als Kontrahierende aufscheinen, weil ich glaube — und hier stimme ich wieder einmal mit Ihnen überein, Herr Kollege, als Sie gesagt haben, das Außenministerium soll keinesfalls ein Prügelknabe sein —, letzten Endes sollen alle Fragen, alle vitalen Fragen der Außenpolitik auch jetzt, trotzdem Sie in der Opposition stehen, hier gemeinsam beraten, hier gemeinsam gelöst werden. Das wäre konstruktive Opposition, denn wir können es uns auch heute noch nicht leisten, in diesen wichtigen Fragen unseres Vaterlandes gegeneinander zu sein. Ich glaube, hier sind andere demokratische Staaten ein Vorbild, wie in diesen Fragen auch die Opposition arbeitet. (*Abg. Dr. Kreisky: Die Opposition wurde von Minister Bock nicht informiert! Sie müßte informiert werden!*) Das alles in diesen zehn Wochen, wie ich schon gesagt habe. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Ich möchte eigentlich nicht davon reden, daß von den Gesamtausgaben in der ordentlichen Gebarung des Bundesvoranschlages 1966 nur 0,44 Prozent dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stehen. Es sind ja nur um 0,4 Prozent mehr als 1965. Es muß hier schon sehr sparsam gewirtschaftet werden. Es ist auch vom Herrn Berichterstatter gesagt worden, daß nach Abzug des Betrages, der an die internationalen Organisationen zu leisten ist — das sind rund 50 Millionen Schilling —, nur ein Betrag von

1020

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Kranzlmayr**

250 Millionen Schilling bleibt. Ich möchte auch nicht die Prozentzahlen der Budgetsummen vergleichbarer anderer Staaten erwähnen, so geben die Schweiz 3 Prozent, Dänemark 1,17 Prozent, Schweden 0,87 Prozent, die Niederlande 2,53 und Belgien 1,25 Prozent ihres Staatshaushaltes für die Belange des Auswärtigen Amtes aus. (Abg. Zeillinger: Ändern Sie es, Herr Kollege!) Selbstverständlich werden wir trachten, nach Möglichkeit — ich komme ja noch darauf — auch hier das Notwendige zu geben.

Vor wenigen Tagen hat einer gesagt, bei Vernachlässigung der Forschung und der Wissenschaft werden wir dereinst die Hilfsarbeiter in Europa stellen können. Genauso, glaube ich, kann ich sagen: Bei Vernachlässigung der Außenpolitik könnten wir aus dem Konzert der Europa- und Weltpolitik — ich werde noch darauf zurückkommen, daß wir jetzt drinnen präsent sind und daß nicht selten unsere Stimme aufhorchen läßt — ausgeschlossen werden. Außendienst ist kein notwendiges Übel, sondern ist die Vertretung der Interessen des Staates im Ausland und von ehemaliger Bedeutung (Abg. Melter: Wir werden sehen, was Sie erreichen!).

Hohes Haus! Es ist vielleicht ganz interessant, auch wieder ins Gedächtnis zu rufen, daß die Zahl der unabhängigen Staaten von Jahr zu Jahr zunimmt. Seit 1959 ist die Zahl der unabhängigen Staaten von 93 auf 127 gestiegen, also eine Erhöhung um 36 Prozent. Die Zahl unserer diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungsbehörden stieg im selben Zeitraum nur um 19 Prozent von 57 auf 68. Die mangelnde Präsenz Österreichs im Ausland ist nachteilig und könnte nicht wiedergutzumachende Folgen haben (Abg. Zeillinger: Wer ist denn schuld daran?).

Ich weiß natürlich zu genau, Hohes Haus, daß die Aktivität des auswärtigen Dienstes nicht nach der Zahl der Vertretungen im Ausland zu beurteilen ist (Abg. Zeillinger: Er schimpft auf den Tončić! Wer ist denn schuld daran?), sondern daß natürlich die Richtlinien der Außenpolitik in der Zentrale gegeben werden, daß daher die Zentrale ausgebaut werden muß, daß die Arbeiten rationalisiert werden müssen. Es muß hier in der Zentrale auch Beamte geben, die die Berichte von den Außenstellen lesen, analysieren (Abg. Zeillinger: Hoffentlich!), auswerten. Es muß ein gesundes Verhältnis zwischen Zentrale und Vertretungen geben.

Zur Nachwuchsfrage für den auswärtigen Dienst müssen wir sagen: Es steht gut darum, es ist Interesse vorhanden. Die Diplomatische Akademie — auch wenn diese Einrichtung unter dem vorhergehenden Außenminister ge-

schaßen wurde, ich bin so objektiv, es anzuerkennen —, die vor eineinhalb Jahren ins Leben gerufen wurde, hat sich segensreich ausgewirkt. Ich glaube, wenn jetzt die ersten Absolventen herauskommen, wird es sich zeigen, daß sie für den diplomatischen Dienst gut vorbereitet wurden. Was hat denn letzten Endes einer, der die Mittel- und Hochschule besucht hat, wirklich an Geschichte und Nationalökonomie, an Völkerrecht, internationalem Privatrecht, Konsularrecht, Staatsbürgerschaftsrecht und sonstigen Dingen noch im Kopf behalten? (Abg. Rosa Weber: Bei unseren Universitäten!) Hier wird er eben für seinen Beruf vorbereitet, wobei auch noch die Besucher dieser Akademie mit Stipendien beteiligt werden, sodaß jedem die Möglichkeit gegeben ist, diese Diplomatische Akademie zu besuchen.

Wir müssen nur trachten, daß die Beamten des Außenamtes in ihrer Laufbahn nicht schlechter gestellt werden als in anderen Ministerien. Der Dienst im Ausland, der vielfach nach meinem Erachten falsch beurteilt wird, stellt keine Belohnung dar, denn die Schwierigkeiten des Berufes im Ausland können nur diejenigen ermessen, die oftmals solche Besuche machen und dann den Dienst an Ort und Stelle kennenlernen. Hier gibt es keine Fünftagewoche und keinen Achtstundentag. Oftmals ist keine Möglichkeit vorhanden, die Kinder in Schulen zu geben, sie müssen in Privatschulen unter hohen Kosten untergebracht werden; die Kosten einer Reise im Urlaub werden nicht vergütet, und der Besuch einer europäischen Schule oder einer Schule im Heimatland wird für die Kinder auch nicht bezahlt. Hier wäre einiges zu tun, um wirklich die Besten geschult zu bekommen und die Besten in dieser Laufbahn zu erhalten. (Abg. Dr. Pittermann: Kranzlmayr, das ist unlauterer Wettbewerb, Sie halten eine Oppositionsrede!).

Hohes Haus! Ich habe eingangs von der Präsenz Österreichs im europäischen und im Welttheater gesprochen. Die erste Dekade der Vollmitgliedschaft Österreichs beim Europarat hat der Herr Präsident des Hauses gewürdigt. Ich glaube, wir können schon ein bißchen stolz darauf sein, wenn uns Österreichern die Anerkennung ausgesprochen wurde, daß wir eines der aktivsten Mitglieder des Europarates sind. (Abg. Moser: Dank Czernetz!).

Der Europarat hat neue Impulse durch eine Intensivierung seiner Tätigkeit auf politischem Gebiet erhalten, und er schaltet sich jetzt noch mehr als bisher in das aktuelle politische Geschehen unseres Kontinents ein. Ich weiß: Zweifellos halten viele nicht besonders viel

**Dr. Kranzlmayr**

davon und weisen eben immer darauf hin: Ja die Beratende Versammlung, die sich aus den parlamentarischen Vertretern der derzeit 18 Staaten des Europarates zusammensetzt, kann ja doch nichts anderes, als Ratsschläge zu erteilen und Empfehlungen zu geben.

Wir versuchen natürlich immer wieder, den Kontakt zwischen Europarat und den nationalen Parlamenten herzustellen. Die ständige Arbeitsgruppe für die Verbindung mit den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit hat gerade in der Sitzung am letzten Montag in Paris beschlossen, eine noch engere Verbindung als bisher mit den nationalen Parlamenten zu forcieren. Zu diesem Zweck sollen dem Generalsekretariat der Beratenden Versammlung die Arbeitsprogramme der nationalen Parlamente beziehungsweise eine Liste der Gegenstände, die an die Ausschüsse verwiesen wurden, übermittelt werden. Der Europarat wird dann den Ausschüssen beziehungsweise deren Berichterstattern entsprechende Unterlagen zur Verfügung stellen; dadurch werden die Mitglieder der Ausschüsse und die Berichterstatter mit dem europäischen Standpunkt der in Frage stehenden Probleme vertraut gemacht. Das kann eine sehr wertvolle Hilfe für Gesetze werden, die wir beschließen, da wir auch den gesamteuropäischen Standpunkt dazu kennenlernen.

Natürlich sind im Laufe der Jahre Enttäuschungen insbesondere für alle jene nicht ausgeblieben, die für eine rasche Einigung Europas gewesen sind und gemeint haben, Europa könne sozusagen im Handumdrehen zu einem Groß-Europa gemacht werden. Der Europarat — nehmen Sie das bitte zur Kenntnis — ist die einzige Körperschaft des Kontinents, dem großeuropäische Lösungen auf zahlreichen Gebieten gelungen sind — ich will hier nur anführen —: auf den Gebieten des Verkehrs, des öffentlichen Gesundheitswesens, und — wie ich in meiner letzten Rede ausgeführt habe — nun wird auf Initiative unseres Justizministers auch das Presserecht eine großeuropäische Lösung finden und sicherlich auch später das Strafrecht, so wie viele andere wichtige Bereiche hier eine gesamteuropäische Lösung finden werden.

Ich möchte auch sagen, daß es im wesentlichen fast einem Wunder gleicht, daß über die Grenzen der politischen Meinungen und der nationalen Verschiedenheiten hinaus Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden, sodaß wir ruhig sagen können: Unsere Mitgliedschaft beim Europarat ist so wertvoll, weil der Europarat ein eminent politisches Forum geworden ist. Vor wenigen Tagen hat einer den Europarat so formuliert: Er sei die

Drehscheibe der politischen Meinung im freien, demokratischen Teil des europäischen Kontinents.

Meine Damen und Herren! Unsere schwierige Stellung als neutraler Staat, die schwierige Stellung der neutralen Staaten überhaupt ist im Europarat weitgehend geklärt worden; man ist nun so weit, daß die Parlamentarier, die dort unsere Ausführungen gehört haben, unsere neutrale Stellung positiv beurteilen. Auch Österreichs Stellung gegenüber dem Problem der Integration — sei es seine Stellung zur EFTA oder zur EWG — hat dort richtig Platz gegriffen, und wir haben immer Gelegenheit, unsere Standpunkte darzulegen. Letzten Endes hat unsere Präsenz im Europarat zu einem sehr wesentlichen Teil auch den Ablauf der Südtirolverhandlungen beeinflußt.

Beide Institutionen, sowohl die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als auch die Mitgliedstaaten der EFTA, sind im Europarat drinnen, aber darüber hinaus auch jene, die weder der einen noch der anderen Organisation angehören.

Der Europarat ist daher das Kontaktforum größten Ausmaßes, und wiederum durch eine Initiative Österreichs — durch die Ausführungen unseres Bundeskanzlers im Jänner 1965 — ist nun der Europarat zu einer Förderung der Zusammenarbeit auf technischer Ebene geschritten (*Abg. Dr. Broda: Fabelhaft!*) auch mit jenen europäischen Staaten, die nicht Mitglieder sind, also mit den ost- und südosteuropäischen Staaten. Das Entscheidende aber ist, daß es sich hier um menschliche Begegnungen handelt, es geht letzten Endes darum, ein Europa der Sicherheit, des Friedens, der Freiheit, ein Europa der Würde und des Vertrauens herzustellen.

Wer lange mitgearbeitet hat, verspürt, daß trotz der Spaltung, trotz der Zerrissenheit und des Zerfalls, die heute leider nur zu sichtbar zum Ausdruck kommen, Europa dennoch eine Macht ist. Ich möchte sagen: Europas Macht ist das Christentum, Europas Macht ist die Rechtstradition, Europas Macht ist unser Kulturgut, und Europas Macht ist vor allem eine geistige Macht, und dieses Bewußtsein gibt uns die Kraft, weiterzuarbeiten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Europa kann seine Sendung, ordnender und beglückender Faktor der Welt zu sein, weitaus besser erfüllen, wenn es geeint, gestärkt und gefestigt ist. Um diese Einigung, um diese Stärkung, um diese Festigung Europas bemühen sich die parlamentarischen Abgeordneten im Europarat seit seinem Bestehen. Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Peter nur sagen: Durch Lautstärke, durch Kraft-

1022

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Kranzlmayr**

meierei werden wir keinesfalls zu einem vereinten und geeinten Europa kommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber nicht nur im europäischen Konzert, sondern auch im Weltkonzert sind wir vertreten: in den Vereinten Nationen. Wenn die Vereinten Nationen im Vorjahr — es war gerade das 20jährige Jubiläum — durch eine schwere Krise gegangen sind, können wir noch nicht sagen, daß sie endgültig gelöst ist. Aber ich glaube, daß alle Streitfragen durch eine einmütige Haltung doch so weit weggeschafft werden konnten, daß es wiederum zu einer gedeihlichen Arbeit gekommen ist. Wir brauchen diese Weltorganisation, und wenn es natürlich dann und wann Störungen gibt, so darf man nicht vergessen, daß diese Weltorganisation nur ein Spiegelbild der weltpolitischen Verhältnisse darstellt und sie in einer Welt der Gegensätze nicht ohne Probleme bleiben kann.

Nun ist es vielleicht angebracht, sich am Ende des ersten Jahrzehnts der österreichischen Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen einmal zu überlegen, ob sich für Österreich die Erwartungen, die wir an diese Mitgliedschaft gestellt haben, auch erfüllt haben. Ich darf sagen: Wir haben uns zum Unterschied von der Schweiz dazu entschlossen, auch als neutraler Staat den Vereinten Nationen beizutreten. Ich glaube, unser wesentlicher Grund war wohl der, daß wir unsere eben erst wiedererrungene Unabhängigkeit durch eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen verankern und wesentlich stärken wollten, was uns zweifellos gelungen ist.

Hand in Hand mit dieser ersten politischen Zielsetzung, die wir mit unserer Mitgliedschaft verbinden, ging wohl das Bestreben, nach 17 Jahren Abwesenheit von der internationalen politischen Bühne unsere internationale Reputation wieder aufzubauen. Wir haben gesehen, daß die Vereinten Nationen ein ausgezeichnetes Forum hiefür waren.

Österreich konnte seine Mitgliedschaft sehr bald konsolidieren, und wir konnten und können in allen Organen mitarbeiten. Schon 1962 wurden wir in eines der Hauptorgane gewählt, nämlich in den Wirtschafts- und Sozialrat, und auch in zahlreichen anderen Fachausschüssen, wie im Komitee für industrielle Entwicklung und technische Hilfe, arbeiten wir mit.

Ich möchte auch erwähnen: Unsere Mitarbeit ist in den Fachkommissionen, wie in der Menschenrechtskommission, Sozialkommission, Frauenrechtskommission, Völkerkommission und so weiter, sehr geschätzt.

Eine wichtige Aufgabe kam Österreich durch seine Wahl in den Weltraumausschuß

zu. Es ist dies ein Beispiel dafür, Hohes Haus, daß die österreichische Neutralität internationale Anerkennung gefunden hat und daß ihre Funktion geschätzt wird. Durch eine nur von objektiven Maßstäben geleitete Mitarbeit hat sich Österreich somit als neutraler Staat, der unabhängig von den Blöcken, aber getreu seiner Tradition als westlicher Kulturstaat seine Entscheidungen treffen kann und trifft, im Bewußtsein der Völker etabliert. Österreich hat damit mitgeholfen, ein Bild der Neutralität im klassischen Sinn zum Unterschied vom Neutralismus zu formen, und hat damit insbesondere demonstriert, daß Neutralität nicht Gesinnungslosigkeit bedeutet.

Es ist uns auch gelungen, auf diese Weise wiederum Auslandsbeziehungen aufzubauen, es wird aber wohl auch in Zukunft nicht möglich sein, wie ich ausgeführt habe, in allen Staaten, die neu gegründet werden, diplomatische Vertretungsbehörden zu unterhalten, sodaß gerade auf diesem Sektor die Vereinten Nationen von besonderer Wichtigkeit sind.

Ein ganz besonderes Ziel, das wir mit unserer Mitgliedschaft verbanden und das für ein kleines Land von besonderer Bedeutung ist, ist die Möglichkeit, nötigenfalls die Weltorganisation auch mit einem konkreten Anliegen zu befassen. Von dieser Möglichkeit haben wir bekanntlich bereits einmal Gebrauch gemacht.

Wenn die Vereinten Nationen auch keine Lösungen erzwingen können, stellen ihre Beschlüsse doch den Ausdruck der Weltmeinung dar, über die nicht so einfach hinweggegangen werden kann.

Es verdient daher, glaube ich, einmal festgestellt zu werden, daß die Mitgliedschaft Österreichs bei den Vereinten Nationen uns bereits wertvolle Ergebnisse gebracht hat und wir niemals trotz oder wegen unseres neutralen Status Schwierigkeiten gehabt haben. Wir haben im Gegenteil als neutraler Staat vielfach günstigere Möglichkeiten gefunden, so hat sich insbesondere die Teilnahme an friedenserhaltenden Aktionen geradezu zu einer Funktion der neutralen und blockungebundenen Staaten in der Weltorganisation entwickelt. Österreich hat sich bekanntlich sowohl im Kongo als auch jetzt auf Zypern an der Aktion der UNO beteiligt. Das österreichische Feldlazarett in Zypern erfreut sich eines ausgezeichneten Rufes, nicht nur bei den UN-Einheiten, sondern auch bei der einheimischen Bevölkerung.

Alle diese Aktivitäten in den Vereinten Nationen zeigen, daß unser Land wieder fest seinen Platz in der Völkerfamilie eingenommen hat und sich einen Ruf, der seiner Tradition würdig ist, erworben hat. Natürlich müssen wir zugestehen, daß auch das Gebilde Vereinte Nationen unvollkommen ist, wie eben

**Dr. Kranzlmayr**

alles auf dieser Welt unvollkommen ist, aber — wie ich schon gesagt habe — unbedingt notwendig ist, denn die Aufgabe, durch eine friedliche Entwicklung eine gerechtere und sichere Weltordnung zu erreichen, läßt wohl alles daransetzen, diese Institution zu erhalten. Wir Österreicher haben durch unsere Tätigkeit im Rahmen unserer Möglichkeiten den Beweis hiefür erbracht, daß wir bestrebt sind, die Ziele der UNO zu verwirklichen.

Hohes Haus! Nun noch zu einem sehr wichtigen Problem, zu den noch ausständigen Vermögensverträgen, in erster Linie zu dem noch ausstehenden Vermögensvertrag mit der Tschechoslowakei. Rund 35.000 anspruchsberechtigte Österreicher warten von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat auf die Fertigstellung dieses Vermögensvertrages. 21 und mehr Jahre sind seit ihrer Vertreibung vergangen, seit 11 Jahren ist der Staatsvertrag geschlossen; diese Vermögensauseinandersetzungen sind also ein uraltes Problem. In den letzten 18 Monaten haben wir ein einziges Kommuniqué, und das vor genau einem Jahr, erhalten. Der Inhalt war eigentlich nichtssagend. Ich habe fast den Eindruck, als wäre bei den Tschechen nicht ein sehr großer Eifer, hier wirklich zu einer Lösung zu kommen, vorhanden. Im Interesse unserer Staatsbürger müssen wir daher von unserer Regierung verlangen, daß mit aller Energie darangegangen wird, dieses Problem endlich einer gerechten Lösung zuzuführen. (*Beifall bei der ÖVP und beim Abg. Dr. van Tongel.*)

Es ist aber nicht nur der Vertrag mit der Tschechoslowakei ausständig, sondern auch noch der Vertrag mit Polen, in welchem Fall es etwas über 1.000 Betroffene gibt. Hier ist angeblich der Vertrag bereits perfekt, und im Abschlußkommuniqué anlässlich des Besuches des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz im Oktober 1965 hat es geheißen, der Vertrag sei perfekt und die einzige noch offene Frage werde bald gelöst sein. Ich weiß nicht, ob man dann, wenn fast wieder ein Jahr vergangen ist, sagen kann, daß diese Frage bald gelöst sein werde. Auch hier verlangen wir, daß die Regierung alles daransetzt, um zum Ziele zu gelangen, um auch jenen armen Teufeln noch die Entschädigung zu bringen.

Last not least, Hohes Haus, möchte ich noch von den Differenzen reden, die zwischen der deutschen Bundesrepublik und Österreich über die Auslegung des § 230 des Lastenausgleichsgesetzes entstanden sind. Dieses Gesetz ist vielleicht unter dem Namen „Kreuznacher Abkommen“ besser bekannt. Es sind ungefähr 500 bis 600 Fälle davon betroffen.

Ich habe hier einen interessanten Bescheid des Landratsamtes Mühldorf vom 29. Juli 1964. Es heißt da:

„Die am 20. Februar 1899 geborene Antragstellerin“ — Sie sehen, sie ist 67 Jahre alt — „ist Vertriebene aus Fulnek, ČSSR, und hatte seit Eintritt des Schadens und vor dem 31. Dezember 1952 mindestens ein Jahr ihren ständigen Aufenthalt im hiesigen Landkreis. Sie ist mit ihren Kindern am 1. Oktober 1947 nach Österreich ausgewandert.“

Jetzt kommt das, was wir nicht verstehen. Es heißt weiter:

„Auf Grund der Mitteilungen der Gemeindeverwaltungen Ampfing und Obertaufkirchen gilt als nachgewiesen, daß die Antragstellerin seit Eintritt des Schadens und vor dem 31. 12. 1952 mindestens ein Jahr ihren ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich des Grundgesetzes gehabt hat. Die Antragstellerin ist jedoch nicht im Anschluß an ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik in das Ausland ausgewandert. Der Begriff ‚Auswanderung‘ wird in der für die Ausgleichsbehörden verbindlichen Weisung ... genau definiert. Darnach ist Auswanderung im Sinne des § 230 Abs. 1 LAG die Verlegung des ständigen Aufenthaltes und der beruflichen oder sonstigen Existenz- und Lebensgrundlage in das Ausland.“ Es heißt dann weiter:

„Nicht jede Verlegung des ständigen Aufenthaltes in das Ausland ist Auswanderung. Auch bei Verlegung des ständigen Aufenthaltes innerhalb des deutschen Sprach- und Kulturreiches dürften im allgemeinen die Merkmale des Auswanderns im Sinne des § 230 LAG. nicht vorliegen.“

Die Tatsache, daß eine Auswanderung nach Österreich, das dem deutschen Sprach- und Kulturreich angehört, erfolgt ist, gilt nicht als Auswanderung ins Ausland. Die arme Frau und viele andere haben deshalb nichts bekommen. Ich möchte klipp und klar feststellen, daß die Auswanderungsdefinition falsch und völkerrechtlich unhaltbar ist.

Es ist bedauerlich, daß es auf Beamtenebene bisher nicht gelungen ist, dieses Problem zu bereinigen, denn in finanzieller und politischer Hinsicht stellt das überhaupt keine Schwierigkeiten für die deutsche Bundesrepublik dar. Es ist bedauerlich, daß nun diese Frage auf die Regierungsebene verschoben wurde. Ich darf aber bitten, daß man alles daransetzt, daß diese unmögliche Definition verbessert wird und daß auch diese 500 bis 600 Fälle endlich bereinigt werden, bevor diese Menschen letzten Endes sterben.

Hohes Haus! Wenn schon derzeit die Sozialistische Partei unserer Außenpolitik, zumindest hier in Österreich, nicht die Zustimmung gibt, so freue ich mich doch, daß die Kollegen der Sozialistischen Partei ihre Mitarbeit in den internationalen Gremien beibehalten

1024

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Kranzlmaier**

haben, weil ich doch daraus den Schluß ableiten möchte, daß sie auf diese Weise ihre Mitarbeit mit unserer Außenpolitik dokumentieren.

Nehmen Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, noch zur Kenntnis: Für uns ist die Außenpolitik keine Varietévorstellung, wie es Herr Kollege Dr. Kreisky heute gesagt hat, für uns bedeutet Außenpolitik verantwortungsvolle Arbeit für den Frieden, für die Freiheit und für den Wohlstand Österreichs und unserer Mitbürger. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Die Ablehnung des Budgets durch die Opposition bedeutet nicht, daß man an den Zahlen des Voranschlages besonders Kritik übt, sondern ganz unabhängig von den Zahlen eines einzelnen Budgetkapitels kommt in der Ablehnung des Staatshaushaltes durch die Opposition die Ablehnung der Regierungspolitik, das Mißtrauen gegen die betreffende Regierung zum Ausdruck. Das muß man hier nicht besonders erklären, das ist jedem von uns geläufig.

Ich möchte noch betonen, daß die Kritik an den Zahlenansätzen im Kapitel „Äußeres“ nicht erst eine Spezialität dieser Zeit ist. Die Regierungssprecher der Koalitionsparteien haben in all den Jahren bisher immer wieder beim Kapitel „Äußeres“ Kritik zu üben gehabt. Sie haben gesagt, daß zuwenig Mittel bereitgestellt werden, um die großen außenpolitischen Aufgaben zu erfüllen. Die gleiche Kritik wird von uns auch jetzt geübt.

Darüber hinaus hat sich Herr Kollege Kranzlmaier einleitend gegen eine Rede meines Parteifreundes Dr. Kreisky, der vormittag zum Kapitel Handel und Integrationspolitik gesprochen hat, gewendet und hat gemeint, das sei keine konstruktive Opposition, wie sie von sozialistischer Seite versprochen wurde, sondern eine destruktive Opposition, eine Obstruktion. „Obstruktion“ soll man an diesem historischen Platz nicht sagen, wenn man das mit dem vergleicht, was in der sanftesten und mildesten Weise von meinen Parteifreunden gesagt wird. Die Kollegen der ÖVP, die jetzt noch im „Polenklub“ residieren, wissen ganz genau, in welcher Weise hier in diesem Hause Obstruktion geübt wurde. Niemand hat die Absicht, diese Form der Obstruktion zu betreiben.

Ob eine Opposition wirklich konstruktiv ist, kann man von zwei Gesichtspunkten aus betrachten: Erstens im geschichtlichen Sinne wird niemals die von der Opposition kritisierte

Regierung sagen: Das war konstruktiv und das nicht. Überlassen Sie das der Geschichte! Oder nehmen Sie es in einem weiteren Sinn, dann wird jede, auch die härteste Kritik der Opposition und die Kontrolle, die sie übt, dann werden die Gegenvorschläge, die sie macht, ein Ansporn für die Regierungspartei sein, wenn sie den Willen hat, es besser zu machen. Wenn es keine Obstruktion ist, die etwas anderes ist, wird es konstruktiv sein. Die Obstruktion haben wir hier in diesem Hause ja erlebt. Wir sind entschlossen, in diesem Sinne ein Ansporn zu sein, daß man es besser macht. Oder wir wollen Ihnen zeigen, daß Sie es eben nicht besser machen können, sondern andere herkommen müssen. Das wird aber in jedem Fall gesondert zu unterscheiden sein.

Ich habe neulich mit großer Erheiterung im Parteiblatt der ÖVP gelesen, daß die Opposition, die wir üben, um das englische Wort zu verwenden, ein „filibustering“ ist. Schicken Sie doch Ihren Redakteur vom „Volksblatt“ einmal zu einem „filibustering“ nach Amerika, denn dort bedeutet „filibustering“, daß die Opposition jedes Weiterkommen der Beratungen durch tagelanges Vorlesen aus der Bibel oder aus Kindergeschichten einfach blockiert, während hier wahrlich von meinen Parteifreunden ... (*Abg. Glaser: Da könnte man auch Marx lesen!*) Wenn es zur Sache gehört, kann ich Ihnen eine solche Lektion versetzen, Sie wird Ihnen nicht schaden. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Rosa Jochmann: Das würde ihm nicht schaden!*) Aber mit „filibustering“ hat das nichts zu tun. Sagen Sie das Ihren Leuten! Denn in Wirklichkeit war das ein sachliches Stellungnehmen zu jedem einzelnen Punkt. Wir alle haben uns darüber freuen können — gestatten Sie, daß ich das ganz offen sage —, daß bei dieser anderen Art, wie wir uns jetzt auseinandersetzen, einer echt parlamentarischen Art, daß man ein Budget Punkt für Punkt durchberät, sich so viele Menschen im Parlament mit den Problemen befassen und etwas zu sagen haben.

Man soll doch das nicht übertreiben und hier nicht von Obstruktion oder Destruktion und dergleichen mehr reden. (*Abg. Dr. Wittkampf: Bei der nächsten Budgetdebatte werden wir es sehen!*)

Ich sagte, daß wir, alle Regierungssprecher, schon früher Kritik an den Zahlen des Außenkapitels geübt haben, weil sie unzureichend waren. Da sie jetzt genauso unzureichend sind wie früher, ist das wahrlich eine konstruktive Kritik, die wir üben, und eine konstruktive Opposition. Es ist außerdem für uns eine andere Situation da. Das muß man natürlich auch sehen, denn schließlich ist das Außenamt von jetzt nicht dasselbe, was es

**Czernetz**

früher war, nicht nur deswegen, weil ein anderer verantwortlicher Minister an der Spitze dieses Amtes steht, sondern weil das Amt in der Zwischenzeit durch das famose Kompetenzgesetz verändert worden ist.

Wir haben im Verfassungsausschuß und im Haus Gelegenheit gehabt, darüber zu reden. Ich habe mir erlaubt, zu sagen, daß es ein Flickwerk ist. Früher hat man sich bei solchen Gesetzesflickwerken darauf ausgeredet: Ja, das sind die Schwierigkeiten der Koalition, Rücksicht auf den Proporz und die gegenseitige Kontrolle, darum ist zuviel verflochten. Jetzt haben wir eine Einparteienregierung, und wer ist für die Außenpolitik verantwortlich, wer verfügt über den diplomatischen Apparat? Ist das also wirklich entflochten worden?

Es tut mir leid, daß ich das dem Herrn Außenminister antun muß, aber ich muß sagen: Dieses Kompetenzgesetz ist für sein Ministerium ein Amputationsgesetz (*Zustimmung bei der SPÖ*), denn in Wirklichkeit ist die Verflechtung, die wir früher gehabt haben, ein Kinderspiel gegen die Verflechtung, die wir jetzt haben. Statt einem Außenminister haben jetzt sechs Minister in Fragen der Außenpolitik Kompetenzen, und das geht quer durcheinander. Ich muß offen sagen — das hat jetzt nichts mit Parteidatumsgehörigkeit zu tun —: Ich bedaure den Herrn Außenminister, daß er dieses schwere Amt jetzt nach diesem Kompetenzgesetz zu verwalten hat. Das ist jetzt nicht Rücksicht auf die Parteienkoalition, sondern das sind die Schwierigkeiten — das wurde schon gesagt — des Proporz der Bünde, wobei die Schwierigkeit darin besteht, daß Sie nicht einmal einen Koalitionsvertrag unter den Bünden zustande gebracht haben. Das macht es Ihnen ja noch schwerer. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Fachleutner: Das lassen Sie unsere Sorge sein!*)

Von Anfang an haben wir in den wenigen Wochen die unklare Politik erlebt. Darüber ist gesprochen worden. Wir wissen nicht genau, woran wir sind, wir haben im Ausschuß keine ausreichenden Erklärungen bekommen. Wir sind auf Zeitungsnachrichten angewiesen. Die Haltung zur Integrationspolitik ist beim Vizekanzler Bock mit seinen Bergen-Erklärungen und beim Bundesminister Tončić mit seiner Londoner Erklärung nicht identisch. Hier Näheres und mehr zu wissen, eine Klarstellung zu erfahren, wäre bestimmt für die Öffentlichkeit und jedenfalls für dieses Parlament von größter Wichtigkeit.

Ich möchte noch etwas anderes sagen. Kollege Kranzlmaier hat jetzt gemeint, er freue sich, daß die Oppositionsabgeordneten wenigstens auf internationalem Boden zusammenarbeiten. Das ist selbstverständlich,

dazu bekennen wir uns. Wir haben in der Vergangenheit als Koalitionspartner bei manchen Dingen — etwa im Europarat, wo jeder für sich selber oder für seine Partei spricht — verschiedene Meinungen gehabt, verschieden abgestimmt. Das hat unsere kameradschaftliche Zusammenarbeit nicht gestört, und dabei soll es selbstverständlich bleiben. Ich möchte feststellen, daß auch die Kollegen der FPÖ, die in der Europaratdelegation waren, sich durchaus in dieses Team eingefügt haben und nicht innerösterreichische Streitfragen vor dem Ausland aufgerollt haben. Ich denke, wir werden das durchaus aufrechterhalten können.

Für uns noch viel wichtiger ist die Tatsache, daß wir jetzt eine Reihe von sehr vagen Erklärungen über gemeinsame Außenpolitik gehört haben. Wir müssen feststellen, daß das ungenügend ist, denn das ist eine sehr, sehr ernste Sache.

Heute vormittag hat sich Herr Dr. Kreisky in seiner Rede darüber beschwert, daß die Opposition seit dem Antritt der neuen Regierung in Integrationsfragen überhaupt keine Informationen erhalten hat. Das hat sich nicht gegen den Herrn Außenminister gerichtet, sondern gegen den Vizekanzler und Handelsminister in seiner Zuständigkeit in Integrationsfragen. Ich möchte ausdrücklich sagen: Ich habe keine Beschwerde über das persönliche Verhalten des Außenministers Dr. Tončić uns oder mir gegenüber, aber wenn mir ein hoher Beamter sehr freundlich, direkt freundschaftlich mitteilt, er wisse nicht, ob er dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses noch gewisse Informationen geben könne, weil er jetzt der Opposition angehört, dann ist das kein Grund zu einer Beschwerde über diesen korrekten Beamten, sondern das ist eine politische Frage an die Regierung und an die zuständigen Minister. Und das ist eine sehr ernste Frage.

Glauben Sie nicht, meine Herren von der Regierungspartei, daß eine gemeinsame Außenpolitik notwendig ist? Glauben Sie nicht, daß die Teilnahme Österreichs an der Integration, von der heute vormittag mein Parteifreund Kreisky gesprochen hat, daß die Frage Südtirol, über die mein Freund Horejs später sprechen wird, nicht von einer Partei allein behandelt werden können? Glauben Sie nicht, daß gelegentliche Informationen unzureichend sind? Das, was man in den angelsächsischen Ländern die „Bipartisan foreign policy“ nennt, die Außenpolitik von zwei Parteien, die es gemeinsam machen, oder jedenfalls die Außenpolitik von mehr als einer Partei, erfordert doch ein System voller Information der Opposition, ein System gemeinsamer Beratungen und vertrauensvoller Absprachen.

**Czernetz**

Lassen Sie mich absolut klar sagen: Wir buhlen nicht um die Gunst und Gnade der ÖVP. Täuschen Sie sich nicht: Auch starke Regierungen mit einer großen Mehrheit sind in der Außenpolitik nicht allmächtig. So stark ist dieses Land und diese Regierung nicht, daß man es sich leisten könnte, über eine große Opposition hinwegzugehen, wenn es sich um Fragen der Außenpolitik handelt.

Ich darf erwähnen, daß der frühere Außenminister Dr. Kreisky die kleine FPÖ-Opposition zum Beispiel in der heiklen Frage Südtirol immer herangezogen hat. Es ist nichts ohne ihre Mitwirkung und Zustimmung geschehen, und ich glaube, daß es politische Klugheit gebieten würde, nicht auf einen Notfall zu warten, um die Zusammenarbeit mit der Opposition in außenpolitischen Fragen zu bewerkstelligen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube, es ist jetzt noch wichtiger als in der Zeit der Koalition, daß der Außenpolitische Ausschuß voll arbeitsfähig ist.

Mein Freund Gratz hat bei einem anderen Kapitel erwähnt, daß ich bei einer früheren Budgetdebatte einmal gerade diese Frage aufgeworfen habe. Es hat sich leider nichts geändert, es hat sich nichts gebessert. Die Geschäftsordnungsreform, die vor ein paar Jahren durchgeführt wurde, ist uns eine klare Regelung schuldig geblieben. Wir haben immer noch die unwürdige Situation, daß eine vertrauliche außenpolitische Mitteilung des Außenministers an den Ausschuß nicht erfolgen kann, wenn nicht eine diesbezügliche Vorlage da ist. Das ist widersinnig. Nehmen wir an, der Minister hat eine wichtige Mitteilung zu machen, von der er nicht wünscht, daß man in der Öffentlichkeit überhaupt erfährt, daß darüber gesprochen wurde. Da kann er ja keinen schriftlichen Bericht, auch wenn es nur ein Formalbericht ist, abgeben, weil damit Alarm geschlagen wird. Ich erinnere mich daran, daß wir den Vorgang so gewählt haben, daß man nach Schluß der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses den Mitgliedern gesagt hat: Bitte, bleiben Sie da, der Herr Bundesminister wird Ihnen privat vertrauliche Mitteilungen machen.

Ich erlaube mir zu sagen: Das ist entwürdigend für ein Parlament. Ich erinnere, daß sich vor ein paar Jahren Präsident Maleta für eine extensive Auslegung der Geschäftsordnung ausgesprochen hat, dafür, daß der Ausschuß mit Mehrheit die Erweiterung seiner Tagesordnung in einer vertraulichen Sitzung beschließen kann. Ich darf meine Kollegen, die früher schon im Außenpolitischen Ausschuß waren, daran erinnern, daß uns das in der Koalitionszeit nicht gelungen ist. Unsere Partner haben nicht mitgemacht. Sie haben gesagt: Das ist nicht klar, das können wir nicht

tun. Ich fürchte, Sie werden es jetzt auch nicht machen. Wenn Sie bereit sind, es zu machen, so möchte ich erklären: Sie werden uns sofort dazu bereit finden, daß wir im Außenpolitischen Ausschuß, wenn es notwendig ist, die Möglichkeit ergreifen, durch eine Erweiterung der Tagesordnung und durch Vertraulicherklärung der Sitzung den Bundesminister um Informationen zu bitten, die er sonst der Öffentlichkeit nicht geben kann. Sie werden verstehen, daß das jetzt wichtiger ist als jemals zuvor.

Dazu gehört auch, daß wir jetzt eine Verlebendigung des Parlaments haben, aber sie auch institutionell ausgestalten müssen: die Ausschüsse müssen stärker, besser und selbstständiger arbeiten können. Daher möchte ich an die Mehrheit appellieren, das Ihre zu tun, damit die Ausschüsse die volle Arbeitsmöglichkeit, das volle Beratungs-, das volle Frage- und Informationsrecht auch in vertraulichen Sitzungen haben.

Hohes Haus! Wir haben hinsichtlich der Außenpolitik in unserem Ausschuß nicht einmal Möglichkeiten, uns ein allgemeines Bild über die Lage zu machen. Ich möchte daran erinnern, daß etwa im Europarat der Präsident des Außenpolitischen Ausschusses der französischen Kammer kommt und über die Untersuchungen berichtet, die der Ausschuß zur Weltlage und zur europäischen Lage durchführt. Das gibt es bei uns nicht. Wir warten auf eine Regierungsvorlage, auf einen Initiativantrag oder auf einen Vertragsentwurf, sonst können wir ja nicht einmal tagen. Wir können uns also nur selber eine Vorstellung darüber machen und einmal in einer Haussitzung dazu reden, und das ist ungenügend.

Die Hauptprobleme, mit denen wir es in der Außenpolitik zu tun haben, sind erwähnt worden, und ich glaube, es ist besonders die Frage des Zusammenhangs der europäischen Integration mit der allgemeinen europäischen Politik und der Weltpolitik von Bedeutung. Es ist unbestritten, daß wir ein Arrangement, wie das Zweckwort lautet, mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft brauchen und suchen, aber noch nicht wissen, wie ein solches Arrangement aussehen wird, noch nicht wissen, wann die Verhandlungen darüber fortgeführt und zu Ende geführt werden können.

Darf ich hier jetzt in aller Klarheit und mit aller Deutlichkeit sagen, damit sich auch die Kollegen der freiheitlichen Opposition keine Illusionen darüber machen: Es hängt im Augenblick alles davon ab — dafür ist weder der Außenminister noch der Herr Vizekanzler und Handelsminister verantwortlich —, wie die verhandelnde Europäische Kommission der EWG, die ein begrenztes Mandat hatte, in Verhandlungen zu erforschen, welche Art von

**Czernetz**

Vertragslösung mit Österreich möglich ist, entscheidet. Sie hatte nicht das Recht, einen Vertrag mit Österreich zu verhandeln, sondern es war eine Erforschung der Möglichkeiten. Sie hat ihren Bericht erstattet, und es hängt jetzt davon ab, ob und wann der Ministerrat der EWG dieser Europäischen Kommission unter dem Präsidium Hallstein ein erweitertes und verlängertes Mandat für das Verhandeln mit Österreich sowie den Abschluß und das Parafieren eines Vertrages geben wird.

Ich sage Ihnen auch, warum ich das Ob und Wann als Problem aufwerfe. Es ist uns allen bekannt, daß der französische Staatschef den Präsidenten Hallstein so bald wie möglich von dort weghaben will, ihn aus dem ganzen Getriebe ausschalten will, daß er die Europäische Kommission weghaben will, daß alles darauf gerichtet ist, für die drei Gemeinschaften EWG, Montan-Union und Euratom eine gemeinsame Exekutive zu schaffen unter einem neuen Präsidenten, besser gesagt unter einem System rotierender Präsidenten, wie es die Franzosen verlangen, und Hallstein soll nicht dabei sein. Darüber wird noch zwischen den sechs Regierungen der EWG gerauft. Das ist nicht entschieden. Das Problem, vor dem wir stehen, lautet: Wenn die Franzosen nicht zustimmen, daß die Europäische Kommission Hallsteins dieses Mandat bekommt, dann geht das ganze Ringen um die Gestaltung der fusionierten Exekutive und der Übergabe eines erweiterten Mandats an sie weiter. Niemand kann genau absehen, ob das im Juli, im September oder im Dezember geschieht und wie dann die Fristen erstreckt werden.

Also sogar unabhängig davon, was bei den Verhandlungen herauskommen kann, sind wir jetzt in der unverschuldeten kläglichen Lage — und ich sage nochmals: unverschuldet nicht nur für die vergangene, sondern auch für die gegenwärtige Regierung —, daß wir sagen: Wir wollen ein wirtschaftliches Arrangement haben, während man auf der anderen Seite gar nicht einmal weiß, ob und wie und wann. Das ist das offene Problem, vor dem wir stehen.

Ich glaube daher, man sollte es sich besser überlegen, Beschuldigungen über falsche Politik und halbe Politik auszusprechen. Wenn wir nicht zur EFTA gegangen wären, dann wären wir bei der EWG nicht drinnen, sondern wären zwischen den beiden Sesseln auf dem Boden, das wäre das Ergebnis gewesen, während wir so auf einem Notsessel sitzen; er ist nicht ausreichend, das haben wir von Anfang an erklärt, aber es ist besser, dort dabei zu sein als nirgends.

Ja, es waren staatspolitische Gründe maßgebend. Meine Damen und Herren, es sind immer noch staatspolitische Gründe maß-

gebend. Gestatten Sie, daß ich sehr vorsichtig und zurückhaltend sage: Wenn es unsere Maxime gewesen ist, und ich hoffe, sie bleibt die Maxime in der Außenpolitik, daß wir selber den Inhalt unserer Neutralität bestimmen, nur wir, daß wir uns von niemand dreinreden lassen, dann werden wir verdammt aufpassen müssen, nur das zu bestimmen, das durchzusetzen wir die Kraft haben. Wir fragen nicht die anderen, aber wir werden gut daran tun, nicht den Mund zu voll zu nehmen und nachher Schiffbruch zu erleiden. Das wird entscheidend sein. Man soll sich ja nicht darüber täuschen: Wir sind nicht der Nabel der Welt, und wir sind im Konzept der Großmächte nicht gerade die größte der Mächte, die für die anderen bestimmen kann, was geschehen wird, sondern es steht die Existenz und die Freiheit dieses Landes auf dem Spiel. Daher wird die jetzige Regierung gut daran tun, eine breite Basis der Verständigung im Lande für die Politik zu finden, sie wird aber auch trachten müssen, eine Linie zu finden, bei der das Land nicht in die größten internationalen Gefahren gerät. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Lassen Sie mich noch ein Wort in wirtschaftlicher Hinsicht dazu sagen. Man sagt dauernd: Die EFTA ist doch gar nichts! Ich möchte auf den letzten uns zugekommenen, den zwölften Integrationsbericht der Bundesregierung verweisen, der bis zum September vorigen Jahres gelaufen ist. Er ist hier im Haus noch nicht debattiert worden. Aber wenn ich ihn mir näher anschau, dann stellt sich heraus, daß industrielle Finalgüter für die Wirtschaft unseres Landes im Export entscheidend sind. Wenn wir nicht imstande sind, als kleines Land unsere Wirtschaft so umzugestalten, daß wir möglichst viele Rohstoffe mit österreichischer Arbeitskraft in Finalgüter umwandeln, um sie besser verkaufen zu können, dann werden wir ein ausgeplündertes Land. Wir werden also gut daran tun, auf die Finalgüter zu schauen. Und da stellt sich folgendes heraus:

Man sagt immer, wir liefern annähernd 50 Prozent unserer Exportgüter in den EWG-Markt und jetzt bloß 18 gegen früher 13 Prozent in die EFTA. Schauen wir uns das für die letzte Berichtsperiode, das ist das erste Halbjahr 1965, in mengenmäßiger Hinsicht an. Da ergibt sich folgendes interessante Bild: Im ersten Halbjahr 1965 macht der Export in den EWG-Markt an Maschinen, Verkehrsmitteln und sonstigen Industriewaren 6 Milliarden Schilling aus, an Nahrungs-, Genußmitteln und Rohstoffen 3,2 Milliarden Schilling. Unser Export in die EFTA im gleichen Zeitraum: Maschinen, Verkehrsmittel und sonstige Industriewaren für 3.122 Millionen Schilling — gegen 6 Milliarden Schilling, mehr als die Hälfte — Nahrungs-, Genußmittel und

1028

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Czernetz**

Rohstoffe für 380 Millionen Schilling — gegen 3,2 Milliarden Schilling in die EWG.

Es ist ein ernstes Problem, wie man hier etwas umorganisieren, wie man das umgestalten kann. Aber es soll niemand, der die Industrie und den Industrieexport im Auge hat, sagen: Was ist denn das schon, die EFTA! — Das ist mehr als die Hälfte des Industrieexportes in den EWG-Markt! Das ist zumindest eine Sache, die man ernsthaft überdenken soll. Ich will nicht mehr sagen, als daß man das überdenken und nicht leichtfertig mit einer Handbewegung beiseite schieben soll.

Hohes Haus! Wenn ich sagte, der Zusammenhang der europäischen Integrationsprobleme mit der allgemeinen europäischen und der Weltpolitik wäre zu prüfen, dann bin ich mir dessen bewußt, daß man solche Probleme prüfen soll, aber nicht die Nerven und die Gesundheit seiner parlamentarischen Kollegen, denn das wäre eine längere Untersuchung, die ich mir, glaube ich, jetzt doch erlassen muß.

Ich möchte nur ein paar Bemerkungen machen. Ich möchte sagen: Wir erleben jetzt das merkwürdige Bild, daß beide wirtschaftlichen Gruppen in Europa, EWG und EFTA, wirtschaftlich erfolgreich sind. Ja, meine Herren, wenn man hier so viel von der Dynamik der EWG spricht, dann hat man vergessen: Daß die EFTA den zollfreien Markt für sich selber, die Freihandelszone, mit drei Jahren Vorsprung herstellen konnte, das ist eine Leistung, die im Rahmen der EWG-Länder größten Respekt ausgelöst hat. Nur wir sind so gute EFTA-Partner, daß wir sagen, das ist alles nichts, wir wollen weg. Aber dort weiß man, daß das eine bedeutende Sache ist.

Ja, es hat in der EFTA eine schwere Krise gegeben; es hat mein Freund Kreisky darüber gesprochen. Wir haben — und ich rufe hier auch den Minister und die anderen Kollegen, die im Europarat waren, auf — im Europarat sehr offen davon gesprochen, daß es ein Vertragsbruch der Engländer war und daß sich nur ein Großer einen solchen Vertragsbruch leisten kann, ein Kleiner nicht, weil es die Kleinen im gleichen Boot mit den Großen einfach nicht ausgehalten hätten, wenn sie das Boot zu stark erschüttert hätten. Das haben wir ihnen gesagt, das haben auch die Engländer selber gesagt, sie waren in einer Notlage, sie haben eine schwere Erbschaft übernommen. Das wird jetzt gelöst werden. Niemand zweifelt, daß das das einzige große Problem war, das Schwierigkeiten bereitet hat.

Aber, meine Damen und Herren, die EWG ist in einer schweren Dauerkrise. Optimisten kommen und sagen: Die Krise ist wieder einmal gelöst bis zum nächsten Termin, aber die Ursachen sind doch geblieben.

Die Ursachen sind zweierlei: erstens der streng supranationale Charakter der EWG. Wenn nicht alle Partner sich voll und ganz in diesen strengen, übernationalen Charakter der Gemeinschaft einfügen und auf nationale Souveränitäten in wachsendem Maße verzichten, geht es nicht. Am Anfang ist es gegangen, aber Frankreich will das nicht. Frankreich will keine supranationale Gemeinschaft, und das ist die Dauerkrise. Die kann man nicht so ohne weiteres beheben.

Wenn ich Frankreich genannt habe, dann täuschen wir uns doch nicht, daß wir in dem Staatschef General de Gaulle das moderne Frankreich repräsentiert sehen, den neuen französischen Nationalismus. Ich habe nicht die Absicht, über das innerpolitische System Frankreichs zu reden. (Abg. Mitterer: *Das ist auch gut!*) Für wen gut? (Abg. Mitterer: *Für uns! Für Sie vielleicht nicht, aber für uns!*) Ja, für Sie vielleicht darum, weil Sie es nicht hören wollen, aber Sie sollen mich so nicht herausfordern. Mein französischer Parteidirektor, der frühere Minister Jules Moch, hat dieses System eine Monokratie genannt im Gegensatz zur Demokratie und zur Monarchie, die keine Krone hat, aber stark monarchische Züge. Es wäre viel darüber zu reden, daraus zu lernen und davor zu warnen. Aber vielleicht ein andermal, denn Sie scheinen die Lektion zu brauchen, Herr Kollege Mitterer, ich möchte sie Ihnen nur heute ersparen. (Beifall bei der SPÖ.)

De Gaulles Konzept für Europa ist das Konzept eines vereinten Europa ohne Supranationalität, wie er sich ausdrückt, das „Europa der Vaterländer“, aus dem die Amerikaner militärisch ganz und wirtschaftlich teilweise verdrängt werden sollen, die Engländer, als amerikanischer Stützpunkt betrachtet, mit größtem Mißtrauen ferngehalten werden sollen, ein vereinigtes Europa unter französischer Hegemonie als militärisch dritte Kraft zwischen Amerika und der Sowjetunion. Ja, meine Damen und Herren, es ist ein atemberaubendes Konzept. Wer die großen Demonstrationen zum Empfang des Generals de Gaulle jetzt in Moskau in den Zeitungen beschrieben liest, der muß außerdem staunen, wie die überschwenglichen Töne sowohl in der ÖVP-Presse als auch in der kommunistischen Presse diesmal übereinstimmen. Das geht jetzt nicht zwischen uns und den Kommunisten, es geht nach der anderen Seite. (Beifall bei der SPÖ.) Man hört Diskussionen über die Achse Moskau—Paris, die Rückkehr zu dem traditionellen französisch-russischen Bündnis und davon, daß der Generalpräsident schon bei den Moskowiten ein gutes Wort für die deutsche Wiedervereinigung einlegen wird.

## Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

1029

**Czernetz**

Gestatten Sie, ich habe persönlich die größte Bewunderung und Zuneigung zu Frankreich, zum französischen Volk und zur französischen Kultur, aber die Wahrheit sollen wir nicht verleugnen. Wir sind 1945 nicht von Frankreich befreit worden, und wir sind in den Jahren darnach nicht durch Frankreich vor dem Hunger gerettet worden. Frankreich war selber hungernd, ist selber besiegt gewesen und mußte befreit werden. Wir haben Hilfe bekommen vor allem von den Vereinigten Staaten, ihrer Demokratie und ihrem Volk. Ich bin da eines Sinnes mit dem Dank, den Kollege Mitterer vormittag ausgesprochen hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich kann nur das Staunen über jene anderen nicht verborgen, denen wir im Europarat schon einige Male gesagt haben, daß sie dort nicht säßen, wo sie heute sind, wenn die Amerikaner sie nicht aus dem Dreck herausgeholt hätten.

Ich habe kein Verständnis für diese politische Überheblichkeit mancher, die glauben, das ist notwendig, um eine große Nation darzustellen. Aber was ich, alle weltpolitischen Details übergehend, die für uns sehr wichtig sind, sagen möchte: Erkennen müssen wir doch jetzt, was uns leicht unmittelbar berühren könnte, auch uns Neutrale da im Herzen Europas. Es ist interessant für uns Neutrale, daß die Zurückziehung der Franzosen aus der NATO das Gewicht der Bundesrepublik in der NATO ungeheuer verstärkt hat. Auch die Sowjetunion ist ein bissel erschrocken darüber. Sie freuen sich so sehr über die Destruktion der Franzosen in der NATO, daß sie übersehen haben, was ihnen da passiert. Die Franzosen verlangen die Reorganisation der NATO. Das ist nicht unsere Sache. (*Abg. Mitterer: Eben!*) Sicher ist da sehr viel dran, es ist nicht unvernünftig. Aber wenn die Franzosen eine neue Führung der NATO durch Amerikaner, Engländer und Franzosen fordern, man könnte fast schon sagen, an eine Troika in der NATO denken, dann soll man sich in Frankreich nicht darüber täuschen, daß, wenn man die NATO reorganisiert, das Gewicht der deutschen Bundesrepublik wesentlich stärker sein wird, als es manchen, auch den Franzosen, passen wird. (*Abg. Mitterer: Aber wir sollen uns besser nicht einmischen in diese Frage!*) Kollege Mitterer! Ich versichere Ihnen, ich werde keinerlei Intervention durchführen. (*Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Wenn wir über Außenpolitik reden, dann kann man nicht sagen, das gibt es nicht; schnell ein Sandhäufel her, und der Außenpolitische Ausschuß steckt den Kopf hinein und der Mitterer macht derweil Salathandel. Das geht nicht. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ.*) Der Salat, wenn er am Platz ist; aber jetzt sind wir bei der Außenpolitik.

Ich möchte sagen, Hohes Haus, daß man bei der deutsch-französischen Freundschaft, die uns als Nachbarland doch auch berührt — auch etwas, was für uns wichtig ist —, doch gleichzeitig sehen muß, wie merkwürdig sich das entwickelt hat, daß die Franzosen jetzt nach Rußland gehen und sagen: Keine Atombewaffnung für die Deutschen! Die Amerikaner versuchen, die Deutschen stärker heranzuziehen, indem sie irgendeine Art von Mitbeteiligung versprechen, aber die Deutschen wollen gar nicht. Die deutsche Bundesrepublik könnte — und ich glaube, das soll man von Österreich aus auch den Russen sagen — Atomwaffen jederzeit haben, weil sie sie erzeugen kann. Wenn sie es nicht tut, dann deshalb, weil sie klug genug ist, zu wissen, daß eine europäische Großmacht in der Welt von heute ein mittlerer Staat ist. Kein europäischer Staat kann eine atomare Großmacht sein, nur die Franzosen bilden sich das ein. Man kann zur Zielscheibe für die anderen werden, zum Provokateur, der ein Unglück herausfordert. Es zeigt sich hier, daß sehr ernste Probleme durch die französischen Aspirationen aufgerollt werden.

Und wenn man sagt: traditionelles französisch-russisches Bündnis — es hat in der Geschichte auch ein traditionelles deutsch-russisches Bündnis gegeben. Wiedergeburt des französischen Nationalismus — die Gefahr des deutschen Nationalismus ist nicht vorüber, und ich fürchte, daß der Nationalismus eine Infektionskrankheit ist. Lange wird man das von Frankreich aus den Deutschen nicht vorspielen müssen, bis sie sagen, das haben wir auch schon einmal können, wir könnten es wieder. Das ist alles außerordentlich gefährlich.

Unmittelbar können wir berührt werden bei dem neuen Gedanken, der jetzt ventiliert wird, daß man zu einer europäischen Konferenz zur Regelung der europäischen Fragen ohne Amerika kommt. Aus der Bundesrepublik hört man schon entschieden, daß man dagegen ist. Es hängt ja die Existenz des freien Deutschlands und des freien Berlins von der Präsenz der Amerikaner und dem Viermächtestatus ab. Sie geben es nicht auf, sie werden hier vielleicht auf einmal zu jubeln beginnen: Weg mit dem Gleichgewicht, wir können auch ohne Gleichgewicht existieren und frei und neutral sein.

Meine Damen und Herren! Wir werden uns die Dinge sehr genau, sehr ernsthaft überlegen müssen. Wir werden sehen, wie wir in internationalen Körperschaften, ohne uns in die Angelegenheiten anderer einzumischen, diese Angelegenheiten verstehen lernen, um auch lernen zu können, wie und wo wir die nötige Vorsicht zu üben haben.

1030

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Czernetz**

Nun, meine Damen und Herren, es ist vorhin von der aktiven österreichischen Politik die Rede gewesen, der Politik in den verschiedenen Institutionen, bei den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen und dem guten Namen, den wir uns dort gemacht haben, es ist vom Europarat und unserer Tätigkeit dort gesprochen worden. Gerade beim Europarat, glaube ich, soll man es dem Parlament auch sagen, und der Minister wird es bestätigen, daß es nicht nur auf Beamten- und Diplomatenebene geschehen ist, sondern daß die Parlamentarier in dieser merkwürdigen Zwittersituation von parlamentarisch-diplomatischer Tätigkeit das Ihre beigetragen haben, um den Namen Österreichs in dieser europäischen und internationalen Körperschaft zu einem guten Namen zu machen. Wir sind treue und fleißige Mitglieder dieser Institution. Sie wird kritisiert, daß sie nicht spektakulär genug ist, Erwartungen nicht erfüllt hat, aber ich glaube, der Europarat ist besser als sein Ruf.

Ich habe mich in den letzten zwei Jahren zweimal sehr gefreut, das eine Mal, wie der Vorsitzende des amerikanischen Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten Fulbright im Mai 1965 in Straßburg war und dann kam und sagte: Ich habe ja gar nicht gewußt, wieviel gute, wichtige internationale Arbeit da gemacht wird, wie wichtig die Körperschaft ist. Die Amerikaner haben es so eingerichtet, daß jedes Jahr eine Delegation amerikanischer Parlamentarier zu einer gemeinsamen Beratung den Europarat besuchen wird. Das zweite Mal habe ich mich gefreut, als wir heuer im Mai den Generalsekretär der Vereinten Nationen U Thant in Straßburg begrüßen durften, der sehr beeindruckt war von der Arbeit unserer Institution, der ausdrücklich erklärt hat, er erkennt den Europarat als de facto-Regionalorganisation der Vereinten Nationen. Es gibt keine de jure-Regionalorganisationen, aber es gibt auch andere de facto-Regionalorganisationen, und er betrachtet den Europarat als eine gleichartige. Dabei ist besonders wichtig, daß unsere Europäische Konvention der Menschenrechte die erste regionale Anwendung der weltweiten Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen ist, die nirgends angewendet wurde außer bei uns in Europa, noch dazu mit der Einrichtung des Gerichtshofes und der Individualpetition. Wir haben also hier tatsächlich etwas geschaffen, was große internationale Bedeutung hat.

Wenn wir jetzt 54 Konventionen haben — Österreich ist bei der Ratifizierung nicht der fleißigste Staat —, gibt es da einen Punkt, der einem auf der Seele brennt: der Sozialstaat Österreich hat die Sozialcharta noch immer nicht ratifiziert. Früher hat es die Ausrede gegeben: die Koalition ist schuld.

Also das hat auch 18 Monate nicht gelten können, daß sich einer auf den anderen ausredet, aber jetzt ist eine einfärbige Regierung da, die Sozialcharta muß von der Regierung diesem Hause vorgelegt werden. Das ist nicht mehr aufzuhalten; wir sind international in einer unmöglichen Lage. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es ist von dem großen Arbeitsplan gesprochen worden — ich darf noch hinzufügen, und der Kollege Kranzlmaier wird mir sicher dankbar sein, wenn ich das ergänze —, daß besonders auf dem Gebiete der Rechtsangleichung der Justizminister, der das initiativ eingeleitet hat, der ehemalige Justizminister Dr. Broda war, der damit tatsächlich einen Durchbruch im Europarat eingeleitet hat, und daß diese ganze große Arbeit auch sehr stark von dem britischen Generalsekretär Smithers, der in den nächsten Tagen nach Wien kommt, angetrieben werden wird.

Die Schwierigkeiten, die wir im Europarat haben, sind merkwürdigerweise nicht nur die Ihnen, meine Damen und Herren, bekannten des begrenzten Statuts, der Einstimmigkeit des Ministerrats. Ich möchte eine lächerliche Kleinigkeit sagen, die unfaßbar erscheint. Kranzlmaier hat vorhin eine Sitzung der Arbeitsgruppe für Verbindung mit den nationalen Parlamenten in Paris erwähnt. Der stellvertretende Generalsekretär des Europarates und ein hoher politischer Beamter konnten von Straßburg nicht zu dieser Sitzung nach Paris kommen, weil man für die Beratende Versammlung nicht mehr genug Geldmittel hat. Von Straßburg nach Paris! Meine Damen und Herren! Das ist unerträglich! Wir haben in der Arbeitsgruppe, deren Vorsitzender ich bin, darüber gesprochen, und wir haben dort gesagt: Wir verlangen von der Budgetkommission des Europarates eine Aufstellung, was das kosten wird, daß man in der Versammlung beweglicher ist. Es zeigt sich, daß die Mitgliedstaaten zu ihrem jetzigen Beitrag eine Erhöhung von 1 bis 2 Prozent leisten müssen, um die Kosten der Versammlung voll zu decken. Das wäre beim österreichischen Beitrag von 4 Millionen Schilling eine jährliche Erhöhung um 40.000 bis 80.000 S. Das ist also der Größe des Landes und der Größe des Beitrags entsprechend verschieden. Wir von der Beratenden Versammlung werden — das möchte ich hier ankündigen — in allen Ländern in der stärksten Weise darauf drücken, und ich erwarte, daß uns der Herr Bundesminister Tončić im Rahmen der österreichischen Bundesregierung, aber auch in seiner gegenwärtigen Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarates in der stärksten Weise unterstützen wird.

Lassen Sie mich zum Europarat nur noch eines sagen: Auch wenn wir in absehbarer

**Czernetz**

Zeit zu einem Arrangement mit der EWG kommen, in das Europäische Parlament werden wir ja nicht hineinkommen, weil das eine institutionelle Bildung ist, in die wir nicht hineinpassen. Es wird auch dann, wenn wir ein Arrangement mit der EWG haben, die Beratende Versammlung des Europarates das einzige parlamentarische Forum sein, auf dem wir die Parlamentarier der Sechs, der Sieben und der anderen treffen können. Der so oft totgesagte Europarat hat sich als ein wirksames Instrument funktioneller Verbindungen erwiesen, der lebendiger ist denn je zuvor.

Und nun, meine Damen und Herren, muß ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, der ja auch zur Außenpolitik gehört. Die Frage ist von allen möglichen Seiten angepackt worden, aber hat denn der Fall Habsburg nicht auch außenpolitische Aspekte? Glauben Sie nicht? Die Habsburger-Gesetze sind im Artikel 10 Abs. 2 des Staatsvertrages erwähnt.

Ich lasse mich jetzt auf die juristischen und innerösterreichischen Fragen gar nicht besonders ein. Die Loyalitätserklärung des Herrn Dr. Otto Habsburg aus dem Jahre 1961 bezieht sich auf die Loyalität zur österreichischen Republik und den Verzicht auf die Herrschaftsansprüche, die Thronansprüche, die er bis dahin offenbar gehabt hat, denn sonst hätte er nicht darauf verzichten müssen. Sein Vater hat ja nie abgedankt. Nie abgedankt! Das weiß man in der österreichischen Öffentlichkeit nicht, und man informiert sie auch nicht genügend. Er hat nur auf die Mitwirkung an den Regierungsgeschäften verzichtet.

Aber, meine Damen und Herren, wenige Jahre zuvor, im Jahre 1956 hat Herr Dr. Otto Habsburg im Oktober über Radio Madrid eine Rede an die ungarische Nation gehalten, er sagte: „Wir, die im Ausland lebenden Ungarn ... Als Sohn des zuletzt gekrönten Königs und als begeisterter ungarischer Patriot rufe ich euch, Landsleute.“ Ich möchte jetzt gern wissen, was er ist. (*Ruf bei der SPÖ: Beides!*) Beides? Aber die österreichisch-ungarische Staatszugehörigkeit ist schon vorüber. Das ist schon überholt; aber offenbar beim Dr. Otto Habsburg noch nicht ganz. Aber das könnte uns gewisse Schwierigkeiten machen. Denn den ungarischen Thronanspruch hat er ja noch nicht aufgegeben. Die haben ja auch gar nicht die Gesetze, daß man das mit einem Stückerl Papier machen kann so wie bei uns. (*Ruf bei der ÖVP: Die lösen das Problem anders!*) Ja, ja, die lösen es anders. Wir sind ja menschlich. Unsere Menschlichkeit mißbraucht man, indem man eine unglaubliche Erklärung abgibt, nachdem der Mann 1960 erklärte, daß er auch in Zukunft für die Monarchie ist, und man nimmt das an und

erledigt es mit einem Verfassungsbruch eines Höchstgerichts.

Die Zeiten sind vorüber, wo der österreichische Klassiker sich gegen den Undank vom Hause Habsburg aussprechen konnte. Jetzt, wo die Affäre Habsburg in den Händen des Dr. Klaus ist, gibt es Dank vom Hause Habsburg. Der Mann, der dafür in diesem Höchstgericht verantwortlich war, ist Justizminister geworden. Das soll man nämlich dabei auch nicht vergessen. Aber für uns steht in der Außenpolitik die Frage, wie das mit unserer Glaubwürdigkeit und dem Vertrauen zu uns ausschaut. Wir passen verdammt auf, daß wir nicht durch Emigranten an den Grenzen Schwierigkeiten haben, nicht weil wir das Asylrecht einschränken, aber politische Tätigkeit gegen einen Nachbarstaat hält so ein kleines Land nicht gut aus. (*Abg. Kulhanek: Wollen Sie jetzt wieder 1963 beginnen? Ist es notwendig, das noch einmal aufzurollen?*) 1963, lieber Kollege, kann nicht wieder begonnen werden, aber es handelt sich nicht um ein Wiederaurollen, weil wir der Meinung sind, daß Unrecht und Verfassungsbruch Verfassungsbruch bleiben! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Im Jahre 1963 war eine kleine Mehrheit dieses Hauses der Meinung, daß die Rückkehr des Dr. Otto Habsburg unerwünscht ist. Das Land war also geteilt. Jetzt ist eine kleine Mehrheit dafür, daß er zurückkommen kann. Das Land ist geteilt. Glauben Sie, das weiß man nicht in der Welt? Glauben Sie, das ist gut für unsere Lage? So stark, so groß sind wir nicht, daß wir Nachbarstaaten mit einer solchen Politik herausfordern können. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wir sollen unsere eigenen Grenzen und die Grenzen unserer Kraft kennen. Wir wollen keine Isolationspolitik, aber wir sollen auch keine internationale Provokation schaffen. Wir haben Vertrauen in der Welt erworben, mitgearbeitet an internationalen Institutionen, und zwar gemeinsam. Wir sind gute Partner gewesen, als vertragstreu und verlässlich bekannt, bis man es sich überlegt hat, daß man auch anders könnte. Österreich hat einen guten Namen in der Welt, und es hat einen guten Namen zu verlieren! Das soll man sich merken.

Wir haben eine Hoffnung: daß die gute gemeinsame Außenpolitik der Koalition eine Fortsetzung finden wird. (*Abg. Mitterer: Wir sind nicht taub! Wir hören auch, wenn Sie normal reden!*) Ich muß durch die Zeitung durchreden, die Sie sich vors Gesicht halten. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: Das ist Ihr Leibblatt, Herr Kollege! Lassen Sie mich doch weiterlesen!*) Ich freue mich darüber, Sie können sie jetzt und später lesen, aber meine Lautstärke können Sie nicht bestimmen.

1032

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Czernetz**

Ich möchte sagen: Wir hoffen auf eine Fortsetzung der bisherigen gemeinsamen Außenpolitik der Koalition und in diesem Gebiet auch der Arbeit des früheren Außenministers Dr. Kreisky. Das Beste, was die Regierung Klaus tun kann, ist, die bisherige Außenpolitik fortzusetzen! Österreich ist am Schnittpunkt der Verbindungslien von Ost und West und Nord und Süd in Europa, es lebt im Grenzbereich der Militärblöcke, in einer zerrütteten und gärenden Welt. Es soll sich niemand einbilden, daß wir ein Narrenparadies sind, in dem sich jeder leisten kann, was er will. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Meine Herren! Wenn der Siegesrausch vom 6. März verflogen ist, werden auch Sie die Realität erkennen müssen! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Wallner:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl ich mir vorgenommen hatte, ein wesentlich begrenzteres, wenngleich, wie ich glaube, für uns mindestens ebenso wesentliches Problem hier heute einigermaßen sachlich und leidenschaftslos zu diskutieren, haben mich die Ausführungen meiner beiden Vorredner doch veranlaßt, mich mit einigen Sätzen und Erklärungen auseinanderzusetzen.

Es ist vom Abgeordneten Kranzlmaier kritisiert worden, daß von der linken Seite dieses Hauses, zu der wir ja nicht zählen, eine obstruktive Opposition gemacht würde. Mit Recht ist von meinem Vorredner, Abgeordneten Czernetz, kritisiert worden, daß die Funktion einer konstruktiven Opposition, wenn man das als Gegenbegriff überhaupt gelten lassen kann, davon abhängt, daß diese Opposition informiert wird. Information ist eine Voraussetzung und Bedingung zu einer konstruktiven Opposition. Aber gerade zu dem Thema, das jetzt in Rede steht, müssen wir feststellen, daß es der zuständige Ressortminister bisher unterlassen hat, die Opposition, sowohl die freiheitliche als anscheinend auch die sozialistische, ausreichend zu informieren. Wir waren in den abgelaufenen zwei Monaten in wichtigen und wichtigsten außenpolitischen Lebensfragen auf Zeitungsmittelungen und nicht zuletzt auf Indiskretionen angewiesen. Man darf sich deshalb also nicht wundern, wenn wir uns, obwohl wir uns zum Grundsatz bekennen, daß Außenpolitik eine gemeinsame Angelegenheit dieses Hauses ist, heute zu dem Kapitel Äußeres nicht sehr freundlich äußern werden.

Es ist auch festzustellen, daß alles, was vom Hauptsprecher der ÖVP zum Thema Außenpolitik gesagt wurde, unverbindliche, allgemeine, zum Teil Selbstlob treibende Feststel-

lungen waren, ohne daß wirklich konkrete und wesentliche Fragen oder daß wirklich konkrete außenpolitische Taten erläutert und interpretiert worden wären. Ob wir wirklich in der Lage waren, unser internationales Ansehen in dem vom Abgeordneten Kranzlmaier behaupteten Ausmaß anzuheben, wäre in erster Linie am Erfolg unserer Außenpolitik in konkreten außenpolitischen Fragen Österreichs zu prüfen.

Es kann nicht von Zufall sein, daß wir wohl vom Kongo, von Zypern und von unseren Sanitätskontingenten, die wir dort stellen durften, etwas hörten; daß zweifellos wichtige, aber doch nur materielle Fragen beinhaltende Vertragsangelegenheiten, offene Vertragsfragen, die wir mit der ČSSR, Polen zu verhandeln haben, hier erwähnt wurden, daß aber in diesem ganzen grundsätzlichen Bericht ein einziges Mal zum Beispiel das Wort „Südtirol“ gefallen ist. Ich glaube, Südtirol wäre einer jener Prüfsteine, wo wir beweisen können, welches Gewicht unser internationales Ansehen hat und welche Qualitäten unsere Außenpolitik aufzuweisen hat.

Wenn man sich außerdem noch vor Augen hält, in welchem Zusammenhang dieses Wort „Südtirol“ gefallen ist, dann haben wir, glaube ich, ausreichend Anlaß dafür, daß wir dieses Thema zum Hauptgegenstand unserer folgenden Ausführungen machen wollen. Es ist nämlich vom Abgeordneten Kranzlmaier wörtlich gesagt worden, daß also unser so großes internationales Ansehen eine gewisse Beeinflussung in der Südtirol-Frage durch unsere Präsenz im Europarat gefunden habe. Nichtssagender und unverbindlicher, glaube ich, kann man dieses Thema in einer grundlegenden, und zwar ersten außenpolitischen Erklärung zu dieser Lebensfrage Österreichs sicherlich nicht behandeln. (*Abg. Dr. Kranzlmaier: Herr Kollege! Sie wissen ganz genau, ich habe vorher gesagt, daß von uns Kollege Dr. Leitner zur Südtirol-Frage spricht!*) Der Auftakt, den Sie dazu gegeben haben, Herr Abgeordneter, war mehr als beschämend. (*Abg. Dr. Kranzlmaier: Das wissen Sie ganz genau! Das ist doch Demagogie ersten Ranges, was Sie betreiben!* — *Abg. Dr. Kreisky: Nur schimpfen!*) Wir sind aber weniger — und das werde ich Ihnen jetzt zeigen — interessiert, zu hören, was Sie hier vor der Öffentlichkeit für Ihre Presse reden, sondern ich glaube, es wird entscheidend sein, daß wir hier ernst prüfen, was geschehen ist in der Südtirol-Frage!

Ich möchte mich, weil es vielleicht nicht ganz ohne Zusammenhang mit unserem Thema ist, doch auch mit ein paar Ausführungen des Herrn Abgeordneten Czernetz beschäftigen. Ich muß anerkennen, daß die Perspektiven,

**Dr. Scrinzi**

die er zur europäischen Lage gegeben hat — auch wenn man nicht alle Ansichten teilt —, interessant waren und jenen Rahmen abgesteckt haben, den abgesteckt zu erhalten wir eigentlich vom zuständigen Ressortminister schon seit längerer Zeit erwartet hätten. Denn man kann sich hier nicht auf Zeitmangel ausreden. Wenn nämlich Zeit genug ist, in der ganzen Welt Zeitungsinterviews zu geben, wenn man vor dem Kartellverband in Salzburg reden kann, dann muß man auch Zeit haben, wenn schon nicht dieses Hohe Haus, so doch zumindest den zuständigen Außenpolitischen Ausschuß zu informieren, wenn wichtige Dinge offensichtlich doch seit Wochen und Monaten im Gange sind. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist auch keine Entschuldigung, wenn der Ressortminister hier bisher geschwiegen hat, daß er durch ein — wie es mein Vorredner genannt hat — Amputationsgesetz in seinen Funktionen wesentlich eingeschränkt wurde. Ich möchte noch viel weitergehen: Es ist kein Amputationsgesetz, es ist ein Impotenzgesetz, das hier geschaffen wurde, das offensichtlich doch zum Ausdruck bringt, daß man sehr wenig von den Qualitäten des gewählten Außenministers innerparteilich hält. Wir persönlich wollen, da der Außenminister noch Gelegenheit haben soll, nunmehr endlich sein Schweigen hier im Hause zu brechen, mit unserem Werturteil vorerst noch zurückhalten. Aber wir warten auf diese Erklärungen. Wir warten darauf, daß er hier Frage und Antwort gibt zu dem, was in der Frage Südtirol seit dem 6. März und was vorher geschehen ist.

Ich möchte aber noch etwas tun. Ich möchte mich mit der Feststellung auseinandersetzen, die der Abgeordnete Czernetz getroffen hat, daß Nationalismus gleichzusetzen sei mit einer Infektionskrankheit. Diese Auseinandersetzung muß hier stattfinden, weil wir uns im Hause als eine nationale Partei bezeichnen. Nationalismus ist keine Infektionskrankheit, er ist einfach eine gegebene und historisch-biologisch gewordene Tatsache. (*Abg. Altenburger: Was Sie jetzt sagen, ist schlechter als eine Infektionskrankheit!*) Davon verstehen Sie wahrscheinlich nichts, Herr Kollege! (*Abg. Altenburger: Viel mehr als Sie! Wir haben gelitten unter dieser Infektionskrankheit!*) Ich bin gerne bereit, Ihnen ein Privatissimum darüber zu geben, aber an einem anderen Ort. Sie haben nicht am Nationalismus (*Abg. Altenburger: Jawohl, wir haben gelitten!*), sondern Sie haben an jenen auch von uns beklagten Entartungen, an jenem nationalen Chauvinismus gelitten, den wir ablehnen, ganz eindeutig. (*Abg. Altenburger: Aber nicht in der Form!*) Sie haben mir noch gar

nicht Gelegenheit gegeben, zu sagen, was ich davon meine. (*Abg. Altenburger: Es dauert sehr lange, bis Sie daraufkommen! — Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*) Wir haben Zeit im Gegensatz zu Ihrer Regierung, die glaubt, daß sie uns hier ständig unter Zeitdruck setzen kann.

Und daß eben der Nationalismus eine Gegebenheit und eine Tatsache ist, das wird doch gerade in dem offenkundig, Herr Abgeordneter Czernetz, was Sie zur Entwicklung der französischen Politik sagen, ganz gleich, ob man das negativ oder positiv bewerten kann. Zweifellos kommen diese Impulse aus dem Faktum heraus, daß eben nationale Kräfte, nationale Gegebenheiten heute noch Realitäten sind. Man wird zweifellos auf Grund der Erfahrung gerade unseres Jahrhunderts und gerade unserer Generation sagen müssen, daß der Nationalismus einer Läuterung, einer Vergeistigung zu unterziehen ist, aber vorerst müssen wir ihn — und ich glaube, besonders in der Außenpolitik — als eine Realität nehmen.

Nur ein Wort noch, bevor ich mein eigenes Thema berühre, zur Habsburg-Frage. Ich glaube nicht, daß wir die Reaktion Ungarns und seines Regierungssystems auf die Entscheidung dieses Hohen Hauses zu einem Maßstab in der Wertung der Habsburg-Frage machen sollten. Ich glaube auch nicht, daß auf Grund der erflossenen höchstgerichtlichen Erkenntnisse (*Abg. Czernetz: Nur eines — das andere war anders!*) nunmehr dem Dr. Otto Habsburg die Rückkehr nach Österreich nach Vorliegen seiner Loyalitätserklärung zu verweigern gewesen wäre und daß das als eine internationale Provokation empfunden wird. Ich glaube, hier spielen wir doch sehr lokale Ressentiments, sehr doktrinäre Auffassungen zu dieser Sache unnötig hoch. Ich glaube nicht, daß wir uns, daß wir Österreich damit dienen, wenn wir hier im Hause die Habsburg-Frage in dieser Weise überspitzen.

Zweifellos wird es zu unserer Aufgabe gehören, zu prüfen und zu überwachen, ob die Loyalitätserklärung Otto Habsburgs eben nicht bloß ein Fetzen Papier ist, sondern daß er, sofern er zurückkommt, sich auch an diese Loyalitätserklärung halten wird. Ich glaube, daß doch die Republik Österreich mit ihren zahlreichen Einrichtungen — gerade das entscheidende Innenministerium wurde ja durch Jahre von Ihrer Partei geführt — in der Lage sein sollte, hier rechtzeitig vorzusorgen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kleiner.*) Wir sind doch in der Lage, ein paar Südtiroler Patrioten mit Flugzeugen zu überwachen, da wird es uns doch auch möglich sein, mit dem Dr. Otto

1034

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Scrinzi**

Habsburg, falls er von seiner Erklärung in irgendeiner Weise abweichen sollte, fertig zu werden. (*Abg. Dr. Kleiner: Von einem Innenminister verhaften zu lassen!*)

Meine Damen und Herren! Das mußte doch gesagt werden, weil vielleicht nicht mehr die Gelegenheit ist, auf diese Ausführungen meiner Vorredner im Zusammenhang mit der Debatte zum Kapitel Äußeres einzugehen.

Warum wir dieses Kapitel und damit eben die derzeitige österreichische Außenpolitik ablehnen, ist ja schon von meinem Parteifreund Peter erläutert worden.

Ich habe mir vorgenommen, nun die Südtirol-Politik, ja ganz allgemein gesagt, die Lage, in der sich Südtirol nach unserer Auffassung derzeit befindet, dem Hohen Haus — und wie ich Sie leider warnen muß, in einer etwas extensiven Weise — vor Augen zu führen. Ich glaube aber, daß dieses Land und seine Menschen Anspruch haben, auch die Aufmerksamkeit dieses Hohen Hauses für einige Zeit in Anspruch zu nehmen.

Wir waren uns eigentlich hier, mehr noch, alle Österreicher aller Parteiüberzeugungen und -richtungen immer einig, daß Südtirol ein Anliegen aller Parteien und aller Menschen in diesem Staat ist, die sich zu unserer großen Lebens- und Kulturgemeinschaft bekennen, die sich zur 600jährigen gemeinsamen vaterländischen Geschichte mit Südtirol bekennen und die die bedeutsamen künstlerischen, politischen, kulturellen Leistungen gerade dieses südlichsten Volksstamms zu würdigen wissen. Ich muß sagen, daß vom Standpunkt Österreichs und, ich glaube, auch vom Standpunkt aller Parteien die Frage Südtirol das nationale Anliegen ersten Ranges ist; und es ist ein nationales und nicht, wie man jetzt hört, die Problematik etwas verschiebend, ein soziales. Man muß das also als ein nationales Anliegen ersten Ranges betrachten, und wir wissen und sind überzeugt, daß wir mit Südtirol und seiner Befriedung zugleich die verantwortungsvollste und schwierigste Aufgabe der österreichischen Außenpolitik gestellt erhalten haben.

Aber darüber hinaus glauben wir auch, daß Südtirol und die Lösung der Südtirol-Frage ein Prüfstein auf dem Wege zu einem freien Europa, zu einer Gemeinschaft freier Völker sein wird und daß wir uns nicht vorstellen können, daß, wenn der Ungeist, der bisher die Südtirolfrage zu lösen hindert, weiter waltet, wir in die Lage kommen werden, in dieses freie Europa einzutreten.

Südtirol ist auch eine Frage des europäischen Gewissens, wie Professor Hutter formuliert hat. Erinnern wir uns daran, daß am Anfang des Problems Südtirol das schwere Unrecht

steht, das mit den Londoner Verträgen 1915 gesetzt wurde, und daß Südtirol, dieses alte schöne freie Kulturland, einer der Preise war, die gezahlt wurden, gegen die Grundsätze und gegen die Erklärungen, für die angeblich seinerzeit die Alliierten in den Krieg gezogen sind, daß Südtirol geopfert wurde, um den Eintritt Italiens auf die Seite der Alliierten zu erreichen.

Die Verantwortlichen haben dafür auch noch 30 Jahre später bekennen müssen, daß sich damit die freien Völker Europas eine schwere Hypothek aufgeladen hatten.

Aber es war offensichtlich zu spät, als Churchill nach diesem Weltkrieg im englischen Unterhaus warnend seine Stimme erhob und sagte:

„Ich konnte keinerlei Genugtuung empfinden, als ich in den Zeitungen las“ — es war die Zeit des Abschlusses des italienischen Friedensvertrages — „daß einer der ersten Punkte, über die in Paris alle zu einer einmütigen Entscheidung kamen, die Bestätigung der Zuteilung des österreichischen Tirols an Italien war. Diese Zuteilung wurde von den freiesten Geistern in vielen Ländern immer als einer der schlimmsten Mißgriffe des Friedensvertrages von Saint-Germain angesehen. Ich kenne keinen anderen Fall in Europa, in dem besser als in Südtirol die Atlantic-Charta und die spätere Charta der Vereinten Nationen für die Bevölkerung angewendet werden könnte, die in diesem kleinen, aber gut abgegrenzten Gebiet wohnt. Warum dürfen die Einheimischen in diesem wundervollen Bergland, der Heimat des Volkshelden Hofer, nicht ein Wort zu ihrem Schicksal sagen? Warum kann dort nicht eine freie Volksabstimmung unter Aufsicht der Großmächte stattfinden? Diese Frage möchte ich stellen“ — fährt Churchill fort — „Ist es nicht unlogisch, einen ethnischen Gesichtspunkt für Triest und Venetia-Julia einzunehmen und einen anderen für Südtirol?“

Aber diese warnenden Worte wurden überhört und nicht beherzigt.

20 Jahre später, mehr als 20 Jahre nach dem verhängnisvollen Abkommen vom 5. September 1946 zu Paris, das als Gruber-De Gasperi-Abkommen bezeichnet wird, stehen wir vor der Tatsache, daß das Unrecht, das Italien an Südtirol seinerzeit begangen hat, unter dem Protektorat der Sieger des ersten Weltkrieges, nicht nur nicht gutgemacht ist, sondern daß auch diese minimalen Forderungen und Zugeständnisse, die dieses Abkommen erbracht hat, nicht erfüllt wurden. Ich darf Sie erinnern, daß diese Feststellung natürlich nichts mit Nationalismus in dem früher gerügten Sinne zu tun hat, sondern daß dieses

**Dr. Scrinzi**

Haus hier am 21. Dezember 1945 einen einstimmigen Entschließungsantrag des damaligen Abgeordneten Professor Dr. Gschnitzer auf Rückgliederung Südtirols angenommen hat.

Wo stehen wir heute, 21 Jahre nach diesem einstimmigen Beschuß?

Ist vor ungefähr 30 Jahren ein Buch des nachmaligen Innsbrucker Universitätsprofessors Reut-Nicolussi, „Tirol unter dem Beil“, erschienen, so müssen wir heute feststellen, daß Südtirol im Begriffe ist, unter dem Würgegriff von Paragraphen zu ersticken. Statt offener faschistischer Gewalt wird heute dieser deutschen Minderheit jenes Mindestrecht verweigert, auf welches heute mit Recht Volksgruppen und Völker der ganzen Welt und auch aller Entwicklungsgebiete Anspruch erheben.

Es muß festgestellt werden, daß seit 1945 kein Bundespräsident, kein Bundeskanzler und kein österreichischer Außenminister grundsätzlich auf das Recht Südtirols auf Selbstbestimmung oder mindestens auf Autonomie verzichtet hat oder dieses Recht angezweifelt hätte. Mit Bedauern, mit Bestürzung müssen wir feststellen, daß, obwohl Österreich in beispielloser Einmaligkeit unter Zurückstellen nationaler Gefühle und Interessen bereit war, die Südtirol-Frage im Geiste der Völkerverständigung, der Rechtsstaatlichkeit und der europäischen Schicksalsgemeinschaft ohne Gewalt zu lösen, wir weiter denn je, und zwar ganz im Gegensatz zu der Auffassung, die in der Regierungserklärung des Kabinetts Klaus zum Ausdruck kommt, entfernt sind.

Wenn es seit diesem Pariser Abkommen Tote gegeben hat, was wir bedauern — wobei wir aber feststellen wollen, daß die ersten Toten auf Seite der deutschen Südtiroler zu zählen waren —, dann trifft die Verantwortung dafür die verantwortlichen Politiker Italiens; ich möchte nicht einmal sagen, das italienische Volk. Ich weiß aus vielen, vielen Begegnungen mit Italienern, daß man da durchaus Verständnis und Einsicht für die Forderungen der deutschen Minderheit hat. Die Verantwortung trifft jene chauvinistischen italienischen Politiker, die in ebenso genialer wie dem Geiste eines vom nationalen Chauvinismus geläuterten Europäertums widersprechenden Verzögerungstaktik die Lösung der Südtirol-Frage auch auf der Basis der Mindestforderungen bisher verfeitelt haben.

Die Langmut der Südtiroler, ihre Geduld und ihre Bereitschaft, Unrecht zu tragen, stehen ohne Beispiel in der Geschichte völkischer Minderheiten da. Ebenso kann das Bemühen Österreichs, in dieser Frage zu einer einvernehmlichen Lösung mit den Mitteln der Diplomatie, der Politik, der Rechtsstaat-

lichkeit zu kommen, nicht hoch genug veranschlagt werden. Aber ich glaube, jetzt sind wir an der Grenze des geschichtlich Verantwortbaren angelangt.

Wenn wir heute mit Recht die Anwendung von Gewalt zur Lösung von Streitfragen sowohl zwischen einzelnen wie auch zwischen Völkern verurteilen, so erlaube ich mir doch in diesem Zusammenhang auf den international anerkannten österreichischen Rechtslehrer Professor Ermacora hinzuweisen, der sagt, man müsse beachten, daß das immer wieder sich erneuernde Polizeiregime in Südtirol die Gegenwehr herausgefordert habe. Das sollte man beherzigen, ehe man leichtsinnig über Patrioten urteilt, die vielleicht zu Mitteln greifen, die wir zweifellos für nicht geeignet halten.

Es geht nicht an, daß man sich nunmehr dadurch aus der Affäre zu ziehen versucht, daß Südtirol und Österreich auf die Anklagebank gesetzt werden, weil dieses Land, weil Südtirol und weil einige Männer und Frauen nach 40 Jahren des Hoffens und des Wartens, des Duldens und des Leidens nunmehr zur Gewalt gegriffen haben, zu jener Gewalt, die ihnen ja in der ganzen Welt vorexerziert und die zum Teil unter anderen Voraussetzungen auch heute noch glorifiziert wird. Ich glaube, man kann diesem Bemühen nicht absprechen, daß es in erster Linie unter Schonung von Menschenleben und Gesundheit darauf abgestellt war, endlich einmal das lahme Weltgewissen wachzurütteln und die Weltöffentlichkeit auf die Lage in Südtirol hinzuweisen, nachdem es allen Bemühungen sowohl der Südtiroler Volksvertretung, aber auch Österreichs bislang nicht gelungen war, in der Südtirol-Frage entscheidend weiterzukommen.

Solche Gewalttaten kann man nicht aus dem Augenblick des zeitgeschichtlichen Geschehens werten. Sie erfahren ihre endgültige Wertung erst im Ablauf der Geschichte, wenn man in der Lage ist, ein Gesamtgeschichtsbild zu entwerfen. Ich erinnere Sie daran — wie war es mit dem Freiheitskampf Tirols und des ganzen damaligen mittleren Europas 1809 bis 1813? Wie werten wir heute etwa den Aufstand der Dekabristen im zaristischen Rußland? Welchen historischen Stellenwert hat der Burenauftand bekommen, der irische Freiheitskampf, der Kärntner Abwehrkampf, und, um sehr zeitnahe zu bleiben, wie stellen sich heute die Gewalttaten der Zyprioten und Algerier im geschichtlichen Urteil dar? (Abg. Altenburger: Aber da überspringen Sie den Nationalsozialismus!) Ich überspringe ihn nicht. Jetzt werde ich Ihnen etwas erzählen, Herr Abgeordneter. Ich war immer der Meinung, daß die Lösung, die der National-

1036

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Scrinzi**

sozialismus in Südtirol gesucht hat, zu verurteilen war, und ich wurde im aktiven Widerstand zweimal in Haft genommen. Was haben Sie damals für Südtirol getan? Ich habe nichts zu verschweigen. Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Weitere Zwischenrufe.* — *Abg. Altenburger:* Ich habe gesagt: In Ihrer geschichtlichen Aufzählung haben Sie den Nationalsozialismus verschwiegen! Mehr habe ich nicht gesagt! — *Präsident Wallner* gibt das Glockenzeichen. — *Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel.* — *Abg. Altenburger:* Vom Freiheitskämpfer Andreas Hofer haben Sie gesprochen!) Zu der Zeit ist dort kein Freiheitskampf geführt worden, Herr Abgeordneter, wenn Sie das nicht wissen sollten.

Wenn wir heute Gewalt verurteilen, dann dürfen wir den Hintergrund nicht übersehen, auf dem diese Gewalt gesetzt wurde. Ich darf Ihnen ein paar Beispiele anführen, wie man unter dem Deckmantel „demokratischer Verfahren“ auch Gewalt ausüben kann und wie man ein Volk und eine ethnische Gruppe mit Hilfe von Paragraphen vernichten kann.

Das demokratische Italien nach dem zweiten Weltkrieg handhabt immer noch ein Militärservitutsgesetz vom 3. Juni 1935, demzufolge fast alle Gemeinden in der Provinz Bozen zu militärisch wichtigen Zonen erklärt werden. Das im gleichen Atemzug, wo wir im Europarat groß über ein Vereintes Europa reden. Wozu dient nun dieses Gesetz heute diesem demokratischen Italien? Es dient dazu, dieses Land ohne sichtbare Gewaltanwendung wirtschaftlich, sozial und ethnisch abzuwürgen.

Ein paar Beispiele dafür. Seit drei Jahren versucht ein in Sankt Martin im Passeier bestehender Betrieb für Feinmechanik mit rund 60 Arbeitern und Arbeiterinnen — und die Vergrößerung und Schaffung solcher Betriebe ist eine Überlebensfrage für Südtirol —, seinen Betrieb auf 120 Arbeiter zu erweitern. Auf die Zustimmung der Militärbehörde für die Ausführung des notwendigen Zubaus wartet der Betrieb seit 16 Monaten, obwohl es sich um einen Betrieb handelt, der mitten in einem friedlichen Dorf liegt.

Der Plastikbetrieb Kardaun — und wer weiß, wo Kardaun liegt, wird bestätigen, daß es sich hier nicht um einen strategisch wichtigen Punkt handelt —, der über 100 Arbeiter beschäftigt, hat über drei Jahre auf die Zustimmung der Militärbehörde zur Errichtung der notwendigen Betriebswerkstätten warten müssen.

Es geht aber noch viel weiter. Ein Kleinbauer im schon genannten Ort Sankt Martin im Passeier, mitten im Dorf sitzend, will seinen Stall etwas vergrößern, um ein paar Kühe mehr einzustellen zu können. Er mußte

diesen Bau auf Anordnung der Militärbehörde einstellen.

So geschieht es allen industriellen und mittleren handwerklichen Betrieben Südtirols, soweit sie nicht in italienischer Hand sind. Durchschnittlich warten sie zwei bis drei Jahre auf Genehmigungen, die unter Umständen für den Betrieb lebenswichtige Entscheidungen herbeiführen. Das ist natürlich keine Gewaltanwendung. Darüber hören wir nichts. Wenn früher eine bestimmte Form des nationalen Chauvinismus gegeißelt wurde, so gilt er ganz besonders für Italien.

Auch dazu darf ich Professor Ermacora zitieren. Es ist nicht so, daß in Italien ein demokratischer Gesinnungswandel eingetreten wäre. Professor Ermacora schreibt: Die Richtungsänderung im Problem Südtirol ist durch eine Änderung der Völkerrechtsgemeinschaft, nicht durch ein Abrücken des italienischen Nationalismus von seinem Ziele der Vernichtung der deutschen Minderheit in Südtirol durch Unterwanderung und Assimilierung hervorgerufen worden.

Das müssen wir uns, glaube ich, wohl vor Augen halten, damit wir uns keinen Illusionen hingeben, welche Absichten hier die italienische Politik verfolgt.

Österreich hat im Hinblick auf höhere europäische Ziele im Einvernehmen mit der Südtiroler Volksgruppenführung seinerzeit auf die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes verzichtet. Es hat aber damals selbstverständlich vorausgesetzt, daß das Pariser Abkommen zumindest dem Geiste nach erfüllt wird. Österreich hat keineswegs, so jedenfalls würden wir es interpretieren, mit dem Abschluß dieses Abkommens zum Ausdruck gebracht, daß damit auf das in der UNO-Charta verankerte Grundrecht der Selbstbestimmung verzichtet worden wäre. Es handelt sich dabei um ein unverzichtbares Recht. Das wird auch von besonnenen, berufenen und europäisch denkenden italienischen Stellen anerkannt, zum Beispiel von dem langjährigen Berater der italienischen Regierung in Südtirol-Fragen, Mario Toscano.

Wir haben schon vor geraumer Zeit in diesem Hause eine Verurteilung des Pariser Abkommens zur Kenntnis genommen. Wir schließen uns dieser Verurteilung an. Selbstverständlich wollen wir nicht die besondere Lage, unter der dieses Abkommen seinerzeit geschlossen wurde, erkennen, das im übrigen auch als Fait accompli dann vor dieses Haus kam. Es war der Druck der Alliierten, die internationale Lage nach dem Krieg, die offene Optantenfrage, welche das Heimatrecht für rund 90.000 Südtiroler in Frage gestellt hatten. Es waren also durchaus zeitbedingte

**Dr. Scrinzi**

Faktoren, die vielleicht dieses Abkommen rechtfertigen könnten. Trotzdem kann nicht verkannt werden, daß es vom Standpunkt Südtirols und Österreichs aus mehr als dilettantisch war.

Österreich wurde dann im Staatsvertrag gezwungen, den italienischen Friedensvertrag anzuerkennen und damit auch die Brennergrenze. Aber auch bei dieser Gelegenheit muß festgehalten werden, daß auf das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler damit nicht grundsätzlich verzichtet wurde. Das ist schon im Außenpolitischen Ausschuß dieses Hauses unter anderem am 1. Oktober 1946 zum Ausdruck gebracht worden.

Die Optantenprotokolle, die am 22. November 1947 unterfertigt wurden, und die Durchführung und Erledigung dieser Frage waren ja etwa im März 1950 im wesentlichen abgeschlossen. Damals war also kein unmittelbares Druckmittel mehr vorhanden, um die österreichischen und auch die Südtiroler Initiativen zur endlichen Erfüllung des Gruber-De Gasperi-Abkommens lahmzulegen. Trotzdem müssen wir heute im Jahre 1966 feststellen, daß wir kaum einen Schritt bei der Erfüllung dieses Abkommens weitergekommen sind.

Es erfüllt uns deshalb mit Sorge, daß trotz dieses Umstandes in der Regierungserklärung des Kabinetts Klaus II die Südtirol-Frage erstmals an die zweite Stelle gerückt wurde. Sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß Südtirol vielleicht ein Tauschobjekt im Zusammenhang mit einem — wie auch wir überzeugt sind — noch reichlich ferne liegenden EWG-Konzept werden könnte? Wir haben doppelten Grund zur Sorge, weil wir feststellen müssen, daß seit den Gesprächen Moro — Klaus das Problem Südtirol Gegenstand einer Geheimdiplomatie geworden ist, daß wir seit dieser Zeit nicht mehr oder nicht ausreichend informiert wurden und daß im Gegensatz zu der faktischen Lage in der Regierungserklärung ausgedrückt wurde, es sei nur mehr ein kleiner Schritt, um diese Frage zu lösen.

Dieser Meinung ist selbst Italien nicht, und ich darf dazu die italienische Presse zitieren.

Der „Alto Adige“ vom 27. Mai 1966 schreibt in einem Artikel von Civis — hinter dem Pseudonym verbirgt sich der bekannte Renato Cajoli —: „Die Wiener Regierung und die Südtiroler Volkspartei befinden sich also im Irrtum, wenn sie weiterhin glauben: entweder, um die Frage zu lösen, genüge noch ein kleiner Schritt Italiens, oder, man müsse noch andere wichtige Konzessionen im Verhältnis zum Komplex der italienischen Angebote von 1964 erhalten. Dieses ‚Paket‘ (im übrigen, wie es scheint, ziemlich nebulös in seinen verschieden-

nen Argumenten) scheint nunmehr lediglich in den rückliegenden Papieren der Diplomaten zu existieren, aber nicht mehr unter den realen Möglichkeiten: wie es logisch und natürlich ist, da, abgesehen von jeder anderen Überlegung, es einen extremen Versuch bedeutete, der lediglich in dem Moment gelten konnte, in dem er gemacht wurde, und wenn er keine Möglichkeit bot, aufs ‚Steigen‘ — also auf Hause — „zu spekulieren, konnte er nicht einmal auf unbegrenzte Zeit in einem Eiskasten aufbewahrt werden, in Erwartung eines endgültigen Absinkens von Wien oder der Beiseitestellung der Richtungen und der Komplexe der SVP.“ (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Das also ist die offiziöse Haltung Italiens zu dieser Frage. Wenn wir dann im gleichen Augenblick und gewiß nicht zufällig den Leitartikel des Chefredakteurs Dr. Nayer in der „Tiroler Tageszeitung“ vom 28. Mai 1966 zur Kenntnis nehmen mußten, der zweifellos nicht ganz ohne Fühlungnahme mit der Bundesregierung geschrieben wurde, daß man nunmehr Südtirol bei der Entscheidung über sein Schicksal mehr oder weniger ausklammern will, so glaube ich, daß wir mit Recht voll Sorge über die Situation Südtirols sind.

Nachdem Dr. Nayer in diesem Artikel die Südtiroler Volksgruppenführung der Unfähigkeit geziehen hat, sich auch mit den jüngsten Entwicklungen der Gründung der sozialen Fortschrittspartei des Dr. Jenny befaßt hat, schreibt er: „Da die politischen Führer der Südtiroler aus Mangel an Verantwortungsfreudigkeit der bequemen Maxime folgen: ‚Entweder alles oder nichts‘, wird die österreichische Außenpolitik unter Aufrechterhaltung ihrer bisherigen Grundthesen kaum in die Verlegenheit kommen, dem Wiener Parlament irgendwelche für das Wohl der Südtiroler Volksgruppe notwendigen Übereinkommen aus Verhandlungen mit Italien zur Ratifikation vorlegen zu können. Ob wir Österreicher uns jedoch auf die Dauer eine solch verantwortungsscheue Außenpolitik leisten können? Sollten wir uns nicht endlich — dadurch gerechtfertigt, daß die Südtiroler Spitzen uns im Gegensatz zu den ‚starken deutschen Brüdern‘ geringschätzen — von der freiwillig gewählten Bevormundung durch die Schaukelinteressen der nunmehr aufgesplitteten Südtiroler politischen Führung befreien? Aus dieser Sicht betrachtet muß es als sachlich richtig bezeichnet werden, wenn Bundeskanzler Klaus in seiner Regierungserklärung vom 20. April 1966 das Südtirolproblem — übrigens war dies erstmals seit 1945 in einer Regierungserklärung der Fall — nicht als die wichtigste, sondern erst als die zweitwichtigste Aufgabe unserer Außenpolitik genannt hat.“

1038

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Scrinzi**

Hier tun sich offensichtlich Dinge, die es erforderlich machen, daß dieses Hohe Haus endlich einmal darüber informiert wird, wie nun die österreichische Bundesregierung und wie insbesondere der Außenminister die Weichen der Südtirol-Politik zu stellen gedenkt.

Im gleichen Augenblick lesen wir dann — ich beziehe mich hier auf eine Mitteilung des „Salzburger Volksblattes“ —, daß der Außenminister Dr. Lujo Tončić auf einer Tagung des Cartellverbandes in Salzburg gesagt hat: Man müsse auch in der Außenpolitik Mut zu unpopulären Maßnahmen haben.

Meine Damen und Herren! Was ist daraus zu lesen? Was soll „unpopulär“ sein? Das Beharren auf Vertragstreue? Das Beharren auf der Verfolgung internationaler Rechtsgrundsätze? Das Beharren auf der Forderung, daß die Südtiroler Volksgruppe das Recht auf ethnisches Überleben hat? Ist unpopulär das, was wir als einen entscheidenden Erfolg der außenpolitischen Phase des Herrn Dr. Kreisky betrachten: das Recht und die Notwendigkeit einer internationalen Verankerung dieses oder eines zu schließenden Abkommens?

Das Hohe Haus darf hier mit Recht erwarten, erklärt zu bekommen, was der Herr Außenminister sich unter Mut zur Unpopulärität in der Südtirol-Frage vorstellt. Soll das die Ankündigung eines schrittweisen Abrückens von dem enthalten, was mühsam genug und nicht ausreichend genug in den 21 Jahren des diplomatisch-politischen Verhandelns auf den verschiedensten politischen Ebenen erreicht wurde? Was soll vor allem diese Erklärung in einem Zeitpunkt, wo die Südtiroler Volksgruppenführung auf ihrer 18. Landesversammlung am 5. Juni feststellen mußte, daß in den letzten eineinhalb Jahren praktisch kein Fortschritt in der Südtirol-Frage zu erzielen war? Sechs Jahre nach der ersten UNO-Resolution 1960?

Die Entschließung der 18. Landesversammlung der SVP hat in diesem Punkt gelautet: Mit besonderer Bitternis muß die Landesversammlung feststellen, daß die im Auftrag der UNO geführten italienisch-österreichischen Verhandlungen in den letzten eineinhalb Jahren keine konkreten Fortschritte mehr gemacht haben. Es ist somit nicht verwunderlich, wenn sich in der Südtiroler Bevölkerung eine berechtigte und zunehmende Enttäuschung breitmacht. Zugleich verurteilt die Landesversammlung das weitverbreitete Unverständnis italienischer Behörden im Lande und Staate gegenüber volklichen Minderheiten.

Und im nächsten Absatz hat diese Landesversammlung, offensichtlich in der Erkenntnis, daß die internationale Verankerung jedes zu

treffenden Abkommens eine unabdingbare Lebensfrage ist, diese internationale Verankerung auch einstimmig gefordert.

Wir wollen jetzt schon niederlegen, daß sich die freiheitlichen Abgeordneten dieses Hauses leidenschaftlich und mit allen Mitteln wehren werden, daß dieses Hohe Haus, wenn es überhaupt der Ehre gewürdigt werden sollte, befragt zu werden, einer Lösung und einem Abschluß der Südtirol-Verhandlungen zustimmt, welche auf diese internationale Verankerung, auf diesen internationalen Schutz verzichten sollten.

Wir stimmen hier mit dem gewiß nicht verdächtigen „Volksboten“ vom 18. Juni 1966 überein, wenn er schreibt: Ein momentaner Erfolg um den Preis einer Lösung, die sachlich nicht befriedigt, kann auf weite Sicht nur einen Mißerfolg bedeuten. An den Südtirolern ist schon zuviel gesündigt worden.

Diese Entwicklung in der letzten Zeit ist auch der Anlaß, selbst wenn ich die Geduld des Hohen Hauses, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier noch lange in Anspruch nehmen muß, eine Rückschau zu halten. Diese Rückschau wird zeigen, daß jetzt nicht der Zeitpunkt gekommen ist, wo man aus Zeitmangel oder aus dem Bedürfnis, hier mit einem billigen außenpolitischen Erfolg aufzuwarten zu können, eine Lösung der Südtirol-Frage anstreben kann, die faktisch keine ist.

Es war Italien, welches die von ihm in seinem Risorgimento verkündigten großen Ideen — und diese Ideen waren die geistige Voraussetzung zum Erfolg der nationalen Einigung Italiens — an Südtirol verraten hat. Das haben auch aufrechte demokratische Italiener immer und von allem Anfang an so empfunden.

So hat unter anderem der Sozialistenführer Filippo Turatti 1919 in der Römischen Kammer den Antrag auf Volksabstimmung in Südtirol gestellt. 48 Abgeordnete stimmten gegen die Annexion Südtirols. (*Abg. Altenburger: Der hält ja einen geschichtlichen Vortrag!*) Der geschichtliche Vortrag ist hier offensichtlich notwendig, besonders in Anbetracht dessen, was sich in den letzten Wochen hier tut, und Sie werden mich nicht hindern, diesen Vortrag zu halten. Und wenn er Ihnen zu lang dauert, dann sagen Sie das den Südtirolern! (*Abg. Altenburger: Sie sollten als Arzt auch menschlich sein!*) Menschlichkeit heißt, daß dieses Haus und besonders Sie sich eine Stunde Zeit nehmen sollten, sich einmal anzuhören, was sich in Südtirol in den letzten 30 Jahren getan hat. (*Abg. Altenburger: Davon haben wir schon längst gesprochen, bevor Sie überhaupt noch im Haus waren! Auf Sie haben wir bestimmt nicht gewartet!*) Sie haben nur

**Dr. Scrinzi**

gesprochen, aber getan haben Sie nichts. (*Abg. Altenburger: Aber Sie reden länger, als es notwendig ist!*) Sie werden mich nicht hindern, hier so lange zu reden, wie es mir beliebt. (*Abg. Altenburger: Ich habe Sie als Arzt nur darauf aufmerksam gemacht, daß Sie menschlich sein sollen!*) Diese Tour von der rechten Seite des Hauses, uns hier vorzuschreiben, wie lange und wie oft wir reden, die werden wir Ihnen abgewöhnen! (*Abg. Altenburger: Sie können jahrelang reden!* — *Abg. Mitterer: Das ist nur die Tour des Altenburger auf der rechten Seite!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Das Wort hat der Redner!

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Ich kenne Sie. Schon lange, bevor ich in diesem Hause war, sind Ihre albernen Zwischenrufe bis nach Kärnten gedrungen. (*Abg. Dr. van Tongel: Wären Sie doch in Genf geblieben, zum Teufel noch einmal!* — *Abg. Altenburger: Was tut Ihr Kollege? Er liest!* — *Abg. Dr. van Tongel: Warum ist er aus Genf zurückgekommen? So schön war es hier!* — *Heiterkeit.*)

Es war noch der Minister Leonida Bissolati, gleichfalls ein Sozialist — und das scheint Ihnen nicht zu behagen, aber ich bin sachlich genug, zu sagen, daß hier Sozialisten eine vorbildliche europäische Haltung vorexerziert haben, im Gegensatz zu Ihren Democristiani (*Abg. Altenburger: Das verstehe ich nicht!*) —, der damals aus Protest gegen die Festlegung der Brennergrenze aus der italienischen Regierung ausgetreten ist. Aber Sie werden nie austreten, und wenn Südtirol zehnmal verraten wird, Herr Altenburger. (*Abg. Altenburger: Denken Sie auch an die Neofaschisten in Italien, die stehen Ihnen näher!* — *Abg. Dr. van Tongel: Das ist eine Frechheit, eine unverschämte Frechheit! Ich verlange den Ordnungsruf für Altenburger! Das ist eine Beleidigung, wenn er das sagt!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen! Wir werden bald alle nach Genf fahren. (*Abg. Dr. Pittermann: Man merkt, der Redner ist ein Nervenarzt!* — *Heiterkeit.* — *Abg. Peter: Eine Schocktherapie täte dem Altenburger gut!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Da hilft nur ein Elektroschock, etwas anderes hilft nicht! (*Lebhafte Heiterkeit.* — *Ruf: Da sind Sie als Arzt zuständig!* — *Weitere Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*) Für Sie wäre ich zuständig. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Aber ich verzichte auf diese Zuständigkeit. Wenn Sie mich hier beruflich zitieren, dann werden Sie den kürzeren ziehen, das sage ich Ihnen! (*Abg. Altenburger: Das haben die Wähler entschieden, nicht Sie!*) Die Wähler in Kärnten haben sich für uns entschieden.

**Präsident (erneut das Glockenzeichen gebend):** Herr Abgeordneter Altenburger, bitte, sich etwas zurückzuhalten! (*Abg. Altenburger: Er fängt immer an!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Ich bin aber gerne bereit, Ihnen etwas Baldrian zu verschreiben, wenn Sie das notwendig haben! (*Heiterkeit.* — *Abg. Dr. van Tongel: Der ist zu schwach für den Altenburger!*)

Was hat also der große Führer der Democristiani in der gleichen Situation zu sagen gehabt, jener Mann, der 1946 das Abkommen mit dem damaligen Außenminister Gruber abgeschlossen hat? Auf einer Wahlversammlung in Trient 1919 hat er nichts anderes zu tun gehabt, als zu sagen: Tiroler, euer Leben war unser Tod, nun wird unser Leben euer Tod sein. — Der gleiche Alcide De Gasperi, der gerade in diesem Hause nicht schlecht gelebt hat!

Das schlechte Gewissen, das Italien offensichtlich angesichts der Weltöffentlichkeit hatte, hat dann 1944 Politiker, Wissenschaftler und Künstler veranlaßt, jenes bekannte Manifest herauszugeben, in dem es heißt: Italien wird den Grundsätzen gemäß leben, die von seinen großen Lehrmeistern, von Dante bis Manzini, aufgestellt worden sind. Es wird freiwillig seine Herrschaft über einige kompakte fremdnationale Gruppen, die den äußersten Norden und Nordosten der Halbinsel bewohnen, aufgeben.

Und was ist aus diesen großartigen Bekundungen geworden? Man hat sich damit offensichtlich bei den Alliierten aus der Affäre ziehen wollen — mit Erfolg, wie ich zugebe —: Italien hat seine Grenzen von 1937 garantiert bekommen. Und über 155.000 Südtiroler, die in einer spontanen Volksabstimmung nach 1945 ihre Wiedervereinigung mit Nordtirol und Österreich verlangt haben, ist man hinweggegangen.

Es ist nun einmal jenes verhängnisvolle Gruber-De Gasperi-Abkommen der Angelpunkt der gegenwärtigen Lage Südtirols. Ich erinnere daran, daß der Südtiroler Reut-Nicolussi mit aufgehobenen Händen gebeten und davor gewarnt hat, dieses Abkommen zu unterschreiben, dies aus ausreichender und leidvoller Erfahrung mit den Praktiken der italienischen Politik und aus der Erfahrung, was von einem italienischen Wort und Vertrag zu halten ist.

Es war klar, daß der gleiche De Gasperi, der 1919 den Südtirolern den Tod angekündigt hat, gar nicht daran gedacht hat, dieses Abkommen seinem Geiste nach zu erfüllen. Das hat sich ja auch sehr bald herausgestellt.

**Dr. Scrinzi**

Der damalige Außenminister Gruber hat schon am 25. Juni 1947 De Gasperi an die Erfüllung des Artikels 2 dieses Abkommens erinnern müssen. Allerdings heißt es in der Antwort, die er am 14. Juli bekommen hat: selbstverständlich sei Italien bereit, den Südtiroler Forderungen Rechnung zu tragen. Die verfassungsgebende Versammlung werde zweifellos bei den eventuellen späteren territorialen Ausdehnungen — hier ist schon der erste Pferdefuß! — Südtirol eine ausschließliche Gesetzgebungs- und Verwaltungshoheit geben.

Das am 14. Juli, obwohl am 27. Juni die Schaffung der Region Trentino-Südtirol von der Römischen Kammer bereits beschlossen war, und sie ist ja dann auch am 1. Jänner 1948 mit Verfassungskraft in Wirkung getreten.

Alle Bemühungen Österreichs, in den folgenden sechs Jahren zu einer legalen, im Geiste des Abkommens liegenden Interpretation zu kommen, waren vergebens.

Und dann gab es die ersten Toten, aber nicht in Südtirol, sondern in Triest. Als nämlich das gleiche Italien, welches Südtirol auch jene minimalen Forderungen des Pariser Abkommens verweigerte, groß die Forderung nach Rückkehr Triests und nach einer Volksabstimmung in Triest erhob.

Am 13. September 1953 verlangt der damalige Außenminister Pella offiziell auf dem Kapitol das Selbstbestimmungsrecht für Triest. Ist es nicht begreiflich, daß das nunmehr zu einer Welle der Hoffnung und der Erwartung auch in Südtirol geführt hat? Zeigt und beweist das nicht die unerhörte Disziplin und Geduld, daß damals dieses Land nicht ähnlich wie die Triestiner versucht hat, sich mit Gewalt Gehör und Recht zu verschaffen?

Der gleiche Pella sagt dann pathetisch:

„Der Leidensweg dieser Menschen“ — der Triestiner — „dauert schon zu lange. Ihnen muß das Wort erteilt werden, ihnen steht das endgültige Urteil über ihr Schicksal zu.“

Er fordert die Volksabstimmung als Basis des Rechtes und der internationalen Moral und sagt:

„Der Vorschlag, den wir formulieren, liegt in der Tradition aller zivilisierten Völker. Ich möchte mit Luigi Einaudi erklären, daß die heiligen Ideen der Volksabstimmung unseres Risorgimento da wieder auferstehen und beweisen, daß sie nicht tot sind.“ Aber in Südtirol sind sie tot!

Der österreichische Außenpolitische Ausschuß (*dem Redner fällt ein Blatt seines Konzepts auf den Boden — Abg. Altenburger:*

*Er hat einen kleinen Schock gekriegt!)* hat am 1. Oktober 1946, wie ich schon gesagt habe, das Pariser Abkommen zur Kenntnis genommen.

Am 21. Dezember 1947 hat der damalige Bundespräsident Dr. Renner in Innsbruck verkündet, daß er schon 1945 den Alliierten erklärt habe, daß die Rückkehr Südtirols ein Gebot der Gerechtigkeit sei und im europäischen Interesse liege.

Als dann die Forderung nach Rückkehr Triests erhoben wurde, hat der damalige Vizekanzler Dr. Schärf vor der Sozialistischen Internationale in London erklärt, daß die Forderung auf Rückkehr Triests so lange unannehmbar sei, bis nicht die gleiche Forderung auch für Südtirol gelte.

Triest kam ohne Volksabstimmung zurück.

Immer wieder hat Österreich an Italien den Appell des Geistes der Völkerfreundschaft, der Volkerverständigung, des gemeinsamen europäischen Interesses gerichtet. So erklärte am 8. Dezember 1953 Dr. Koref im Parlament, Italien solle aus freien Stücken Südtirol das Recht auf Selbstbestimmung zu erkennen. Italien hat mit demokratischem Terror in Südtirol geantwortet.

Im April 1954 überreicht die Südtiroler Volkspartei ein Memorandum, das eine Aufzählung all jener Übergriffe und Eingriffe in das Leben der Volksgruppe enthält, die ich Ihnen hier im einzelnen nicht zitieren möchte.

Am 1. Dezember 1954 hat aus Anlaß der Südtirol-Debatte der jetzige Außenminister Dr. Tončić als Abgeordneter allerdings gefunden, daß man sich mit dieser Südtirol-Frage — und es war der freiheitliche Sprecher, der dies ausgiebig getan hatte — zu lange beschäftigte.

Am 27. September 1955 erklärt Italien durch seinen Außenminister Martino, auf internationaler Ebene bestehe keine Südtirol-Frage. Das war im gleichen Augenblick, als nach nur zweimonatigen Verhandlungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik und nicht viel länger dauernden Verhandlungen zwischen Dänemark und der Bundesrepublik einerseits die Saar an Deutschland rückgegliedert wurde und anderseits ein vorbildliches gegenseitiges Minderheitenabkommen zwischen den beiden beteiligten Staaten an der dänisch-deutschen Grenze abgeschlossen wurde.

Und alles das hat Südtirol angesehen, es hat gewartet und geduldet.

Im gleichen Augenblick aber kommt ein Erlaß, der in Südtirol die Führung deutscher Vornamen verbietet, und wird die staatliche Boden-Enteignungspolitik zu einem Instru-

**Dr. Scrinzi**

ment der Vernichtung und der wirtschaftlichen Ausplünderung dieses Landes. (*Abg. Ing. Helbich: Nicht so viele Pausen!*) Überlassen Sie die Pausen mir und benutzen Sie sie, um nachzudenken, falls Sie nicht nachgekommen sein sollten. (*Ruf bei der ÖVP: Wir sind doch nicht in einem Irrenhaus!* — *Abg. Altenburger: Die Präpotenz gehört zu Ihrem Charakter dazu!* — *Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) „Präpotenz“ heißt auf deutsch Überheblichkeit, dafür gab es heute schon einen Ordnungsruf. Ich nehme an, Sie wissen nicht, was präpotent heißt, Herr Altenburger. (*Abg. Altenburger: Ihre Antwort war präpotent!*) Sie haben nichts anderes zu tun, als dumme Zwischenrufe zu machen. (*Abg. Altenburger: Das ist unser Recht!*) Ich glaube, es geht hier um zu viel! (*Abg. Altenburger: Reden Sie lieber weiter!*) Ich erlaube mir, noch eine Gedächtnispause für Sie zu machen. (*Abg. Altenburger: Denkpause!*)

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Herr Abgeordneter Altenburger! Ich bitte, sich etwas zurückzuhalten. (*Abg. Dr. van Tongel: Der eigene Ordner sorgt schon für Ordnung! Ich hoffe, daß es Erfolg hat! Er blamiert die ganze Volkspartei!*)

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): Am 4. Juli 1956 ... (*Abg. Altenburger: Eine schriftliche Rede!*) Es ist keine schriftliche Rede! Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich die zahlreichen Zitate memoriere, da müßte ich offensichtlich über Ihre geistige Kapazität, Herr Altenburger, verfügen. (*Abg. Dr. van Tongel zum Abg. Altenburger: Das ist die unerhörteste Frechheit hier!* — *Abg. Altenburger: Schauen Sie auf die Uhr! Das ist gescheiter!* — *Abg. Zeillinger: Kollege Altenburger! Auf das hinauf werden wir bei jedem schreien, der von euch liest! Da werdet ihr euch wundern! Da kommen wir aus dem Schreien überhaupt nicht mehr heraus!* — *Heiterkeit und weitere Zwischenrufe.*) Sie werden mir doch keine Vorschriften machen.

**Präsident (das Glockenzeichen gebend):** Das Wort hat der Redner!

Abgeordneter Dr. Scrinzi (fortsetzend): 1956 erklärt der damalige Bundeskanzler Raab, daß Österreich nach wie vor auf dem Boden des Pariser Vertrages stehe, und erstmals erfolgt eine offizielle Erklärung des verantwortlichen österreichischen Regierungschefs, daß nach österreichischer Ansicht dieses Abkommen nicht durchgeführt sei — zehn Jahre später.

Es folgen Demonstrationen in Sigmundskron, diszipliniert und ruhig. Noch einmal hat hier

dieses Volk in aller Ruhe seine Mindestrechte von der italienischen Mehrheit verlangt.

Erst am 4. Februar 1958 wurde dann von den Südtiroler Abgeordneten Tinzl und Gennossen der Antrag auf Autonomie überreicht.

Wie hat Italien darauf reagiert? Mit Einreiseverboten, auch mit Einreiseverboten für Ihren ÖVP-Abgeordneten Dr. Gschmitzer, was Sie, Herr Altenburger, offensichtlich ja nicht gestört hat, denn nach Genf konnten Sie ja trotzdem fahren. Ausflüchte und Absage des Außenministertreffens.

Erst als am 4. März 1959 der damalige Außenminister Figl vor dem Parlament die Anrufung des Internationalen Haager Gerichtshofes ankündigt, ändert Italien seine Taktik. Allerdings antwortet es erst vier Monate später. Inzwischen ist der Wechsel im Außenministerium eingetreten, und Dr. Kreisky hat dieses Ressort übernommen. Die Antwort war eine glatte Ablehnung.

1959: Erster Südtirol-Bericht des damaligen Außenministers Dr. Kreisky vor der UNO. Man versucht noch einmal, im Wege des diplomatischen Gespräches Italien endlich zur Einhaltung des Abkommens zu veranlassen. Ohne Erfolg! Notenaustausch, Ausflüchte.

Schließlich haben 1959 erstmals die Südtiroler — anders als die Triestiner — ihr Recht auf Selbstbestimmung geltend gemacht und die Bitte an Österreich herangetragen, die UNO anzurufen. Die österreichischen Initiativen beim Europarat waren nicht sehr erfolgreich.

Am 10. Jänner 1960 ergeht die Aufforderung Segnis an den damaligen Kanzler Raab, sich in die Südtirol-Verhandlungen persönlich einzuschalten. Raab hat mit Recht darauf verwiesen, daß ja die Verschleppungstaktik, und zwar die einseitige Verschleppungstaktik der Italiener, der Grund sei, daß man in der Südtirol-Frage nicht weiterkomme. Und erstmals schlägt Raab eine Lösung auf der Grundlage einer Provinzialautonomie vor.

Fünf Monate später antwortet Tambroni, daß die Autonomie keine Grundlage zur Lösung der Südtirol-Frage sei. Er weist nun erstmals auf die Möglichkeiten der europäischen Streitschlichtungskonvention hin. Aber — und das zeigt wieder die Taktik der Italiener in dieser Frage — drei Monate vorher hatte der damalige Außenminister Pella ganz energisch jede Möglichkeit eines Appells an diese Streitschlichtungskonvention abgelehnt.

Auf die Ankündigung Österreichs, nunmehr die Vereinten Nationen anzurufen, kommt von italienischer Seite der Vorschlag, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag damit zu befassen.

1042

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dr. Scrinzi**

Schließlich kommt es ja zu der allen bekannten Situation vor der UNO. Es gelingt dort der österreichischen Delegation unter der Führung des Außenministers Dr. Kreisky, das Südtirol-Problem auf die Tagesordnung zu bringen und jene Resolution herbeizuführen, welche die beiden Vertragspartner auf bilaterale Verhandlungen verweist, aber zugleich auch auf die Möglichkeiten der Inanspruchnahme internationaler Schlichtungsmittel verweist.

Bezeichnend für den Geist — und das muß hier zitiert werden, denn ich nehme sicher an, daß das nicht allen Abgeordneten bekannt ist — waren die Auslassungen des Führers der italienischen Delegation, des Gaetano Martino, der vor der UNO gesagt hat:

Die Südtiroler wollen aus ihrem Land einen Nationalpark machen, wie man ihn „für Auerochsen und Wildschweine macht“.

Was ist seit der Annahme 1959/60 vor der UNO-Generalversammlung geschehen, und wie ist die Südtirol-Politik weitergegangen?

Verhandlungen, Außenministertreffen, Ausflüchte, Verfahrensfragen. Schließlich und endlich kommt es dann zu jenen Gewalthandlungen, jener Feuernacht vom 12. Juni 1961, mit der sich dieses gepeinigte Volk endlich einmal Gehör vor der Weltöffentlichkeit verschaffen wollte. Zweifellos haben die Vorgänge in Zypern und Algerien damals diese Reaktionen mit ausgelöst.

Eine österreichische Note vom 4. Juli 1961 auf Einsetzung einer Untersuchungskommission wird im September beantwortet und abgelehnt. Weitere österreichische Noten vom 22., 23. September, 4., 5., 12., 23. und 31. Oktober bleiben vorerst unbeantwortet.

In der Zwischenzeit eine neue Welle von Anschlägen, Massenverhaftungen, Folterungen.

Und ehe ein Italiener gestorben ist, sterben zwei Südtiroler Häftlinge an den Folgen dieser Folterungen. Die Verantwortlichen dafür werden weitgehend freigesprochen, und die zwei, die verurteilt werden, werden rasch amnestiert, und der Hauptverantwortliche, Oberleutnant Rottelini, wird zum Hauptmann befördert.

Es war Lüge!, hat Segni unserem österreichischen Außenminister damals zugerufen, wenn behauptet werde, daß Südtiroler Häftlinge gefoltert worden seien. Aber derselbe Capitano Rottelini hat das gleiche ein halbes Jahr später in dem bekannten Fatti di Bergamo exerziert, und da wurde er dann zur Verantwortung gezogen, da war er plötzlich unglaublich geworden. Aber solange es sich um — um bei Martino zu bleiben — „Auerochsen und Wildschweine“ aus Südtirol gehandelt hat, solange waren natürlich die Karabinieri unschuldig.

Schließlich kommt es dann vor der UNO zur Wiederholung der Resolution.

Einsetzung der Neunzehner-Kommission. Drei Monate soll diese verhandeln. Aber auch hier hat man schon von allem Anfang an die Zusagen und Versprechungen gebrochen: Es war keine parlamentarische Institution, es waren sieben Nichtparlamentarier dabei, es war keine paritätische Institution, das Verhältnis war 11 zu 8, und letzten Endes war es nur eine Studienkommission.

Erst im Juli 1963 werden die Arbeiten der Neunzehner-Kommission abgeschlossen, aber keineswegs einvernehmlich. In den wichtigsten Punkten konnte keine Einigung erzielt werden.

In die gleiche Zeit fällt dann das Attentat in Ebensee, nach dem eine übereifrige österreichische Justiz österreichische Staatsbürger verhaftet hat und offensichtlich Spuren, die ins Ausland liefern, nicht verfolgt hat. Erst zwei Jahre später konnten die italienischen Täter in Mailand und Verona verhaftet werden.

23. Oktober 1963, Genf: Außenministerkonferenz. Einziges Ergebnis: Neufassung des Berichtes der Neunzehner-Kommission. Sechs Monate später liegt die Neufassung endlich vor. Sie wird von allen Mitgliedern, allerdings mit jeweiligen Vorbehalten, unterfertigt.

Zweite Genfer Außenministerkonferenz am 25. April 1964. Es kommt dann zur Einsetzung der österreichisch-italienischen Expertenkonferenz, und hier taucht nun erstmals der lebenswichtige Gedanke der internationalen Verankerung auf. Seither ist es zu einem Stillstand in der Südtirol-Frage gekommen.

Wie die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei im Juni mit Recht erklärt hat, sind seither Fortschritte nicht mehr erzielt worden, und was von den Zusagen, die Saragat dem damaligen Außenminister Dr. Kreisky in Paris gemacht hat, zu halten ist, können Sie aus dem früher gebrachten Zitat aus dem „Alto Adige“ entnehmen.

Am 4. Juni schreibt der gleiche „Alto Adige“, die italienische politische Realität sei, abgesehen von allem anderen, dermaßen komplex und beladen mit Aufgaben, daß es, objektiv gesehen, nicht leicht sei, wichtige parlamentarische Entscheidungen über das Thema Südtirol vorauszusehen. — Das ist doch die klare Absage, mit der man offensichtlich sehr erfolgreich die derzeitige österreichische Regierung unter Druck zu setzen versucht hat.

Es erheben sich deshalb mit Recht in der ganzen österreichischen Presse, und nicht nur etwa in der FPÖ, warnende Stimmen. Die „Südost-Tagespost“ schreibt am 2. Oktober 1965:

**Dr. Scrinzi**

Die Entwicklung ist besorgniserregend. Geschäftliche Interessen, Einflüsse internationaler Kreise, Rücksicht auf die selbstverschuldete schwierige innenpolitische Situation Italiens, allgemeine Europa-Schwärmer schaffen in der österreichischen Presse ein immer ungünstigeres Klima. Der tatsächliche Grund der mageren Ergebnisse der Verhandlungen, die geniale Verschleppungstaktik und unsere ungünstige außenpolitische Lage zwischen EWG und EFTA, wird von unserer Seite nicht zugegeben. Hier wird man auf die Schwierigkeiten unserer Verhandlungen, ohne die Möglichkeit, einen wirklichen Druck auszuüben, hinweisen.

„Der Volksbote“ schreibt am 18. Juni 1966: Terminnot, von jeher von der italienischen Diplomatie ins Treffen geführt, wenn sie Österreich zum Nachgeben veranlassen wollte, sollte unter keinen Umständen dazu veranlassen, einen Abschluß um jeden Preis herbeizuführen. Vielmehr sollte Österreich für den Fall, daß in den Verhandlungen keine annehmbare Lösung gefunden würde, sich wirklich energisch bemühen, das Südtirol-Problem wieder vor die UNO zu bringen.

Es wäre sehr viel besser, wenn der Abgeordnete Altenburger diese Pressestimmen lesen würde, statt hier Zwischenrufe zu machen. Vielmehr hätte ich zustimmende Zwischenrufe ganz besonders von den Tiroler Abgeordneten der ÖVP hier erwartet. (*Abg. Dr. Gorbach: Nur weiter! — Abg. Kranebitter: Wir haben unser Eintreten für Südtirol oft unter Beweis gestellt!*) In Worten, ja. Sie haben dann Gelegenheit, es auch hier im Hause weiter zu beweisen und sich zu dem zu bekennen, was Sie beim Berg Isel-Bund tun, Herr Abgeordneter Kranebitter. Ich verkenne das nicht, ich schätze das. Aber das allein ist zuwenig, glaube ich. Deshalb haben wir heute hier im Hause unsere Stimme erhoben.

Eine Lösung der Südtirol-Frage über den Kopf der Südtiroler hinweg ist undenkbar. Das muß dem Herrn Dr. Nayer und seinen Hintermännern gesagt werden. Wir sind aber auch der Auffassung, daß eine Lösung der Südtirol-Frage, welche nicht von diesem ganzen Haus gutgeheißen werden kann, ebenso undenkbar ist. Parteiinteressen, Tagespolitik und sogenannte realpolitische Erwägungen haben, glaube ich, nach dem geschilderten bald 50jährigen Leidensweg der Südtiroler hier aus dem Spiel zu bleiben und kein Gewicht mehr. Wir haben deshalb in diesem Zusammenhang und bei der Debatte über das Kapitel Äußeres eine Reihe von wichtigen Fragen an den Herrn Außenminister Dr. Tončić zu stellen, der bisher in dieser Sache so schweigsam war vor den berufenen parlamentarischen

Institutionen. Aber er hat heute einen großen Koffer mitgebracht, und ich hoffe, da sind alle die Antworten drinnen, die wir von ihm in diesem Hause gerne hören würden.

Wollte der Herr Außenminister in Salzburg mit seiner Formulierung vom Mut zu unpopulären Maßnahmen in der Südtirol-Politik zum Ausdruck bringen, daß es ihm ein Hauptanliegen ist, die Süd- und Nordtiroler Politiker von der Forderung nach einer internationalen Garantie jedes Abkommens abzubringen?

Wir hätten weiters vom Herrn Außenminister gerne gehört, was das Ergebnis der in den vergangenen Monaten gelaufenen Geheimverhandlungen ist, bei denen in erstaunlicher Weise die berufenen Experten ausgeschaltet wurden und Landesamtsdirektoren diplomatische Funktionen übernommen haben.

Wir fragen den Herrn Außenminister weiter: Ist es richtig, daß er, wie der „Express“ und das „Volksblatt“ schreiben, ein Ersuchen an den Innenminister gerichtet hat, durch Verstärkung der Überwachung an den Grenzen, durch Bespitzelung der Widerstandskämpfer und sogar durch Einsatz von Flugzeugen dafür zu sorgen, daß dieses in aller Stille vorbereitete Abkommen möglichst lautlos über die Bühne gehen kann? Der Herr Außenminister hat Gelegenheit, sein bisher bewahrtes Schweigen hier im Hause endlich zu brechen und uns ausführlich Bericht zu geben, was sich tut.

Ich glaube, es ist unbestritten, daß das Abkommen von 1946 bisher in allen wesentlichen Fragen nicht erfüllt ist und daß von uns nicht verlangt werden kann, daß wir weiter auf dem Boden dieses Abkommens stehenbleiben, wenn es seinem Geiste nach nicht in kürzester Zeit auch von Italien durchgeführt wird. Sollte Italien dazu nicht bereit sein, sollte Italien dieses Abkommen aus irgendwelchen Gründen nicht erfüllen können, dann ist es nach unserer Auffassung hoch an der Zeit, daß wir die Südtirol-Frage mit der Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung wieder vor die UNO tragen.

Wir wiederholen noch einmal, ehe der Herr Außenminister, wie wir hoffen, antwortet: Gerechtigkeit für Südtirol ist nicht nur eine Frage unseres nationalen Gewissens, es ist auch eine Frage und ein Prüfstein unserer europäischen Gesinnung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Horejs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Horejs (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß meine Ausführungen ein besseres Klima finden werden als die meines verehrten Herrn Vorsitzenden, obwohl auch ich Kritik üben werde.

1044

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Horejs**

Hohes Haus! In der Zweiten Republik ist noch keine Budgetdebatte vergangen, in der nicht anlässlich der Behandlung des Kapitels Äußeres auch die Frage Südtirol angeschnitten wurde und alle Fraktionen des Hauses die Hoffnung hegten, daß das Unrecht an den Südtirolern wieder gutgemacht werden könnte. Und noch jetzt brennt diese bis heute nicht gelöste Frage in den Herzen aller Österreicher und besonders in den Herzen der Südtiroler selbst. Nach dem Abschlußbericht der Neunzehner-Kommission und den darauf beruhenden Vereinbarungen der beiden Außenminister Saragat und Dr. Kreisky schienen sich Lösungen anzubahnen, doch der Nachfolger Saragats als Außenminister, Fanfani, war bisher nicht bereit, die Verhandlungen zu einem Ende zu bringen, das eine endgültige Lösung beinhaltet hätte.

Neuerdings liest man in der internationalen Presse davon, daß die Verhandlungen zwischen den Außenministern Österreichs und Italiens wieder in Fluß kämen, und es werden in der ausländischen Presse Vermutungen über geheimdiplomatische Verhandlungen in Umlauf gebracht. Ob daran etwas Wahres ist, Hohes Haus, kann ich als Abgeordneter dieses Parlaments nicht beurteilen. Bisher war jedenfalls die Südtirol-Politik eine Angelegenheit aller Österreicher, und Außenminister Doktor Kreisky ließ die Abgeordneten des zuständigen Ausschusses nie im unklaren über den Stand der Verhandlungen. Die Tiroler Abgeordneten dieses Hauses wurden öfter zu Informationsgesprächen eingeladen und konnten auch mit den Vertretern der Südtiroler selbst Kontakt pflegen.

Außenminister Dr. Tončić pflegt anscheinend einen anderen Stil. Auch ich muß mich auf die Informationen der Auslands presse beziehen, denn von dort empfangen wir die Informationen, oder neuerdings eventuell auch über das Schweizer Fernsehen. Auf meine Frage im Finanzausschuß bei der Behandlung des Kapitels Äußeres über sein Gespräch mit Fanfani in Straßburg, an das sich ebenfalls in der Auslands presse Vermutungen knüpften, antwortete der Herr Außenminister nur sehr ausweichend. Ebenso ausweichend antwortete der Herr Außenminister auf unsere Anfrage über das Einreiseverbot des sozialistischen Mitgliedes der Tiroler Landesregierung, Landesrat Zechtl. In dieser Frage schien der Herr Außenminister sogar den Standpunkt Italiens zu vertreten. (*Abg. Ing. Kunst: Hört! Hört!*)

In der italienischen Presse kommt derzeit besonders zum Ausdruck, daß angeblich Bundeskanzler Klaus eine dominierende Rolle in der Außenpolitik spielen soll. Die Begegnung Moro und Dr. Klaus in Italien im

Sommer des Vorjahrs, die zuerst dementiert, aber auf unsere zweimalige parlamentarische Anfrage vom Bundeskanzler zugegeben wurde, gibt dieser Annahme Nahrung. Den Inhalt des Gespräches mit Moro überließ man ebenfalls den Vermutungen. Vielleicht ist über Südtirol dabei gar nicht gesprochen worden. Wenn aber tatsächlich Geheimabsprachen stattfinden, möchten wir vor diesem Weg dringend warnen, denn auf diese Art würde die bisherige gemeinsame Außenpolitik in der Südtirol-Frage mutwillig zerstört werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Gerüchte sprechen davon, daß unsere Regierung bereit sein soll, Zugeständnisse in Einzelfragen zu machen und auf die internationale Verankerung der Vereinbarungen zu verzichten. Die Auslands presse schreibt ganz offen darüber, daß dies der Preis für die Zustimmung Italiens zu einem EWG-Vertrag sein soll, von dem noch niemand weiß, wie er aussehen wird.

Wir warnen vor dieser Entwicklung. Wir warnen besonders davor, Südtirol wieder als Schacherobjekt zu behandeln, wie es bereits unter Seipel, Dollfuß und Hitler geschehen ist. Vergessen Sie nie den Leidensweg, den das Südtiroler Volk als Folge davon gehen mußte.

Wir wissen nicht, welche Absprachen in außenpolitischer Hinsicht vom Herrn Bundeskanzler gepflogen wurden, was ihn zum Beispiel seinerzeit bewog, Außenminister Fanfani, der bisher einer der Hemmschuhe für den Abschluß eines befriedigenden Abkommens war, vor der UNO als einen Freund und Mitkämpfer zu bezeichnen, wo wenige Wochen vorher der zuständige Sprecher Österreichs, Außenminister Kreisky, Klage über die Nichteinlösung der UNO-Resolution durch Italien führte.

Als Bundeskanzler Dr. Klaus im Dezember vorigen Jahres am Parteikongress der Democristiana in Taormina eine Rede hielt, enthielt auch diese, nach dem Nachrichtendienst des Österreichischen Rundfunks, keine Empfehlung an die führende italienische Regierungspartei, das Südtirol-Problem im europäischen Geiste zu lösen, sondern eine solche, mit den Staaten des Ostens gute Beziehungen zu pflegen. Ob von Südtirol die Rede war, kam in der Nachrichtensendung nicht zum Ausdruck. Aber vielleicht hatte diese außenpolitische Aktivität die Aufgabe, den „Heiligen Bruder Klaus und großen Staatsmann“ im Wahlkampf glaubwürdig zu machen.

Ein kommendes Südtirol-Abkommen ohne internationale Verankerung, ähnlich wie es zwischen Saragat und Dr. Kreisky verhandelt wurde, wird unbefriedigend sein. Die Zeit wird über uns hinweggehen und neue Aufgaben und Probleme bringen, über die im

**Horejs**

Abkommen keine Regelung und Festlegung erfolgen kann. Die Südtiroler sollen die Möglichkeit haben, eine Schiedsinstanz anzurufen, wenn sie glauben, in ihren Interessen benachteiligt zu werden. Die Terroristen-tätigkeit, die den Südtirolern politisch und wirtschaftlich ungeheuer schadet, darf aber auch für Italien kein Argument sein, die Verhandlungen zu verschleppen, sondern der Abschluß eines befriedigenden Abkommens würde im Gegenteil den Terroristen jegliches Argument für ihre Tätigkeit aus der Hand nehmen.

Welches ist nun der „kleine Schritt“, von dem Bundeskanzler Dr. Klaus in der Regierungserklärung gesprochen hat, der nur mehr zu machen ist? Wir waren von dieser Formulierung mehr als überrascht, aber nicht nur wir, sondern auch auf dieser Seite des Hohen Hauses (*zur ÖVP gewendet*) hat sich Überraschung ausgedrückt. Kenner des Problems haben sich gefragt: Weiß denn der Bundeskanzler nicht, welche Fragen überhaupt noch offen sind?

Hohes Haus! Der Überraschung gibt sogar die Nachrichtenagentur „Italia“ in ihrem deutschen Sonderdienst Ausdruck, die den „kleinen Schritt“ von der österreichischen Regierung im Aufgeben von Forderungen erwartet. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom 27. April 1966:

„Die italienischen Beobachter haben nicht gezögert, die entspannende Art und Weise hervorzuheben, mit der Klaus sich auf die Südtirol-Frage bezogen hat. Der Bundeskanzler hat seine ehrliche Anerkennung Italien ausgesprochen, für die Bereitschaft, welche dieses Land bisher für die Verhandlungen gezeigt hat. Die Beifügung, wonach der ‚Schritt, der noch zu tun ist, nur mehr klein sei‘, mit dem Hinweis auf die Hindernisse, die sich einer einvernehmlichen Lösung der Frage entgegenstellen, läßt erhoffen, daß man in Wien gewisse Maximalforderungen zugunsten eines gerechten Kompromisses fallenlassen hat.“

Hohes Haus! Es kann in der Südtirol-Frage kein gerechtes Kompromiß geben, das über die Köpfe der Südtiroler hinweg ausgehandelt und auf deren leidgebeugten Rücken abgeschlossen wird. Sicher sind auch die Südtiroler in gewissen Fragen uneinig. Das darf aber kein Freibrief dafür sein, sich über ihre Interessen hinwegzusetzen, nur um rasch zu einem Abkommen zu gelangen.

Hohes Haus! Die Entwicklung in Südtirol stimmt derzeit überhaupt sehr bedenklich. Die Südtiroler Volkspartei als Sammelpartei aller Interessengruppen war nicht in der Lage, die wirtschaftlichen, sozialen und poli-

tischen Probleme, die sich aus der Vielfalt der Interessengruppen ergeben, zu lösen. Sie hat in unserer schnellebigen Zeit, die ein dynamisches Handeln und vorausschauende Entschlüsse erfordert, versucht, an patriarchalischen Verhältnissen festzuhalten. Sie war aber auch schlecht beraten, als sie — aber vielleicht war es nur ein Zufall — den Vertreter der sozialdemokratischen Gruppe, Doktor Jenny, an dem Tag, an dem Außenminister Dr. Kreisky aus seinem Amt geschieden ist, aus der Südtiroler Volkspartei ausschloß. Dr. Jenny kennt als Arzt — und er ist als solcher sehr angesehen — besonders die Verhältnisse der Südtiroler Bevölkerung, weil er mit ihr mehr Kontakt und Berührung hat als manch anderer Politiker. Er kennt die Probleme der Südtiroler Bevölkerung, er hat verlangt, daß man auch von Südtiroler Seite an die Lösung dieser Probleme herangehen muß. Die wirtschaftliche Lage zwingt tausende Südtiroler, außerhalb ihrer Heimat, außerhalb ihres Landes Arbeit zu suchen. Dieses Problem wird sich in der Zukunft noch mehr verschärfen, weil erfreulicherweise nicht etwa Sizilien oder Kalabrien in Italien den größten Geburtenüberschuß haben, sondern Südtirol. Die sich für die Zukunft daraus ergebenden Probleme lassen sich nicht in einem Naturschutzreservat, sondern nur in einem Land mit moderner wirtschaftlicher Entwicklung lösen. Dieser Aufgabe müssen sich auch die verantwortlichen Südtiroler Politiker annehmen.

Zur Lösung sozialer Fragen genügt es nicht, eine eigene Südtiroler Gewerkschaft zu gründen, die von allen anderen Gewerkschaftsverbänden nicht anerkannt, sondern abgelehnt wird. Die politischen Mandatare der Sozialen Fortschrittspartei werden die Initiative in der Vertretung der Interessen der Südtiroler Arbeiter und Angestellten in Zukunft in die Hände nehmen. Es muß und wird auch in Südtirol möglich sein, sich als Sozialdemokrat zu bekennen.

In Südtirol war auch die Wiege der Tiroler Sozialdemokratischen Bewegung vor dem ersten Weltkrieg. Namen wie Tappeiner, Unterkirchner, Untermüller sind in Tirol bis heute nicht vergessen. Man sollte aber in Südtirol froh sein, daß es die Soziale Fortschrittspartei gibt, in der Ärzte, Lehrer, Juristen, Eisenbahner, Arbeiter und Angestellte tätig sind. Wo sonst sollen sich Arbeiter und Angestellte sammeln, um die Vertretung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten zu erreichen, als in einer Sozialdemokratischen Partei, wollen sie nicht dem starken kommunistischen Einfluß in Italien erliegen? Ich möchte hervorheben — es hat das bereits mein verehrter Vorredner Dr. Scrinzi er-

**Horejs**

wähnt —, daß sich die italienischen Sozialdemokraten in Parlament und Senat ohne Rücksicht auf eventuelle wahltaktische Auswirkungen stets für die Rechte der Südtiroler Minderheit eingesetzt haben. Der jetzige Staatspräsident Saragat hat als Außenminister ebenso wie der sozialdemokratische Abgeordnete Professor Rossi als Vorsitzender der Neunzehner-Kommission die Autonomieforderungen der Südtiroler unterstützt. Im italienischen Parlament — auch das ist bereits gesagt worden — haben bereits am 7. August 1920 die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Ratifikation des Friedensvertrages von Saint-Germain gestimmt und eine Volksabstimmung für die gemischtsprachigen Gebiete beantragt. Dieser Antrag fand damals allerdings keine Mehrheit.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Gedeihen eines guten Klimas zwischen der Südtiroler und der italienischen Bevölkerung wird ebenso wie der Glaube an die ehrlichen Absichten der italienischen Regierung zum Schutze der Minderheit dadurch erschüttert, daß ein hoher Beamter, wie der Staatsanwalt Ditarria, im Mailänder Berufungsprozeß in den letzten Tagen erklärt hat, daß die völkischen Minderheiten langsam und ohne Zwang absorbiert werden müssen, da sie als Fremdkörper einen ständigen Unruheherd darstellen und die Einheit des Staates gefährden. Ditarria verneinte überhaupt den Anspruch auf Schutz der Minderheiten als Volksgruppe. Ist es da nicht mehr als verständlich, wenn die Südtiroler eine internationale Verankerung ihres Abkommens begehrn? Es müßte im heutigen Italien, das selbst unter faschistischer Herrschaft gelitten hat, möglich sein, zu einem Übereinkommen im europäischen Geiste zu kommen, das es der Südtiroler Volksgruppe ermöglicht, innerhalb der demokratischen italienischen Republik zu einem solchen Maß an Selbstverwaltung zu kommen, das ein friedliches Zusammenleben, das der Wunsch aller und auch unser Wunsch ist, ermöglicht.

Nach der Verwirklichung der europäischen Integration wird es einmal ohne Belang sein, Italiener, Österreicher, Deutscher, Schweizer oder Franzose zu sein. Aber wenn man sich zu diesem Geist bekennt, dann soll man auch bereit sein, die notwendigen Schritte zu tun. Sie würden dem italienischen Nationalbewußtsein nicht schaden, sondern in der ganzen Welt Anerkennung finden. Man kann von den Südtirolern, insbesondere von der Jugend, kein Verständnis verlangen, wenn man nicht bereit ist, ihnen entsprechende Rechte zu geben.

Hohes Haus! Vielleicht ist der Schritt zu einem befriedigenden Abkommen wirklich

nur noch klein. Wir glauben es allerdings nicht. Es ist sicher schon viel erreicht worden. Wir vertrauen den Methoden der friedlichen Verhandlungen, daß auch das noch erzielt werden kann, was noch offen ist. Aber wir warnen nachdrücklich vor vorschnellen Entscheidungen, die nichts bringen werden als neue Enttäuschung und neue Verbitterung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mondl. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Mondl (SPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich ganz kurz mit der Regelung der Vermögensfragen mit der Tschechoslowakei beschäftigen. Ich mache es deshalb, weil ich die Dinge am eigenen Leib miterleben mußte.

Es wurde heute schon in diesem Hohen Hause betont, daß es nun volle 21 Jahre her ist, daß einer nicht unbeträchtlichen Gruppe von Österreichern schwerstes Unrecht zugefügt wurde, ohne daß diese bis heute eine Entschädigung dafür erhalten hätte.

Mit dem Flüchtlingsstrom, der im Jahre 1945 über die nördlichen und östlichen Grenzen Österreichs flutete, wurden nicht nur Volksdeutsche, sondern auch Österreicher über die Grenzen getrieben, Österreicher aller Berufsgruppen, Geschäftsleute, Landwirte, Gewerbetreibende, Angestellte, Arbeiter und auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Pensionisten. Es waren Menschen, die zum Teil seit Generationen dort wohnten, aber im Jahre 1919 nicht für die Tschechoslowakei optierten, oder solche, die sich aus irgendwelchen Gründen in der Zeit der Ersten Republik dort angesiedelt hatten.

Wohl konnten sie, soweit ihr Haustrat die Kriegsstürme des Jahres 1945 überdauerte, diesen Haustrat, wenn Transportmöglichkeiten aufgetrieben werden konnten oder selbst vorhanden waren, mitführen. Aber alle übrigen Vermögenswerte mußten zurückbleiben. Schon im Jahre 1947 versuchten die Betroffenen, durch Vermögenserklärungen diese Werte feststellen zu lassen und eine Entschädigung von der Tschechoslowakei zu erreichen.

Sicherlich ist es einem großen Teil dieser Menschen, vor allem den jüngeren, gelungen, in Österreich Boden zu fassen und sich wieder eine neue Existenz aufzubauen. Doch unter welchen Voraussetzungen! Sie mußten, egal wie alt sie waren, buchstäblich mit nichts anfangen. Geschäfte, Betriebe, Haus und Hof, Felder und Gärten, jeglicher Besitz blieben bis zum heutigen Tag unentschädigt. Welche Härte! Welche Ungerechtigkeit! Mitten aus dem Beruf, aus dem blühenden Geschäftsgang, den sie sich mit viel Liebe und Sorgfalt aufgebaut hatten, wurden diese Menschen heraus-

**Mondl**

gerissen und in tiefste Not gestoßen. Viele, sehr viele konnten es kaum überwinden.

Mit Erstaunen mußten die österreichischen Besucher in der Tschechoslowakei feststellen, daß der Staat von diesen Vermögenswerten Besitz ergriffen hat und diese Werte längst veräußerte, ohne die eigentlichen Besitzer zu benachrichtigen oder ihnen nur die geringste Entschädigung zufließen zu lassen.

Es ist mir bekannt, und es wurde heute auch schon erwähnt, daß durch viele Jahre hindurch alle Versuche unternommen wurden, Verhandlungen zustande zu bringen, um diese Vermögensfragen mit der Tschechoslowakei zu regeln.

Ich will daher auch dem derzeitigen Herrn Außenminister nahelegen, sich dieser Fragen anzunehmen und den Herren in Prag klarzumachen, daß sie, wenn sie sich nicht endlich zu richtigen Verhandlungen entschließen, nicht mit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern rechnen können. Ich möchte mit aller Dringlichkeit darauf hinweisen, daß diese Vermögensfragen einer befriedigenden Lösung zugeführt werden müssen und daß man der Tschechoslowakei seitens Österreichs das Gefühl geben muß, daß es gutnachbarliche Beziehungen nie geben kann, ehe diese Vermögensfragen einer Klärung zugeführt wurden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Bei einer Diskussion über die österreichische Außenpolitik ist die Frage zu stellen — und von den Oppositionsparteien ist das heute reichlich geschehen —: Wo stehen wir in der Südtirol-Frage und welche Politik macht die neue österreichische Bundesregierung, um die Existenz der Südtiroler Volksgruppe endgültig zu sichern?

Das österreichische Volk und wir, seine gewählten Abgeordneten, appellieren an Italien und verlangen, den nun fast 20 Jahre dauernden Streit und die bald zehnjährigen bilateralen Verhandlungen zu beenden und durch die Gewährung einer echten Autonomie der Tiroler Volksgruppe jene Grundlage zu geben, die ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, die Erhaltung des Volkstums in der angestammten Heimat und damit auch ein klagloses Zusammenleben mit dem zugewanderten italienischen Volksteil gewährleistet. Nur so kann eine Wunde im Herzen Europas geschlossen und die Streitfrage zwischen den zwei Staaten beseitigt werden. Eine solche Haltung Italiens würde dazu beitragen, daß sich in Südtirol zwei Nationen die Hand in echtem europäischem Geiste reichen.

Die Lösung der nationalen Frage der Südtiroler Volksgruppe im Sinne ihres gesicherten Weiterbestandes darf nicht durch eine engherzige nationalistische Haltung Italiens verhindert werden. Wir kennen alle das italienische Volk als ein Volk gewiechter Advokaten. Mögen sich die besten Rechtslehrer Italiens mit den verantwortungsbewußten Staatsmännern dieses Landes verbinden, um eine Lösung der Südtirol-Frage in europäisch-abendländischem Geiste zu erreichen. Im Gegensatz dazu wird auch gekonnte Rechtsbeugung in Verbindung mit einem unzeitgemäßen Nationalismus faschistischer Prägung nur weiteres Unheil stiften und neues Unrecht erzeugen.

Das demokratische Italien soll nicht die faschistische Südtirol-Politik — die Vertreibung oder Italienisierung der Tiroler Volksgruppe — mit anderen, mit sogenannten demokratischen Mitteln fortsetzen. Es möge sich gegen jene Kräfte im eigenen Lande stellen, die auch heute noch eine Politik befürworten, auf die das Wort des großen demokratischen und christlichen Kämpfers für die Heimat Kanonikus Gampers Bezug nimmt, wenn er von einem Todesmarsch des deutschen Volksteiles spricht.

Österreich bemüht sich, das Recht auf dem Verhandlungswege zu erreichen, und lehnt Waffengewalt sowie Terror in jeder Weise ab. Es mahnt die echten Patrioten zu Einsicht und Geduld und will mit anderen Elementen nichts zu tun haben. Genauso müssen wir aber auch juridische Spitzfindigkeiten ablehnen, mit denen die Sicherung der Volksgruppe verhindert werden soll.

Im Jahre 1796, vor genau 170 Jahren also, haben die Tiroler Landstände als die gewählten Vertreter des ganzen Volkes einen Bund mit dem Herrgott geschlossen, als ihre Heimat in Gefahr war. Am vergangenen Sonntag haben der Landeshauptmann von Tirol, die Vertreter der Landesregierung, die Abgeordneten und viele Menschen dieses Gelöbnis erneuert. Möge der göttliche Bundesherr den verantwortlichen Männern auf beiden Seiten die rechte Einsicht und den echten Gerechtigkeitsinn geben.

Die italienische Presse hat in den letzten Wochen mehrmals angedeutet, daß neue Kontakte zwischen Österreich und Italien im Gange seien und daß eventuell mit einer abschließenden Außenministerkonferenz noch im Laufe dieses Jahres zu rechnen sei. Die österreichische Öffentlichkeit erfuhr am 11. Juni aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, daß nunmehr eine Außenministerkonferenz bevorstehe, daß sich Vertreter des österreichischen und des italienischen Außenamtes vor kurzem in London getroffen hätten und

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

vier bis fünf weitere Geheimsitzungen geplant seien. Einen ähnlichen Bericht brachte die Zeitung „Corriere della sera“ am 12. Juni. Der österreichischen Öffentlichkeit ist von Seiten des österreichischen Außenamtes seit Dezember 1964 nichts mehr offiziell bekanntgegeben worden. So kann sie ausschließlich aus den Auslandsstimmen entnehmen, daß in den letzten Wochen eine Intensivierung des Südtirol-Gesprächs stattgefunden hat und daß sogar möglicherweise ein Abschluß der Verhandlungen erreichbar sein soll. Die fehlende Information von amtlicher österreichischer Seite ist zwar durch die Regierungskrise, die Neuwahlen und den Regierungswechsel verständlich. Vielleicht ist eine Rückkehr zu einer Art von Geheimdiplomatie sogar richtig. Sie hat aber die widersprüchlichsten Meinungen, Stellungnahmen und Nachrichten zur Folge, die sich auf die bisher einmütige Südtirol-Politik Österreichs allenfalls auch nachteilig auswirken könnten.

Es muß mit aller Klarheit festgestellt werden: Die Südtirol-Politik muß wie bisher eine gemeinsame Politik aller Parteien sein. Die unmittelbare Verantwortung für den Fortgang der Verhandlungen ist auf einen Minister der Volkspartei, auf eine Alleinregierung der ÖVP übergegangen. Die mittelbare Verantwortung wird weiterhin vom gesamten österreichischen Volk, von allen demokratischen Parteien getragen werden müssen, auch von jenen, die sich heute in Opposition befinden. Die Südtirol-Frage darf nicht in den Parteienstreit hineingezogen werden. Es muß die gemeinsame Verantwortung des ganzen Volkes und aller Abgeordneten im Vordergrund bleiben.

Ich möchte hier im Anliegen und zum Nutzen Südtirols an die Oppositionsparteien, insbesondere an die Sozialistische Partei, die Bitte um ehrliche Mitarbeit in der Südtirol-Frage aussprechen. Der Herr Kollege Czernetz hat in seinen Ausführungen gesagt, daß wir auch in Zukunft eine gemeinsame Außenpolitik notwendig brauchen. Ich möchte das unterstreichen. Er hat auch gesagt, daß gemeinsame Beratungen und Informationen notwendig sind. Ich glaube, der Außenpolitische Ausschuß hat diese Möglichkeit dann, wenn er vom Minister entsprechende Vorlagen bekommt. Ich glaube auch, daß das möglich ist. In dieser Vorlage muß nicht alles drinnenstehen. Aber der Ausschuß hat die Möglichkeit, zu beraten, diese Vorlage in Behandlung zu ziehen. Sie muß ja, wenn es ein Bericht ist, nicht im Haus behandelt werden, sodaß die Vertraulichkeit gewahrt werden kann. Wo ein Wille ist, wird auch ein Weg sein. Das ist aber notwendig und eine Voraussetzung dafür,

daß eine echte und vertrauensvolle Zusammenarbeit Platz greift.

Genauso muß die Südtirol-Politik in Übereinstimmung mit den Vertretern des Tiroler Volkes in Nord- und Südtirol stehen. Österreich kann nicht etwas zugestehen, was die Südtiroler selbst ablehnen. Die Politik für eine Minderheit kann nicht ohne volle Zustimmung eben dieser Minderheit erfolgen.

Die derzeitige Diskussion in Südtirol über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen soll zu Ende geführt werden und möge zu einer einheitlichen Auffassung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, vor allem aber der gewählten Vertreter führen.

Ich darf den Herrn Bundesminister sowie die gesamte Bundesregierung dringend ersuchen, der Einigkeit und Geschlossenheit der Südtirol-Politik in Österreich und der Übereinstimmung dieser Politik mit den Vertretern der Südtiroler Volkspartei das volle Augenmerk zu schenken. Ich darf aber auch erklären, daß der Herr Außenminister mitgeteilt hat, daß keine Verträge ohne Zustimmung der Südtiroler Volkspartei abgeschlossen werden.

Um den heutigen Stand der Verhandlungen bewerten zu können, möchte ich ganz kurz zurückblenden. Im September 1961 hat die italienische Regierung die innerstaatliche Neunzehner-Kommission zum Studium der Probleme Südtirols eingesetzt. Die Kommission hielt sich in ihren Arbeiten an das Pariser Abkommen beziehungsweise an den Entwurf der Südtiroler Parlamentarier von 1958, betreffend die Schaffung einer Autonomie für Südtirol. Es handelt sich um den sogenannten Tinzl-Entwurf, der sich auf Artikel 2 des Pariser Abkommens stützt und die Gewährung einer regionalen autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungsgewalt für die Provinz Bozen vorsieht.

Die Einsetzung der Neunzehner-Kommission wirkte sich naturgemäß auf den Fortgang der bilateralen Verhandlungen aus. Deshalb beschlossen die Herren Außenminister Dr. Kreisky und Piccioni bei der Konferenz von Venedig im Juli 1962, die Ergebnisse der Neunzehner-Kommission abzuwarten, um auf der Grundlage dieser Ergebnisse dann die bilateralen Verhandlungen fortzusetzen. Diese Zusage des christlichen Demokraten Piccioni hatte zur Folge, daß sich in Rom die Gegenkräfte verstärkt bemerkbar machten. Sie erreichten es, daß die Neunzehner-Kommission durch ein halbes Jahr ihre Arbeiten nicht fortsetzte.

Erst im Jänner 1963 gelang es dem belgischen Senatspräsidenten Struye bei einem Besuch in Rom, die Wiederaufnahme der Arbeiten der Neunzehner-Kommission zu er-

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

wirken. Senatspräsident Struye ist Leiter der politischen Kommission des Europarates und Leiter des Unterausschusses dieser Kommission, der im September 1961 für Südtirol eingesetzt worden war. Die Neunzehner-Kommission setzte daraufhin ihre Arbeiten bis zum Herbst 1963 fort.

Im Oktober des gleichen Jahres fand ein neues Außenministertreffen zwischen Bundesminister Kreisky und Außenminister Piccioni in Genf statt, wobei folgendes vereinbart wurde: Die Neunzehner-Kommission stellt einen Bericht über ihre Arbeiten fertig. Die italienische Regierung wird diesen Bericht prüfen und feststellen, welche Vorschläge sie sich zu eigen machen kann. Das Ergebnis dieser Prüfung übermittelt sie dann in einer neuen Außenministerkonferenz den Österreichern. Erklären sich diese mit diesem Ergebnis zufrieden, so wird, wie die italienische Presse damals einmütig meldete, dieser neue Stand insofern internationalisiert, als für eventuelle Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung des neuen Status ergeben sollten, ein juridisches Organ genannt werden sollte. Sollte sich Österreich aber mit den Vorschlägen der italienischen Regierung nicht zufriedengeben, so müßte so lange weiterverhandelt werden, bis es zu einer Einigung über die noch offenen Fragen kommt. Ist eine solche Einigung in einem vernünftigen Zeitraum nicht zu erreichen, sollte, wie der „Corriere della sera“ am 25. Oktober 1963 schrieb, ein Schiedsgericht eingesetzt werden, da Österreich die Einschaltung des Internationalen Gerichtshofes nicht wünschte.

Die italienische Einstellung wurde damals in der italienischen Presse so wiedergegeben: Wenn sich die Südtiroler Minderheit und wenn sich Wien durch die weitestgehende Anwendung des Pariser Abkommens befriedigt sehen, kann das Problem als abgeschlossen betrachtet werden. Rom und Wien werden dann gemeinsam das angemessene juridische Instrument finden, um das erreichte Übereinkommen zu konsolidieren.

Die internationale Verankerung der neuen Ergebnisse sollte dadurch gerechtfertigt werden, daß die italienische Regierung sich bereit erklärt, im Interesse der Befriedung der Bevölkerung in Südtirol das Pariser Abkommen im liberalsten Sinne zu interpretieren und anzuwenden, sodaß dadurch die Provinzautonomie noch verstärkt wird. Da es sich beim Pariser Abkommen um einen Rahmenvertrag handelt, würde die Berufung auf eine großzügige Interpretierung den Rechtsstandpunkt Italiens nicht im mindesten beeinträchtigen, sondern nur eine Folge praktischer Erwägungen und des Wunsches sein, in Südtirol dauerhafte befriedigende Zustände zu schaffen.

Auch nach dieser Außenministerkonferenz vom Oktober 1963 machten sich Gegenkräfte geltend, die ihr Zentrum in römischen Ministerien und im rechten Flügel der Christlichen Demokraten haben. Der neuerliche tote Punkt wurde durch das persönliche Eingreifen des Herrn Ministerpräsidenten Moro überwunden, und im April 1964 konnte die Neunzehner-Kommission ihren Abschlußbericht der Regierung übergeben. Aus dem Bericht ergab sich, daß in zahlreichen wichtigen Fragen einstimmige oder mehrheitliche Empfehlungen an die Regierung beschlossen wurden, die den Wünschen der Südtiroler gerecht wurden, daß aber eine Reihe von wichtigen Punkten, die gerade für die soziale und wirtschaftliche Seite entscheidend sind, offenblieben. Da die Südtiroler auf die Regelung dieser wichtigen Angelegenheiten nicht verzichten können, war schon damals klar, daß es noch intensiver bilateraler Verhandlungen bedürfe, um zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

Zu diesem Zweck wurde in einer neuerlichen Außenministerkonferenz im Mai 1964, diesmal zwischen dem sozialdemokratischen Außenminister Saragat und Bundesminister Kreisky, eine Expertenkommission eingesetzt. Sie hatte von beiden Außenministern zwei klar festgelegte Aufgaben: erstens die Ausarbeitung eines neuen Status für die Südtiroler, insbesondere auf dem Gebiete der Autonomie und der dazu erforderlichen Teilbereiche; zweitens die internationale Verankerung dieses neuen Status, also der Ergebnisse, die unter Punkt 1 erarbeitet werden sollten.

Die Arbeiten dieser Expertenkommission erwiesen sich leider als sehr schwierig, weil sich die italienische Seite die Ergebnisse der Neunzehner-Kommission nicht mehr zu eigen machte und sich die einzelnen Punkte neuerdings abringen ließ. Schließlich kam es im Dezember 1964 zu einer inoffiziellen Begegnung zwischen den Außenministern Saragat und Kreisky in Paris. Diese inoffizielle Begegnung wird nun insbesondere in italienischen Zeitungen als Markstein hingestellt, was nicht ungefährlich erscheint, weil Saragat damals als Außenminister erklärte, im Sektor der materiellen Fragen, also der Kompetenzen, die Südtirol erhalten solle, könne er über die bisher gewährten Angebote nicht hinausgehen.

Wenn es nun so scheint, daß Italien eingesehen hat, daß in der Frage der Kompetenzen das letzte Wort nicht gesprochen ist, tritt eine neue Gefahr auf. Wir wissen aus zahlreichen Veröffentlichungen der österreichischen, vor allem aber der italienischen Presse, daß man auf der italienischen Seite die beiden Sektoren der Verhandlungen, nämlich die Kompetenzen der Provinz und die inter-

1050

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

nationale Verankerung, als ein Ganzes betrachtet. Das hätte zur Folge, daß eine Vermehrung der Kompetenzen automatisch eine Abschwächung der internationalen Verankerung mit sich bringen würde oder umgekehrt. Dies scheint allerdings eine sehr merkwürdige Denkungsart, denn als erstes gilt es wohl, dafür zu sorgen, daß in Südtirol selbst eine Lage geschaffen wird, die zu keinen weiteren Streitigkeiten Anlaß bildet. Etwas anderes ist es, dafür zu sorgen, daß die Vereinbarungen dann auch wirklich durchgeführt werden. Es handelt sich hier nicht um ein Geschäft, sondern um die Frage, wie die dauernde Befriedung in Südtirol erreicht werden könnte. Gerade die Koppelung von zwei so verschiedenenartigen Materien ist sehr bedenklich und dämpft den Optimismus. Man hat den Eindruck, daß die italienische Seite in dieser ganzen Angelegenheit eben einen Handel sieht: Biete ich auf diesem Sektor mehr, dann biete ich auf dem anderen weniger. Das heißt aber, die Dinge total verkennen. Die Kompetenzen, eine echte Autonomie also, sichern die Lebensrechte des Südtiroler Volkes. Die internationale Verankerung sichert dem österreichischen Vertragspartner die loyale Durchführung der Abmachungen. Hier gilt wohl das Sprichwort: Ein gebranntes Kind fürchtet das Feuer.

Worum geht es nun in den offenen Fragen, die für die Südtiroler lebenswichtig sind? Es handelt sich vor allem um die Kompetenzen Industrie, Kreditwesen und Arbeitsvermittlung. Der neuen autonomen Provinz Julisch-Venetien hat man die volle Industriekompetenz gegeben. Warum enthält man sie den Südtirolern vor?

Gerade die Vorenthalterung dieser drei Kompetenzbereiche hat dazu geführt, daß sich auch Italiener, welche seit längerem in Südtirol ansässig sind, durch die Einwanderungspolitik ebenso wie die Südtiroler benachteiligt fühlen. Es kommt immer wieder vor, daß bei der Vergabe von Arbeitsplätzen neu zuwandernde Italiener bevorzugt werden, obwohl die Arbeitslosigkeit in Südtirol beachtlich groß ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Südtirol erfolgte bis 1918 völlig gleichartig wie in den anderen Alpengebieten. Erst der Faschismus schuf in Bozen eine standortfremde Schwerindustrie, um italienische Arbeitskräfte ansiedeln zu können. Die übrigen Gebiete sollten möglichst wenig industriell-gewerbliche Arbeitsplätze schaffen können. Damit erreichte man, daß heute in Südtirol noch 45 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und nur 20,2 Prozent in Industrie, Bergbau und Baugewerbe tätig sind. Vergleichen wir hiezu die österreichischen Zahlen, dann kennen wir das große Problem Südtirols! Südtirol kann

ohne bodenständige Industrie, ohne gesunde Gewerbebetriebe seine wachsende Bevölkerung nicht beschäftigen. Der Tiroler will Arbeit und Brot in seiner Heimat verdienen, die Jugend soll nicht neuerdings zur Abwanderung gezwungen werden, weil in der Heimat kein Platz mehr für sie ist. 1951 hatte Südtirol einen Geburtenüberschuß von 3.000 Menschen, 1965 erreichte dieser Bevölkerungszuwachs bereits 6.000. Wenn es nicht gelingt, diesen Menschen die notwendigen Arbeitsplätze zu sichern — es werden derzeit 20.000 und später weitere 20.000 notwendig sein —, beginnt eine zweite Umsiedlung in die hochindustrialisierten Gebiete nördlich und südlich dieses Landes. Daher ist das Südtirol-Problem nicht nur ein soziales, wie es heute oft dargestellt wird, es ist vor allem ein nationales — eben die Sicherung der Volksgruppe. Die sozialen Fragen sind zu lösen, wenn Italien seine ständigen Bemühungen aufgibt, seien sie offen oder versteckt, dieses Gebiet zu italienisieren. Es ist daher nötig, auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Kompetenzen Regelungen zu finden, die eine Umschichtung der Südtiroler Wirtschaft in gesundem Ausmaß von der Landwirtschaft auf Industrie und Gewerbe ermöglicht. Vor allem muß diese Regelung verhindern, daß öffentliche Gelder einseitig für italienische Industrien verwendet werden, um diese künstlich am Leben zu erhalten, während diese gleichen Mittel dann für die bodenständigen Initiativen fehlen. Ferner muß verhindert werden, daß die Südtiroler wie bisher in der Praxis bei der Arbeitsvermittlung diskriminiert werden. Die Wirtschaft Südtirols hat trotz der Schwierigkeiten sehr viel aufgebaut, mangelnde Fortschriftlichkeit, wie es auch heute hier wieder geschehen ist, ist diese Volksgruppe nicht vorzuwerfen. In den ersten Jahren nach 1945 galt die Sorge der Heranbildung der Lehrkräfte für die Volks- und Hauptschulen, für die Berufsausbildung und den akademischen Nachwuchs. Es waren damals 45 deutsche Lehrkräfte für 15.000 Kinder vorhanden!

Nun gilt es, den wirtschaftlichen Ausbau zu beschleunigen, was nicht leicht ist, da Italien seit mehreren Jahren eine Wirtschaftskrise — oder sagen wir: eine Depression — verzeichnet. Darüber hinaus unterliegen 40 Gemeinden, das ist ein Drittel aller Südtiroler Gemeinden, dem drakonischen Statut der Militärzone. Auch dadurch wird der Aufbau neuer und der Ausbau bestehender Betriebe schwer gehemmt sowie die Verkehrserschließung erschwert. Es gäbe zu diesen Punkten viele konkrete Beispiele aufzuzeigen, welche die derzeitigen Hindernisse der wirtschaftlichen Weiterentwicklung grell beleuchten würden. Infolge der fortgeschrittenen

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

Zeit möchte ich aber das dem Hohen Hause jetzt ersparen.

Die Südtiroler sind in ihrem Bestreben, die Lösung des Gesamtproblems zu erleichtern, bereits sehr weit entgegengekommen. Sie haben auf wichtige Kompetenzen verzichtet, so zum Beispiel auf die Kompetenz über die Gemeindeordnung, die nun anscheinend bei der Region verbleiben soll. Auch das Genossenschaftswesen, welches in Südtirol größte Bedeutung und eine andere Ausrichtung als in Trentino hat, soll kompetenzmäßig bei der Region bleiben. Auf dem Gebiet der Sprache und des Kulturwesens ist noch vieles ungeklärt. Hier sollen die Südtiroler ein Prinzip opfern, das grundsätzliche Bedeutung hat: nämlich das, daß die Provinz dort, wo sie die Gesetzgebung hat, auch die Verwaltungsvollmachten besitzen müsse. Es soll der Provinz die Verwaltung italienischer Schulen nicht zugestanden werden, obwohl die Südtiroler angeblich gleichberechtigte italienische Staatsbürger sind.

Ein englischer Staatsmann hat vor nicht allzulanger Zeit gesagt, daß die Italiener bewiesen haben, daß sie Südtirol nicht regieren konnten. Jetzt müßten die Südtiroler beweisen, daß sie die italienische Minderheit in ihrem Lande gut regieren können und so endlich der Frieden in diesem Lande einzieht. Italien soll den Südtirolern diese Chance geben, und es wird sehen, daß es zu einer guten Zusammenarbeit der Südtiroler mit den länger ansässigen Italienern kommt, weil auch diese keine weitere Zuwanderung und den Ausbau der wirtschaftlichen Möglichkeit des Landes wollen.

Von entscheidender Bedeutung scheint aber neben der Regelung der Kompetenzen die Schaffung einer zwischenstaatlichen Kommission als ständiges Gesprächsforum zur Behandlung wichtiger, beide Teile berührender Fragen und die internationale Verankerung des Verhandlungsergebnisses zu sein. Es ist gewiß nicht so, daß Österreich irgendwelche Beschränkungen der italienischen Souveränitätsrechte wünscht. Aber Österreich wünscht die Garantie, daß die Ergebnisse, zu denen man in insgesamt achtjährigen Verhandlungen zu kommen scheint, auch realisiert werden und wirklich zur Anwendung kommen! Rein innerstaatliche Garantien können hier nach den gemachten leidvollen Erfahrungen nicht als genügend erachtet werden. Es läßt düster in die Zukunft blicken, wenn bereits heute die italienische Presse schreibt, daß zahlreiche Punkte, über die in den bilateralen Verhandlungen Lösungen erzielt wurden, voraussichtlich zu Fall gebracht werden, sobald sie im italienischen Parlament zur Behandlung

stehen. Die italienische Presse schreibt heute ständig von „eigenen autonomen Entscheidungen der italienischen Regierung“, als ob diese Entscheidungen nicht Punkt für Punkt mit Österreich in den Expertenkommissionen und in den Außenministerkonferenzen vereinbart worden wären. Am 1. Juni 1966 schreibt „Alto Adige“, daß es „vorauszusehen ist“, daß einige dieser bilateral vereinbarten Vorschläge vom italienischen Parlament „zu Fall gebracht oder in ihrem Wesen verändert werden“.

Andererseits schreibt ein doch seriöses Organ, wie das Blatt der Christlichen Demokraten in Trient, „Adige“, am 4. Juni dieses Jahres: „Die italienische politische Realität ist, abgesehen von allem anderen, zurzeit dermaßen komplex und geladen mit Aufgaben, daß es objektiv gesehen nicht leicht ist, innerhalb der Legislaturperiode entscheidende parlamentarische Entscheidungen über das Thema Südtirol vorzusehen.“

Der Abgeordnete Berloff aus Bozen, der einer konstruktiven Lösung positiv gegenübersteht, erklärte vor wenigen Tagen: Die internationalen Aspekte der Frage müßten auf eine Weise definiert werden, daß keine künftigen Verwirrungen der Souveränität über die Provinz Bozen entstehen, eine Souveränität, die Voraussetzung für das Pariser Abkommen war. Es scheint also, daß eine internationale Verankerung als Beschränkung der Souveränität Italiens angesehen wird. Erinnert man sich an die Situation, wie sie im Oktober 1963 bestand, und liest man diese mehr als beunruhigenden Ausführungen in der letzten Zeit, so erhebt sich deutlich die Frage, wo man in Italien in der Südtirol-Frage eigentlich steht und ob man neuerdings eine Verschleppungstaktik beabsichtigt. So wird man die Südtirol-Frage nicht lösen können. Sind in Rom wieder jene zentralistischen südtirolfeindlichen Kräfte am Werk, um eine vernünftige Regelung, wie schon so oft, zu verhindern? Hoffen wir, daß sich jene konstruktiven, europäisch gesinnten Kräfte durchsetzen, daß die Politik eines Ministerpräsidenten Moro und eines Staatspräsidenten Saragat Rückfälle in eine bereits überwunden geglaubte Epoche der nationalistischen Zeit vermeidet, damit die jetzigen Außenminister Fanfani und Tončić zu einer echten Lösung kommen. Andernfalls muß sich die österreichische Bundesregierung wiederum an die Vereinten Nationen wenden und dort genauen Bericht erstatten, damit so dem Südtiroler Volk zu seinem vertraglich zugesicherten Recht verholfen werden kann.

Abschließend habe ich noch eine Bitte an die österreichische Regierung, aber auch an den italienischen Staatspräsidenten: Fünf Pfunderer

1052

Nationalrat XI. GP. — 14. Sitzung — 21. Juni 1966

**Dipl.-Ing. Dr. Leitner**

Burschen wurden wegen des Mordes an einem Karabinieri verurteilt und sind seit August 1956, also zehn Jahre, im Gefängnis. Vier von ihnen verbüßen eine sechzehnjährige, einer eine fünfundzwanzigjährige Gefängnisstrafe.

Im Oktober 1963 hat die Menschenrechtskommission des Europarates eine einstimmige Empfehlung auf Begnadigung der fünf Burschen wegen ihres jugendlichen Alters angenommen. Es haben also auch die italienischen Vertreter des Europarates zugestimmt.

Normalerweise kann in Italien eine Begnadigung erfolgen, wenn zwei Drittel der Strafe verbüßt sind. Einschließlich der Amnestien ist diese Zeit bereits überschritten. Die Familie des Opfers wurde 1965 über Rechtsanwalt Dr. Mitolo entschädigt, weil auch das eine Voraussetzung für eine Amnestie ist. Der Oberstaatsanwalt von Trient und die verschiedenen Gefängnisdirektoren haben die Begnadigung wegen guter Führung sehr befürwortet, und trotzdem wurde diese vor kurzem neuerlich abgelehnt. Warum? Ich weiß es nicht.

Eine Begnadigung dieser fünf Burschen wäre ein Akt der Humanität, aber auch ein Akt der Versöhnung. Ich bitte den Herrn Staatspräsidenten Italiens, diesen Gnadenakt zu setzen, und ersuche die österreichische Bundesregierung, meine Bitte auf diplomatischem Wege weiterzuleiten.

Eine solche Handlung wäre eine Hoffnung, daß die gesamte Südtirol-Frage in wahrhaft europäischem Geist gelöst werden kann und

daß dieses Land eine echte Autonomie erhält. Hoffen wir, daß dieses Ziel erreicht wird. Südtirol ist eine europäische Aufgabe. Nur in einem solchen Geist kann eine für alle Teile tragbare Lösung gefunden werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Damit ist die Aussprache über die Gruppe II beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Gruppe III. Diese umfaßt: Kapitel 8: Äußeres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Ange nommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Mittwoch, den 22. Juni, um 9 Uhr vormittags ein.

Tagesordnung:

Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes; Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966; Spezialdebatte über Gruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schlufß der Sitzung: 23 Uhr 5 Minuten**